

# Außerschulische Bildung

Zeitschrift der politischen  
Jugend- und Erwachsenenbildung

1/2019

THEMA IM FOKUS

## Veränderung des öffentlichen Raums

4 | **Die Veränderung der öffentlichen Räume**  
Eine urbanistische Analyse  
von Angelika Gabauer  
und Sabine Knierbein

10 | **Öffentlichkeit 4.0**  
Ein Drama in vier Akten  
von Wolfgang Schweiger

17 | **Politische Bildung und öffentlicher Raum**  
Eine theoretische Bestimmung von Politik und politischer Bildung  
von Tonio Oeftering

23 | **Partizipative Räume für junge Menschen vor Ort**  
Beteiligung ist ein Erfolgsfaktor eines demokratischen Gemeinwesens  
von Uwe Lübking

30 | **„... schiebt Menschen weiter, rüttelt sie auf.“**  
Bildungsorte und ihre Gestaltung der politischen Bildung  
von Boris Brokmeier  
und Ina Bielenberg

Außerschulische Bildung  
Zeitschrift der politischen  
Jugend- und Erwachsenenbildung

1/2019



## Zu diesem Heft

Öffentliche Räume unterliegen fortwährenden Veränderungen, abhängig von politischen, gesellschaftlichen und (stadt)räumlichen Entwicklungen. Ihre Zugänglichkeit, ihre Gestaltung, ihre Attraktivität und Offenheit entscheiden darüber, wie Menschen sie nutzen können. Als Schnittpunkte städtischen und ländlichen Lebens sind sie von hoher Bedeutung für die Gestaltung eines demokratischen Miteinanders.

Öffentliche Räume sollten Freiräume sein, in denen sich Menschen vorurteilsfrei begegnen können. Häufig sind es jedoch Räume, die ausgrenzen, die Macht symbolisieren, die ausschließen oder verdrängen, z. B. indem sie von demokratiefeindlichen Kräften okkupiert werden. Zudem sind neben die „Marktplatz-Öffentlichkeit“ der Agora die digitalen Welten getreten, was die Herausforderung für eine gemeinsame, verantwortliche Gestaltung freilich nicht geringer macht.

Welche Aufgaben ergeben sich hier für die politische Bildung? Wie können politische Bildner\*innen dazu beitragen, dass der öffentliche Raum als Ort der Pluralität und Freiheit, als Ort des gemeinsamen Sprechens und Handelns verteidigt wird? Politische Bildung kann Menschen stärken, sie kann ihnen helfen, ihre Interessen zu formulieren und diese sichtbar zu machen. Es geht darum, wie wir miteinander leben wollen, wie wir die Vision eines gelingenden, friedlichen Zusammenlebens verwirklichen können.

Diese Ausgabe der „Außerschulischen Bildung“ nimmt sowohl kommunikationswissenschaftliche als auch stadtsoziologische Perspektiven ein und versucht eine Verortung von Politik und politischer Bildung im öffentlichen Raum. Was macht die Qualität offener partizipativer Räume aus? Welche besonderen Bedürfnisse haben gerade auch junge Menschen? Und nicht zuletzt: In welcher Weise können auch Bildungsstätten als offene Lernorte Teil des öffentlichen Raums sein?

Eine anregende Lektüre wünscht Ihnen



*Friedrun Erben*

Friedrun Erben

### Thema des nächsten Heftes:

## Emotionen in der politischen Bildung

Die Ausgaben der Außerschulischen Bildung, deren Erscheinen mehr als zwei Jahre zurückliegt, können auf der AdB-Homepage über folgenden Link kostenlos abgerufen werden: [www.adb.de/zeitschrift\\_ab](http://www.adb.de/zeitschrift_ab)

### Thema im Fokus:

## Veränderung des öffentlichen Raums

- 4 **Die Veränderung der öffentlichen Räume**  
von Angelika Gabauer und Sabine Knierbein
- 10 **Öffentlichkeit 4.0** von Wolfgang Schweiger
- 17 **Politische Bildung und öffentlicher Raum** von Tonio Oeftering
- 23 **Partizipative Räume für junge Menschen vor Ort**  
von Uwe Lübking
- 30 **„... schiebt Menschen weiter, rüttelt sie auf.“**  
von Boris Brokmeier und Ina Bielenberg
- 35 **Bibliotheken – öffentliche Lern- und Bildungsorte**  
Interview mit Dr. Elke Brünle

### Forum

- 37 **„Neutralität“ als Kampfbegriff** von Michael Sturm
- 41 **Historisch-politische Bildung on the road**  
von Boris Stamenic und Markus Rebitschek
- 45 **Zwischen Werkzeug und Werkstatt** von Bruna Romano Pretzel

## Politische Bildung praktisch

- 50 **Learning citizenship** von Urte Bliesemann

### Jahresthema im AdB

- 54 **Demokratie – das sind wir alle. Sind wir das noch?**  
von Ellen Ueberschär
- 59 **„You’ve got to fight for your right“**  
von Nina Schillings und Josephine Evens

### Rezensionen

- 64 **Rezensionen**

### AdB aktuell

- 70 **AdB aktuell**

### Berichte, Hinweise, Nachrichten

- 79 **Personalien**
- 80 **Aus Profession und Politik**
- 87 **Ausschreibungen und Wettbewerbe**
- 89 **Veranstaltungen**
- 90 **Zeitschriftenschau**
- 92 **pb-digital**
- 93 **Jahrgangsregister**
- 96 **Impressum**

# Die Veränderung der öffentlichen Räume

## Eine urbanistische Analyse

**Öffentliche Räume sind wesentlicher Bestandteil städtischen Lebens. Sie sind jene Orte, an denen sich öffentliches Leben räumlich manifestiert und damit Schauplätze gesellschaftlicher Entwicklungen und Umbrüche. In diesem Beitrag werden charakteristische Veränderungen des öffentlichen Raums skizziert, die mit der neoliberalen Vergesellschaftung einhergehen. Es werden gegenwärtige Herausforderungen beschrieben und Möglichkeiten aufgezeigt, die sich im Hinblick auf die Gestaltung von öffentlichen Räumen und deren Bedeutung für das alltägliche Leben von Stadtbewohner\*innen ergeben.** von Angelika Gabauer und Sabine Knierbein

Öffentliche Räume sind konstitutiv für urbanes Leben und, dem Stadtsoziologen *Walter Siebel* (2004) folgend, zentrales Element der europäischen Stadt. Wesentliches Charakteristikum öffentlicher Räume ist ihre freie Zugänglichkeit und damit sind sie „Ausdruck eines demokratischen Gesellschaftsverständnisses und nehmen im Stadtleben eine wichtige Rolle als potentieller Begegnungs- und Aufenthaltsort für die Bevölkerung ein“ (Mackrodt/Helbrecht 2013, S. 14). Öffentliche Räume sind also eine konkrete Örtlichkeit, die jedoch erst durch die Handlungen von Menschen räumlich konkret wird. Dementsprechend manifestiert sich öffentlicher Raum nicht nur in seiner physischen Dimension, sondern gleichsam in sozialen Prozessen, die ihn kontinuierlich (re-)produzieren. Ein solcher relationaler Ansatz des öffentlichen Raumes bedeutet, Raum als einen soziohistorischen Prozess zu begreifen (vgl. Lefebvre 2009/1974). Akteur\*innen prägen Räume und gleichzeitig prägen Räume die Handlungen von Akteur\*innen. Die baulichen Anordnungen und materiellen Ausprägungen öffentlicher Räume sind Ausdruck von gesellschaftlichen Entwicklungen, Strukturen und somit auch von Machtverhältnissen. Gleichzeitig werden gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse und Machtstrukturen durch die phy-

sische Dimension öffentlicher Räume in Stein gemeißelt. Öffentliche Räume sind somit als Orte zu verstehen, in denen öffentliches Leben stattfindet, oder anders ausgedrückt, als eine Bühne auf der sich das Drama kommunalen Lebens jeden Tag neu entfaltet (vgl. Carr et al. 1993, S. 3). Sie stellen damit einen zentralen Umschlagplatz sozialer, ökonomischer, ökologischer, politischer und kultureller Entwicklungen dar (vgl. Madanipour et al. 2014).

Dieser Beitrag versucht, wesentliche Veränderungen zu skizzieren, die sich durch globale neoliberale Umwälzungen im Hinblick auf die Gestaltung und Organisation öffentlicher Räume in Städten ergeben. Mit der jüngsten Serie globaler Wirtschaftskrisen ist das neoliberale Projekt zwar verstärkt diskreditiert, jedoch keineswegs geschwächt (vgl. Mayer 2013, S. 159). Es sind vor allem Kommunen, die im Besonderen von der fortschreitenden Neoliberalisierung durch wachsende Fiskalzwänge betroffen sind (vgl. ebd.). In vielen Städten kommt es zu neuen, aggressiven Formen von Austeritätspolitik, einer Politik der aufgezwungenen Sparsamkeit, die die öffentliche Daseinsvorsorge des Wohlfahrtsstaates maßgeblich zurückdrängt.

### Neoliberale Stadtpolitiken und Veränderungen städtischen Lebens

Gegenwärtige Prozesse fortschreitender Neoliberalisierung haben bedeutende Auswirkungen auf die Gestaltung und gesellschaftliche Organisation von Städten. Globale Wirtschaftsverflechtungen etwa führen zu einem zunehmenden Wettbewerbsdruck; Städte werden nach ökonomischer Logik in einem globalen Kontext bewertet. Hinter dem gebetsmühlenartigen Anspruch von Kommunen, konkurrenzfähig mit anderen Städten sein zu müssen – sei es hinsichtlich ihrer Attraktivität als Investitionsstandorte für internationale Unternehmen, als Wohnorte und Arbeitsplätze qualifizierter Arbeitskräfte oder als touristisches Reiseziel – verbirgt sich ein ökonomisches Selbstverständnis, das jenem eines kapitalistischen Unternehmens gleicht. Eine solche unternehmerische Auffassung von Städten als vordergründig ökonomische Einheit unterscheidet sich wesentlich von früheren Paradigmen der Stadtpolitik. So waren im Sinne eines wohlfahrtsstaatlichen Verständnisses von Stadt, Stadtentwicklungspolitiken in einem sehr viel stärkeren Maße am Gemeinwohl und damit an ausgleichenden und vermittelnden Politikformen ausgerichtet (vgl. Häußermann et al. 2008).

Der Begriff der „unternehmerischen Stadt“, der maßgeblich von *David Harvey* (1989) geprägt wurde, beschreibt die veränderten Stadtpolitiken, die sich mit der paradigmatischen Transformation vom fordistisch-keynesianischen „versorgenden“ Wohlfahrtsstaat zum postfordistischen „aktivierenden“ Wettbewerbsstaat ergeben. Formen neoliberaler Umstrukturierung haben massive Auswirkungen auf das alltägliche Leben von Stadtbewohner\*innen. Neoliberalismus ist dabei nicht lediglich als ein bestimmtes ökonomisches Modell oder eine polit-ökonomische Realität zu verstehen, „sondern vor allem als ein politisches Projekt, das darauf abzielt, eine soziale Realität herzustellen, die es zugleich als bereits existierend voraussetzt“ (Lemke et al. 2000, S. 9). Damit ist ein „Mix von regierungspolitischen Entscheidungen, gesellschaftlich sich verändernden Normen des alltäglichen Lebens, Veränderungen staatlicher Institutionenarchitektur und gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse verbunden“ (Pühl 2003, S. 11). Zentrales Charakteristikum der neoliberalen Vergesellschaftung ist die Ausdehnung der ökonomischen Logik auf die gesamtgesellschaftliche Organisation (Ökonomisierung), was in der Stadtpolitik mit einer Depolitisierung wichtiger politischer Entscheidungsprozesse einhergeht (vgl. Welch Guerra 1992; Knierbein 2010). Die Ökonomisierung schließt dabei ebenso Subjektivierungsprozesse ein. Als gesellschaft-

liches Leitbild wird ein autonomes Subjekt konstruiert, das eigenverantwortlich, selbstständig und rational nach unternehmerischem Vorbild handelt. Das gesellschaftliche Zusammenleben ist von permanenten Krisen, Formen der Prekarisierung und kollektiver Verunsicherung geprägt. Konkurrenz ist konstitutives Element, das sich nicht nur im Wettbewerb zwischen Städten, Regionen oder einzelnen Vierteln ausdrückt, sondern ebenso im Gegeneinander-Ausspielen von unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen widerspiegelt. Die neoliberale Vergesellschaftung kann durch Tendenzen der Entkollektivierung, Individualisierung und durch eine zunehmende Verinselung und Singularisierung charakterisiert werden. Diese „Gesellschaft der Singularitäten“ (Reckwitz 2017) zeichnet sich durch ein Streben nach Außergewöhnlichkeit und Einzigartigkeit aus. Sie umfasst somit nicht nur Individuen, sondern vielmehr alle Dimensionen des Sozialen und schließt damit genauso Dinge, Objekte, Zeitlichkeiten und Räumlichkeiten, also auch die Gestaltung und Wahrnehmung von Räumen, ein (vgl. ebd., S. 12).

### Auswirkungen auf den öffentlichen Raum

Mit dem Übergang von der durch den fordistischen Industriekapitalismus geprägten Gesellschaftsform zu einer Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft gewinnt der urbane öffentliche Raum an zentraler Bedeutung („Wiederentdeckung des Städtischen“). In der postindustriellen Stadt fungiert er zunehmend als Kapitalanlage und Instrument zur Erhöhung der Standortqualitäten und Wettbewerbsfähigkeit von Kommunen. Dementsprechend zeichnen sich Stadtentwicklungspolitiken durch umfassende Maßnahmen zur Aufwertung, Belebung und Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Raums aus, die nicht nur von öffentlicher Hand getragen, sondern vor allem auch durch private Investor\*innen, durch Öffentlich-Private Partnerschaften (PPP-Modelle) oder gestaltwirksame Koalitionen finanziert werden (vgl. Knierbein 2010). Im Zuge dieser sich verschärfenden Standortbedingungen läuft die Wiederentdeckung des Städtischen Gefahr „in eine ‚Inszenierung des Städtischen‘ aus Gründen des Stadtmarketings und der Stadtimagepflege umzuschlagen“ (Giseke 2004, S. 671).

In dem unweigerlich ambivalenten Zusammenhang von Innovation und Krise in der Stadtpolitik nehmen öffentliche Räume eine zentrale Rolle ein. Im Folgenden werden wesentliche Auswirkungen und Veränderungen von öffentlichen Räumen skizziert und schließlich mögliche Gegenmaßnahmen diskutiert. →

### *Der öffentliche Raum wird zur Ware gemacht*

Die Ökonomisierung des öffentlichen Raums drückt sich durch Prozesse der Kommodifizierung aus (des „Zur-Ware-Werdens“). Eigenarten des städtischen öffentlichen Lebens werden infolge dessen zunehmend der ökonomischen Verwertung unterworfen. Damit gehen unterschiedliche Privatisierungen von vormals öffentlichen Räumen und die Herstellung von pseudoöffentlichen Räumen einher. Prominente Beispiele dafür sind Warthallen, Toilettenanlagen, Fahrradleihsysteme und andere Stadtmobiliare, die von privaten Firmen auf Plätzen, Parks und Promenaden bereitgestellt werden, wenn die Firmen im Gegenzug Werbe- und Medienkonzessionen erhalten. Öffentliche Schwimmhallen werden zugunsten des durch private Betreiber\*innen realisierten Baus aufwendiger Schwimm- und Saunaparadiese geschlossen. Solche Räume lassen sich dadurch charakterisieren, dass sie nicht konsumfrei genutzt werden können, sondern vor allem kaufkräftiges Publikum ansprechen. Sie sind daher als sozial selektiv einzustufen und grenzen Menschen und Gruppen, die nicht konsumieren wollen oder können, strukturell aus. Dieser Ausschluss kann dabei durch privates Hausrecht einfach umgesetzt werden. Ein anderes Beispiel für die Privatisierung und Kommodifizierung urbaner öffentlicher Räume sind sogenannte Gated Communities. In vielen Städten weltweit werden große Teile der Stadtzentren zu privaten, abgesicherten Wohnanlagen, in denen der öffentliche Raum keine allgemeine Verkehrsfunktion mehr einnimmt. Solche Formen von Privatisierung städtischen Raums führen dazu, dass der öffentliche Raum zunehmend limitiert, beschränkt oder verteuert wird und damit vorrangig einer bestimmten, zahlungskräftigen Elite zur Verfügung steht. Die Stadt wird durch den Bau derartiger räumlicher Enklaven Stück für Stück weniger durchlässig.

### *Öffentliche Räume im Wettbewerb um Aufmerksamkeit*

Andererseits wird mit der neuen Rolle öffentlicher Räume im Standortwettbewerb auch oft auf die zunehmende Eventisierung und Festivalisierung der Nutzungen referiert. Festivalisierung meint dabei den Einsatz von Großprojekten und Ereignissen, um ein positives Image einer Stadt zu generieren. Öffentliche Räume werden „bespielt“, d. h. mit unterschiedlichen Aktivitäten „programmiert“. Solche Strategien werden eingesetzt, um Städte für Tourist\*innen und Investor\*innen möglichst attraktiv zu gestalten und um auf ein zunehmendes Bedürfnis nach urbanem Erlebniskonsum in der Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft einzugehen, indem Ereignisse für Bewohner\*innen

der Stadt inszeniert und die Stadt damit künstlich „belebt“ wird. Öffentliche Räume werden damit zu einer strategischen Ressource für das eventbasierte Standortmarketing im Wettbewerb um internationale, mediale Aufmerksamkeit. Im Zuge des zunehmenden Standortwettbewerbs

## **Im Hinblick auf die Gestaltung und Planung von öffentlichen Räumen ist der Einsatz von partizipativen Verfahren im Sinne von Prozessen der aktiven Teilhabe zentral.**

wird aber vernachlässigt, dass öffentliche Räume grundlegende Bedeutung für die städtische Teilhabe (Demokratie), den sozialen Zusammenhalt (Kohäsion) und das Alltagsleben der Bewohner\*innen (Kultur) haben.

### *Öffentliche Räume und urbane Sicherheitspolitik*

Darüber hinaus zeichnet sich der öffentliche Raum durch verstärkte Maßnahmen zur Überwachung und Kontrolle aus, die sich insbesondere seit den Ereignissen von 9/11 und bestärkt durch immer häufiger auftretende (terroristische) Anschläge in vielen Städten weltweit zuspitzen. Debatten um die Sicherheit im öffentlichen Raum rangieren dabei zwischen vermeintlich objektiven Gefahren und Bedrohungen und dem subjektiv wahrgenommenen Sicherheitsgefühl von Bewohner\*innen, das medial und durch jüngere Formen des Populismus und der Angstpolitik geschürt wird. Stadtpolitische Antworten darauf sind der Einsatz von immer umfangreicheren Überwachungstechnologien, erhöhte Polizeipräsenz im öffentlichen Raum, Formen aggressiver Repressionspolitik und zunehmender Polizeigewalt. Solche Maßnahmen verstärkter Sicherheitspolitik im öffentlichen Raum sind dabei vermehrt Kritiken ausgesetzt, die aufzeigen, dass das Eingreifen von Polizei- und Sicherheitskräften oftmals rassistisch-motiviert (Stichwort Racial Profiling) und diskriminierend gegenüber bestimmten Personengruppen ist (beispielsweise gegenüber Obdachlosen). Kritiken richten sich darüber hinaus auch auf verstärktes polizeiliches Vorgehen bei Demonstrationen und Formen von politischem Protest. Solche Maßnahmen der Abschottung öffentlicher Räume aus Sicherheitsgründen gehen mit Formen der Selektion, Normierung und Kriminalisierung einher, d. h., dass bestimmtes Verhalten im öf-

fentlichen Raum als akzeptiert und adäquat anerkannt wird und bestimmte andere Formen von Nutzungen als unangebracht oder ungewollt dargestellt und infolge dessen untersagt und verboten werden. Dementsprechend lässt sich innerhalb stadtpolitischer Maßnahmen eine zunehmende Tendenz zur Entwicklung und Herstellung eines standardisierten, kontrollierten und vor allem homogenisierten öffentlichen Raums erkennen (vgl. Palumbo 2014, S. 117).

### Öffentliche Räume als Orte der sozialen Diversität

Neben der steigenden wirtschaftlichen Bedeutung öffentlicher Räume als „weiche“ Standortfaktoren, werden sie auch zunehmend avisiert, um den sozialen Zusammenhalt innerhalb der Stadtgesellschaft zu stärken (vgl. Fessler Vaz et al. 2006). Dies betrifft vor allem jene Stadtteile mit marginalisierten Bevölkerungsgruppen. Durch Instrumente partizipativer Planungs- und Gestaltungsprozesse sollen soziale Inklusion und Integration gefördert werden. Darüber hinaus lässt sich eine vermehrte gesellschaftliche Forderung nach mehr Teilhabe von unterschiedlichen (zivilgesellschaftlichen) Akteur\*innen erkennen (vgl. Mackrodt/Helbrecht 2013, S. 14). Kommunen müssen somit einerseits dem Anspruch nach gesellschaftlicher Teilhabe an stadtpolitischen Agenden entgegenkommen und gleichzeitig dienen partizipative Prozesse dazu, Stadtentwicklungsmaßnahmen besser (politisch) abzusichern und zu legitimieren. Jedoch bewirken gestalterische Interventionen und Formen der „Aufwertung“ öffentlicher Räume oftmals das Gegenteil: Anstatt der Förderung von sozialer Teilhabe und Inklusion zu dienen, sind sie vielmehr Auslöser und Mitverursacher für Verdrängungsprozesse (Gentrifizierung) und für soziale Segregation, da damit beispielsweise der Wert von benachbarten Immobilien steigt und wirtschaftlich benachteiligte Bewohner\*innengruppen in günstigere Stadtrandlagen ausweichen müssen.

### Öffentliche Räume als Orte kultureller Vielfalt

Innerhalb urbanistischer Fachdebatten wird in den letzten Jahrzehnten zunehmend die Tendenz der Individualisierung und Diversifizierung urbaner Lebensstile hervorgehoben, die sich entlang unterschiedlicher Differenzkategorien (Klasse/Schicht/Milieu, Herkunft/Staatszugehörigkeit/Ethnizität, Gender, Religion und Bildung) manifestieren und speziell im alltäglich gelebten öffentlichen Raum sichtbar werden (vgl. Knierbein 2016, S. 46 f.). Kulturelle Vielfalt fungiert damit ebenso verstärkt als stadtpolitische Marketingstrategie, die sich durch stadtplanerische Eingriffe zur Herstellung und Steuerung einer vermeintlich „richtigen

Diversität“ auszeichnet (vgl. ebd.; Palumbo 2014). Anstelle von solchen Formen einer kulturalisierten Planung, die mit der Schaffung „inszenierter“ Vielfalt (vgl. ebd.) die Verdrängung von bestimmten Bevölkerungsgruppen in städtische Peripherien begünstigen, sind stadtpolitische Programme notwendig, die tatsächlich gelebte Vielfalt und Differenz unterstützen und zulassen.

Mit diesen Befunden gegenwärtiger Bedeutungen von öffentlichen Räumen als vordergründige Instrumente zur Standortaufwertung und Wettbewerbsfähigkeit, soll im folgenden Abschnitt auf mögliche Gegennarrative eingegangen werden. Dabei wird besonderes Augenmerk auf die Potenziale von öffentlichen Räumen für die gesellschaftliche Teilhabe, die sie als Orte öffentlichen Lebens und gesellschaftlicher Selbstorganisation innehaben, ge-



Wientalterrassen als Beispiel für konsumfreie öffentliche Räume

Foto: MA 29 / Christian Fürthner

richtet. Zentral hierbei ist, dass sich Kommunen im Hinblick auf ihre stadtpolitischen Maßnahmen von dem Dogma des wirtschaftlichen Wachstums abwenden und anstelle dessen die sozialen, kulturellen und politischen Dimensionen von öffentlichen Räumen verstärkt in den Fokus nehmen müssen, denn nur so kann dem Anstieg von sozialer Ungleichheit und Ausgrenzung, von Verdrängungs- und Gentrifizierungsprozessen und prekären Lebensverhältnissen in Städten konsequent entgegengewirkt werden.

### Öffentliche Räume als Orte der Solidarität, der gesellschaftlichen Teilhabe und gelebten Demokratie

Den Befunden der durch Prozesse der neoliberalen Vergesellschaftung hervorgerufenen Tendenzen der Individualisierung und Entsolidarisierung, stehen empirische Nachweise gegenüber, die das Aufkommen von kollektiven Formen städtischer Widerstände belegen. Das Jahr →

2011 markiert dabei den Höhepunkt globaler Protestbewegungen gegen alltäglich erlebte Auswüchse neoliberaler Politikformen, wobei Proteste gegen neoliberale Umstrukturierungen bereits Jahrzehnte davor entstanden sind (vgl. Hou/Knierbein 2017). Fest steht allerdings, dass infolge der neuen Serie von wirtschaftlichen Einbrüchen und Unwägbarkeiten seit 2007/2008 Formen von Widerstand im öffentlichen Raum in schnellerer Taktzahl neu entstehen. Dem öffentlichen Raum als gelebter politischer Raum kommt für das Aufkeimen von unterschiedlichen Protestbewegungen und für Formen des kollektiven, solidarischen Widerstands gegen Auswüchse und Auswirkungen wirtschaftlicher Umstrukturierungen eine zentrale Bedeutung zu. Dabei zeigt sich ebenso, dass sich Gruppen mit unterschiedlichen religiösen, politischen oder kulturellen Hintergründen zusammenschließen und gemeinsam gegen prekäre Lebensverhältnisse in Städten protestieren (vgl. zahlreiche empirische Beispiele in Hou/Knierbein 2017). Neben den Beispielen von vielfältigen (und in sich heterogenen) urbanen Protestbewegungen schlagen Formen kollektiver und selbstorganisierter Raumeignungen und -nutzungen, die sich in den letzten Jahren vor allem als Antwort auf verschärfende Austeritätspolitiken formierten, mögliche alternative Lebensweisen in Städten vor.

Im Hinblick auf die Gestaltung und Planung von öffentlichen Räumen ist der Einsatz von partizipativen Verfahren im Sinne von Prozessen der aktiven Teilhabe zentral. Dem Anspruch einer tatsächlichen sozialen, politischen und kulturellen Teilhabe kann jedoch nur dann gerecht werden, wenn öffentliche Räume mit und durch Bewohner\*innen praktisch erarbeitet werden, anstelle anhand von exklusiver Entwicklung von diskursiven Programmen und Leitbildern durch Expert\*innen. Dementsprechend sollten sich Momente der Teilhabe insbesondere innerhalb und während alltäglicher Praxen der Menschen finden und die unterschiedlichen Lebensrealitäten reflektieren. D. h. es braucht Methoden, die ein aktives Miteinander und gemeinsames Tun forcieren. Partizipative Planungsverfahren müssen daher ihren Fokus von der diskursiven auf eine handlungs- und praxisnahe Ebene der Stadtentwicklung und Raumeignung verschieben und ergebnisoffen ausgerichtet sein. So können breitere Bevölkerungsgruppen eingebunden werden: bildungsfernere Schichten, Personen mit unterschiedlichen Erstsprachen, Kinder, Jugendliche und Ältere. Durch den Einsatz handlungsorientierter, performativer Methoden wird der Fokus auf den alltäglich und situativ erlebten (Stadt-)Raum gelegt. Dies ermöglicht es, an unterschiedliche Erfahrungshorizonte der

Stadtbewohner\*innen anzuknüpfen und einen kreativen Dialog über das, was Stadt für Bewohner\*innen im Idealfall sein kann, in Gang zu bringen.

Dies setzt ebenso die Sensibilität für mögliche gegenläufige Auswirkungen von sozial-integrativ gemeinten gestalterischen Interventionen und „Aufwertungen“ öffentlicher Räume voraus. Es müssen beispielweise etwaige Mietsteigerungen angrenzender Wohnflächen nach gestalterischer Aufwertung von Straßen und Stadtplätzen mitberücksichtigt werden, um damit Verdrängungsprozessen, Gentrifizierung und Segregationstendenzen entgegenzuwirken. Dementsprechend sind bestimmte Regulationsmechanismen im Sinne einer inklusiven Stadtpolitik notwendig. Beispiele für solche Maßnahmen sind Mietpreisbremsen (und deren Kontrolle) und Bestandsschutz für Gewerbetreibende zur Versorgung der Bevölkerung mit günstigen Lebensmitteln (vgl. Knierbein 2016, S. 46).

Öffentliche Räume sind als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge konstitutives Element und Ausdruck einer demokratischen Stadtgesellschaft. Dementsprechend muss im Sinne einer sozial gerechten Stadtpolitik ein besonderes Augenmerk auf konsumfreie Räume gelegt werden, um so Ausschlussmechanismen, die mit kommodifizierten Räumen einhergehen, entgegenzuwirken. Der Schaffung von konsumfreien Räumen muss daher als zentrales Ziel nachgekommen werden. Dies betrifft nicht nur öffentliche Räume in Innenstädten. Durch das „Ungültigwerden der Industriestadt“ (Giseke 2004, S. 669) gibt es eine große Anzahl von Brach- und Freiflächen (beispielsweise aufgelassene Industriegelände), die umgenutzt und umgestaltet werden können. Konsumfreie Räume können aber auch durch das Neudenken von Verkehrsinfrastrukturen und städtischer Mobilität geschaffen werden, wie etwa am Beispiel der Wientalterrassen, die über einer U-Bahn-Trasse quasi neuen Raum inmitten der dicht besiedelten Stadt für konsumfreie Nutzung erschließen.

Und dennoch muss die Entfaltung des städtischen Lebens in öffentlichen Räumen auch zu einem gewissen Ausmaß dem Zufall überlassen werden. Denn öffentliche Räume sind als Orte des öffentlichen Lebens Räume der zufälligen, alltäglichen Begegnungen. Sie sind Seismographen des gesellschaftlichen Wandels, ihre Gestaltung und Organisation sind damit Ausdruck permanenter Auseinandersetzungen, Konfrontationen und Auseinandersetzungen. Nicht zuletzt liegt darin auch ihr produktiver Gehalt und emanzipatorisches Potenzial als Orte des gegenseitigen Austauschs und Lernens.

## Zu den Autorinnen



**Angelika Gabauer** ist Politikwissenschaftlerin und Universitätsassistentin am Interdisciplinary Centre for Urban Culture and Public Space an der Fakultät für Architektur und Raumplanung der Technischen Universität Wien. In ihrer Forschung setzt sie sich u. a. mit Themen zu Demokratie und (urbanen) öffentlichen Räumen auseinander. In diesem Kontext beschäftigt sie sich mit partizipativen Planungsverfahren, politischen Protestbewegungen und feministischen Ansätzen zu gesellschaftlicher Teilhabe und Verteilung von öffentlichem Raum.

angelika.gabauer@skuor.tuwien.ac.at

Foto: Photostudio Wilke



**Dr. Sabine Knierbein** ist Professorin für Stadtkultur und öffentlicher Raum und Leiterin des Interdisciplinary Centre for Urban Culture and Public Space an der Technischen Universität Wien. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen auf der Aktualisierung der „Kritik des Alltagslebens“ mit Fokus auf den gelebten Raum im Spannungsfeld einer globalen, urbanen Restrukturierung. Desweiteren lehrt sie im Feld Urban Studies in unterschiedlichen Disziplinen, Kulturen und Ländern. Sie ist Gründungsmitglied der Thematic Group of Urban Cultures and Public Spaces bei der Association of European Schools of Planning (AESOP).

knierbein@skuor.tuwien.ac.at

## Literatur

**Carr, Stephen / Francis, Mark / Rivlin, Leanne G. / Stone, Andrew M. (1993):** Public Space. Cambridge: Cambridge University Press

**Fessler Vaz, Lilian / Knierbein, Sabine / Welch Guerra, Max (2006):** Der öffentliche Raum in der Planungspolitik. Studien aus Rio de Janeiro und Berlin. Weimar: Verlag der Bauhaus-Universität

**Giseke, Undine (2004):** Die zentrale Stellung der Freiraumplanung bei der sozialen und kulturellen Ausgestaltung der postindustriellen Stadt. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 11/12.2004, pp. 669–678

**Harvey, David (1989):** From Managerialism to Entrepreneurialism. The Transformation in Urban Governance in Late Capitalism. In: Geografiska Annaler. Series B, Human Geography, Heft 71/1, S. 3–17

**Häußermann, Hartmut / Läßle, Dieter / Siebel, Walter (2008):** Stadtpolitik. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag

**Hou, Jeffrey / Knierbein, Sabine (2017):** City Unsilenced: Urban resistance and public space in the age of shrinking democracy. London/ New York: Routledge

**Knierbein, Sabine (2010):** Die Produktion zentraler öffentlicher Räume in der Aufmerksamkeitsökonomie. Ästhetische, ökonomische und mediale Restrukturierungen am Beispiel Berlin seit 1980. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

**Knierbein, Sabine (2016):** Öffentliche Räume zwischen Krise und Innovation. Einsichten und Thesen aus der europäischen Stadtforschung. In: Eichert, Christof / Löffler, Roland (im Auftrag der Herbert Quandt-Stiftung) (Hrsg.): Die Bürger und ihr öffentlicher Raum. Städte zwischen Krise und Innovation, Sinclair Haus Gespräche 35. München: Herder Verlag, S. 32–57

**Lefebvre, Henri (2009/1974):** The Production of Space. Malden: Wiley-Blackwell

**Lemke, Thomas / Krasmann, Susanne / Bröckling, Ulrich (2000):** Gouvernementalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologien. Eine Einleitung. In: Bröckling, Ulrich / Krasmann, Susanne / Lemke, Thomas (Hrsg.): Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag, S. 7–40

**Mackrodt, Ulrike / Helbrecht, Ilse (2013):** Performative Bürgerbeteiligung als neue Form kooperativer Freiraumplanung. In: disP – The Planning Review, Heft 49/4, S. 14–24

**Mayer, Margit (2013):** Urbane soziale Bewegungen in der neoliberalisierenden Stadt. In: sub|urban. zeitschrift für kritische stadtforschung, Heft 1/2013, S. 155–168

**Madanipour, Ali / Knierbein, Sabine / Degros, Aglaée (2014):** Public space and the challenges of urban transformation in Europe. New York / London: Routledge

**Palumbo, Maria Anita (2014):** Urban Transformation, Social Transition. Barbès, Paris, Where 'Otherness' Takes (Public) Place. In: Madanipour, Ali / Knierbein, Sabine / Degros, Aglaée (Eds.): Public Space and the Challenges of Urban Transformation in Europe, London / New York: Routledge, pp. 117–130

**Pühl, Katharina (2003):** Der Bericht der Hartz-Kommission und die „Unternehmerin ihrer selbst“: Geschlechterverhältnisse, Gouvernementalität und Neoliberalismus. In: Pieper, Marianne / Rodríguez Gutiérrez, Encarnación (Hrsg.): Gouvernementalität. Ein sozialwissenschaftliches Konzept in Anschluss an Foucault. Frankfurt am Main / New York: Campus Verlag, S. 111–135

**Reckwitz, Andreas (2017):** Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag

**Siebel, Walter (2004):** Die europäische Stadt. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag

**Welch Guerra, Max (1992):** Vermieterstruktur und Depolitisierung der Wohnungspolitik. Die Politik des CDUgeführten Senats gegenüber der Anbieterseite des Wohnungsmarktes in Berlin (West) von 1982 bis 1988. Arbeitshefte des Instituts für Stadt- und Regionalplanung der Technischen Universität Berlin, Band 44. Berlin: Verlag der Technischen Universität Berlin

# Öffentlichkeit 4.0

## Ein Drama in vier Akten

**Der Beitrag skizziert die Entwicklung von der klassischen Öffentlichkeit der 1970er-Jahre bis heute. Die einstige Bedeutung der klassischen Nachrichtenmedien ist zurückgegangen. Stattdessen haben andere Akteure, Medien und Kanäle an Bedeutung gewonnen. Gemein ist allen Entwicklungen eine Tendenz weg von breit angelegten, argumentativen Diskursen hin zu Unterhaltung, Emotionalität, persönlicher Betroffenheit und fragmentierten Öffentlichkeiten. Das hat sich im Netz und in den sozialen Medien weiter verstärkt. Es muss offen bleiben, wie unsere Demokratie(n) mit diesen Herausforderungen umgehen.** von Wolfgang Schweiger

In demokratischen Gesellschaften gilt der öffentliche Raum als der Platz, an dem Bürger\*innen zusammenkommen, die sich für die Geschicke ihres Gemeinwesens interessieren und durch Kommunikation (z. B. Diskussionen, Demonstrationen, Flugblätter) versuchen, politische Entscheidungen vorzubereiten und herbeizuführen. Das klassische Sinnbild des öffentlichen Raums ist der griechisch-antike Marktplatz, die Agora. Später kommen mit Theatern, Kaffeehäusern, Salons weitere Räumlichkeiten dazu, an denen freie Bürger – meist waren es Männer – über öffentlich bekannte und relevante Angelegenheiten debattieren. Dieser öffentliche Diskurs und das (potenzielle) Wissen aller über relevante Themen und Inhalte beeinflusst und legitimiert demokratische Entscheidungen, seien es politische Wahlen, die parlamentarische Gesetzgebung oder Regierungshandeln. So beschrieb es *Jürgen Habermas* in seinem Buch zum „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ (1962/2001), das das Verständnis von politischer Öffentlichkeit bis heute prägt. *Habermas* hat später (2001) die Normen einer funktionierenden Öffentlichkeit ausführlich analysiert. Er betrachtet sie als offenen Diskurs zu gesellschaftsrelevanten Themen, an dem alle interessierten und informierten Bürger\*innen ohne Standes- und Machtunterschiede teil-

nehmen. In einer argumentativ-rationalen, höflichen bzw. gewaltfreien, verständigungsorientierten und wahrheitsgemäßen Diskussion tauschen sie ihre Forderungen und Argumente aus. Das meiste Gehör finden nicht die Lautesten, sondern die besten Argumente. So kommen die Diskutanten zu einer konsentierten Problemlösung, meist als Kompromiss, oder zumindest zur Feststellung eines begründeten Dissenses.

Seit dem 19. Jahrhundert ist die Presse der wichtigste Platz für öffentliche Debatten. Durch die Überwindung raumzeitlicher Bindungen – die Diskussionsteilnehmer\*innen müssen nicht mehr gleichzeitig am selben Ort sein – entstand ein riesiger virtueller Raum. Das hat zwei Folgen. Erstens: Das Konzept der Öffentlichkeit lässt sich nur schwer abgrenzen. Aktuelle Definitionen bezeichnen Öffentlichkeit als „Räume verdichteter politischer Kommunikation“ (Brüggemann et al. 2009, S. 394) und beschreiben sie als Netzwerk miteinander kommunizierender Sprecher (vgl. z. B. Klinger 2018). Die Ausdehnung der Öffentlichkeit von überschaubaren Räumen auf ganze Gesellschaften bringt zweitens eine Ausdifferenzierung der Rollen mit sich: Die einen, die *Sprecher*, diskutieren aktiv mit und finden häufig Gehör. Die anderen bilden das *Pu-*

blikum; sie verfolgen die öffentliche Diskussion in der medialen Arena mehr oder weniger aufmerksam. Ihre Interessen werden von Sprechern vertreten – oder auch nicht (z. B. Arbeitslose). Gleichzeitig findet eine vertikale Ausdifferenzierung von Öffentlichkeitsebenen statt. Die große *Medienöffentlichkeit* baut auf kleineren Öffentlichkeiten auf (vgl. Gerhards/Neidhardt 1991): *Encounter-Öffentlichkeiten* entstehen da, wo sich mindestens zwei Personen begegnen und über gesellschaftliche Themen unterhalten. Sie werden politisch relevant, wenn sie zu sogenannten *Themenöffentlichkeiten* aufsteigen. Diese bilden sich rund um konkrete Themen und Forderungen wie z. B. den Umwelt- oder Klimaschutz oder auch den Kampf für eine Umgehungsstraße. Themenöffentlichkeiten werden traditionell sichtbar durch Bürgerinitiativen, Flugblätter oder Demonstrationen und entsprechen der klassischen Marktplatz-Öffentlichkeit, weshalb sie auch *Versammlungsöffentlichkeit* genannt werden.

Diese Öffentlichkeitsentwürfe, vor allem der von *Habermas*, beschreiben Idealvorstellungen. Dennoch bilden sie eine hilfreiche Grundlage, um aktuelle Entwicklungen zu verstehen und die Funktionstüchtigkeit der Öffentlichkeit für Demokratie und Gesellschaft zu beurteilen. In den letzten Jahrzehnten haben sich die wirtschaftlichen, technischen, politischen und gesellschaftlichen Bedingungen von Öffentlichkeit erheblich verändert. Was als kontinuierlicher Prozess ablief, lässt sich analytisch in vier Phasen konturieren. Wie es zur heutigen Version 4.0 kam, skizziert der vorliegende Beitrag als Drama in vier Akten. Ob auch die Folgen für unsere Gesellschaft dramatisch sind oder sein werden, sei dem Urteil der Leser\*innen überlassen.

### Öffentlichkeit 1.0 – die Medienarena der Diskurs-Profis

Beginnen wir in den 1970er-Jahren. Der Journalismus ist auf seinem Höhepunkt. Presseverlage gelten als lukrative Unternehmen, die Redaktionen sind personell und finanziell bestens ausgestattet. Nahezu jede Kleinstadt hat eine eigene Zeitung; jede größere Stadt mindestens zwei. Fernsehen und Radio sind öffentlich-rechtlich, Tagesschau, heute-Sendung, Monitor oder Report für viele Menschen Pflichttermine. Der Journalismus befindet sich in einer Gatekeeper-Funktion, d. h. politische Akteure wie Parteien, Gewerkschaften oder Verbände, die die Bürger\*innen mit ihren Botschaften erreichen wollen, sind auf journalistische Berichterstattung angewiesen. Öffentliche Debatten werden über die Medien ausgetragen, die die Gesellschaftsrelevanz und Qualität der Diskurse sicherstellen.

Journalisten recherchieren gründlich und haken nach, sie berichten ausführlich, selbstbewusst und meist auch kritisch. In den USA bringt die *New York Times* den Präsidenten *Richard Nixon* durch eine Investigativ-Recherche zur *Watergate-Affäre* zu Fall. Auch in Deutschland gelten die Medien als vierte Macht im Staat. Die meisten haben eine politische Blattlinie, d. h. sie berichten tendenziell eher konservativ (*Welt*, *Bild*, *FAZ*) oder liberal bzw. links (*Süddeutsche*, *Frankfurter Rundschau*, *Spiegel*, *Zeit*, *taz*). Öffentlich-rechtliche Rundfunkredaktionen sind einem binnenpluralistischen Modell verpflichtet, manche weisen allerdings aufgrund politischer Einflussnahme eine gewisse Schlagseite auf. Dennoch berichten nahezu alle Medien weitgehend unabhängig, vielfältig, ausgewogen und wahrheitsgemäß – Verstöße gegen diese Qualitätsanforderungen sind meist einmalige Ausrutscher.

Worüber und über wen die Medien berichten, entscheiden sie anhand von *Nachrichtenfaktoren*. Die wichtigsten sind gesellschaftliche Relevanz bei Ereignissen und Themen sowie Macht und Prominenz bei Personen. Die Medienöffentlichkeit wird deshalb dominiert von einflussreichen politischen Akteuren, die sich ihrerseits von renommierten und/oder prominenten Sprechern vertreten lassen. Diese Profi-Sprecher\*innen gewährleisten – Ausnahmen sind natürlich die Regel – Mediendebatten auf

---

## In den letzten Jahrzehnten haben sich die wirtschaftlichen, technischen, politischen und gesellschaftlichen Bedingungen von Öffentlichkeit erheblich verändert.

relativ hohem Argumentationsniveau. Andererseits klagen kleine und neue Akteursgruppen zu Recht über Zugangsbarrieren zur Medienöffentlichkeit, was *Habermas* bereits 1962 als „Vermachtung“ und „Refeudalisierung“ der Öffentlichkeit bemängelt. Gerade linksalternative Strömungen wie die Friedensbewegung bewegen sich anfangs ausschließlich in Themenöffentlichkeiten. Sie diskutieren, demonstrieren, blockieren, marschieren, sitzen und besetzen – und produzieren neben Plakaten, Flugblättern usw. eigene Zeitungen, später auch Rundfunksender. Auf diese Weise entwickelt sich neben den Mainstream-Medien eine *Gegenöffentlichkeit* (vgl. Wimmer 2007). Deren alterna-→

tive Medien haben eine eindeutige politische Stoßrichtung, sind aufgrund ihrer meist amateurhaften Gestaltung leicht als solche zu erkennen und weisen geringe Auflagen bzw. Reichweiten auf. Ihre gesellschaftliche Relevanz bleibt auf überschaubare, meist studentische Milieus beschränkt (vgl. Schweiger 2017). Die Mehrheit der Bürger\*innen hingegen informiert sich weiterhin über journalistische Medien und verharret in der Rolle des interessierten, aber schweigenden Publikums. Die „Filterfunktion der Öffentlichkeit“ (Luhmann 1975) bleibt erhalten: Nur die relevantesten Themen, Forderungen und Argumente finden den Weg aus Themenöffentlichkeiten in die breite Medienöffentlichkeit.

### Öffentlichkeit 2.0 – journalistische Publikumsorientierung und Mediendemokratie

Mitte der 1980er-Jahre wird in Deutschland der private Rundfunk mit populären Fernsehsendern wie RTL, Sat.1, ProSieben und vielen anderen TV- und Radiokanälen zugelassen. Auch im Printbereich schießen neue Special-Interest-Zeitschriften ins Kraut. Die Konkurrenz zwischen neuen und alten Medien führt zu einem verschärften Kampf um Einnahmen und die Aufmerksamkeit des Publikums. Kommerzielle Medien werden anfällig für die Einflussnahme durch Public Relations. Deren Pressemitteilungen, Bild-, Audio- und Videomaterialien liefern den Redaktionen kostenlose Medieninhalte. Zudem wird ihre Übernahme in die Berichterstattung von den PR-Treibenden häufig mit zusätzlichen Werbeschaltungen honoriert (vgl. Schweiger 2013). Nachrichtenmedien sind zunehmend abhängig von Werbeeinnahmen, die jedoch nur bei entsprechenden Publikumsreichweiten fließen. Die Nachrichtenauswahl orientiert sich deshalb weniger an der gesellschaftlichen Relevanz von Themen und der Reputation oder Kompetenz von Sprechern. Im Mittelpunkt stehen – vor allem bei Boulevardmedien, aber nicht nur dort – häufig publikumsattraktive Themen, also Konflikt, Kuriosität, Sport, Promi-Geschichten, Kriminalität und Sex. Auch im Lokaljournalismus funktionieren „Blaulicht, Rotlicht, Flutlicht“ besonders gut. Komplexe und wenig spektakuläre politische Themen und Debatten dagegen lassen sich nicht so einfach und plakativ in kurzen Beiträgen darstellen. Sie stoßen meist auf geringes Publikumsinteresse und haben es schwer, in die Fernseh- oder Radionachrichten zu kommen.

Diese *Boulevardisierung* vieler Medien stellt auch politische Akteure, allen voran wahlkämpfende Politiker\*innen und Parteien, vor Herausforderungen. Um ihr Publikum über die Medien zu erreichen, müssen sie sich an deren Auswahl- und Darstellungslogik anpassen (*Medialisierung*).

Diese Medienorientierung ist zunächst in den USA zu beobachten, weshalb man hierzulande von „Amerikanisierung“ spricht (vgl. Kamps 2000). Ihre Symptome sind:

- *Personalisierung*: Politische Themen werden besonders im Fernsehen meist mit Menschen und ihren Schicksalen aufgepeppt, sei es als Betroffene, Täter oder einfach so als Promis. Tauchen Politiker\*innen in den Medien auf, geht es häufig um ihr Privatleben, ihre Hobbies oder ihre Persönlichkeit (z. B. Treue, Empathie oder Führungsqualität).
- *Symbolpolitik*: Komplexe politische Themen werden auf einfache, symbolische Forderungen oder Handlungen heruntergebrochen. Sie sind in der Regel unwirksam, lassen sich aber in den geforderten kurzen Beiträgen oder knackigen Statements gut darstellen. Ein (un-)schönes Beispiel ist die immer wieder aufflammende Leitkultur-Debatte.
- *Pseudoereignisse*: Um ihre Botschaften in die Nachrichten zu bringen, kreieren politische Akteure spektakuläre und bildgewaltige Ereignisse. Besonders erfolgreich sind Greenpeace-Aktionen, in denen Aktivisten Fabrikschlote besteigen oder mit winzigen Schlauchbooten Öltanker entern. Auch wenig spektakuläre Parteitage oder Staatsakte werden mediengerecht dramatisiert und inszeniert.
- *Negativismus*: In den geforderten Kurz-Statements ist es für Politiker\*innen und Parteien einfacher, die Schwächen und Fehler der Gegner anzuklagen als die eigenen Pläne, Leistungen oder Stärken zu bewerben. Deshalb gilt *Negative Campaigning* als bewährte Wahlkampfstrategie. Es steigert auch die Berichterstattungs-Chancen einer politischen Aussage, da Journalist\*innen negative Ereignisse und Themen bevorzugen.
- *Horse Race*: Da politische Debatten meist komplex und wenig publikumsattraktiv sind, neigen Politiker\*innen wie Journalist\*innen dazu, Wahlkämpfe als Wettbewerbe zu inszenieren. Kandidat\*innen werden zu Rennpferden und Parteien zu Kampfverbänden. Die Auseinandersetzung um politische Lösungen tritt in den Hintergrund. Bevorzugte Fragen des „Horse Race Journalism“ sind: Wer liegt gerade vorn? Wer hat welche Strategie und welche Chancen? Kann ein neuer Skandal einen Kandidaten zu Fall bringen?

Öffentlichkeit 2.0 verschiebt die in der Öffentlichkeit kursierenden Inhalte weg vom Habermas'schen Ideal ei-

nes lösungsorientierten, argumentativen und fairen Diskurses hin zu mehr Personalisierung, Emotion und Stimmung. Gleichzeitig gewinnt die Medienöffentlichkeit an Bedeutung, weshalb diese Phase mit dem Begriff der *Mediendemokratie* verknüpft ist.

### Öffentlichkeit 3.0 – Monopolverlust des Journalismus, alternative Medien und Bürgerpartizipation

Seit ca. 2000 sind nahezu alle Medien im Internet präsent. Große Nachrichtenereignisse, Breaking News, lassen das Interesse an Online-Nachrichten explodieren. Als 2001 Islamisten das *World Trade Center* in New York zum Einsturz bringen („9/11“), verdoppeln sich die Zugriffe auf viele Nachrichtenportale innerhalb eines Monats. *Spiegel.de* bezeichnet das Ereignis als die „wohl bisher größte Sternstunde des Online-Journalismus“. Nachrichten-Websites werden zu vielgenutzten Nachrichtenquellen und für viele Medienhäuser zum wichtigsten Kanal. Anfänglich unterscheiden sich traditioneller und Online-Journalismus kaum. In den Redaktionen sammeln und produzieren professionelle Journalist\*innen weiterhin arbeitsteilig Nachrichten. Auch die Qualitätsanforderungen an den Nachrichtenjournalismus wie Unabhängigkeit, Ausgewogenheit und Wahrheit bleiben weitgehend gewahrt. Es gibt sogar Verbes-



Das klassische Sinnbild des öffentlichen Raums: die Agora. Hier das Römische Forum und die Agora in Thessaloniki. Foto: Marco Verch/CC BY 2.0 (<https://creativecommons.org/licenses/by/2.0>)

serungen: Anders als in den traditionellen Medien haben Nachrichten im Netz keine Platzbeschränkung, was ein vielfältigeres Themenangebot und größere Informationstiefe erlaubt. Andere Veränderungen bedrohen die journalistische Qualität im Netz: Da Nachrichtenportale kein festes Erscheinungsintervall haben, werden neue Nachrich-

tenbeiträge unmittelbar nach der Fertigstellung veröffentlicht. Das führt zu erhöhtem Aktualitätsdruck. Jedes Medium will als erstes berichten, und auch die Nutzer\*innen erwarten, innerhalb von Minuten, heute sogar Sekunden, informiert zu werden. Diese Beschleunigung reduziert die Zeit für Recherchen und bedroht gründliche journalistische Arbeit. Das führt zu Tippfehlern, oberflächlicher, unzulänglicher oder fehlerhafter Berichterstattung. Stellen- und Mittelkürzungen bedrohen journalistische Qualität zusätzlich. Bei Nachrichten-Websites wird außerdem die Reichweite jedes einzelnen Beitrags für alle Nutzer\*innen in Echtzeit erfasst. Das verstärkt die journalistische Ausrichtung am Publikumsinteresse weiter. Eine verschärfte Boulevardisierung, Emotionalisierung und sogenannter Häppchen-Journalismus sind bei vielen Online-Medien die Folge.

Gleichzeitig verliert der Journalismus sein früheres Nachrichten-Monopol (vgl. etwa Neuberger/Nuernbergk 2018). Die Medienöffentlichkeit ist zwar weiterhin wichtig, aber ihre Bedeutung sinkt. Im Netz erreichen Parteien, Politik, Unternehmen und alle anderen die Zielgruppen ih-

---

### Selbst medienkompetenten Menschen fällt es schwer, die Herkunft, Qualität, Relevanz und den Wahrheitsgehalt von Informationen einzuschätzen. Auf diese Weise werden etwa Verschwörungstheorien mit journalistischen Nachrichten verwechselt.

rer Themen und Botschaften über eigene Websites und Social Media direkt und ohne auf journalistische Medien angewiesen zu sein. Dieses „Journalism Bypassing“, auch „Disintermediation“ genannt, hat Folgen: Bürger\*innen können die Themen, Fakten und Interpretationen der Nachrichtenmedien mit den Darstellungen der politischen Akteure selbst vergleichen. Nicht selten steht Aussage gegen Aussage, wie etwa bei *Donald Trumps* getwitterten Fake-News-Vorwürfen gegen die *New York Times* und andere US-Nachrichtenmedien.

Auch alternative Medien wie *EpochTimes*, *JouWatch* oder die vom Kreml finanzierten Angebote *RTdeutsch*, *Sputnik* und *In the NOW* auf Facebook greifen den Journalismus an. Sie werfen ihm Abhängigkeit von Politik und →

Wirtschaft vor („Systemmedien“) und deshalb unvollständig, verzerrt oder unwahr zu berichten („Lügenpresse“). Heutige Alternativmedien verstehen sich weiterhin als Gegenöffentlichkeit, sie sind heute aber fast ausschließlich im rechten Spektrum zu verorten. Ihr Hintergrund ist meist intransparent. Um politische Botschaften erfolgreich im Netz zu verbreiten, schrecken sie nicht vor Halbwahrheiten, Verdrehungen, teils auch Lügen zurück (Fake News). Viele Angebote orientieren sich an den Gesetzen des Boulevards und erreichen damit, wie populistische Politiker\*innen auch, in den sozialen Medien teilweise Millionen Menschen (vgl. Daten auf [blog.10000flies.de](http://blog.10000flies.de)).

Schließlich werden auch die Bürger\*innen aktiv. Nahmen sie bisher meist die Rolle des Publikums ein, erlauben ihnen neue Techniken des Web 2.0 seit Mitte der 2000er-Jahre einen offenen und egalitären Zugang zur Öffentlichkeit. Auf vielen Nachrichtenportalen können sie Beiträge kommentieren und eigene Inhalte veröffentlichen. 2006 unterstreicht das *Time Magazin* die Bedeutung nutzergenerierter Inhalte, indem es Internetnutzer\*innen als „Person of the Year“ auszeichnet. Auch in Blogs, Foren und vor allem auf sozialen Plattformen wie Facebook, Twitter und YouTube findet „öffentliche Bürgerkommunikation“ statt (Schweiger 2017). Man spricht von partizipativem oder Bürgerjournalismus und hofft auf eine Vitalisierung der Demokratie durch egalitäre Kommunikation und Beteiligung im Netz (vgl. z. B. Emmer 2005).

#### Öffentlichkeit 4.0 – fragmentierte und personalisierte Erregungs-Öffentlichkeiten

Der freie und egalitäre Zugang zur Netz-Öffentlichkeit für alle führt zu einem „Publizitätsparadox“ (Beck 2010, S. 32): Je einfacher es wird, etwas zu publizieren, desto mehr Inhalte gibt es und desto geringer ist die Chance auf öffentliche Beachtung bzw. Publizität. *Chris Anderson* (2008) beschreibt das als Long-Tail-Phänomen: Wenige Angebote erzielen große Reichweiten, das Gros bleibt weitgehend verborgen und kursiert bestenfalls in kleinen Themenöffentlichkeiten. In der heutigen Öffentlichkeit 4.0, die etwa 2010 einsetzt, gewinnen deshalb *Intermediäre* an Bedeutung. Sie tragen Inhalte aus dem gesamten Internet zusammen und filtern für ihre Nutzer\*innen die Quellen und Inhalte heraus, die ihren persönlichen Interessen und Vorlieben entsprechen (*Personalisierung*). Die wichtigsten Intermediäre sind *Suchmaschinen*, allen voran der weltweite Quasi-Monopolist Google, *soziale Netzwerke* und *Messenger* wie Facebook, Instagram, WhatsApp (alle Facebook), YouTube (wieder Google) und Twitter sowie

*News-Aggregatoren*. Diese stellen personalisierte Nachrichtenüberblicke zusammen, in Deutschland dominiert neben Upday (für Samsung-Smartphones) wieder Google.

Die Personalisierung basiert zunächst auf bewussten Auswahlentscheidungen der Nutzer\*innen: Einmal favorisierte Quellen und Inhalte werden, wie in einem Abonnement, dauerhaft angezeigt. Algorithmen optimieren die Personalisierung weiter. Sie erfassen Eigenschaften und das Verhalten der Nutzer\*innen sowie ihres persönlichen Netzwerks und zeigen nur noch passende Quellen bzw.

### Generell steht die Rolle des Journalismus, den öffentlichen Diskurs zu moderieren und dessen Vielfalt, Gesellschaftsrelevanz, argumentative Qualität und Wahrheit sicherzustellen, unter Druck.

Inhalte an. Das macht Intermediäre und andere algorithmisch-personalisierte Kanäle (z. B. personalisierbare Apps von Nachrichtenmedien) nicht nur bei jungen Menschen beliebt. Denn sie helfen, die unüberschaubare Flut an Online-Inhalten zu meistern und sich mit anderen zu vernetzen, die einem ähnlich sind und ähnliche Interessen und Einstellungen aufweisen (Prinzip der Homophilie).

Aus gesellschaftlicher Sicht sind mit diesen Segnungen jedoch Befürchtungen verbunden (vgl. Schweiger et al. 2019), denn so können *fragmentierte (Teil-)Öffentlichkeiten* entstehen. Deren Mitglieder weisen relativ homogene Interessen, Einstellungen und Weltbilder auf, bevorzugen meinungskonsonante Nachrichten(-quellen) und bekommen diese auch überwiegend in algorithmisch-personalisierten Kanälen präsentiert. Sie stehen mit anderen Meinungslagern nur wenig in Kontakt und befinden sich, metaphorisch gesprochen, in einer *Filterblase* (vgl. Pariser 2011). Dabei machen sie sich von Algorithmen abhängig, die sie nicht kennen oder verstehen und deren Funktionsweisen sich ständig ändern. Innerhalb der Filterblasen existieren Kommunikationsnetzwerke „verdichteter Kommunikation“, in denen überwiegend Beiträge und Meinungsäußerungen aus dem eigenen Lager kursieren. Extreme Filterblasen sind in Deutschland rund um die flüchtlingskritische PEGIDA-Bewegung und Teile der AfD

zu beobachten. Auch in Teilen der deutsch-russischen und deutsch-türkischen Communities, die von den populistischen Regierungen ihrer Heimatländer und deren staatlich gesteuerten Medien beeinflusst werden, sind ausgeprägte Filterblasen zu vermuten. Freie journalistische Medien sind in solchen Filterblasen ein irritierender Fremdkörper, denn deren Ansatz einer ausgewogenen, vielfältigen und wahrheitsgemäßen Nachrichtenauswahl und -berichterstattung konfrontiert diese Menschen zwangsläufig mit meinungsdissonanten Nachrichten und Weltbildern und wird deshalb als „Lügenpresse“ abgelehnt (vgl. Schweiger 2017). Entsprechend dominanter sind hier die Beiträge alternativer Quellen und populistischer Politiker\*innen.

Da in algorithmisierten „persönlichen Öffentlichkeiten“ (Schmidt 2012) alle mehr oder weniger einer Meinung



Foto: CC0 1.0 (<https://creativecommons.org/publicdomain/zero/1.0>)

sind und nur noch wenige gegnerische Argumente oder Meinungen vorkommen, werden die Menschen noch redubereiter, als sie es ansonsten in der Öffentlichkeit wären, und schaukeln sich so gegenseitig hoch (*Echokammer*). „Die große Gereiztheit“ im Netz (Pörksen 2018) kann innerhalb der Gruppen zu noch extremeren Meinungen führen und letztlich die *Polarisierung* der gesamten Gesellschaft verstärken (vgl. Schweiger et al. 2019).

Diese Effekte werden durch beabsichtigte und unbeabsichtigte *Desinformation* verschärft, denn Intermediäre präsentieren Inhalte unterschiedlichster Quellen – journalistische Medien, alternative Angebote, Politik, Bürgermeinungen – unmittelbar nebeneinander. Selbst medienkompetenten Menschen fällt es schwer, die Herkunft, Qualität, Relevanz und den Wahrheitsgehalt von Informationen einzuschätzen. Auf diese Weise werden etwa Verschwörungstheorien mit journalistischen Nachrichten verwechselt. Fragwürdige Nischen-Angebote am Ende des Long-Tail,

die früher einer überschaubaren Encounter- oder Themenöffentlichkeit vorbehalten waren, erreichen nun Millionen Menschen und werden so öffentlich wirksam. Ein weiteres Problem ist die *Dekontextualisierung* von Inhalten (vgl. Pörksen/Detel 2012): Werden Aussagen, beispielsweise von Politiker\*innen, ohne ihren ursprünglichen Zusammenhang weiterverbreitet, kann das ihre Bedeutung völlig verzerren und ebenfalls zur Desinformation beitragen.

Schließlich wirken auch in der algorithmisierten Netzöffentlichkeit die Gesetze des Boulevards. Meist ist die Diskursqualität niedrig (vgl. z. B. Brückner/Schweiger 2017). Wenn sich Inhalte und Meinungen viral verbreiten und so eine breitere Öffentlichkeit erreichen, hängt das selten von der Güte der Argumente oder der gesellschaftlichen Relevanz ab. Die größten Reichweiten erzielen unterhaltende, emotionale bzw. emotionalisierende Inhalte. Darunter befinden sich auch Hasskommentare und Fake News. Ausgewogene Nachrichten, nüchterne Fakten und Argumentationen genießen weniger Publizität (vgl. z. B. Vosoughi et al. 2018).

Die aktuelle Öffentlichkeit 4.0 schafft ideale Bedingungen für skrupellose Populisten und Alternativangebote mit ihren Hasstiraden, Halbwahrheiten und Pseudo-Fakten („Faktoid“). In den fragmentierten Öffentlichkeiten des Netzes verbreiten sich Desinformation und Empörung in kürzester Zeit und erreichen Millionen Menschen. Gleichzeitig gehen Reichweiten und Bedeutung der klassischen Medien zurück. In Teilen der Bevölkerung leiden sie unter einem Vertrauensschwund. Generell steht die Rolle des Journalismus, den öffentlichen Diskurs zu moderieren und dessen Vielfalt, Gesellschaftsrelevanz, argumentative Qualität und Wahrheit sicherzustellen, unter Druck. Damit ist schließlich auch die Leistung der Medienöffentlichkeit geschwächt, fast die gesamte Bevölkerung zu informieren, gemeinsame (Diskurs-)Themen zu setzen und zur Integration der Gesellschaft beizutragen.

### Ein kurzer Schluss

Was bedeutet das alles für unsere Demokratie/n und wie geht es weiter? Jede Zeit neigt dazu, die Vergangenheit zu idealisieren und die Gegenwart zu dramatisieren – bereits *Habermas* hat 1962 den damaligen Zerfall der Öffentlichkeit beklagt! Dass der weltweit erfolgreiche Populismus ein „Nutznießer“ des aktuellen Öffentlichkeitswandels ist, steht außer Frage. Wie dieser Prozess jedoch weitergeht, weiß niemand. Eines scheint sicher: Die Art, wie der öffentlich Raum funktioniert, wird sich weiter und vermutlich immer schneller wandeln. →

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 1/2019

## Zum Autor



**Professor Dr. Wolfgang Schweiger** ist Inhaber des Lehrstuhls für Kommunikationswissenschaft insb. interaktive Medien- und Onlinekommunikation an der Universität Hohenheim (Stuttgart). Seine Schwerpunkte sind Medienwandel, Vertrauen in Journalismus, Information und Meinungsbildung im Netz und in den sozialen Medien sowie empirische Methoden. Soeben erschienen: „Algorithmisch personalisierte Nachrichtenkanäle – Nutzung und Wirkung“, Wiesbaden: Springer.

wolfgang.schweiger@uni-hohenheim.de

## Literatur

**Anderson, Chris (2008):** The Long Tail: Why the Future of Business is Selling Less of More. New York: Hyperion

**Beck, Klaus (2010):** Soziologie der Online-Kommunikation. In: Schweiger, Wolfgang / Beck, Klaus (Hrsg.): Handbuch Online-Kommunikation. Wiesbaden: VS, S. 15–35

**Brückner, Lara / Schweiger, Wolfgang (2017):** Facebook Discussions of Journalistic News: Investigating Article Objectivity, Topic, and Media Brand as Influencing Factors. In: Studies in Communication and Media, 6(4); DOI:10.5771/2192-4007-2017-4-365

**Brüggemann, Michael / Hepp, Andreas / Kleinen-von Königslöw, Katharina / Wessler, Hartmut (2009):** Transnationale Öffentlichkeit in Europa. Forschungsstand und Perspektiven. In: Publizistik, 54 (3), S. 391–414; doi: 10.1007/s11616-009-0059-4

**Emmer, Martin (2005):** Politische Mobilisierung durch das Internet? Eine kommunikationswissenschaftliche Untersuchung zur Wirkung eines neuen Mediums. München: Reinhard Fischer

**Gerhards, Jürgen / Neidhardt, Friedhelm (1991):** Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit. Fragestellungen und Ansätze. In: Müller-Doohm, Stefan / Neumann-Braun, Klaus (Hrsg.): Öffentlichkeit, Kultur, Massenkommunikation. Beiträge zur Medien- und Kommunikationssoziologie. Oldenburg: Bibliotheks- und Informationssystem der Universität Oldenburg, S. 31–89

**Habermas, Jürgen (2001/1962):** Strukturwandel der Öffentlichkeit. Frankfurt am Main: Suhrkamp

**Habermas, Jürgen (1981):** Theorie des kommunikativen Handelns. 2 Bände. Frankfurt am Main: Suhrkamp

**Kamps, Klaus (Hrsg.) (2000):** Trans-Atlantik – Trans-Portabel? Die Amerikanisierungsthese in der politischen Kommunikation. Opladen: Westdeutscher Verlag

**Klinger, Ulrike (2018):** Aufstieg der Semiöffentlichkeit: Eine relationale Perspektive. In: Publizistik, 63, S. 245–267

**Luhmann, Niklas (1975):** Öffentliche Meinung. In: Ders. (Hrsg.): Politische Planung. Aufsätze zur Soziologie von Politik und Verwaltung. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 9–34

**Neuberger, Christoph / Nuernbergk, Christian (Hrsg.) (2018):** Journalismus im Internet. Profession – Partizipation – Technisierung. Wiesbaden: Springer (2. Auflage)

**Pariser, Eli (2011):** The Filter Bubble. What the Internet is Hiding from You. London: Penguin

**Pörksen, Bernhard / Detel, Hanne (2012):** Der entfesselte Skandal. Das Ende der Kontrolle im digitalen Zeitalter. Köln: von Halem

**Pörksen, Bernhard (2018):** Die große Gereiztheit: Wege aus der kollektiven Erregung. München: Hanser

**Schmidt, Jan-Hinrik (2012):** Persönliche Öffentlichkeiten und politische Kommunikation im Social Web. In: Ziegler, Béatrice / Wälti, Nicole (Hrsg.): Wahl-Probleme der Demokratie. Zürich: Schulthess, S. 137–147

**Schweiger, Wolfgang (2013):** Determination, Intereffikation, Medialisierung. Theorien zur Beziehung zwischen PR und Journalismus (Reihe Konzepte. Ansätze der Medien- und Kommunikationswissenschaft). Baden-Baden: Nomos

**Schweiger, Wolfgang (2017):** Der (des)informierte Bürger im Netz. Wie soziale Medien die Meinungsbildung verändern. Wiesbaden: Springer

**Schweiger, Wolfgang / Weber, Patrick / Prochazka, Fabian / Brückner, Lara (2019):** Algorithmisch personalisierte Nachrichtenkanäle. Begriffe, Nutzung und Wirkung. Wiesbaden: Springer

**Vosoughi, Soroush / Roy, Deb / Aral, Sinan (2018):** The spread of true and false news online. In: Science, 359, pp. 1146–1151

**Wimmer, Jeffrey (2007):** (Gegen-)Öffentlichkeit in der Mediengesellschaft. Analyse eines medialen Spannungsfelds. Wiesbaden: VS

# Politische Bildung und öffentlicher Raum

## Eine theoretische Bestimmung von Politik und politischer Bildung

**In diesem Beitrag wird ein an der politischen Theorie Hannah Arendts angelehnter Zugang politischer Bildung entwickelt, der das Verhältnis von Öffentlichkeit und politischer Bildung aufgreift und eine Antwort auf aktuelle normative Herausforderungen der politischen Bildung enthält. Zu diesen Herausforderungen gehören insbesondere die zunehmende Okkupation des öffentlichen Raums durch demokratiefeindliche Kräfte und die Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien. Es geht also um eine theoretische Bestimmung von Politik und politischer Bildung und damit zusammenhängend die Frage, inwieweit eine an Arendt orientierte politische Bildung selbst einen öffentlichen Raum darstellt bzw. öffentliche Räume schafft und diese mitgestalten kann.**

von Tonio Oeftering

### **Vorbemerkung: Veränderungen im öffentlichen Raum und die normative Unsicherheit der politischen Bildung**

Noch im Jahre 2013 gaben *Frank Decker* u. a. einen Sammelband mit dem Titel „Demokratie ohne Wähler: Neue Herausforderungen der politischen Partizipation“ heraus. Wenn wir uns die politischen Ereignisse seitdem ansehen, haben sich das Bild und die mit ihm verbundenen Herausforderungen gewandelt. Die Wahlbeteiligung ist bei Landtagswahlen und auch bei der Bundestagswahl häufig gestiegen, die Freude darüber hält sich bei vielen Beobachter\*innen jedoch in Grenzen. Denn meist hat die gestiegene Wahlbeteiligung zu einem Erstarken rechtspopulistischer Kräfte, vor allem der Partei *Alternative für Deutschland* (AfD) geführt, sodass am Wahlabend zuweilen der bange Blick auf die ersten Hochrechnungen gerichtet wird und sich – überspitzt – die Frage stellt, wie lange wir noch eine Demokratie haben werden, *trotz* Wahlen, wenn diese dazu führen, dass in Deutschland aber auch in anderen Ländern wie den Vereinigten Staaten oder Russland demokratiefeindliche Kräfte inauguriert oder gestärkt werden.

In Politik und Sozialwissenschaften macht sich Unbehagen breit. Lange Zeit konnte, wer ernsthaft von Bedrohungen der Demokratie sprach, in den Verdacht geraten, ent-

weder ein frankfurtgefärbter Kulturpessimist zu sein oder sich, wie *Jens Hacke* schreibt, in einer originellen intellektuellen Spielerei zu einem „allmählich überraschungsfrei wirkenden Gegenstand“ (Hacke 2018, S. 63) zu verlieren. Heute hingegen, so hat es den Anschein, stehen wir „vor der Erprobung des Ernstfalls“ (ebd.) und auch für die politische Bildung bedeutet dies eine Herausforderung.

Denn *politische Partizipation* galt bisher als ein unbestrittenes Ziel politischer Bildung, das etwa im Kompetenzmodell der *Gesellschaft für politische Jugend- und Erwachsenenbildung* (GPJE) als Handlungskompetenz fest verankert ist (vgl. GPJE 2004). Insofern es Kontroversen gab, drehten sich diese vor allem um die Frage, welche Formen der Partizipation legitim seien, wobei meist zwischen konventioneller und unkonventioneller Partizipation unterschieden und dann, je nach didaktischem Standpunkt, die eine bevorzugt (vgl. Detjen 2011) oder der anderen ein größerer Stellenwert eingeräumt wurde (vgl. Lösch 2011). Auch bei der didaktischen Diskussion um die sogenannten „Bürgerleitbilder“ (vgl. Detjen 2006; Ackermann 1998) ging es eher um die Frage, welche Leitbilder als „realistisch“ für die Praxis der politischen Bildung angesehen werden konnten, als um die Frage, ob die Leitbilder an sich proble-

matisch sein könnten; zu groß der demokratische Impetus, demzufolge Interventionsfähige- und Aktivbürger\*innen per se gut für die Demokratie seien.

Nun ist aber festzustellen, dass der öffentliche Raum zunehmend okkupiert wird von in hohem Maße interventionsfähigen und aktiven Bürger\*innen, die eben nicht nur an Demonstrationen und Bürgerinitiativen, sondern auch in hoher Zahl an Wahlen und digitalen Partizipationsformen teilnehmen – sich dabei jedoch für politische Ziele einsetzen, die von einer demokratischen politischen Bildung nicht geteilt werden. Mit diesem Faktum muss sich die politische Bildung befassen. Notwendig erscheint eine Reflexion der normativen Grundlagen politischer Bildung und damit verbunden die Frage, ob es aus Sicht der politischen Bildung so etwas wie „gute“ und „schlechte“ Partizipation gibt und anhand welcher Maßstäbe dies zu begründen wäre.

Um diesen Herausforderungen zu begegnen, soll im Folgenden ein Begriff politischer Bildung entwickelt werden, der das Verhältnis von Öffentlichkeit und politischer Bildung aufgreift und damit zusammenhängend eine Antwort auf aktuelle normative Herausforderungen der politischen Bildung bereithält. Als Orientierung hierfür dient die politische Theorie *Hannah Arendts*, genauer gesagt ihr Begriff des Politischen. Es geht also um eine theoretische Bestimmung von Politik und politischer Bildung und damit zusammenhängend um die Frage, inwieweit eine an *Arendt* orientierte politische Bildung selbst einen öffentlichen Raum darstellt bzw. öffentliche Räume schafft und diese mitgestalten kann.

### Hannah Arendts Begriff des Politischen

Wenn im Folgenden von *Hannah Arendts* Begriff *des Politischen* die Rede ist, dann ist damit etwas benannt, das in der Politikwissenschaft unter dem Begriff „politische Differenz“ diskutiert wird (vgl. Bedorf/Röttgers 2010). Gemeint ist damit die Unterscheidung von *der Politik* und *dem Politischen*, die vereinfacht besagt, dass unterschieden wird zwischen dem, was wir an politischer Realität beobachten und beschreiben können (Institutionen, Prozesse, Inhalte) und dem, was der damit gemeinten „Politik“ gewissermaßen „ontologisch“ zugrunde liegt, also das, was gewissermaßen das „Wesen“ von Politik ausmacht. <sup>1</sup>

<sup>1</sup> Diese Unterscheidung wird von Theoretiker\*innen unterschiedlich gefasst. Ein Klassiker, der diese Unterscheidung begrifflich scharf macht, ist Carl Schmitt, der in „Der Begriff des Politischen“ (2002) schreibt, dass das, was aller Politik zugrunde läge, also das Politische, die Unterscheidung von Freund und Feind sei (ebd., S. 26).

Auch *Hannah Arendts* politische Theorie enthält einen Begriff *des Politischen*, der in Abgrenzung zu *der Politik* beschrieben werden kann (vgl. Oefftering 2013, S. 91 ff.). Dieser Begriff des Politischen erscheint in besonderem Maße geeignet, den aufgezeigten Problemlagen zu begegnen, weswegen er im Folgenden skizziert werden soll, bevor in einem weiteren Schritt gefragt wird, was dieser Begriff des Politischen an Potenzial für politische Bildung unter den genannten Bedingungen aufweist.

### Pluralität

„Politik beruht auf der Tatsache der Pluralität der Menschen.“ (Arendt 2007, S. 9) Dieser Satz *Hannah Arendts* bildet den Kern ihres Begriffs des Politischen. Pluralität als eine nur den Menschen gegebene Eigenschaft äußert sich in einer paradoxen Form, nämlich als *Gleichheit* und gleichzeitig als *Verschiedenheit*. *Gleich* sind die Menschen, weil sie über ähnliche physiognomische Merkmale verfügen, in der Lage sind, die gleiche Sprache zu sprechen und sich als Gleiche anzuerkennen und zu erfahren. *Verschieden* sind die Menschen, weil sie über einen individuellen Kern verfügen, der sie von allen anderen Menschen, die je vor ihnen gelebt haben und je nach ihnen leben werden, unterscheidet. Und die Art und Weise, wie die Menschen ihre Pluralität, also das Gemeinsame und das Verschiedene, wie Arendt sagt, ihr Menschsein selbst (vgl. Arendt 2008, S. 214) zum Ausdruck bringen, ist das Sprechen und das Handeln. Diese Tätigkeiten sind es, welche die Menschen von den Tieren unterscheiden und es sind zugleich – wie noch weiter auszuführen ist – die Tätigkeiten, die im Kern den *Modus* des Politischen ausmachen.

*Arendt* bezieht sich hier auf *Aristoteles* und dessen vielzitierte „Definitionen“ des Menschen als *zoon politikon* und als *zoon logon echon*. Bekannt ist hier vor allem *Aristoteles'* Diktum, der Mensch sei von Natur aus ein politisches Lebewesen (vgl. Aristoteles 1990, Pol, Pol I, 2, 1253a 1 f.). Zu beachten ist hier, dass sich das antike Naturverständnis von unserem heutigen dadurch unterscheidet, dass in ihm eine teleologische Vorstellung von Natur zugrunde liegt. *Aristoteles* ist nicht der Auffassung, der Mensch sei ab Geburt bereits ein politisches Lebewesen. Dann bräuchten wir keine politische Bildung. Sondern, gleich einer Blume, die erst Blume im eigentlichen Sinne ist, wenn sie das Stadium des Samens durchschritten und Blätter und Blüten entwickelt hat, ist der Mensch nicht qua Geburt, sondern erst dann ein politisches Lebewesen, wenn er im politischen Raum agiert und das heißt vor allem – spricht. Deswegen ist auch *Aristoteles'* zweite Be-

stimmung des Menschen, der Mensch als das Wesen, das über „logos“ verfügt, so bedeutsam. „Logos“ ist jedoch nicht, wie häufig angenommen, als Rationalität oder Vernunft zu verstehen, sondern zunächst einmal lediglich als „Sprachfähigkeit“, die Fähigkeit sich mittels der Sprache über die gemeinsamen Dinge auszutauschen. Dementsprechend findet sich bei Aristoteles auch der Hinweis, es sei nun aber „einzig der Mensch unter allen animalischen Wesen mit der Sprache [logos] begabt. Die Stimme [phone] ist das Zeichen für Schmerz und Lust und darum auch den anderen Sinneswesen verliehen, indem ihre Natur so weit gelangt ist, dass sie Schmerz und Lust empfinden und beides einander zu erkennen geben. Das Wort aber oder die Sprache ist dafür da, das Nützliche und das Schädliche und so denn auch das Gerechte [diakion] und das Ungerechte



Hannah Arendt (1906–1975) Foto: Ryohei Noda/flickr CC BY 2.0; <https://creativecommons.org/licenses/by/2.0>

[adikon] anzuzeigen. Denn das ist den Menschen vor den anderen Lebewesen eigen, dass sie Sinn haben für Gut [agathon] und Böse [kakon], für Gerech und Ungerech und was dem ähnlich ist. Die Gemeinschaftlichkeit dieser Ideen aber begründet die Familie und den Staat.“ (Aristoteles 1990, Pol I, 2, 1253a, 9 ff.)

Dies bedeutet, dass es nach *Aristoteles* bzw. *Arendt* die Sprache bzw. Sprachfähigkeit ist, die Menschen dazu befähigt, politische Lebewesen zu werden und dass dies erst dann der Fall ist, wenn in der öffentlichen Sphäre von diesem Vermögen tatsächlich Gebrauch gemacht wird, die Menschen sich also in ihrer Pluralität begegnen und sprechend und handelnd miteinander politisch aktiv werden.

### Freiheit

„Der Sinn von Politik ist Freiheit.“ (Arendt 2007, S. 28). Dies dürfte einer der meistzitierten Sätze *Hannah Arendts* sein. Allerdings wird er häufig aufgeführt, ohne dass sein Sinn umfänglich erschlossen wäre. Dieser lässt sich nachvollziehen, wenn deutlich wird, dass *Arendt* ganz bewusst von „Sinn“ und nicht etwa von „Ziel“ spricht. Denn der *Sinn* einer Sache, so *Arendt*, liege in dieser selbst begründet (vgl. Arendt 2007, S. 203). D. h., wenn der Sinn von Politik Freiheit ist, dann ist dieser nicht in überprüfbar Ergebnissen von Politik, sondern im Vollzug derselben zu finden. Da das Politische als das in der Pluralität gründende gemeinsame Sprechen und Handeln mit anderen Menschen zu sehen ist, bedeutet dies, dass eine einzelne Person niemals „frei“ sein kann. Entgegen dem verbreiteten Verständnis von Freiheit als einer subjektiven Eigenschaft, findet sich hier ein Konzept von Freiheit, das an die Anwesenheit anderer Menschen geknüpft bleibt. Der oder die Einzelne kann niemals frei sein; frei sein kann nur, wer sich in den öffentlichen Raum begibt und dort sprechend und handelnd mit anderen Menschen agiert.

Ein solches kollektives Freiheitsverständnis ist, so *Arendt*, im politischen Denken zunehmend in den Hintergrund geraten. Anstatt Freiheit in der Politik zu suchen, wird es immer häufiger als Aufgabe von Politik gesehen, Freiheitsräume außerhalb der Politik zu schaffen und zu garantieren (bspw. Handelsfreiheit). Freiheit *von* der Politik, so könnte man sagen, trifft das moderne Freiheitsverständnis viel mehr als die Vorstellung, Freiheit *in* der Politik zu finden.

Diese Veränderungen im Freiheitsverständnis führt *Arendt* auf das zurück, was sie die „politischen Grunderfahrungen unseres Zeitalters“ (ebd., S. 130) nennt: Die Erfahrung des Totalitarismus, die Entwicklung der Atombombe und die moderne Massen- und Konsumgesellschaft. Diesen Erfahrungen ist gemein, dass sie die Pluralität einschränken, wenn nicht gar vernichten und zu einer Sprachlosigkeit und Vereinzelung der Menschen führen, die zur Folge hat, dass Politik im Modus des Politischen sich nicht mehr ereignen kann. So hat etwa der Totalitarismus die Eigenschaft, alles Abweichende, Querliegende zugunsten von Homogenisierung und Ausgrenzung zu eliminieren, eine Entwicklung, die in den NS-Konzentrationslagern ihren Höhepunkt fand, indem Menschen all ihrer menschlichen Fähigkeiten wie öffentliches Sprechen und Handeln beraubt und im wahrsten Sinne des Wortes zu einer bloßen Nummer degradiert und vernichtet wurden. Auch die Entwicklung der Atombombe hat *Arendt* zufolge zum →

Verschwinden der Pluralität beigetragen. Denn die potenzielle Vernichtung allen menschlichen Lebens führt dazu, dass die Menschen im Grunde keine freien Entscheidungen mehr treffen können, weil alles unter dem Zwang steht, diese eine Katastrophe zu verhindern. Und schließlich führt auch die moderne Massen- und Konsumgesellschaft dazu, dass das Politische sich nicht mehr ereignen kann, weil der öffentliche Raum nicht mehr der Raum des politischen Verkehrs, des Austausch und des Streits über die gemeinsamen Angelegenheiten ist, sondern der der ökonomischen Bedürfnisbefriedigung, in dem sich das oben angesprochene Verständnis von Freiheit zeigt, das Freiheit vornehmlich als individuelles und von der Politik zu garantierendes Vermögen denkt, ungestört dem eigenen privatistischen Konsuminteressen nachzugehen.

Aus diesen Grunderfahrungen erwächst für *Arendt* die Gefahr, dass „das Politische überhaupt aus der Welt verschwindet“ (ebd., S. 13) und vor dem Hintergrund dieser fatalen Entwicklungen stellt sie die Frage: „Hat Politik überhaupt noch einen Sinn?“ (Ebd., S. 77)

#### *Natalität*

Dass *Hannah Arendt* trotz der beschriebenen Gefährdungen des Politischen an der Möglichkeit von Politik festhält, begründet sie mit einem Phänomen, das sie die „Natalität“ oder auch die „Gebürtlichkeit“ der Menschen nennt. Sie bezieht sich hier auf den Kirchenlehrer *Augustinus* und dessen Wort: „Damit ein Anfang sei, wurde der Mensch geschaffen, vor dem es niemand gab.“ (Augustinus zit. nach *Arendt* 2008, S. 215 f.) In der Auseinandersetzung mit diesem Zitat entwickelt *Arendt* ihre Antwort auf die Frage, ob Politik überhaupt noch einen Sinn hat.

Angesichts der Ausweglosigkeit in die die Welt geraten sei, so *Arendt*, scheint es, als könne „eine entscheidende Änderung zum Heil (...) nur durch eine Art Wunder geschehen“ (*Arendt* 2007, S. 31). Unter einem Wunder versteht sie jedoch keineswegs ein metaphysisches oder gar göttliches Wirken; für *Arendt* besteht ein Wunder in einem spezifisch menschlichen Vermögen. Denn wenn ein Wunder in dem Eintreten eines Ereignisses besteht, auf das zwar gehofft, dessen tatsächliches Eintreten jedoch niemals vorausgesagt werden kann, dann sind die Menschen „offenbar auf eine höchst wunderbare und geheimnisvolle Weise dazu begabt (...), Wunder zu tun. Diese Begabung nennen wir im gewöhnlichen und abgegriffenen Sprachgebrauch das Handeln.“ (Ebd., S. 34)

Denn das Handeln unterbricht bestehende Prozesse und es kann einen neuen und unvorhergesehenen Anfang

setzen. *Arendt* illustriert dies an dem, was wir den „Geschichtsprozess“ nennen und erklärt, dieser sei nicht historisch-materialistisch oder evolutionär determiniert. Vielmehr bestehe er aus „Ketten von Ereignissen“ und sei aus „menschlichen Initiativen“ (ebd., S. 33) entstanden und werde dauernd durch neue Initiativen durchbrochen (vgl. ebd.).

Zusammengefasst bedeutet dies: Durch die Geburt eines Menschen wird ein neuer Anfang gesetzt und der Mensch als ein Jemand geboren, dessen Einzigartigkeit sich darin zeigt, dass er selbst über die Fähigkeit verfügt, einen neuen, unvorhersehbaren Anfang zu setzen, sich aktiv sprechend und handelnd in die Welt einzuschalten und diese nach seinen Vorstellungen zu verändern. Und in dieser den Menschen eigentümlichen Fähigkeit zum Handeln und Sprechen, in der Fähigkeit einen neuen Anfang zu setzen und damit in die bestehende Welt und die in ihr waltenden Prozesse bewusst einzugreifen, besteht die Freiheit, die den Sinn des Politischen ausmacht: „Das Wunder der Freiheit liegt in diesem Anfangen-Können beschlossen, das seinerseits wiederum in dem Faktum beschlossen liegt, dass jeder Mensch, sofern er durch Geburt in die Welt gekommen ist, die vor ihm da war und nach ihm weitergeht, selber ein neuer Anfang ist.“ (Ebd., S. 34) Und vor diesem Hintergrund kann die Frage, ob Politik überhaupt noch einen Sinn hat, in neuem Licht erscheinen und mit „Ja“ beantwortet werden. Denn wenn es, wie *Arendt* sagt, „im Zuge der Ausweglosigkeit, in die unsere Welt geraten ist, liegt, Wunder zu erwarten, so verweist diese Erwartung uns keineswegs aus dem ursprünglichen politischen Bereich heraus. Wenn der Sinn von Politik Freiheit ist, so heißt

### **Sobald Menschen den öffentlichen Raum betreten und in diesem mit anderen sprechend und handelnd agieren, bilden sie sich als politische Personen weiter.**

dies, dass wir in diesem Raum – und in keinem anderen – in der Tat das Recht haben, Wunder zu erwarten. Nicht weil wir wundergläubig wären, sondern weil die Menschen, solange sie handeln können, das Unwahrscheinliche und Unberechenbare zu leisten imstande sind und dauernd leisten, ob sie es wissen oder nicht.“ (Ebd., S. 35)

### Politische Bildung im Modus des Politischen

Damit ist entlang dreier zentraler Begriffe – Pluralität, Freiheit, Natalität – *Arendts* Begriff des Politischen umrissen: Das Politische ist ihr zufolge der ausschließliche Ort, an dem Freiheit erlebt und erfahren werden kann. Nur in der öffentlichen Sphäre lässt sich die Auseinandersetzung der Freien und Gleichen erleben, nur dort können die allen gemeinsamen Angelegenheiten politisch geregelt und in für alle verbindliche Beschlüsse gefasst und umgesetzt werden. Das Politische wird damit zu einem allen zugänglichen Erfahrungsraum, in dem der Einzelne die Pluralität, das heißt die Gleichheit und die Verschiedenheit der Anderen, aber auch sich selbst erproben und erleben und die Lust am Miteinander-Sprechen und Miteinander-Handeln immer wieder aufs Neue erfahren kann.

Mit Blick auf die Eingangsbeobachtung, könnte eingesetzt werden, die Beschreibung des Politischen erschöpfe sich in der Explikation eines normativ entleerten Modus, zumal ja genau dies zunehmend passiert: Der öffentliche Raum wird verstärkt genutzt, um eigenen Interessen Ausdruck zu verleihen und die Welt diesen entsprechend zu verändern. Der Einwand scheint berechtigt. Doch bei näherem Hinsehen wird deutlich, dass der hier beschriebene Modus durchaus nicht normativ unbestimmt ist und stattdessen als „Maßstab“ an tatsächliches politisches Geschehen angelegt und für die politische Bildung herangezogen werden kann. Denn die Öffentlichkeit ist der Raum für das gemeinsame Sprechen und Handeln. Die Möglichkeit hierzu liegt in der Pluralität, der Freiheit und der Natalität der Menschen begründet. Genau dies scheint aktuell auf dem Spiel zu stehen: Die Pluralität der Menschen wird negiert, indem ethnische und religiöse Grenzen gezogen werden. Die Freiheit zum Handeln und die Bereitschaft, sich in freiem Verkehr mit anderen Sichtweisen auseinanderzusetzen wird denjenigen, die auf der „anderen Seite“ stehen, aberkannt (stattdessen sollen sie „gejagt“ [Gauland] werden) und den Neuankömmlingen (etwa geflüchteten Menschen) soll jede Möglichkeit, einen Anfang zu setzen, verweigert werden, weil sie nicht als Teil des Gemeinwesens anerkannt werden.

Mit Blick auf Pluralität, Freiheit und Natalität können wir also tatsächlich zwischen „guter“ und „schlechter“ Partizipation unterscheiden und *Arendts* Begriff des Politischen als normativen Maßstab anlegen: Verteidigungswert erscheinen dann nämlich politische Ordnungen, die die Pluralität der Menschen anerkennen und den Menschen zugestehen, in Freiheit miteinander-sprechend und miteinander-handelnd neue Anfänge zu setzen. Krisisierbar werden solche Ordnungen, bei denen dies nicht der Fall ist.

Für diese Sichtweise „bürgt“ *Arendt* gewissermaßen mit ihrer Biographie: Als verfolgte Jüdin hat sie selbst erlebt, wie im nationalsozialistischen Totalitarismus der öffentliche Raum als Raum des Sprechens und Handelns systematisch zerstört und stattdessen zu einem Ort der Propaganda, der öffentlichen Demütigung und der Vernichtung wurde. Eine an *Arendt* orientierte politische Theorie stellt sich solchen Entwicklungen ebenso entgegen, wie eine an *Hannah Arendts* Begriff des Politischen orientierte politische Bildung. So wie das Politische als Modus beschrieben werden kann, in dem Politik sich ereignen sollte, kann politische Bildung als ein Prozess gedacht werden, der sich im Modus des Politischen vollzieht.

### Der öffentliche Raum als Ort der politischen (Selbst-)Bildung der Bürger\*innen

Zum politischen Lebewesen werden Lernende nicht qua Geburt, sie bilden sich im Prozess des gemeinsamen Sprechens und Handelns. Dementsprechend geht es in der politischen Bildung nicht in erster Linie darum, Faktenwissen über politische Systeme, Programme oder Prozesse zu vermitteln; es geht vielmehr darum, den Lernenden Wege aufzuzeigen, sich zu politisch denkenden, sprechenden und handelnden Persönlichkeiten zu entwickeln – und zwar im Modus des Politischen.

Die Inhalte des politischen Lernens bleiben damit zunächst unbestimmt. Klar ist jedoch, dass es ohne Inhalte nicht geht – man kann nur über konkrete Inhalte politisch diskutieren. Aber: Politische Bildung sollte sich nicht als „Abbilddidaktik“ verstehen, die die von den Bezugswissenschaften bereitgestellten Inhalte eins zu eins in die Köpfe der Lernenden zu übersetzen sucht. Diese sollten vielmehr als gemeinsame Angelegenheiten in die „gemeinsam betriebene öffentliche Selbstausslegung“ (Breier/Meyer 2013, S. 192) der Lerngruppe gehoben werden. Methodisch bieten sich hier vor allem simulative Verfahren an (Insel- und Planspiele, Dorfgründungen, Debatten usw.), die ihren Fokus nicht auf das „Politik-Pauken“ festgelegter Inhalte, sondern auf die aktive diskursive Auseinandersetzung um diese Inhalte legen. Nur so kann es Lernenden gelingen, sich selbst als politische Menschen zu entwickeln und das öffentliche Glück (die „public happiness“) und die Liebe zur Welt („armor mundi“) zu erfahren.

Schulische politische Bildung findet überwiegend in einem institutionell begrenzten Rahmen statt. Schule kann also üblicherweise politisches Handeln im öffentlichen Raum lediglich vorbereiten und/oder simulieren. Politisches Handeln über den Rahmen der „Miniöffentlichkeit“ der →

Lerngruppe hinaus ist meist nicht möglich und im Hinblick auf den *Beutelsbacher Konsens* auch umstritten. Simuliertes politisches Handeln im abgegrenzten Raum der Klasse hat einerseits den Vorteil, dass die Lernenden sich in einem geschützten Raum ausprobieren können, ohne Verantwortung für die Konsequenzen ihrer gefällten Entscheidungen übernehmen zu müssen; andererseits liegt aber auch genau hierin der Nachteil begründet, dass schulischem Lernen zuweilen der „Ernstcharakter“ fehlt und damit verbunden die Freude über tatsächlich Erreichtes. Die außerschulische politische Jugend- und Erwachsenenbildung kann hier freier agieren. Sie kann sehr viel leichter im öffentlichen Raum stattfinden, sich mit realen Problemen auseinandersetzen und sich um tatsächlich umzusetzende Lösungen bemühen.

Der Modus des Politischen beschreibt jedoch nicht nur eine Möglichkeit institutionell verankerten Lernens. Sobald Menschen den öffentlichen Raum betreten und in diesem mit anderen sprechend und handelnd agieren, bilden sie sich als politische Personen weiter. Deswegen ist es auch von zentraler Bedeutung, den öffentlichen Raum gegen seine Gefährdungen zu verteidigen. Denn wenn dieser nicht mehr als Raum der Pluralität, der Freiheit und der Natalität erfahren werden kann, droht das Politische – wie *Arendt* es beschrieben hat – verloren zu gehen und aus der Welt zu verschwinden. Diesen Gefährdungen der Freiheit entgegenzutreten ist zuerst eine Aufgabe der Politik. Aber: Auch eine demokratische politische Bildung ist nicht neutral. Sie ist diesen Ordnungen der Freiheit verpflichtet, denn nur dort kann sich nicht nur das Politische ereignen, sondern auch die politische Selbst-Bildung der (zukünftigen) Bürger\*innen im Modus des Politischen.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 1/2019

### Zum Autor



**Dr. Tonio Oeftering** ist Professor für Politische Bildung / Politikdidaktik an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten gehören die Politische Theorie und Politische Bildung, die Internationalisierung politischer Bildung, politische und (sozio-)ökonomische Bildung, kulturelle Bildung sowie die außerschulische politische Jugend- und Erwachsenenbildung. Er ist Bundesvorsitzender der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB) und Co-Sprecher der Arbeitsgruppe Außerschulische politische Jugend- und politische Erwachsenenbildung (AJEB) der Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung (GPJE).

tonio.oeftering@uni-oldenburg.de

### Literatur

- Ackermann, Paul (1998):** Die Bürgerrolle in der Demokratie als Bezugsrahmen für die politische Bildung. In: Breit, Gotthard / Schiele, Siegfried (Hrsg.): Handlungsorientierung im Politikunterricht. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, S. 13–34
- Arendt, Hannah (2007):** Was ist Politik? Fragmente aus dem Nachlass. München: Piper
- Arendt, Hannah (2008):** Vita activa oder Vom tätigen Leben. München: Piper
- Aristoteles (1990):** Politik. Hamburg: Meiner
- Bedorf, Thomas / Röttgers, Kurt (2010):** Das Politische und die Politik. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Breier, Karl-Heinz / Meyer, Christian (2013):** Der politiktheoretische Ansatz. In: Deichmann, Carl / Tischner, Christian K. (Hrsg.): Handbuch Dimensionen und Ansätze in der politischen Bildung. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, S. 188–200
- Decker, Frank u. a. (Hrsg.) (2013):** Demokratie ohne Wähler? Neue Herausforderungen der politischen Partizipation. Bonn: Dietz
- Detjen, Joachim (2006):** Politische Bildung. Geschichte und Gegenwart in Deutschland. München/Wien: Oldenbourg
- Detjen, Joachim (2011):** Keine „demokratischen Märchenerzählungen“! Zur Notwendigkeit eines realistischen Bürgerbildes und zur Faszinationskraft des Aktivbürgers als Leitbild für die politische Bildung. In: Widmaier, Benedikt / Nonnenmacher, Frank (Hrsg.): Partizipation als Bildungsziel. Politische Aktion in der politischen Bildung. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, S. 125–136
- GPJE (2004):** Anforderungen an nationale Bildungsstandards für den Fachunterricht in der Politischen Bildung an Schulen. Ein Entwurf. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag
- Hacke, Jens (2018):** Liberal sein oder nicht sein: Die Existenzkrise der Republik. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 11/2018, S. 51–64
- Lösch, Bettina (2011):** Keine Demokratie ohne Partizipation: Aktive Bürgerinnen und Bürger als Ziel der politischen Bildung. In: Widmaier, Benedikt / Nonnenmacher, Frank (Hrsg.): Partizipation als Bildungsziel. Politische Aktion in der politischen Bildung. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, S. 111–124
- Oeftering, Tonio (2013):** Das Politische als Kern der politischen Bildung? Hannah Arendts Beitrag zur Didaktik des politischen Unterrichts. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag
- Schmitt, Carl (2002):** Der Begriff des Politischen. Berlin: Duncker & Humblot

# Partizipative Räume für junge Menschen vor Ort

## Beteiligung ist ein Erfolgsfaktor eines demokratischen Gemeinwesens

**Kommunalpolitik muss Jugendliche als Partner anerkennen und ihnen für die Bewältigung ihrer Aufgaben, für ihre Entwicklung und für die Erprobung der unterschiedlichsten Lebensentwürfe Freiräume und Förderung zur Verfügung stellen. Jugendliche müssen als Subjekte und nicht als Objekte im Mittelpunkt stehen. Sie müssen unkonventionelle Ideen auf unkonventionellen Wegen einbringen können. Wie das geschehen kann, wird in diesem Beitrag erörtert.** von Uwe Lübking

Jugendpolitik ist nicht nur ein zentraler Faktor der Zukunftsorientierung, sondern ist ein zentrales Handlungsfeld für die bedarfsgerechte Gestaltung einer Stadt oder Gemeinde in der Gegenwart. In den letzten Jahren war eine Verschiebung der politischen Aufmerksamkeit und Aktivitäten weg von der Jugend zu Gunsten von z. B. Kindern oder Senioren festzustellen. Auch Familien rückten stärker ins Blickfeld. Diese Entwicklung wird durch die bundespolitischen Vorgaben forciert. Vor Ort müssen mit Blick auf die Finanzlage Schwerpunkte gesetzt werden. Wird das Budget durch Rechtsansprüche gebunden, dann haben andere Politikfelder zwangsläufig das Nachsehen. Dies sollte aber nicht für die Rechte, Bedürfnisse und Interessen von Jugendlichen gelten. Aufgrund der demografischen Entwicklung und der Verschiebung der Altersstruktur wird diese Herausforderung immer bedeutsamer. Junge Menschen dürfen unter Hinweis auf den demografischen Wandel nicht noch weiter verplant und ihre Entwicklung mit Blick auf die ökonomische Nutzbarkeit nicht weiter gesteuert werden.

### Lebenslagen Jugendlicher und aktuelle Bedingungen

Die Lebensphase der Jugendlichen und jungen Erwachsenen hat sich in den letzten Jahren verändert. Sie sehen

sich hohen gesellschaftlichen Erwartungen ausgesetzt und stehen den Herausforderungen der Individualisierung und Digitalisierung gegenüber. Sie erfahren ihr Leben in ihrer Kommune auf eine ganz eigene Art und Weise (vgl. Deutscher Bundestag 2017; AGJ 2017):

- Spricht man mit Kommunalpolitikern, so hört man nicht selten den Satz: „Wir haben mit unserer Jugend keine Probleme“. Dieser Satz ist bezeichnend. Die Politik handelt problemorientiert, d. h. mit Jugendpolitik wird dann begonnen, wenn es Probleme mit Jugendlichen vor Ort gibt. Dahinter steckt die bedauerliche Tendenz, Jugendliche nur in ihren Defiziten wahrzunehmen, seien es die Themen Alkohol oder Drogen, Gewalt oder Schulversagen. So werden Jugendliche im öffentlichen Raum häufig mit Negativszenarien wie Sachbeschädigung, Lärmbelästigung oder provokantem und gewaltförmigem Verhalten in Verbindung gebracht.
- Das tägliche Leben Jugendlicher wird zunehmend von formalen Bildungsprozessen bestimmt. Das hat nicht nur Konsequenzen für die Zeithorizonte jugendlicher Verselbstständigung, sondern auch für die zur Ver- →

fügung stehenden Gelegenheiten und Möglichkeiten, Zeit „für sich“ zu haben. Freiräume, sich zu selbstbewussten Persönlichkeiten zu entwickeln, werden durch pädagogisch strukturierte Angebotsformen beschränkt.

- Soziale Disparitäten kennzeichnen nach wie vor die Situation vieler Jugendlicher. Noch immer entscheidet die familiäre Herkunft, der soziale Status oder die ethnische Zugehörigkeit über Teilhabechancen. Hinzu kommen Ungleichheiten aufgrund des Wohnortes. Dies hat Auswirkungen auf die Möglichkeit junger Menschen, Freiräume zur Lebensgestaltung zu nutzen.
- Mit dem demografischen Wandel verschieben sich die Mehrheitsverhältnisse in der Demokratie. Die junge Generation gerät nicht nur zahlenmäßig in die Minderheit, sie ist auch hinsichtlich der Verteilung von Ressourcen und Privilegien sowie in ihren Mitsprachemöglichkeiten eingeschränkt. Es besteht die Gefahr, dass ihre Interessen, Bedarfe und Wünsche nicht ausreichend adressiert und berücksichtigt werden.
- Digitalisierung und soziale Netzwerke prägen zunehmend die Alltagswelt und die Kommunikation der Jugendlichen. Zum einen versprechen digitale Medien einen Zugewinn an Demokratie und sozialer Teilhabe. Digitale Medien können jedoch durch Fake News oder Hate Speech zu Einschränkungen oder sogar Gefährdungen der Demokratie führen.
- Populistische und antidemokratische Bewegungen, die nicht nur in Deutschland an Einfluss gewinnen, machen auch vor Jugendlichen keinen Halt. Strukturen und Verfahrensweisen werden angezweifelt, Demokratie als Staats- und Gesellschaftsform immer mehr hinterfragt oder negiert.

Angesichts dieser Entwicklungen und Herausforderungen muss es darum gehen, in den Kommunen das Bewusstsein für die unterschiedlichen Lebensbedingungen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu schärfen. Dazu gehören, zeitliche und örtliche Freiräume für Jugendliche und junge Erwachsene zu sichern oder zu schaffen, eine wirkungsvolle Demokratieförderung umzusetzen und die Chancen der Digitalisierung zu nutzen und deren Gefahren zu erkennen. Neben den großen gesellschaftlichen Fragen kommen Probleme vor Ort hinzu: Durch Ausdünnung des ÖPNV im ländlichen Raum ist die Mobilität eingeschränkt. Kulturelle und sportliche Angebote können mangels Erreichbarkeit nicht genutzt werden. Vielfach gibt es vor Ort keine Lobby mehr für Jugendpolitik und wo sie noch existiert,

wird sie vielfach kleiner. Die Interessen Jugendlicher und junger Erwachsener finden in den Entscheidungsprozessen dadurch keine ausreichende Berücksichtigung. Jugendpartizipation, also die Beteiligung von Jugendlichen bei Entscheidungsprozessen, ist nicht selbstverständlich. Es gibt Städte und Gemeinden, in denen nur wenige Jugendliche leben. Welche Angebote kann man dann dort noch vorhalten? Wenn diese Jugendlichen zur Schule in eine andere Stadt fahren und dort eine Ganztagschule besuchen, wo verbringen sie ihre Freizeit? Haben sie überhaupt noch Interesse an dem Ort, an dem sie wohnen?

Sehr oft fehlt es vor Ort an öffentlichen Räumen, in denen sich Jugendliche bewegen, sich ausprobieren oder unter sich sein können. Dabei sind nicht nur Jugendfreizeiteinrichtungen gemeint, die im Rahmen der Finanzkrise der Kommunen nicht weiter gefördert wurden; vielfach geht es auch einfach nur um öffentliche Orte. Die zunehmende private Nutzung, der Widerstand von Anwohner\*innen verhindert Skateranlagen, Bolz-, Streetball- oder Tischtennisplätze. Die Jugendlichen werden damit an den Stadtrand verdrängt. Dürfen wir uns aber dann wundern, wenn sich Jugendliche an Plätzen treffen, wo sie als störend wahrgenommen werden?

### Erwartungen an eine eigenständige Jugendpolitik

Eine eigenständige Jugendpolitik wird entweder auf der kommunalen Ebene stattfinden oder gar nicht. Jugendliche und junge Erwachsene haben Erwartungen an den öffentlichen und privaten Raum, die nicht immer mit den Vorstellungen anderer Einwohnergruppen übereinstimmen. Deshalb ist mit der Formulierung „eigenständig“ nicht verbunden, dass hier wieder ein isoliertes Politikfeld in den Vordergrund rückt, sondern Jugendpolitik muss sich einbinden in eine gesamtstrategische Kommunalpolitik, die selbstverständlich die Interessen und Belange der Jugendlichen mit einbindet. Jugendpolitik ist keine neue Zumutung, sondern ein wichtiges Aufgabenfeld für eine zukunftsorientierte Gestaltung einer Kommune. Jugendliche und junge Menschen haben vielfach nicht oder noch keine Ressourcen, um ihr Leben selbstbestimmt gestalten zu können. Sie sind daher auf Kreativität und Unterstützung seitens der Kommune angewiesen. Sie brauchen Perspektiven und Angebote, um ihren eigenen Weg zu finden und ihren Interessen nachgehen zu können. Jugendliche leben gerne in der Kommune und sie identifizieren sich mit ihr, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind (vgl. die Merkmale einer Jugendgerechten Kommune; [www.jugendgerecht.de/aktuelles/merkmale-jugendgerechter-kommunen](http://www.jugendgerecht.de/aktuelles/merkmale-jugendgerechter-kommunen)):



Jugendliche brauchen öffentliche Räume, in denen sie sich bewegen, ausprobieren und unter sich sein können. Foto: AdB

- Die Kommune hat Platz für Jugendliche. Sie haben eigene Räume, die ihren Bedürfnissen nach Freizeit, Spiel und Erholung gerecht werden. Diese Räume gibt es sowohl in Jugendzentren als auch in selbst verwalteten Formen, die nach Bedarf von der Kommune unterstützt werden. Diese Räume sind in den Kommunen gut erreichbar.
- Jugendliche sind in der Öffentlichkeit sicht- und hörbar, sie werden respektiert und wertgeschätzt. Es gibt eine lebendige Jugendkultur.
- Jugendliche Mobilitätsanforderungen werden bei Verkehrsplanung und ÖPNV-Ausbau vor Ort erfragt und berücksichtigt. Ein schneller Internetanschluss sichert die Verbindung Jugendlicher über ihre Ortsgrenzen hinweg.
- Alle Jugendlichen haben Zugang zu schulischen und außerschulischen Lern- und Bildungsangeboten. Dazu gehören neben den Angeboten der freien Träger und der Jugendorganisationen auch die Angebote der Sportvereine. Zum Zugang gehört auch eine möglichst gute Erreichbarkeit dieser Lern- und Bildungsorte. Erschwerte Zugänge durch finanzielle Situationen und soziale Herkunft werden durch geeignete Maßnahmen ausgeglichen.
- Die Schulen vernetzen sich mit den freien Trägern, die informelle und non-formale Bildung anbieten.

### Demokratieförderung

Demokratische Gesellschaften geraten derzeit durch eine zunehmende Polarisierung und Radikalisierung unter Druck. Nicht nur die Globalisierung und Transnationalisierung, sondern die Pluralisierung der Lebenswelten kennzeichnen eine immer komplexer werdende Gesellschaft. Dies nutzen populistische Bewegungen aus. Sie versprechen einfache Lösungen zu komplexen gesellschaftlichen Fragen und Herausforderungen und verbreiten gleichzeitig menschenfeindliche, antidemokratische, rassistische und diskriminierende Botschaften. Von daher hat z. B. das *Bundesjugendkuratorium* (BJK) eine Demokratiebildung eingefordert, bei der Demokratie über alle Generationen hinweg erfahrbar und erlebbar sein muss (BJK 2017):

### *Vielfalt berücksichtigen, einbinden und fördern*

„Die“ Jugend gibt es nicht. Jugendliche und junge Erwachsene haben individuelle Interessen und Bedürfnisse, ihre Lebenswelten sind vielfältig. Es ist also zwingend notwendig, die Vielfalt der Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu sehen, wertzuschätzen und zu berücksichtigen und zwar ungeachtet ihres sozialen Hintergrunds, ihres Bildungsgrads, ihrer körperlichen Verfassung oder ihrer sexuellen Identität und Orientierung. Demokratiebildung muss für alle erreichbar, erlebbar und erfahrbar sein. Dies gilt insbesondere für die zunehmende kulturelle Vielfalt. Die Gesellschaft ist in den letzten Jahrzehnten diverser geworden. Dieser Diversität muss Rechnung getragen werden. →

Vorurteile können durch Begegnungen und engen, regelmäßigen Kontakt vor Ort abgebaut werden. Dazu bedarf es aber einer aufsuchenden Demokratieförderung und einer stärkeren Einbindung z. B. von Migrantenselbstorganisationen oder von Selbsthilfeorganisationen gerade von Menschen, die Ausgrenzung, Marginalisierung und Diskriminierung ausgesetzt sind.

### *Politische Bildung umsetzen*

Der 15. *Kinder- und Jugendbericht* fordert dazu auf, die Bedeutung und Notwendigkeit politischer Bildung neu zu erkennen und wiederaufleben zu lassen. Die klassische politische Bildung ist die Sammelbezeichnung für alle bewusst geplanten und zielgerichteten Maßnahmen von Trägern der politischen Bildung, um Jugendliche und Erwachsene mit den zur Teilnahme am politischen und gesellschaftlichen Leben notwendigen Voraussetzungen auszustatten. Es geht um die Vermittlung von Kenntnissen über das demokratische politische System, versehen mit dem Ziel, autonome und mündige Bürger\*innen zu erziehen. Gegenstand der politischen Bildung darf sich aber nicht nur auf das Wissen über politische Systeme beschränken, sondern muss auch die Art und Weise umfassen, wie Menschen gemeinsam ihre öffentlichen Angelegenheiten regeln. Politische Bildung steht damit unauflöslich im Zusammenhang mit Partizipation, Mitbestimmung und freiwilligem Engagement. Sie muss erfahrbar machen, welche Möglichkeiten es gibt, sich zu Wort zu melden und in das gesellschaftliche und politische Geschehen einzumischen. Engagement und Demokratieförderung müssen für alle als Einladung verstanden werden, das Gemeinwesen aktiv mitzugestalten. Teilhabechancen müssen für alle Kinder, Jugendliche und Erwachsene gewährleistet werden. Die politische Bildung sollte sich noch stärker neuen Bildungsmethoden, neuen Akteuren und Zielgruppen öffnen. Menschenrechtsbildung ist zu einem übergeordneten Bestandteil der politischen Bildungsarbeit zu machen.

### *Freiräume schaffen*

Jugendliche und junge Erwachsene brauchen Freiräume und Möglichkeiten zur Entfaltung, Raum und Zeit, um sich frei zu eigenständigen Persönlichkeiten zu entwickeln. „Persönlichkeitsentwicklung mit allem was dazugehört (z. B. Kritikfähigkeit, Handlungsfähigkeit und Resilienz) ist nicht zuletzt an das Vorhandensein von Freiräumen geknüpft.“ (AGJ 2016, S. 3) Ohne zeitliche Freiräume würde den jugendlichen Menschen auch die Möglichkeit genommen, sich bürgerschaftlich oder ehrenamtlich zu engagieren.

Das Zeitbudget von Jugendlichen und jungen Erwachsenen wird primär durch die Schule, Hochschule oder die Familie bestimmt. Die Schul- und Hochschulpolitik sollte deshalb die Bedeutung der außerschulischen Zeit berücksichtigen. Bildungslandschaften sollten dazu genutzt werden, formale, non-formale und informelle Bildungsprozesse und Bildungsorte mit den unterschiedlichen Akteuren zusammenzuführen. Hier sollte den Kommunen ein größerer Gestaltungsspielraum zukommen.

Demokratie braucht Gelegenheiten und Orte, wo demokratische Verfahrensweisen erprobt, erlernt und angewendet werden können. Jugendliche und junge Erwachsene bilden sich nicht nur in Institutionen wie Schulen, sondern informelles Lernen findet im öffentlichen Raum statt. Es werden drei Typen von öffentlichen Räumen un-

## **Jugendpolitik ist nicht nur ein zentraler Faktor der Zukunftsorientierung, sondern ist ein zentrales Handlungsfeld für die bedarfsgerechte Gestaltung einer Stadt oder Gemeinde in der Gegenwart.**

terschieden: „Öffentliche Freiräume“ (Grünflächen, Parks, Spielplätze, der Straßenraum etc.), „öffentlich zugänglich verhäuslichte Räume“ (Kaufhäuser, Shopping-Malls, Bahnhöfe etc.) und „institutionalisierte öffentliche Räume“ (Sportanlagen, Vereine, Musikschulen, Schulräume, Kirchenräume etc.) (Frey 2004, S. 170). Jugendliche brauchen öffentliche Räume für kommunikative und soziale Aktivitäten und dafür, „unter sich zu sein“. Sie brauchen Bewegungsräume.

Wie Jugendliche und junge Erwachsene ihre Freizeit verbringen, hängt auch mit der Zugehörigkeit zu sozialen Milieus zusammen. Die Zugänglichkeit zu den öffentlichen Räumen wird im Rahmen des Widmungszwecks zwar ohne jede Beschränkung gewährt, gleichwohl kommt es regelmäßig zu Konflikten. In den Kommunen werden die noch verbleibenden freien Flächen knapper und daher intensiver genutzt. Die Benutzung wird häufig durch diejenigen geprägt, die sich regelmäßig vor Ort einfinden und diese besetzen. Daraus entstehen Nutzungskonflikte, die gelöst werden müssen, z. B. durch bürgerschaftliches En-

agement. Durch ein funktionierendes Quartiermanagement kann sichergestellt werden, dass Aushandlungsprozesse zwischen verschiedenen Nutzergruppen erfolgen werden und allen Gruppen eine gleichberechtigte Nutzung möglich ist. Dieses kann immer dann herangezogen werden, wenn Konflikte im städtischen Raum bestehen. In diesem Prozess kann auch geklärt werden, welche spezifischen Bewegungs- und Aneignungspraktiken Jugendliche als Nutzer\*innen öffentlicher Räume ausbilden und warum sie dies tun. Aus Erwachsenensicht kritische Aneignungsmuster könnten nachvollziehbarer werden, insbesondere, welche Bedeutung unterschiedliche öffentliche Räume für Jugendliche haben, wie sie vor diesem Hintergrund ihre eigenen Räume konstruieren und wo und warum sich Spannungsfelder ergeben können. Jugendtaugliche Freiräume müssen auch die speziellen Mobilitätsmöglichkeiten der Jugendlichen und jungen Erwachsenen beachten.

Die Jugendpolitik muss sich stärker sozialraum- und lebensweltorientiert entwickeln. Lebenslagen dürfen nicht mehr organisatorisch auseinandergerissen werden. Es bedarf einer besseren Bündelung und Ausrichtung von Angeboten an den tatsächlichen Bedarf- und Problemlagen in der Kommune. Der ganzheitliche Ansatz ist zu stärken. Ziel ist die lokale Vernetzung aller Dienste und Angebote in der Kommune. Der öffentliche Raum wird so zu einem Ort der Möglichkeiten für Veränderung. Besonderes Augenmerk sollte darauf gelegt werden, ob die bestehenden jugendpolitischen Instrumente ihre Aufgabe erfüllen oder anders aufgestellt werden müssen. Die Jugendhilfeplanung muss mit Blick auf das, was sie aktuell leistet, aber auch zukünftig leisten kann, kritisch überprüft werden. Es muss offen die Frage diskutiert werden, ob die derzeitige Jugendhilfeplanung das richtige Instrument zur Steuerung dieser ressortübergreifenden Aufgabe sein kann oder ob man für eine integrierte und inklusive Sozialraumplanung andere Instrumente benötigt.

### Partizipation leben – Partizipative Räume gestalten

Die Kommunalpolitik muss Jugendliche und junge Erwachsene als Partner anerkennen, ihnen für die Bewältigung ihrer Aufgaben, für ihre Entwicklung und für die Erprobung der unterschiedlichsten Lebensentwürfe Freiräume und Förderung zur Verfügung stellen. Um das Verständnis für demokratische Prozesse zu stärken, sind die bestehenden Beteiligungsmöglichkeiten von Jugendlichen weiterzuentwickeln. Gelegenheiten dafür zu schaffen, bedeutet eine Chance für alle: Jugendliche und junge Erwachsene lernen demokratische Abläufe und Verhaltensweisen

kennen und erwerben soziale Kompetenzen. Politisch verantwortliche Erwachsene erfahren mehr über die Bedürfnisse und Interessen der jungen Mitbürger\*innen und können ihre Entscheidungen besser danach ausrichten. Dabei haben die Kommunen darauf zu achten, dass der Trend zur Segregation von Altersgruppen nicht noch durch eine altersorientierte Beteiligungspolitik verstärkt wird. Solche Gefahren gilt es im Auge zu behalten, wenn Konzepte und Maßnahmen zur Beteiligung junger Menschen entwickelt werden.

Für Kommunen bedeutet die Einbeziehung von jungen Menschen eine Chance, die Planungs- und Entscheidungsergebnisse zu verbessern. Gleichzeitig profitieren sie von einer größeren Akzeptanz ihrer Entscheidungen. Freizeiteinrichtungen, in denen Dritte bestimmen, was angeboten wird, sind selten attraktiv. Dies gilt auch für Angebote der Jugendverbände. Gerade in strukturschwachen Regionen können Jugendliche zu einem lebendigen, pulsierenden Gemeinwesen beitragen.

Die Erfahrung zeigt, dass für Erwachsene entwickelte Beteiligungsmodelle nicht ohne weiteres auf die Beteiligung von Jugendlichen übertragbar sind; hier bedarf es alters- und interessenmäßig angepasster Mitwirkungsmöglichkeiten. Die einzig richtige Form oder Methode der Beteiligung gibt es nicht. Bei den Formen der Beteiligung



Vielfalt berücksichtigen, einbinden und fördern Foto: AdB

sind die projektbezogenen Verfahren (z. B. bei kommunalen Bauvorhaben, Verkehrsplanung, Jugendtreffs, Sport- und Freizeitanlagen), die eher parlamentarischen Verfahren (z. B. Jugendparlamente, Schülerparlamente) und offene Formen (z. B. Jugendforen, Diskussionsrunden) zu unterscheiden. Jugendforen, Jugendgemeinderäte oder Jugendkommunalpläne bieten den Gemeinden die Möglichkeit, den unumgänglichen Dialog mit den Jugendlichen →

zu fördern und so gemeinsame nachhaltige Projekte *für* die Jugendlichen *mit* den Jugendlichen zu verwirklichen.

Es gilt, attraktive Partizipationsmöglichkeiten für Jugendliche und junge Menschen zu etablieren. Dies sind vielfach nicht die etablierten Beteiligungsarten. Demokratiefestivals bieten z. B. den Raum, um eigene Anliegen und Wünsche zu äußern, sich zu begegnen und mit anderen ins Gespräch zu kommen. In Jugendwerkstätten kommen Jugendliche und junge Erwachsene zusammen und diskutieren mit Verantwortlichen der Gemeinde, wie sie die Beteiligung in der Gemeinde und der Region sehen. Dabei werden in ländlichen Räumen auch Mobilitätskonzepte erarbeitet. Auch öffentliche Bibliotheken können sich zu einem Kommunikationsort, zu einem sozialen öffentlichen Raum für die Gesellschaft entwickeln.

Mit einem Demokratiebahnhof in Anklam wurde in der Kommune ein Gegengewicht zur starken rechten Szene in der Region geschaffen. Das Erfolgsrezept des Demokratiebahnhofs ist ganz einfach: Engagierte Ehrenamtliche haben einen Ort für junge Menschen geschaffen. Erfolgsfaktoren sind ein kontinuierlicher Ansprechpartner, ein sichtbarer, zentraler Ort mit Ausstrahlung und die Bereitschaft, die Jugendlichen so zu nehmen wie sie sind. Neben dem offenen Jugendtreff werden Filmabende und Workshops veranstaltet, es wird gemeinsam ge-

## Eine eigenständige Jugendpolitik wird entweder auf der kommunalen Ebene stattfinden oder gar nicht.

koacht, gelernt, Fahrräder repariert oder ein Computerspiel programmiert. Ihre Wünsche können die Jugendlichen auf dem wöchentlichen Plenum, an einer Pinnwand oder bei den Vorbereitungstreffen für einzelne Projekte äußern. Der Demokratiebahnhof schafft es, junge Menschen aus den unterschiedlichsten Lebenswelten zusammenzubringen. Sie lernen dort, dass Demokratie auch heißt, andere Meinungen aushalten zu können.

Eine demokratische Gesellschaft lebt von Kompromissen sowie von einer lebendigen Opposition, in der auch Minderheiten ihre Interessen und Anliegen einbringen können. Demokratie versucht Mehrheiten zu finden, ohne Minderheiten auszugrenzen. Diese Vorgehensweise verlangt Akzeptanz und Anerkennung gegenüber Ansichten, Lebensweisen und Ausdrucksformen, die nicht von allen

oder von der Mehrheit geteilt werden. Dies sind zentrale Voraussetzungen und Prinzipien für eine plurale demokratische Gesellschaft. Und dies muss in den Partizipationsprojekten gelernt und gelebt werden.

Die 17 Nachhaltigkeitsziele der *Vereinten Nationen* für nachhaltige Entwicklung mit ihren ökologischen, sozialen und ökonomischen Aspekten sind ein aktueller und guter Anlass, darüber zu diskutieren, was vor Ort für das Erreichen dieser Ziele getan wird. Bildung für nachhaltige Entwicklung ist damit ein wichtiges Thema für eine partizipative Bürgerbeteiligung.

Im Rahmen der Projekte der Demokratieförderung muss auch berücksichtigt werden, dass Ehrenamt und Engagement nicht immer ein prodemokratisches Ziel verfolgt. Pegida und andere populistische Bewegungen sind die zivilgesellschaftliche Seite der Entdemokratisierung und zeigen, dass Partizipation nicht per se demokratisch sein muss. Dies wirft die Frage auf, wo die Grenzen von Engagementförderung liegen, ohne dass der Staat kontrollierend eingreift und selbst antidemokratisch handelt.

Jugendliche haben ein anderes Zeitgefühl als Erwachsene. Sie erwarten kurzfristige und schnelle Lösungen für ihre Anliegen und Probleme. Dies ist sowohl bei der Dauer von kommunalen Entscheidungsprozessen, insbesondere Planungsprozessen, als auch für die Phase zwischen Planungen und Umsetzung zu berücksichtigen. Wenn trotz aller Bemühungen gemeinsam entwickelte Vorstellungen nicht kurzfristig realisiert werden können, müssen die Gründe dafür einsehbar und verständlich gemacht werden. Es ist sicherlich nicht immer einfach, die vielschichtigen demokratisch-politischen Prozesse nachzuvollziehen und zu durchschauen. Voraussetzung hierfür ist die Transparenz. Die Städte und Gemeinden sollten ihre Entscheidungen öffentlich im Sinne einer gelebten Debatten- und Streitkultur austauschen und diskutieren. Auch Jugendliche und junge Erwachsene haben ein Recht auf Zugang zu Wissen über Demokratie und ihre Verfahrensweisen. Darüber hinaus können Jugendliche in kommunalen Zusammenhängen Demokratie konkret erleben, lokale Lebensräume mitgestalten und kommunalpolitisch mitentscheiden. Zur stärkeren Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an kommunalen Entscheidungsprozessen ist eine Politik *mit* jungen Menschen eine notwendige Voraussetzung.

Eine zentrale Voraussetzung für Beteiligung ist Information. Jugendliche brauchen Erläuterungen für Strukturen, Wegweiser zur Umsetzung von Anliegen oder Projekten; ggf. müssen sie bei der Durchführung der Projekte und der Präsentation durch Ansprechpartner\*innen unterstützt

werden. Ob diese ausschließlich für die Partizipation von Jugendlichen verantwortlich sind, hängt von der Größe der Gemeinde und den Gegebenheiten vor Ort ab. Eine interessante Anregung sind sogenannte Demokratiescouts und Demokratiepeers. Deren Aufgabe besteht darin, „eine intermediäre Unterstützungsstruktur einer jugendbezogenen demokratischen Öffentlichkeit und partizipativen Entscheidungsfindung vorzuhalten und flexibel den lokalen Bedingungen, Betroffenen und Themen anzupassen“ (Sturzenhecker 2016, S. 218 f.).

Prozesse der Digitalisierung verändern Gesellschaft auch hinsichtlich der Kommunikationsprozesse. Jugendliche lesen nicht mehr die Lokalzeitung, sondern informieren sich über andere Kanäle, wie beispielsweise die sozialen Medien. Die Chancen, die die digitalen Medien für eine bessere Teilhabe von Jugendlichen bieten, nutzen bereits einige Kommunen, z. B. durch Angebote der e-Partizipation. Darüber hinaus werden ressortübergreifend Internet-Plattformen und Online-Beteiligungsangebote realisiert. Jugendliche müssen in der Sprache und über die Medien angesprochen werden, die ihrer Lebenswirklichkeit entsprechen, z. B. verstärkt auch in sozialen Netzwerken. Digitalisierung schafft gerade auch für Jugendliche und junge Erwachsene in ländlichen Räumen die Möglichkeit, sich durch virtuelle soziale Netzwerke und mobile Medien zu vernetzen, auszutauschen und teilzuhaben. Sie stellt die demokratische Gesellschaft aber auch vor Herausforderungen. Mit Trollen, Bots und Fake News kann in den sozialen Netzwerken Stimmung gemacht und mobilisiert werden. Falschinformationen und Konspirationstheorien können zu einer Desinformation führen, die für die Demokratie zerstörerische Folgen haben kann. Jugendlichen und jungen Erwachsenen fehlt teilweise nicht nur die Zeit, populistische Fake News mit gut recherchierten, auf vertrauenswürdigen Quellen basierenden Sachargumenten zu erkennen, sondern zum Teil auch das nötige Wissen. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Nutzung digitaler Medien und der Aktivitäten in sozialen Netzwerken ist es notwendig, dass junge Menschen darauf vorbereitet werden, mit den neuen medialen Kommunikationsformen in sozialen Netzwerken und gegen die Demokratie gerichteten Diskursen kritisch umgehen zu können. Für die Teilhabe an der demokratischen Gesellschaft ist die Förderung der Medienkompetenz aller Akteur\*innen grundlegend. Jugendliche und junge Erwachsene müssen für den kritischen und selbstbestimmten Umgang mit Hassbeiträgen und extremistischer Propaganda gestärkt werden. Die Dynamik der sozialen Netzwerke und digitalen Medien und das sich än-

dernde Medienverhalten junger Menschen erfordert eine ständige Anpassung von Ansätzen der Medienbildung. Bei der Entwicklung von Konzepten und Materialien muss noch viel stärker von Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus gedacht und Peer Education in den Focus gerückt werden.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 1/2019

### Zum Autor



**Uwe Lübking** leitet das Dezernat für Recht, Jugend, Soziales, Bildung, Kultur und Sport des Deutschen Städte- und Gemeindebunds (DStGB). Daneben ist er Vorsitzender des Kuratoriums des Deutschen Jugendinstituts, Mitglied im Bundesjugendkuratorium und Vizepräsident des Deutschen Vereins.

uwe.luebking@dstgb.de

### Literatur

#### **Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ (2016):**

Freiräume für Jugend schaffen! Diskussionspapier vom 14.12.2016; [www.agj.de/fileadmin/files/positionen/2016/Freiräume\\_für\\_Jugend\\_schaffen.pdf](http://www.agj.de/fileadmin/files/positionen/2016/Freiräume_für_Jugend_schaffen.pdf) (Zugriff: 14.01.2019)

#### **Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ (2017):**

Politische Bildung junger Menschen – ein zentraler Auftrag für die Jugendarbeit. Positionspapier vom 15.12.2017; [www.agj.de/fileadmin/files/positionen/2017/Politische\\_Bildung\\_junger\\_Menschen.pdf](http://www.agj.de/fileadmin/files/positionen/2017/Politische_Bildung_junger_Menschen.pdf) (Zugriff: 14.01.2019)

**BJK – Bundesjugendkuratorium (2017):** Demokratie braucht alle, Thesen zu aktuellen Herausforderungen und zur Notwendigkeit von Demokratiebildung. München: BJK

**Deutscher Bundestag (Hrsg.) (2017):** 15. Kinder- und Jugendbericht. Zwischen Freiräumen, Familie, Ganztagschule und virtuellen Welten – Persönlichkeitsentwicklung und Bildungsanspruch im Jugendalter. Berlin: Deutscher Bundestag

**Frey, Oliver (2004):** Urbane öffentliche Räume als Aneignungsräume. Lernorte eines konkreten Urbanismus? In: Deinet, Ulrich / Reutlinger, Christian (Hrsg.): Aneignung als Bildungskonzept der Sozialpädagogik. Beiträge zur Pädagogik des Kinder- und Jugendalters in Zeiten entgrenzter Lernorte. Heidelberg: Springer VS, S. 219–233

**Sturzenhecker, Benedikt (2016):** Demokratiescouts. Ein Vorschlag zur Stärkung jugendlicher Partizipation an demokratischen Öffentlichkeiten und Entscheidungen in der Kommune. In: Knauer, Raingard / Ders. (Hrsg.): Demokratische Partizipation von Kindern. Weinheim und Basel: Beltz Juventa Verlag

# „... schiebt Menschen weiter, rüttelt sie auf.“

## Bildungsorte und ihre Gestaltung der politischen Bildung

**Bildungsstätten sind Lernorte, in denen sich Menschen auf der Grundlage von Demokratie und Menschenrechten politisch bilden. Ihr Anspruch ist es, allen Menschen offen zu stehen. Dieser Anspruch ist hoch und führt zur Frage, wie denn Lernen und vor allem auch der Lernort gestaltet sein müssen, um ihn zu füllen. Während die Literatur zur Raumgestaltung des Lernortes Schule Regalmeter füllen, gibt es kaum Literatur, die die Anforderungen an nicht-schulische Bildungsorte beschreiben. Dabei ist die Frage des „Wie“ und des „Wo“ der politischen Bildung so alt wie die Profession selbst.**

von Boris Brokmeier und Ina Bielenberg

„Ich selbst bin ziemlich viel unterwegs, auswärtige Kurse, anstrengendes Leben, reiche menschliche Erfahrungen, auch reiche pädagogische Praxis.“ Was sich liest wie die E-Mail eines gestressten Bildungsmanagers zwischen zwei Kursen, einer Tagung und sonstigen Terminen an seine in einem fernen Büro residierende Geschäftsführung, ist tatsächlich ein Brief aus dem Jahr 1924, den der damalige Leiter der Volkshochschule Jena, *Adolf Reichwein*, seiner Familie schrieb. Seinen Bildungsauftrag nahm *Reichwein* (1898–1944), Reformpädagoge, später Widerstandskämpfer gegen *Hitler* im *Kreisauer Kreis* und von den Nazis zum Tode verurteilt und in Plötzensee hingerichtet, sehr ernst und er versuchte, selbst in entlegenen Gebieten Thüringens Kurse für Lehrlinge, junge Arbeiter und vor allem Erwerbslose anzubieten. Um möglichst viele Menschen zu erreichen, war ihm daran gelegen, ein dezentrales Netz an Lernorten aufzubauen.

Und im Mittelpunkt stand die politische Bildung: Die „Probleme des Achtstundentages“, das „Genossenschaftswesen“ und „Wirtschaftsdemokratie“ stellten nur einige Themen des Veranstaltungsprogramms der Volkshochschule in Jena dar. *Reichweins* Maxime für sein Handeln formulierte er eindeutig: „Ich meine, die Volkshochschule

kann nur wirklich lebendig existieren, wenn sie den Mut hat, gerade die umstrittenen Gegenstände in den Mittelpunkt ihrer gemeinsamen Aussprache zu stellen.“ (*Reichwein* 1994, S. 28)

Später fügte *Reichwein* seinem pädagogischen Konzept einen weiteren Lernort, das „Volksbildungszentrum“, hinzu, das aber nie tatsächlich realisiert und gebaut werden konnte. Dennoch kam es im Jahr 1926 zur Gründung eines „Volkshochschulheims“, in dem *Reichwein* mit jungen Arbeitern berufsbegleitend bzw. nach Feierabend einjährige Lehrgänge zur Staats- und Wirtschaftslehre veranstaltete. Bildungsangebote wurden damit institutionalisiert, da diese auf diesen einen (Bildungs-)Ort begrenzt waren, aber durch das Zusammenleben der Teilnehmer\*innen eine neue Komponente erhielt: das soziale Lernen in der Gruppe.

Der historische Rückgriff auf die überaus bewegten und politisch turbulenten 20er-Jahre in Deutschland verdeutlicht, dass Lern- und (noch umfassender) Bildungsorte für die politische Bildung zur Umsetzung des öffentlichen Bildungsauftrags nicht nur auf eine lange Geschichte zurückblicken können, sondern dass die Frage des „Wie“ und „Wo“ ihrer Gestaltung so alt ist wie die Profession selbst.

### Bildungsstätten als Lernorte

Fast 100 Jahre weiter verfügen wir über ein dicht gewebtes Netz an Lern- und Bildungsorten zur politischen Bildung in Deutschland, das hier und da etwas grobmaschiger und in anderen Regionen wieder engmaschig gewebt und sich ständig verändernden Bedingungen unterworfen ist. Dies ist auch Ausdruck des schon zur Weimarer Zeit existierenden Bildungsföderalismus, der zugleich aufgrund seiner Dezentralität die Erreichbarkeit von Menschen für Angebote der politischen Bildung erhöht.

Aber politische Bildung findet nicht nur organisiert durch qualifizierte Bildungsträger statt. Individualisiertes Lernen bietet ebenso Möglichkeiten, sich in gesellschafts-politischen Fragen weiterzubilden, sei es durch Online-Lern-Angebote, das Aufsuchen von Museen und Gedenkstätten oder gar das Lesen von Büchern und Zeitungen, so wie es neuerdings durch die Wochenzeitung „Die Zeit“ propagiert wird. Das Geschenkabo für Abiturienten als Beitrag zur politischen Bildung zu verkaufen, erscheint dann allerdings doch sehr weit hergeholt.

In diesem Spannungsfeld von historischer Entwicklung, verteilter politischer Zuständigkeit und sich beständig verändernden Rahmenbedingungen stellt sich die Frage nach Lernorten der politischen Bildung und deren Wirksamkeit für Lernprozesse in der politischen Bildung.

### Bildungsstätten als öffentliche oder offene Orte

Bildungsstätten, also Häuser mit Seminar- und Übernachtungsbetrieb, stehen unter einem ständigen Rechtfertigungs- und Erfolgsdruck und – darüber hinaus – in einer Konkurrenzsituation zu anderen Bildungsträgern wie Bildungswerken oder Volkshochschulen, die oft „nur“ die reine „Bildungsdienstleistung“ anbieten. Der Charakter des besonderen Bildungsortes gerät dabei leicht ins Hintertreffen, wenn nur über notwendige Sanierungen, teure Infrastrukturanpassungen und sinnvolle Modernisierungsprozesse der Häuser als Last oder Belastung des Trägers gesprochen wird. Mitunter sind schon erhebliche finanzielle Anstrengungen nötig, um diesen besonderen Bildungsort attraktiv zu halten. Um den zukünftigen Nutzen solcher Investitionen beurteilen zu können, bedarf es einer Idee und Überzeugung, so wie *Reichwein* sie in den 20er Jahren entwickelte und formulierte: „Viele neue Menschen lernt man neu dabei kennen, macht neue Erfahrungen. Tut auch dieses oder jenes, schiebt Menschen weiter, rüttelt sie auf. Im Ganzen vielleicht doch etwas ‚Erfolg‘ (...).“ (Ebd.)

Man kann die Fragen nach Kosten, organisatorischem Aufwand und personellen Ressourcen aber auch konstruk-

tiv nutzen und in eine Diskussion um die Neuorientierung von Bildungsstätten und ihrer zentralen Funktion als Bildungsort münden lassen.

Die meisten Einrichtungen sind in privatrechtlicher Trägerschaft eines eingetragenen Vereins oder einer Stiftung organisiert und somit keine öffentlichen (im Sinne staatlicher oder kommunaler) Einrichtungen, obschon sie eine öffentliche Förderung bekommen. Das Verständnis der Bildungseinrichtung definiert sich aber als öffentlicher Raum, der allen an politischer Bildung Interessierten offensteht. Näheres regelt die Hausordnung, mag man allenfalls ergänzen, um nicht darüber hinwegzutäuschen, dass Einrichtungen der politischen Bildung zunehmend Gegenstand von parlamentarischen Anfragen aus AfD-Fraktionen sind und auch Versuche unternommen werden, diesen Bildungsort durch Seminar- und Belegungsanfragen zu provozieren.

Die Bildungsstätte nicht als öffentlicher, sondern als offener Bildungsort – das muss eine zentrale Maxime der Selbstdefinition bleiben, um überhaupt demokratische Lernprozesse initiieren zu können. Die Offenheit der Einrichtung heißt aber auch Offenheit für einen Neuausrichtungsprozess und das Offensein für unterschiedlichste Lernorte außerhalb des eigenen Hauses.

Die Bildungsstätte als schützende Heimstatt für die Dauer eines Seminars stellt eine nicht zu vernachlässigende und auch historische Funktion dar. Der (Seminar-)Raum und das ganze Haus als etwas Schützendes vor äußeren Einflüssen, was das Seminar stören, den Bildungsprozess beeinträchtigen oder gar zu öffentlich machen könnte, steht scheinbar im Widerspruch zum Konzept der Offenheit. Auflösen lässt sich dieser durch die „Inbesitznahme“ eines Seminarraumes durch die Teilnehmer\*innen. „Unser“ Raum bietet nicht nur Schutz und Begrenztheit, sondern bietet die Möglichkeit der eigenen Gestaltung. Für dieses Angebot sind Bildungsstätten spezialisiert und in der Regel flexibel genug, um den Wünschen der Gruppen gerecht zu werden. Der Variabilität der Anordnung von Stühlen und Tischen sind keine Grenzen gesetzt. Freie Wände werden mit großformatigen Papierbögen behängt, Seminarmaterial im ganzen Raum verteilt und selbst der Fußboden wird dekoriert oder mit Materialien versehen. Der Lernort Bildungsstätte wird in Besitz genommen und nach eigenen Wünschen und Anforderungen gestaltet. Der scheinbar geschlossene Raum wird somit zu einem „Freiraum“ für das Seminar und die Gruppe.

Diese Form der Aneignung geht im Übrigen oft über den „eigenen“ Seminarraum weit hinaus und bezieht →

zuweilen das ganze Haus mit ein. Da wird die Ecke rund um den Kaffeeautomaten für die Gruppenarbeit genutzt, der Garten wird zum offenen Werkstattraum, die Lesecke zum individuellen Rückzugsort. Diese „Inbesitznahme“ macht zudem deutlich, dass ein Raum nicht nur umbaute Luft ist, sondern immer eine Doppelfunktion hat: Er ist Gestaltungsobjekt (s. o.) und er wirkt selbst gleichzeitig auf die Menschen ein. Größe, Licht, Farben, Akustik, Klima tragen erheblich dazu bei, eine unterstützende, angenehme Lernatmosphäre zu schaffen oder eben auch das Gegenteil davon zu produzieren. In diesem Sinne gut ausgestattete Räume und eine hohe Flexibilität in der Gestaltung im Sinne des „Freiraum-Schaffens“ sind demnach unabdingbar für Lernprozesse. In einer Online-Umfrage bei Teilnehmenden in Heimvolkshochschulen bestätigten immerhin mehr als 50 % der Befragten, dass dort „eine Lernatmosphäre herrscht, die man anderswo nicht findet“ (von Ameln 2014, S. 82).

Die flexible Raumgestaltung ermöglicht es darüber hinaus, auf sich verändernde Lern- und Bildungsinteressen

## **Bildungsstätten können und sollten sich zu Lernort-Maklern entwickeln, die im Rahmen ihrer multiperspektivischen politischen Bildung auch über ein multiples Angebot an unterschiedlichen Lernorten außerhalb ihres Hauses verfügen.**

der Teilnehmenden einzugehen. Politische Bildung als Abfolge von Vortrag und Diskussion begeistert niemanden und spricht schon gar keine neuen Zielgruppen an. Neue Formate und Methoden, Gruppen- und Projektarbeit, kreative oder künstlerische Herangehensweisen, der Einsatz von Medien wie Tablets oder Smartphones und vieles mehr muss in Bildungsstätten möglich sein und gelingt nur, wenn nicht nur die Pädagog\*innen, sondern auch die Räume offen dafür sind.

Die konzeptionelle Weiterentwicklung der Bildungsstätten-Pädagogik zur Einbindung digitaler Lernformate und -methoden, die dem besonderen Lernort Bildungsstätte gerecht werden, stehen häufig noch am Anfang. Die individualisierte Form von digitalem Lernen muss in keinem

Widerspruch zu gruppenbezogenem Lernen stehen. Einige Modellprojekte des AdB in Kooperation mit Mitgliedseinrichtungen (vgl. AdB 2010; 2013) haben gezeigt, dass es gute Ansätze für derartige Blended-Learning-Formate gibt, die leider noch nicht als kontinuierliches Angebot Eingang in die Programme der Einrichtungen gefunden haben. Die mit raschem Tempo voranschreitende Digitalisierung der Gesellschaft darf vor den Türen der Bildungsstätten nicht zum Stoppen kommen. Eine wichtige Voraussetzung hierfür ist allerdings die infrastrukturelle Ausstattung der Häuser mit leistungsfähigen Breitbandanschlüssen, woran so manche\*r Bildungsstättenleiter\*in verzweifelt.

### **Bildungsstätten als Lernort-Makler**

Aufgewertet und erweitert wird dieser oben beschriebene offene Ansatz durch die Einbeziehung weiterer Lernorte in die Bildungsarbeit. Bildungsstätten können und sollten sich zu Lernort-Maklern entwickeln, die im Rahmen ihrer multiperspektivischen politischen Bildung auch über ein multiples Angebot an unterschiedlichen Lernorten außerhalb ihres Hauses verfügen. Externe Kooperationspartner und ihre Institutionen, die während eines Seminars aufgesucht werden, gehören genauso dazu wie Gedenkstätten, Denkmäler, Betriebe, Straßen und Plätze oder auch virtuelle Lernorte im Internet. Bildungsstätten verfügen über die notwendigen Netzwerke und Partner in ihrem Umfeld und können diese nach pädagogischen Erfordernissen in Seminaren einsetzen und in Projekt einbinden.

An diesen authentischen Orten können Lernprozesse stattfinden, die in einem Seminarkontext zu mehr Öffnung nach außen und damit zu mehr Offenheit beitragen. So wichtig der Schutz der Seminargruppe nach außen ist, ist auch die notwendige Öffnung des Bildungsortes „Bildungsstätte“, um politische Bildung nicht in einer Laborsituation sondern im realen Leben zu betreiben.

Die Vernetzung mit anderen Lern- und Bildungsorten ist zudem im Kontext des Konzeptes um lokale oder regionale bzw. kommunale Bildungslandschaften zu verstehen. Das Konzept bezieht sich ursprünglich hauptsächlich auf die Zielgruppe Kinder und Jugendliche. Vor allem angestoßen durch den 12. Kinder- und Jugendbericht 2005, hat sich ein erweitertes Verständnis von Bildung durchgesetzt, das vor allem auf der Erkenntnis fußt, dass Bildung nicht nur in Schule stattfindet. Viele Gelegenheiten und Orte wie Bibliotheken, Museen, Musikschulen und Freizeiteinrichtungen sind relevante Bildungsorte, die unter dem Konzept der Bildungslandschaft zusammenarbeiten. Die Ideen, über den Tellerrand der eigenen Institution zu schauen,

sich stärker auf das Umfeld und die Möglichkeiten in diesem Umfeld zu beziehen und in Verfolgung gemeinsamer Ziele zu kooperieren, ist mit Sicherheit ein Konzept, das für Kinder und Jugendliche, aber auch im Kontext der Erwachsenenbildung sinnvoll und hilfreich ist. Bildungsstätten dürfen in diesem Konzept auf gar keinen Fall fehlen!

### Lokale Vernetzung von Bildungsstätten

Zu einem vernetzten Konzept gehört es in jedem Fall auch, ein interessanter Lernort für Menschen aus der umgebenden Region zu werden. Allzu häufig nämlich werden Bildungsstätten als „Raumschiffe“ wahrgenommen, deren Immobilien zwar in einer Gemeinde und einem Landkreis angesiedelt sind, diese Gemeinden und Landkreise aber mit der Bildungsstätte nichts zu tun haben und die Mitarbeitenden und Teilnehmenden, um im Bild zu bleiben, als „Fremdlinge“ wahrnehmen. Es gibt keinen Grund, der sie dazu veranlassen könnte, das Raumschiff zu betreten, und auch kein Angebot für Menschen aus dem Ort oder der Nachbargemeinde. Mitunter kennen noch nicht einmal die Bürgermeister die auf ihrem Gemeindegebiet ansässige Einrichtung von innen oder das zuständige Personal. Was für eine vertane Chance!

Die institutionellen Voraussetzungen von Übernachtungsbetrieben bedingen die Erwirtschaftung möglichst hoher Übernachtungszahlen und die damit verbundenen Einnahmen. Aber die Häuser bieten mit ihren Räumen, ihrer Ausstattung und vor allem ihrer pädagogischen bzw. fachlichen Kompetenz beste Rahmenbedingungen für Bildungsangebote an die benachbarte Bevölkerung. Damit



Schloß Trebnitz – Bildungs- und Begegnungszentrum e. V. Foto: AdB

sind nicht nur singuläre Abendveranstaltungen („Akademieabende“) gemeint, sondern auch zeitlich begrenzte Projektformate. Das neue Programm „Miteinander reden“

der *Bundeszentrale für politische Bildung* könnte ein Schritt in diese Richtung sein ([www.miteinanderreden.net](http://www.miteinanderreden.net)).

Themen der politischen Bildung mit lokalem oder regionalem Bezug gibt es häufiger als man denkt, sie müssen allerdings identifiziert und aufbereitet werden. Die Kooperation mit lokalen Akteuren bietet sich in diesem Zusammenhang an. Die Entdeckung des nahegelegenen Bildungsorts Bildungsstätte und deren Inbesitznahme durch einheimische Bürger\*innen bereichert die lokale bzw. regionale Bildungslandschaft und kann zur Umdeutung und Neudefinition des „Raumschiffs“ führen. Ein gelungenes Beispiel dafür ist die Bildungsstätte *Schloß Trebnitz – Bildungs- und Begegnungszentrum e. V.* in Müncheberg in Brandenburg, die mit einem Dorfladen, einem Café und einer „Akademie der Dorfhelden“ fest verankerter und anerkannter Bestandteil des kleinen Ortes und der Region, auch über die Grenze nach Polen hinaus, ist. Allerdings ist eine solche Ausstrahlung in die lokale Landschaft noch eher die Ausnahme. Die in Niedersächsischen Heimvolkshochschulen durchgeführte Lernort-Studie kam zu keinem klaren Befund in diesem Fall und konstatierte, dass „der Nutzen der HVHS [Heimvolkshochschule] für die Region und die Gesellschaft (...) im Rahmen dieser Studie nicht quantifiziert werden kann“ (von Ameln 2014, S. 233).

### Bildungsorte müssen sichtbar sein

Bildungsstätten sind Orte der Begegnung, der Anregung und manchmal auch der Aufregung, Orte, um Neues kennenzulernen und Bekanntes wieder zu entdecken, sie bieten Gelegenheiten, mit Menschen ins Gespräch zu kommen und sich Inspiration und Motivation zu holen. Bildungsstätten sind in dem Sinne öffentliche Bildungsorte, da sie (im Rahmen von Demokratie und Menschenrechten) grundsätzlich allen Interessierten offenstehen und offen und flexibel auf die unterschiedlichen Bedarfe reagieren.

Und dennoch – noch immer werden viele Menschen von den Angeboten nicht erreicht, waren viele Menschen noch nie in einer Bildungsstätte oder wissen noch nicht einmal, dass es solche Einrichtungen gibt. Die Sichtbarkeit zu erhöhen ist daher eine zentrale Herausforderung für alle Einrichtungen. Die Vernetzung mit anderen Institutionen, die Öffnung in das lokale Umfeld und die Einbindung in die Bildungslandschaft sind wichtige und entscheidende Schritte auf diesem Weg. Aber die *Immobilie* Bildungsstätte muss weitere, auch neue Schritte gehen. Ein Stichwort in diesem Zusammenhang ist die „aufsuchende Bildungsarbeit“. Aber ist das nicht ein Widerspruch, da doch das Personal der Einrichtung dazu da ist, Angebote im Haus →

zu machen und dafür zu sorgen, dass Zimmer und Küche ausgelastet sind? Auf den ersten Blick ja, auf den zweiten nicht mehr. Die Zusammenarbeit mit so unterschiedlichen Partnern wie z. B. Streetworkern, Freiwilliger Feuerwehr oder, ganz aktuell, den *respect coaches* im gleichnamigen Programm des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ([www.jmd-respect-coaches.de](http://www.jmd-respect-coaches.de)) kann dazu führen, dass zunächst erste Projekte, Workshops oder Seminare außer Haus stattfinden, die dann aber das Interesse ganz neuer Zielgruppen an Bildungsstätten und

## Politische und gesellschaftliche Entwicklungen, fachspezifische Neuerungen und veränderte Lern- und Bildungsanforderungen sind Entwicklungen, die im Sinne Reichweins Bildungsstätten „anschieben und aufrütteln“.

politischer Bildung wecken und im weiteren Verlauf dazu führen können, dass weitere Teilnehmer\*innen die Bildungsstätten als „ihren“ Ort entdecken und nutzen – der erste Kontakt ist hergestellt, die Hemmschwelle des tatsächlichen Eintretens erheblich gesenkt.

Gerade für Bildungsstätten, die nicht, wie einige Neugründungen im *Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten* in Hamburg, Rostock oder Herten mitten in der Stadt liegen, kann eine solche aufsuchende Arbeit erfolgversprechend sein, um Sichtbarkeit und damit auch die Offenheit dauerhaft zu erhöhen.

Politische und gesellschaftliche Entwicklungen, fachspezifische Neuerungen und veränderte Lern- und Bildungsanforderungen sind Entwicklungen, die im Sinne Reichweins Bildungsstätten „anschieben und aufrütteln“. Die allermeisten Bildungsstätten stehen diesem Anschieben und Aufrütteln positiv gegenüber und nutzen diese Entwicklungen, um sie im Interesse einer erfolgreichen Bildungsarbeit produktiv aufzugreifen und umzusetzen.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 1/2019

### Zum Autor / zur Autorin



**Boris Brokmeier** ist Leiter der Ländlichen Heimvolkshochschule Mariaspring e. V. in Bovenden-Eddigehausen. Er war bis Ende 2015 Referent für Jugend- und Fortbildung und stellvertretender Geschäftsführer des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten e. V.

[brokmeier@mariaspring.de](mailto:brokmeier@mariaspring.de)



**Ina Bielenberg** hat Geschichte, Politik und Sozialwissenschaften studiert (M.A.). Von 1992 bis 2006 war sie in der Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung (BKJ) tätig, zunächst als wissenschaftliche Mitarbeiterin und später als stellvertretende Geschäftsführerin. Seit 2007 ist sie Geschäftsführerin des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten e. V.

[bielenberg@adb.de](mailto:bielenberg@adb.de)

### Literatur

**AdB (Hrsg.) (2010):** Blended-Learning DDR. Erfahrungen mit dem Online-Lernen in der politischen Bildung. Berlin: AdB; [www.adb.de/projektdokumentationen](http://www.adb.de/projektdokumentationen)

**AdB (Hrsg.) (2013):** Stadt – Land – Web. Jugendliche gestalten Partizipation vor Ort im Netz. Berlin: AdB; [www.adb.de/projektdokumentationen](http://www.adb.de/projektdokumentationen)

**Ameln, Falko von (2014):** Lernort Heimvolkshochschule – Eine empirische Studie. Bielefeld: wbv

**Ludwig, Joachim (2012):** Architektur aus Sicht der Bildungstheorie: Anforderungen an Bildungsräume. In: Zeitschrift für Erwachsenenbildung, Deutsches Institut für Erwachsenenbildung, Ausgabe 3/2012, Bielefeld, S. 26–29; [www.die-bonn.de/id/10668](http://www.die-bonn.de/id/10668) (Zugriff: 16.01.2019)

**Reichwein, Adolf (1994):** Herbarbeit der Volkshochschule Jena. In: Amlung, Ullrich: In der Entscheidung gibt es keine Umwege. Berlin. S. 28

# Bibliotheken – öffentliche Lern- und Bildungsorte

## Fragen an Dr. Elke Brünle, Leiterin der Stadtbibliothek am Mailänder Platz, Stuttgart

### **Außerschulische Bildung:**

**Mit dem Neubau der Stadtbibliothek am Mailänder Platz in Stuttgart wurde auf eine auch architektonisch beeindruckende Weise ein neuer öffentlicher Raum geschaffen, dessen Bedeutung für die Stadt sich in den Nutzungszahlen eindrücklich spiegelt. Wie würden Sie die Bedeutung Öffentlicher Bibliotheken im Gesamtgefüge des städtischen Lebens beschreiben?**

### **Dr. Elke Brünle:**

Bibliotheken sind als öffentliche Lern- und Bildungsorte Teil der kommunalen Daseinsvorsorge. In immer komplexeren, sich ständig wandelnden und mittlerweile oft virtuellen Leben sehnen sich die Menschen nach realen Orten, an denen sie arbeiten, lernen, sich mit anderen treffen oder auch einfach nur Zeit verbringen können. Institutionen wie die Stadtbibliothek Stuttgart sind verlässliche öffentliche Orte, weltanschaulich neutral und frei von Konsumzwang, offen für alle, zugänglich ohne Eintrittskarte oder sonstige Hürden. Welche Orte gibt es sonst in der Stadt, die diesen freien Zugang, gepaart mit einer Fülle von Informationsmöglichkeiten bieten?

Vom ersten Tag an zog der neue Bibliotheksbau im Europaviertel täglich ca. 5.000 Besucher\*innen an. Dabei waren anfangs die Bedenken groß: Stand die Bibliothek 2011 doch noch völlig allein inmitten einer riesigen Baustelle. Wer würde den Weg in diese Brache hinter dem Hauptbahnhof auf sich nehmen? Der Bau wirkte wie ein gigantischer Monolith, der vom Himmel direkt hinter den Stuttgarter Hauptbahnhof gefallen war. Sicher überwog bei vielen Besuchern die Neugier, was sich wohl hinter dieser Glasbaustein-Fassade verbergen möge. Diese wurde belohnt durch die faszinierenden Innenräume der Bibliothek und deren hohe Aufenthaltsqualität. Großzügige Öffnungszeiten, die hervorragende technische Infrastruktur mit WLAN und ausleihbaren Laptops, Arbeitsplätze in

Gruppenräumen, zwischen den Regalen oder in der Weite des Galerisaals sowie die ansprechende Präsentation des Medienangebots überzeugte die Besucher\*innen.

Von der Popularität des neuen Bibliotheksbaus profitierten auch die Stadtteilbibliotheken, da immer mehr Besucher\*innen die Qualitäten einer Öffentlichen Bibliothek neu entdeckten. So stieg die Besucherzahl von 2011 bis heute um mehr als 40 % auf über 3 Millionen an. Allein im letzten Jahr wurden rund 20.100 neue Bibliotheksausweise ausgestellt, wobei zu erwähnen ist, dass dieser für den Besuch der Bibliotheken nicht zwingend notwendig ist.

### **Welche besonderen Eigenschaften machen einen solchen kommunikativen Raum zu einem öffentlichen Raum für die Gesellschaft?**

Wie bereits erwähnt, spielen heute sicher der niedrigschwellige Zugang, die technische Infrastruktur und die Aufenthaltsqualität eine große Rolle, um die Bibliotheken als attraktive öffentliche Orte zu etablieren. Jedoch hat unsere Erfahrung gezeigt, dass gerade Bibliotheken mit ihrem großen strukturierten Medienangebot, der persönlichen Beratung und den Veranstaltungen für verschiedene Interessengruppen ganz unterschiedliche Rollen in der Gesellschaft übernehmen: Die des verlässlichen, realen Ortes habe ich schon angesprochen. Sie ist aber auch Informationslotse, Impulsgeber, Diskussionsort, Labor, Werkstatt, Ort der Inspiration, der Kultur, der Kunst und natürlich des lebenslangen Lernens und der persönlichen Weiterentwicklung.

Öffentliche Bibliotheken sind Orte für die persönliche Lebensgestaltung: Mit ihrem umfangreichen und ausgewählten Medienangebot unterstützen und begleiten sie die Menschen bei ihrer Medien-, Lese- und Lernbiographie. Neben der frühkindlichen Förderung und der Unterstützung des schulischen Lernens ist auch der Bereich →

der Weiterbildung für den Beruf, für den Lebensalltag und ebenso die persönliche Entwicklung von großer Bedeutung. Mit ihrem fachbezogenen Medienangebot in bedarfsgerechter Differenzierung und allen medialen Formen bietet die Stadtbibliothek Stuttgart jedermann und jederzeit Zugang zu objektivierten Wissensquellen.

Die scheinbar grenzenlose Wissenswelt des Internets überfordert viele oder führt aufgrund der Speicherung von Suchanfragen durch Suchmaschinen wie Google und Co. zu eingeschränkten Ergebnissen. Die Stadtbibliothek Stutt-



Galeriasaal der Stadtbibliothek am Mailänder Platz in Stuttgart;  
Architekt: Eun Young Yi Foto: Engelbrecht Boese

gart klärt darüber auf, informiert über Hintergründe und zeigt Alternativen. Zudem sammelt, erschließt und strukturiert sie Inhalte und gewährt so einen guten Zugang zu werthaltigen, allgemeingültigen Informationen. Gemeinsam mit dem Suchenden werden angemessene Recherestrategien entwickelt. War früher die Vermittlung von Lesekompetenz die Kernaufgabe von Öffentlichen Bibliotheken, so hat diese heutzutage eine Ausweitung auch auf den digitalen Raum erfahren. Vermittlung von digitaler Lesekompetenz ist nun eine zentrale Aufgabe.

Mit ihren offenen, wohnortnahen und innovativen Angeboten in Form von Vorträgen, Workshops und Expertengesprächen trägt die Stadtbibliothek wesentlich zur Qualifizierung und Weiterbildung bei, da sie fast alle Bevölkerungsgruppen erreicht. Sie fördert das menschliche Miteinander sowohl im Stadtzentrum als auch wohnortnah im Stadtteil. Sie ermöglicht gesellschaftliche Partizipation und bietet Raum für Begegnungen und Erfahrungen.

So arbeitet die Stadtbibliothek Stuttgart eng mit Institutionen, Initiativen und Vereinen wie beispielsweise mit der Universität, der Handwerkskammer, den ausländischen Kulturinstitutionen, dem Chaos Computer Club, Kultur-

vereinen, Behindertenverbänden etc. zusammen. Im Programm sind Lesungen mit Autor\*innen aus aller Welt, mit Schauspieler\*innen, die aus der Weltliteratur lesen, Vorträge zu aktuellen Themen in nahezu allen Wissensbereichen, Gespräche zur Auseinandersetzung mit Texten hinsichtlich der gesellschaftlichen und technischen Entwicklungen aber auch viele Workshops zu finden: Kinder stellen ihre eigenen Bücher her, Groß und Klein lernen Programmiersprachen, erfinden Spiele oder bauen Roboter.

Ganz im Sinne der Philosophie des „Open Content“ schaffen Audio-Mitschnitte der Veranstaltungen Verbindungen weit über das einmalige Ereignis hinaus und ermöglichen Vertiefung, Partizipation und weitergehenden Austausch. Sie werden als Podcasts über die „eBibliothek“ auf der Homepage zugänglich gemacht.

**Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, hat in den „Kulturpolitischen Mitteilungen“ (II/2018) Bibliotheken als Orte der Demokratie bezeichnet. Was macht Bibliotheken zu solchen Orten?**

Öffentliche Bibliotheken sind soziale Institutionen und dem Gemeinwohl wie der Demokratie in besonderer Weise verpflichtet. Sie stellen den Bürger\*innen ein mit öffentlichen Geldern erworbenes und somit kollektives Medienangebot bereit, das auf dem Prinzip des Teilens sowie der zeit- und wechselweisen Nutzung basiert. Sie verfügen über Räumlichkeiten, die von Initiativen genutzt werden können, um sich zu treffen, sich auszutauschen, ihre Anliegen, Gedanken und Ideen einer breiteren Öffentlichkeit mitzuteilen. Die Bibliothek schafft so zahlreiche Anlässe zur freien Meinungsbildung und zum offenen Diskurs. Die Gelegenheit zur Kommunikation und Diskussion führt zu wichtigen Erkenntnissen oder neuen Fragestellungen. So werden öffentliche Bibliotheken mittlerweile auch oft als Agora bezeichnet. Die Rolle der Marktplätze im antiken Griechenland übernehmen heute die Bibliotheken.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 1/2019

**Zur Interviewpartnerin**



**Dr. Elke Brünle** ist seit 2013 stellvertretende Direktorin der Stadtbibliothek Stuttgart. Sie promovierte zum Thema „Bibliotheken von Arbeiterbildungsvereinen im Königreich Württemberg 1848–1918“.

elke.bruehle@stuttgart.de

# „Neutralität“ als Kampfbegriff

## Herausforderungen für die politische Bildung in Zeiten des Rechtspopulismus

**Die AfD hat die politische Bildung als Agitationsfeld für sich entdeckt. Sie attestiert staatlichen wie nichtstaatlichen Trägern der politischen Bildung fehlende „Neutralität“. Dabei geht es darum, eine kritische Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus und anderen Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu diskreditieren. Die Vorstöße der AfD führen vielfach zu Verunsicherung bei Akteur\*innen der politischen Bildung, gleichzeitig aber auch zu deutlichen Positionierungen und Verständigungsprozessen über die Grundlagen und normativen Rahmungen demokratischer politischer Bildung.** von Michael Sturm

Im Magdeburger Landtag schlugen Ende August vergangenen Jahres die Emotionen hoch. Den Anlass bildete die Debatte um eine von der AfD-Fraktion im Dezember 2017 initiierte Große Anfrage, die ihren Fokus in nicht weniger als 236 Einzelfragen auf die staatliche Fördermittelvergabe an den Verein *Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e. V.* richtete und nun von der Landesregierung beantwortet worden war (vgl. Drucksache 7/2791). Der Verein, der seit 1999 zahlreiche Projekte und Bildungsangebote zum Umgang mit und zur Prävention von Rechtsextremismus und Rassismus entwickelt hat, war (nicht nur) der AfD seit langem ein Dorn im Auge.

Aus der Intention ihrer Anfrage machten die parlamentarischen Vertreter\*innen der AfD keinen Hehl. Es gehe darum, dem Verein die Fördergelder zu entziehen und die Gemeinnützigkeit abzuerkennen. Der damalige AfD-Abgeordnete *André Poggenburg* polterte: „Der Verein fährt eine Kampagne gegen die AfD. Diesem Spuk müssen wir ein für alle Mal ein Ende setzen.“ (Zitiert nach Bock 2018) Die Landesregierung wies in ihrer Antwort auf die Große Anfrage die von der AfD erhobenen Vorwürfe zurück und bekannte sich zu der „Aufgabe, das Engagement für

ein demokratisches und diskriminierungsfreies Zusammenleben zu fördern“. Zudem gebe es keine Anhaltspunkte, „die den mit der Umsetzung von Projekten betrauten Verein in die Nähe von extremistischen Erscheinungsformen oder Personengruppen rücken“ (Drucksache 7/2791). Damit gab sich die AfD nicht zufrieden. Anfang September 2018 lancierte sie eine weitere Große Anfrage mit 130 auf den Verein bezogenen, an die Antworten der Landesregierung anknüpfenden „Nachfragen“, die *Miteinander e. V.* erneut fehlende politische „Neutralität“ und eine Nähe zum „Linksextremismus“ attestierten (Drucksache 7/3329).

Zudem kündigten Vertreter\*innen der AfD an, künftig auch andere Initiativen auf ähnliche Weise in den Blick zu nehmen. Mag die gegen *Miteinander e. V.* gerichtete Kampagne der rechtspopulistischen Partei auch ein besonders schillerndes Beispiel sein – die Agitation gegen schulische und außerschulische (politische) Bildung, gegen Demokratieförderprojekte sowie gegen Bildungs- und Beratungsansätze, die sich kritisch mit Rassismus und weiteren Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit auseinandersetzen, bildet eines der zentralen Politikfelder der AfD. Gleichsam als Kampfbegriff firmiert hier die immer wieder eingeforderte „Neutralität“, die von staatli-→

chen wie nichtstaatlichen Bildungseinrichtungen notorisch missachtet werde.

### „Gesunder Menschenverstand“ versus „Politische Bildung“

Der AfD geht es mit ihren Polemiken kaum darum, Grundlagen und Qualitätsstandards politischer Bildung fachlich zu diskutieren. Vielmehr spiegeln sich in den Vorstößen der Partei und ihres Umfelds rhetorische und weltanschauliche Topoi, die als konstituierend für ein extrem rechtes Politik- und Gesellschaftsverständnis gelten können, das fast schon zwangsläufig mit den Überzeugungen multiperspektivischer politischer Bildung kollidieren muss. Seit jeher wiesen extrem rechte Weltbilder anti-intellektuelle, mithin wissenschaftsfeindliche Züge auf, was im Grundsatzprogramm der AfD etwa in der Selbstetikettierung als „Partei des gesunden Menschenverstands“ (AfD 2016, S. 18) zum Ausdruck kommt.

Damit korrespondiert der für das Politikverständnis der AfD zentrale Versuch, ein homogen gedachtes „Volk“ zu konstruieren, das sich jedoch weniger ausgehend von der Zugehörigkeit definiert, sondern vielmehr auf Grundlage der Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsgruppen bestimmt wird. Neben Migrant\*innen und Muslim\*innen können dies eben auch jene sein, denen der „gesunde Menschenverstand“ abgesprochen wird. Charakteristisch für den Rechtspopulismus ist zudem die Auffassung, dass einem „moralisch reinen, homogenen Volk stets unmoralische, korrupte und parasitäre Eliten gegenüberstehen“ (Müller 2016, S. 42; 44).

Auf dieser Sichtweise gründet der rhetorische Furor, mit dem die AfD und andere Protagonist\*innen extrem rechter Strömungen gegen ihre politischen Kontrahent\*innen, die sie konsequenterweise als „Volksverräter“ identifiziert haben, polemisieren. Hierzu zählen die nicht zuletzt im Feld der politischen Bildung verorteten Protagonist\*innen des „links rot-grün versiffte 68er Deutschlands“, gegen das AfD-Bundessprecher *Jörg Meuthen* auf dem Stuttgarter Bundesparteitag im April 2016 wettete, vor allem aber die als „Kanzlerdiktatorin“ diffamierte Bundeskanzlerin *Angela Merkel*.

Diesen personalisierenden Interpretationsmustern liegt ein Menschen- und Geschichtsbild zugrunde, das auf der Annahme beruht, dass „Menschen den Verlauf der Geschichte ihren Intentionen entsprechend lenken können, dass Geschichte also planbar ist“ (Butter 2018, S. 40). Derartige verschwörungstheoretische Vorstellungen und Argumentationsmuster finden sich auch in den Verlautba-

rungen der AfD. Im Grundsatzprogramm der Partei heißt es etwa: „Heimlicher Souverän ist eine kleine, machtvolle politische Führungsgruppe innerhalb der Parteien. (...) Es handelt sich um ein politisches Kartell, das (...) die gesamte politische Bildung und große Teile der Versorgung der Bevölkerung mit politischen Informationen in den Händen hat.“ (AfD 2016, S. 15)

Die Vorstöße der AfD gegen Institutionen und Inhalte der politischen Bildung stellen demnach kein beliebiges Agendasetting dar, sondern sind für das weltanschauliche Selbstverständnis der Partei und ihres Umfelds geradezu konstitutiv. So rückte in den vergangenen Jahren das gesamte Spektrum der politischen Bildung in den Fokus der Rechtspopulist\*innen: Schulen ebenso wie Landeszentralen für politische Bildung, freie Bildungsträger und landes- wie bundesgeförderte Demokratieprojekte. Dabei geht es der AfD weniger um eine fachlich begründete Kritik, als vielmehr um emotionalisierende Zuspitzungen, die bewusst empörte Reaktionen in der Öffentlichkeit mit einkalkuliert (vgl. Hillje 2017, S. 73).

### Denunzieren und diffamieren

Die bislang wohl größte öffentliche Aufmerksamkeit erzielte die AfD mit ihrer Ankündigung, in verschiedenen Bundesländern sogenannte „Meldeportale“ zu etablieren, bei denen Schüler\*innen und Eltern die Möglichkeit erhalten sollen, der Partei Hinweise auf Lehrer\*innen weiterzugeben, die sich im Unterricht angeblich einseitig gegenüber der AfD äußern und dadurch ihre „Neutralitätspflicht“ verletzen würden. An den Schulen müssen, so die AfD, die „Grundsätze der Meinungsfreiheit und freien Rede (...) wieder stärker vermittelt werden.“

Schon lange vor der von verschiedenen AfD-Fraktionen propagierten Einrichtung von „Meldeportalen“ avancierte die vermeintliche an Schulen betriebene „Indoktrination“ und die Reklamation angeblicher Verstöße gegen das „Neutralitätsgebot“ zum Gegenstand einer kaum noch zu überblickenden Zahl an parlamentarischen Anfragen. Die sächsische Landtagsfraktion der AfD thematisierte etwa in einer Großen Anfrage die „Sexualpädagogik in Sachsen“ (Drucksache 6/14115), die in zahlreichen Detailfragen ganz wesentlich die Beachtung des „Neutralitäts- und Indoktrinationsverbots“ in den Mittelpunkt rückte.

Als maßgebliche Protagonist\*innen politischer „Indoktrination“ an Schulen will die AfD vor allem nichtstaatliche und zivilgesellschaftliche Bildungsinitiativen identifiziert haben, deren Angebote zu Themenfeldern wie Rechtsextremismus, Rassismus, Diskriminierung und sexuelle Viel-

falt sich explizit an Schüler\*innen und Jugendliche richten. Aversionen der Rechtspopulist\*innen zieht dabei vor allem das Schulnetzwerk *Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage* auf sich, dem bundesweit rund 3.000 Schulen angehören. Im Mai 2018 forderte die Landtagsfraktion der AfD in Sachsen-Anhalt die Förderung des Netzwerks über die *Landeszentrale für politische Bildung* einzustellen, handele es sich bei dem Programm doch um eine „weitere säuerlichen Gestank ausströmende Blüte aus dem linksliberalen, linksradikalen Sumpf dieser Republik“. Auch in anderen Bundesländern zieht die Partei mit ähnlichen Verdikten gegen *Schule ohne Rassismus* zu Felde. In den Fokus gerieten zudem das *Netzwerk für Demokratie und Courage* und das Projekt *Schule der Vielfalt – Schule ohne Homophobie*.

Doch die Agitation der AfD richtet sich nicht nur gegen die geförderten Projekte und Initiativen, sondern bisweilen gegen die Fördermittelgeber selbst. In Baden-Württemberg forderte im Dezember 2017 die Landtagsfraktion der AfD, die Finanzierung der Landeszentrale gänzlich einzustellen ([www.sueddeutsche.de/news](http://www.sueddeutsche.de/news), 14.12.2017).

In verschiedenen Bundesländern widmete sich die AfD in parlamentarischen Anfragen zudem immer wieder einzelnen, durch das Bundesprogramm *Demokratie Leben!* geförderten Einrichtungen und Initiativen, den lokalen *Partnerschaften für Demokratie* ebenso wie den Modellprojekten und versuchte diese in die Nähe des „Linksextremismus“ zu rücken. Die Anfragen der AfD zielen aber nicht nur darauf ab, geförderte Initiativen und Einrichtungen als Ganze zu diskreditieren. Häufig richten sich die Vorstöße und verbalen Anfeindungen, wie etwa in der *Kampagne gegen Miteinander e. V.*, aber auch in den Polemiken gegen die *Amadeu Antonio Stiftung* gegen einzelne in diesen Initiativen Mitarbeitende, zumal dann, wenn sie über eine gewisse öffentliche Präsenz verfügen.

### Effekte und Auswirkungen

Auch wenn die AfD bisher nicht in Ministerien vertreten ist oder anderweitig Zugriff auf die Projekte und Institutionen politischer Bildung hat, ist festzustellen, dass die Vorstöße der AfD auf unterschiedlichen Ebenen häufig indirekt und subtil Wirkung entfalten.

Ein Effekt besteht zweifellos in einer Verunsicherung der betroffenen Akteur\*innen. Vor allem Lehrer\*innen fragen sich, welche persönlichen oder dienstrechtlichen Auswirkungen eine Denunziation auf einem „Meldeportal“ der AfD für sie haben könnte. Obgleich die Partei über keinerlei Sanktionsmacht verfügt, besteht eben doch die Mög-

lichkeit, dass Pädagog\*innen selbst die „Schiere im Kopf“ ansetzen, um im Unterricht sowie durch die eigenen Positionierungen oder die Einbindung von in den Fokus geratenen Kooperationspartner\*innen keine Angriffsflächen zu bieten.

Ein weiterer Effekt könnte sich auf administrativer Ebene etwa im Kontext der Ausgestaltung von Leitlinien und Förderbestimmungen der Förderprogramme in Bund und Ländern ergeben. Hier entsteht schon jetzt die paradoxe Situation, dass diese Programme explizit der Präventi-

---

## Die Vorstöße der AfD gegen Institutionen und Inhalte der politischen Bildung stellen demnach kein beliebiges Agendasetting dar, sondern sind für das weltanschauliche Selbstverständnis der Partei und ihres Umfelds geradezu konstitutiv.

on von Rechtsextremismus und Rassismus dienen sollen, gleichzeitig aber extrem rechte Akteur\*innen und Strukturen mit dem Hinweis auf das „Neutralitätsgebot“ nicht konkret benannt werden dürfen. Eine sachlich fundierte Auseinandersetzung mit den Positionen, dem politischen Stil und der Rhetorik der AfD erscheint unter diesen Bedingungen kaum mehr möglich.

Auch wenn der von der Partei immer wieder propagierte Slogan „AfD wirkt“ keineswegs für bare Münze genommen werden sollte, lässt sich doch konstatieren, dass sie offenkundig in der Lage ist, Haltungen, Diskurse und administrative Maßnahmen (nicht nur) im Hinblick auf die Rahmenbedingungen, Themen und Inhalte politischer Bildung mit zu prägen. Als unsichtbarer Akteur scheinen die Rechtspopulist\*innen vielfach mit am Tisch zu sitzen.

### Positionen schärfen, Kampfbegriffe zurückweisen

Um die Auseinandersetzung mit den beschriebenen Delegitimierungsversuchen führen zu können, bedarf es gerade jetzt einer Verständigung und Selbstvergewisserung im Hinblick auf die Grundlagen, Werte und normativen Rahmungen politischer Bildung. Ein zentraler Aspekt besteht zweifellos darin, das von der AfD ständig proklamierte „Neutralitätsgebot“ als einen in einem extrem rechten →

Politikverständnis wurzelnden Kampfbegriff zu begreifen, der nicht geeignet ist, das zu gewährleisten, was er vermeintlich einfordert: Meinungsvielfalt, Multiperspektivität und Kontroversität. Vielmehr soll das Insistieren auf „Neutralität“ gegen ein Verständnis von politischer Bildung in Stellung gebracht werden, das sich als Teil eines gesellschaftlichen Demokratisierungsprozesses begreift. In diesem Sinne kann und will politische Bildung, ob im schulischen oder außerschulischen Kontext, in der politischen Jugend- oder Erwachsenenbildung nicht „neutral“ sein.

Der viel bemühte *Beutelsbacher Konsens*, auf den auch die AfD immer wieder in selektiver Weise Bezug nimmt, ist dementsprechend nur vor dem Hintergrund seiner normativen Rahmung zu verstehen, auf die etwa die *Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg* in einer Pressemitteilung anlässlich der Diskussion um die „Meldeportale“ hinweist: „Selbstverständlich sind Lehrkräfte zualtererst dazu verpflichtet, für die freiheitlich-demokratische Grundordnung und damit die Werte des Grundgesetzes und der Landesverfassung einzutreten. (...) Die dafür notwendige Überparteilichkeit ist nicht mit Wertneutralität zu verwechseln.“ (Landeszentrale 2018)

Diese Feststellung gilt im besonderen Maße auch für Träger der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung, die ihre Bildungsangebote vor dem Hintergrund ihrer spezifischen weltanschaulichen Ausrichtung, Überzeugungen und Zielsetzungen (etwa kirchlich oder gewerkschaftlich) formulieren und für die „Neutralität“ von vornherein keine kategoriale Referenz darstellen kann. Darauf verweist beispielsweise auch der *Deutsche Bundesjugendring* in einer 2018 einstimmig verabschiedeten Resolution, in der daran erinnert wird, dass die „verbandliche Jugendarbeit und die Jugendbildung von den verschiedenen Konzeptionen, Werten und Verbandprofilen geprägt sind“ (Deutscher Bundesjugendring 2018). Eine Übertragung des Neutralitätsgebots auf die Verbände sei daher zum einen schon aus diesem Grund nicht nachvollziehbar. Zum anderen stehe eine „verpflichtende Neutralität gegenüber Vertreter\*innen von Parteien bzw. deren Positionen“ im Gegensatz „zur Aufklärung und Auseinandersetzung mit beispielsweise Rassismus, Antisemitismus, Nationalismus, Transphobie und Homophobie“.

### Politische Bildung solidarisch vernetzen

Die hier zitierten Erklärungen verweisen auf zunehmend intensiver geführte Selbstverständigungsdebatten, die darauf abzielen, die eigenen Haltungen und Argumente zu schärfen. Diese Entwicklung ist zweifellos ermutigend, die

Papiere entfalten jedoch für sich allein noch keine Wirkung. Ihre Substanz wird sich demnach vor allem in den konkreten Auseinandersetzungen zeigen. Notwendig hierfür erscheint eine engere und solidarische Vernetzung der Einrichtungen, Initiativen und Netzwerke politischer Bildung. Der Blick auf die rechtspopulistischen Vorstöße im Bereich der politischen Bildung hat deutlich gemacht, dass sich die Angriffe nicht nur gegen einzelne Initiativen richten, sondern dem gesamten System gelten.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 1/2019

### Zum Autor



**Michael Sturm**, Historiker, ist pädagogisch-wissenschaftlicher Mitarbeiter im Geschichtsort Villa ten Hompel und in der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Münster (mobim).

sturm@stadt-muenster.de

### Literatur

**Alternative für Deutschland (2016):** Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland; [www.afd.de/grundsatzprogramm](http://www.afd.de/grundsatzprogramm) (Zugriff: 23.01.2019)

**Bock, Michael (2018):** AfD will „Miteinander Status aberkennen“; [www.volksstimme.de/sachsen-anhalt/demokratie-afd-will-miteinander-status-aberkennen?fbclid=IwAR2g\\_4TJat5LuBIVMyeDUmaOg3KelqIqYGqiwGxQBBLQbnn6LnZqV\\_irQcw](http://www.volksstimme.de/sachsen-anhalt/demokratie-afd-will-miteinander-status-aberkennen?fbclid=IwAR2g_4TJat5LuBIVMyeDUmaOg3KelqIqYGqiwGxQBBLQbnn6LnZqV_irQcw) (Zugriff: 22.01.2019)

**Butter, Michael (2018):** „Nichts ist wie es scheint“. Über Verschwörungstheorien. Berlin: edition suhrkamp

**Deutscher Bundesjugendring (2018):** Werkstätten der Demokratie – politische Bildung von Jugendverbänden und Jugendringen stärken und schützen, Positionspapier, 26./27. Oktober 2018; [www.dbjr.de/artikel/politische-bildung-staerken-und-schuetzen](http://www.dbjr.de/artikel/politische-bildung-staerken-und-schuetzen)

**Hillje, Johannes (2017):** Propaganda 4.0. Wie rechte Populisten Politik machen. Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH

**Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (2018):** Pressemitteilung 27-2018 vom 10. Oktober 2018

**Müller, Jan-Werner (2016):** Was ist Populismus? Ein Essay. Berlin: edition suhrkamp

# Historisch-politische Bildung on the road

## Kroatien als Referenzraum Europäischer Erfahrungen?

**Mit einer Tagung im spanischen Gernika vom 5. bis 9. November 2018 wurde das Projekt „Venues of victims // Venues of perpetrators. Mapping, decoding & processing the role of historical-civic education in (European Youth Work)“ erfolgreich abgeschlossen. Das von den beiden Autoren koordinierte einjährige Projekt mit fünf Veranstaltungen europaweit, wurde in enger Kooperation mit Gedenkstätten, Museen, Forschungs- und Jugendbildungseinrichtungen aus zwölf Europäischen Ländern durchgeführt.** von Boris Stamenić und Markus Rebitschek

Im Rahmen des 2016 abgeschlossenen Projekts „Non-formal Education & Diversity in European Youth Work“ fand im Sommer 2016 ein Auswertungstreffen im polnischen Rodowo statt. Dieses Treffen beinhaltete auch den Besuch der *Wolfsschanze* als „Täterort“. Die Vorbereitung und Nachbesprechung dieser Exkursion führte zu einer intensiven Debatte unter den Projektträgern über das Gewicht der historisch-politischen Bildung im Feld der Education für Democratic Citizenship/Human Rights Education (EDC/HRE), die Rolle solcher „Täter- & Opferorte“ und ihrer Bedeutung in den derzeitigen Diskursen. Das daraufhin entwickelte Vorhaben „Venues of victims // Venues of perpetrators. Mapping, decoding & processing the role of historical-civic education in (European Youth Work)“ fokussierte auf das wechselseitige Verhältnis von historisch-politischem Lernen und gegenwartsbezogener Menschenrechtsbildung. Durch verschiedene Projektaktivitäten sollten die Kapazitäten junger Jugendarbeiter\*innen und Multiplikator\*innen der politischen Bildung für die Auseinandersetzung mit dem erwähnten Themenfeld in der beruflichen Alltagspraxis verbessert werden.

In der Projektentwicklung wurden vier zentrale Fragen bzw. Herausforderungen berücksichtigt:

1. Wie kann man die bildungspolitische Thematisierung der gegenwärtigen politischen und sozialen Herausforderungen mit dem Lernen über politische Gewalt im 20. Jahrhundert verbinden, um die Sensibilisierung für die Menschenrechte und Grundwerte der Demokratie unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu stärken, ohne dabei einen künstlichen Bogen zwischen Vergangenheit und Gegenwart zu konstruieren?
2. Wie kann man einen gemeinsamen europäischen Rahmen der historisch-politischen Bildung (und Erinnerungskultur) schaffen, der einerseits die unterschiedlichen historischen Erfahrungen und gegenwärtigen Rahmen der einzelnen europäischen Länder und ihrer zunehmend heterogenen Gesellschaften berücksichtigt und andererseits eine gesamteuropäische Identität stiftende Qualität beinhaltet?
3. Wie kann man die (National)Geschichte eines europäischen Landes aufgreifen, um nicht nur die einzelnen Geschichtsereignisse, ihre Deutungen und erinnerungskulturellen Repräsentationen dem internationalen Teilnehmendenkreis im Rahmen einer internationalen Jugendbegegnung auf verständliche und spannende Weise beizubringen, sondern auch übertragbare Er-→

fahrungen und Einsichten zu ermöglichen? Inwieweit sind diese Erfahrungen übertragbar und wie können sie zur historisch-politischen Bildung der Teilnehmenden aus anderen Ländern am besten beitragen?

4. Wie kann man letztendlich die bereits aktiven und zukünftigen Jugendarbeiter\*innen im Bereich der historisch-politischen Bildung und darüber hinaus für erwähnte Herausforderungen der Alltagspraxis am besten vorbereiten? Wie sollten Jugendarbeiter\*innen mit allen erwähnten Themen umgehen und was sind die Methoden mit denen man die (National)Geschichte und Erinnerungskultur eines anderen Landes als empirische Grundlage historisch-politischer Bildung einer internationalen Jugendgruppe verwendbar machen könnte?

Das Projekt wurde finanziell vom Programm *Erasmus+ Jugend in Aktion*, der Beauftragten für Kultur und Medien der Bundesrepublik Deutschland, der *Bundeszentrale für politische Bildung/bpb* sowie dem *Kinder- und Jugendplan des Bundes* (KJP) unterstützt. Am Projekt waren vierzehn Partnerorganisationen beteiligt: *In Flanders Fields Museum* (Belgien), *Documenta – Center for Dealing with the Past* (Kroatien), *Ústav pro studium totalitních režim* (Tschechien), *Sihtasutus Eesti Mälu Instituut und Eesti People to People* (Estland), *Maison d'Izieu, mémorial des enfants juifs exterminés* (Frankreich), *Stiftung Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar* (Deutschland), *Lietuvos gyventojų genocido ir rezistencijos tyrimo centras* (Litauen), *Narviksenteret und AgendaX* (Norwegen), *Stowarzyszenie »Jeden Świat«* (Polen), *UMAR – União de Mulheres Alternativa e Resposta* (Portugal), *SOCIALNA AKADEMIJA – zavod za izobraževanje, raziskovanje in kulturo* (Slowenien) und *Gernika Gogoratz Centro de Investigación por la paz* (Spanien).

### Projektaktivitäten

Das Projekt begann im April 2018 mit einem Auftaktseminar in Weimar, bei dem hauptsächlich organisatorische Fragen mit den Vertreter\*innen der Partnerorganisationen erarbeitet wurden. Darüber hinaus wurden erste Aktivitäten zu den Kernthemen des Projekts genutzt, um den Einstieg in die Planung der folgenden Aktivitäten zu ermöglichen. In fünf intensiv genutzten Tagen in der EJBW konnten ein gemeinsames Verständnis über die Projektziele, die Projektumsetzung sowie ein Plan für die nächsten Monate erarbeitet werden.

Ende Mai 2018 trafen sich die zukünftigen Gruppenleiter\*innen und Vertreter\*innen der Partnerorganisationen

in Puszczykowo bei Poznan in Polen. Neben dem Besuch der Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers *Fort VII* in Poznan und dem fachlichen Austausch mit *Simon Lengemann* (bpb), *Georg Pirker* (AdB) und *Karolina Dzielak* (Europäisches Netzwerk Erinnerung und Solidarität, ENRS) stand vor allem die inhaltliche Vorbereitung des Sommercamps in Kroatien im August 2018 auf dem Programm. Anfang Juli kamen die Gruppenleiter\*innen für zwei intensive Arbeitstage in Zagreb zusammen, um das Gesamtprogramm und einzelne Workshops abschließend zu besprechen.

Leitende Idee des Sommercamps war es, den jungen internationalen Gruppenleiter\*innen den Raum zu geben, die Workshops für das Sommercamp selbst vorzubereiten und umzusetzen. Dementsprechend wurden bereits während des Trainingskurses in Puszczykowo sechs Arbeitsgruppen mit jeweils zwei Gruppenleiter\*innen zusammengestellt, welche Workshops und Begleitprogramm für jeweils zwei Tagesthemen des zweiwöchigen Sommercamps in Form von sechs Modulen vorbereiteten. Die Idee



Führung und Diskussion im Tito Museum auf Brijuni Foto: EJBW

hinter der Aufteilung der Gruppenleiter\*innen in Arbeitsgruppen war es, den Beteiligten zu ermöglichen, ihre Interessen und Vorkenntnisse in die Konzipierung und Durchführung ihres jeweiligen Formats einfließen zu lassen. Im August 2018 war es dann soweit: Vor den 60 internationalen Teilnehmenden im Alter zwischen 16 und 25 Jahren standen zwei Wochen Programm in vier unterschiedlichen Städten Kroatiens. Eine Reihe historischer Ereignisse und Erinnerungsorte boten die Struktur für die geplante Durchführung von insgesamt 12 gemeinsamen Workshops.

Die ersten beiden Tage in Zagreb waren geprägt vom gegenseitigen Kennenlernen, der Erkundung der lokalen Umgebung und der Auseinandersetzung mit dem Thema

„ideologische Ordnung(en) und Geschichtsrepräsentationen“ mit den Schwerpunkten „museale Repräsentationen der Vergangenheit“ sowie „Geschichte im öffentlichen Raum“. Während die erste Arbeitsgruppe vor allem die museale Repräsentationen der Vergangenheit kritisch hinterfragte, konzentrierte sich die zweite Arbeitsgruppe auf Denkmäler und Straßennamen sowie ideologisch motivierte Straßenumbenennungen, umbruchsbegleitende Beseitigungen von Denkmälern und ihrer Wiedereinrichtungen.

Vor den Teilnehmenden lagen dann drei intensive Tage in Jasenovac und Vukovar, geprägt von der Auseinandersetzung mit den Themen „ideologisch motivierter Willkür und Gewalt“ sowie „Gewalt im Transformationskontext“. Auf dem Weg nach Vukovar liegt das ehemalige Konzentrationslager Jasenovac. Der Besuch stand im Zeichen

---

## **Wie kann man die bildungspolitische Thematisierung der gegenwärtigen politischen und sozialen Herausforderungen mit dem Lernen über politische Gewalt im 20. Jahrhundert verbinden, um die Sensibilisierung für die Menschenrechte und Grundwerte der Demokratie unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu stärken?**

ideologisch motivierter Gewalt im Kontext des Zweiten Weltkriegs. Der Lagerkomplex ist aufgrund unterschiedlicher Einschätzungen in Bezug auf seine Opferzahlen in nationalistischen Kreisen in Serbien und Kroatien seit Jahrzehnten umstritten und Teil revisionistischer Rhetorik(en).

In Vukovar, einer vom Bürgerkrieg gezeichneten Stadt im ehemaligen Jugoslawien, hatten die Teilnehmenden die Möglichkeit, Vertreterinnen der Initiative *Ženski Sud* (Women's Court) zu treffen und sich mit den Zeugnissen von Alltags-, Unrechts- und Gewalterfahrungen heute und während des Bürgerkriegs auseinanderzusetzen. Eingebettet war diese Begegnung in den Kontext des Zusammenbruchs der staatssozialistischen Ordnung und der Gewalt im Transformationskontext. Die Bedeutung des Kriegserbes für die Erstellung einer friedlichen Nachkriegsordnung in Vukovar wurde ebenfalls hinterfragt. Die Teilneh-

menden nahmen die Dynamiken und Perspektiven einer schrumpfenden Kleinstadt in den Blick. In diesem Kontext stand auch der Besuch des *SENSE Center for Transitional Justice* in Pula, welches sich der gegenwärtigen Aufarbeitung der Gewalterfahrung in Kroatien und anderen postjugoslawischen Ländern widmete.

Das Themenfeld „ideologisch motivierter Willkür und Gewalt nach 1945“ wurde durch den Besuch des ehemaligen Umerziehungslagers auf der Adriainsel Goli (Goli otok) aufgegriffen. Demgegenüber wurde das positive (Selbst) Bild der jugoslawischen Nachkriegsdiktatur und die Legitimationsstrategien von Diktaturen im Allgemeinen durch den Besuch des Museums auf der Insel Brijuni (ehemalige Sommerresidenz Titos) thematisiert. Die Aufenthalte in Pula und Rijeka boten den Einblick in die regionale Erinnerungskultur, die sich teilweise erheblich vom Rest des Landes unterscheidet. Der Kreis schloss sich dann mit dem Besuch in Lipa, einem im Zweiten Weltkrieg im Rahmen von sogenannten „Vergeltungsmaßnahmen“ zerstörten Dorf, mit der Absicht, die Ereignisse und Erinnerungsorte in einen breiteren europäischen und globalen Kontext des Zweiten Weltkriegs zu stellen.

Das Projekt wurde mit der Tagung im spanischen Gernika Anfang November erfolgreich abgeschlossen. Die Veranstaltung, an der Projektpartner, die Jugendleiter\*innen sowie eine große Zahl von ehemaligen Teilnehmenden des Sommercamps teilnahmen, wurde in enger Zusammenarbeit mit dem Projektpartner aus Gernika *Gernika Gogoratzu Centro de Investigación por la paz* vorbereitet und durchgeführt. Neben der Auseinandersetzung mit dem Ort standen Vorträge externer Gäste, die Entwicklung von Folgekooperationen und die Auswertung der gemeinsamen Arbeit im Projekt auf dem Programm. Das zentrale Ereignis während der Tagung in Gernika war jedoch die Vorstellung des Gesamtprojekts einer interessierten Öffentlichkeit in Form von Ausstellungen, Präsentationen, Theaterstücken und Workshopformaten. Das Interesse der anwesenden Jugendlichen und Erwachsenen im Publikum und ihre Bereitschaft an den angebotenen Workshops teilzunehmen, waren eine Bestätigung für alle Beteiligten am Ende des gemeinsam umgesetzten Projekts.

### **Erfahrungen und ihre Übertragbarkeit**

Eine zentrale inhaltliche Herausforderung während des Sommercamps war die Auseinandersetzung mit Geschichte und Erinnerungskultur eines anderen Landes: Für die große Mehrheit der beteiligten Jugendlichen war das Projekt der erste Berührungspunkt mit der Region überhaupt. →

Etwaiges empirisches Wissen über die Vergangenheit und Gegenwart Kroatiens musste täglich gemeinsam erarbeitet werden, um überhaupt eine Auseinandersetzung zum wechselseitigen Verhältnis von historisch-politischem Lernen und gegenwartsbezogener Menschenrechtsbildung



Teilnehmende auf dem Ausstellungsgelände des ehemaligen Konzentrationslagers Jasenovac Foto: EJBW

zu ermöglichen. Dies wurde durch die organisatorisch bedingte nicht-lineare Abfolge von besuchten Orten und diskutierten Themen noch erschwert. Es hat sich als schwierig erwiesen, die Anwesenheit derselben Teilnehmer\*innen in allen Projektaktivitäten zu gewährleisten. Bedingt durch die Lebensumstände der jungen Gruppenleiter\*innen gab es hier mehrere Wechsel, die zusätzliche inhaltliche und organisatorische Transferleistungen erforderten. Eine weitere Herausforderung des Projekts war die Vielfalt der Projektpartner und ihrer Arbeitsrealitäten; einhergehend mit einer Diversität der beteiligten Zielgruppen, des Verständnisses von außerschulischer politischer Bildung, der zu thematisierenden Narrative und nicht zuletzt der Arbeitsweisen und Intensivität partizipativer Entscheidungsprozesse. Der größte Gewinn neben den unbestreitbaren Erfahrungen für die beteiligten Jugendlichen war die Zusammenarbeit mit den Gruppenleiter\*innen: Der angewandte „Bottom-up“-Prozess, nämlich den 12 jungen internationalen Gruppenleiter\*innen Raum und Verantwortung zu geben, eigene Formate für das Sommercamp vorzubereiten und umzusetzen, war Herausforderung und immenser Mehrwert zugleich.

Eine Übertragbarkeit der in Kroatien gemachten Erfahrungen auf die Kontexte der jeweiligen Herkunftsländer wurde von vielen Jugendleiter\*innen und Teilnehmer\*innen bereits während des Sommercamps explizit hervorgehoben. Neben den Teilnehmenden aus den post-sozialisti-

schen Ländern Mittelosteuropas, erkannten ebenfalls die Teilnehmenden aus Portugal und Spanien zahlreiche Parallelen zwischen Kroatien und ihren Herkunftsländern. Dem Anschein nach konnten Teilnehmer\*innen aus Ländern mit relativ zeitnahen Diktaturerfahrungen etwa Themen wie „Willkür und politische Gewalt“ im kroatischen Kontext begreifen sowie Verknüpfungen der historisch-politischen Bildung mit der gegenwärtigen Menschenrechtsbildung nachvollziehen. Während der zahlreichen Diskussionen konnte man dem Eindruck nicht entgehen, dass die behandelten Themen im öffentlichen Diskurs der Länder Mittelost- bzw. Südeuropas immer noch eine starke Rolle spielen. Andererseits hatte man bei den jungen Teilnehmer\*innen aus Frankreich und Belgien oftmals den Eindruck, dass es ihnen sehr schwerfiel, sich in der politischen Geschichte (Kroatiens) nach 1945 zu orientieren, gerade so, als ob der Zweite Weltkrieg die letzte paneuropäische Geschichtsreferenz wäre – zumindest in Bezug auf Themen wie „Willkür und politische Gewalt“. Dementsprechend könnte man zukünftig eine Programmschärfung und damit eine Begrenzung der behandelten Themen in Betracht ziehen – beispielsweise durch die Auseinandersetzung mit nur einem historischen Ereignis und seinen Deutungen während des Projekts, um die erwähnten Herausforderungen zu überwinden.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 1/2019

### Zu den Autoren



**Dr. Boris Stamenić** ist Koordinator des Programmbereichs „Erinnerungskultur“ bei „Documenta – Center for Dealing with the Past“ in Zagreb, Kroatien.

boris.stamenic@documenta.hr



**Markus Rebitschek** ist Bildungsreferent für internationale Jugendarbeit in der Stiftung „Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar“.

rebitschek@ejbweimar.de

# Zwischen Werkzeug und Werkstatt

## Überlegungen zu den Grundlagen politischer Erwachsenenbildung

**Bis Dezember 2018 war Bruna Romano Pretzel als Bundeskanzler-Stipendiatin der Alexander-von-Humboldt-Stiftung für ein Jahr in der AdB-Geschäftsstelle tätig. Sie hat die Zeit intensiv genutzt, um die politische Erwachsenenbildung in Deutschland und insbesondere im AdB kennenzulernen und ihr Forschungsprojekt voranzutreiben. Dabei war es ihr und auch dem AdB wichtig, dass ihre Erkenntnisse der politischen Bildung zugutekommen. Vor diesem Hintergrund wird hier ihr Abschlussbericht für die Stiftung in leicht gekürzter und überarbeiteter Form veröffentlicht.** von Bruna Romano Pretzel

Ich schreibe diesen Bericht in einem beunruhigenden Moment für eine brasilianische Staatsbürgerin, die gerade im Ausland lebt. Bei der Präsidentschaftswahl 2018 in Brasilien hat sich die Unzufriedenheit des Großteils der Bevölkerung in der Unterstützung eines populistischen, autoritären und intoleranten Kandidaten ausgedrückt. Mein Projekt als Bundeskanzler-Stipendiatin hat einen direkten Bezug zu den Umständen dieses Ereignisses. Mein Hauptbeweggrund, die deutsche Landschaft der politischen Erwachsenenbildung zu erforschen, war die Erkenntnis, dass Deutschland der politischen Bildung im Rahmen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung große Bedeutung beimisst. Bei der Aufarbeitung der deutschen Vergangenheit ist die Grundüberzeugung maßgeblich, dass Demokratie immer wieder gelernt werden muss. Dieser Überzeugung entsprechend beginnt politische Bildung in Deutschland bereits in der Schule; sie erstreckt sich außerdem über einen bunten außerschulischen Bereich mit Angeboten für Jugendliche und Erwachsene. Ich habe mich daher sehr über die Möglichkeit gefreut, die zivilgesellschaftliche Landschaft der deutschen politischen Bildung durch einen Forschungsaufenthalt beim Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) kennenzulernen.

Die Vergangenheitsaufarbeitung in Brasilien ist unzureichend. Brasilianische Schulen bieten keinen spezifischen Politikunterricht an, sodass viele sich der Meinung anschließen, dass die erwachsene Bevölkerung einer politischen Grundbildung bedarf. Grundbildung ist ein offener Begriff, der auf die Förderung eines Mindestniveaus an Kenntnissen und Kompetenzen unter bildungsbenachteiligten Menschen – anders gesagt: auf eine kompensatorische Bildungsvorstellung – verweist. In diesem Sinne war es eine zentrale Frage meines Projekts, wie ein Modell politischer Grundbildung insbesondere im Hinblick auf die Vielfalt unter Lernenden gestaltet werden könnte. Diese Frage basierte auf einer Vorstellung von politischer Bildung als Werkzeug zur Überwindung von Defiziten, die oft Hindernisse zur politischen und gesellschaftlichen Teilhabe darstellen.

Allerdings hat sich meine Bildungsvorstellung im Laufe des Projekts erweitert. Bereits am Anfang wurde das Spannungsverhältnis zwischen Grundbildung und den Anforderungen politischer Bildung ersichtlich. Im Grundbildungsbereich werden in der Regel individuelle und kompensatorische Ansätze zur Kompetenzentwicklung adaptiert, während die Förderung von politischen →

oder demokratischen Kompetenzen kollektive Bildungsprozesse erfordert, die die Teilnehmenden als politische Akteur\*innen in ihrer Sozialumgebung versteht. Wegen des großen Anteils von bildungsbenachteiligten Erwachsenen folgt die Profession der Erwachsenenbildung in Brasilien meistens einer Defizitorientierung. Hinzu kommt, dass es keine Fachgemeinschaft der politischen Bildung in Brasilien gibt. Dadurch neigen die beginnenden Versuche einer brasilianischen politischen Grundbildung zur Anwendung von Methoden, die die Sonderanforderungen einer Bildung zur demokratischen Mündigkeit wenig beachten.

In der ersten Projektphase habe ich anhand von Literaturrecherchen und Gesprächen mit Mitarbeitenden der AdB-Geschäftsstelle festgestellt, dass Vielfalt nicht nur unter Lernenden und Zielgruppen zu finden ist, sondern auch als ein wesentliches Merkmal der Träger, Einrichtungen und Ansätze in der deutschen Landschaft der politischen Erwachsenenbildung. Insofern sollte die Gestaltung eines Modells von politischer Grundbildung die Untersuchung der Besonderheiten der politischen Erwachsenenbildung als Ausgangspunkt haben. Dementsprechend habe ich als Ziel festgelegt, einerseits die Vielfalt dieser Bildungslandschaft und ihrer Ansätze so gut wie möglich kennenzulernen, und andererseits ihre gemeinsamen Merkmale, die als Besonderheiten und Grundlagen politischer Bildung gelten, zu identifizieren.

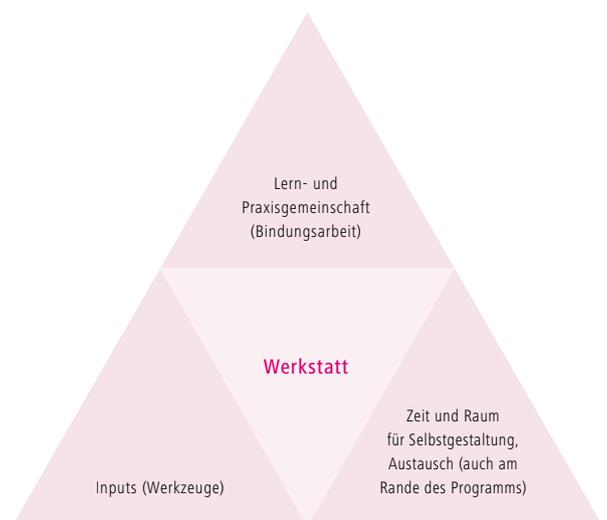
Damit war der Schwerpunkt meines Projekts die Teilnahme an Bildungsveranstaltungen der politischen Erwachsenenbildung in der zivilgesellschaftlichen Trägerschaft. Zudem habe ich an einigen Veranstaltungen öffentlicher Träger teilgenommen.

Die im Projekt untersuchten Bildungsveranstaltungen lassen sich in vier Kategorien aufteilen:

- Seminare, die oft als Bildungsurlaub anerkannt werden können und keinen spezifischen Zielgruppen gewidmet sind;
- Trainings oder Fortbildungen, die insbesondere Fachkräfte der politischen Bildungsarbeit und der sozialen Arbeit als Zielgruppe haben;
- Projektarbeit: Zu dieser Kategorie gehört die Attacademie (Bewegungsakademie e. V. in Kooperation mit Attac), ein mehrjähriges Fortbildungsprogramm für politisch aktive Menschen, dessen Ziel ist, die Zusammenarbeit unter den Teilnehmenden zu fördern, um eigene soziale Projekte zu entwickeln. Ich habe an einem Wochenendseminar des Programms teilgenommen.

- Veranstaltungen für Neuzugewanderte, deren Ziel ist, Grundwissen über Politik und Gesellschaft in Deutschland zu vermitteln. Ich werde diese spezifische Kategorie später separat betrachten.

Durch beobachtende Teilnahme an Seminaren und anderen Veranstaltungen habe ich einige grundlegende Merkmale identifiziert, die ein allgemeines Bildungsarrangement ausmachen und sich als ein Dreieck rund um die Idee einer Werkstatt abbilden lassen (vgl. Abbildung 1; vgl. auch Brokmeier/Ciupke 2010, S. 138). Die drei Ecken dieser Figur stellen die Grundlagen dieses Arrangements dar. So fasse ich die Entwicklung meiner Bildungsvorstellung zusammen: Politische Erwachsenenbildung als Werkstatt kann nicht auf Werkzeuge verzichten, sie ist



Ein allgemeines Bildungsarrangement

Abbildung: Eigene Darstellung

aber mehr als ein Werkzeug. Ihre Werkzeuge – die erste Ecke – sind theoretische Inputs, Inhalte, Methoden und Werteorientierungen, die auf demokratischen Grundsätzen basieren.

Was mir an dieser Bildungslandschaft als besonders erscheint, sind die Bedingungen in denen diese Werkzeuge genutzt werden. In diesem Sinne war das Konzept der Bildungsstätten – Bildungseinrichtungen mit eigenem Tagungshaus – als Orte der politischen Erwachsenenbildung für mich eine neue Erkenntnis. Die Möglichkeit, raus aus dem Alltag zu kommen, um sich für ein paar Tage (oder sogar nur einen Tag) mit politischer Bildung zu beschäftigen, schafft sehr günstige Bedingungen, um Demokratie in einer Art Werkstatt zu erleben. So können die Teilneh-

menden über verschiedenste Themen ins Gespräch kommen, ohne bindende Entscheidungen zu treffen.

In diesem Bildungsarrangement fallen zwei Bedingungen auf, die neben den Inputs in den Ecken des Dreiecks dargestellt sind. Die erste Bedingung ist die Verfügbarkeit von Räumen und Zeit für Selbst- und Mitgestaltung, Diskussion und einfaches Zusammensein. Eine Teilnehmerin bei einem Bildungsurlaubsseminar dazu: „Ich habe keine andere Möglichkeit im ganzen Jahr, so viel über Politik zu diskutieren.“ Wichtig ist, dass diese Grundlage des Werkstatt-Modells auch die Freizeit am Rande des Programms betrifft: Dann tauchen die Themen des Seminars wieder in Gesprächen und in lockerer Stimmung auf. Das trägt zur Entstehung einer Lern- und Praxisgemeinschaft bei, die über die Bildungsveranstaltung hinaus fortbestehen kann. Manche Teilnehmende kannten sich aus vergangenen Veranstaltungen in der gleichen Einrichtung. Diese Bindungsarbeit entspricht der zweiten Bedingung des Arrangements.

Auf dem Werkstattbild aufbauend möchte ich einige Eindrücke und Fragen teilen, die in meinem eigenen Lernprozess zentral waren und – nach meiner Ansicht – für die Weiterentwicklung politischer Erwachsenenbildung sowohl in Deutschland als auch in Brasilien behilflich sein könnten.

Ich hatte am Projektanfang die Hypothese, dass bestimmte Methoden besonders beliebt unter den Teilnehmenden wären. Das ist ein Risiko, das mit der Suche nach einem Bildungsmodell einhergeht: die Wunschvorstellung, dass ein solches Modell durch einfache und direkt anwendbare Praxisrichtlinien gestaltet werden kann. Meine Praxisbeobachtung hat hoffentlich dieses Risiko verringert. Wenn man bedenkt, dass Lerngruppen in der Erwachsenenbildung nie homogen sind, wird die Schwäche der Hypothese schnell ersichtlich. Tatsächlich habe ich durch Gespräche mit Teilnehmenden festgestellt, dass die Präferenzen für Methoden variieren. Um nur die Pole dieses Meinungsspektrums zu nennen: Während einige die Erwartung haben, den aktuellen politischen Wissensstand durch Expertenbeiträge kennenzulernen, freuen sich andere auf den Peer-Austausch durch Gruppenarbeit. Bei einem Bildungsurlaubsseminar habe ich genau eine solche methodische Diskussion unter Teilnehmenden mitbekommen. Beim Mittagessen teilte ein Teilnehmer seine Enttäuschung darüber mit, dass das Programm am Vormittag keinen Expertenvortrag, sondern eine Vorstellung des Seminarthemas als Panorama und eine anschließende Debatte in der Gruppe vorgesehen hatte. Dagegen war eine andere Teil-

nehmerin der Auffassung, diese Herangehensweise entspreche genau ihren Erwartungen; es gehe beim Seminar schließlich nicht um bloße Wissensvermittlung, sondern um Austausch und die Begegnung mit anderen Meinungen. Meines Erachtens spiegelt dies Fragen zum Selbstver-

---

## **Grundbildung ist ein offener Begriff, der auf die Förderung eines Mindestniveaus an Kenntnissen und Kompetenzen unter bildungsbenachteiligten Menschen – anders gesagt: auf eine kompensatorische Bildungsvorstellung – verweist.**

ständnis der politischen Erwachsenenbildung wider. Steht dieser Bildungsbereich unter dem Druck, „Lernziele und Aufgabenfelder an den Qualifizierungsanforderungen zu orientieren“ (Ciupke 2009, S. 106), und beeinflusst diese Lage die Erwartungen bestimmter Gruppen von Teilnehmenden? Ich komme später auf diese Frage zurück.

Nach der Erkenntnis, dass sich die Vielfalt unter Teilnehmenden in unterschiedlichen methodischen Präferenzen zeigt, stellt sich die Frage: Was sind die gemeinsamen Beweggründe hinter der Teilnahme an Veranstaltungen der politischen Bildung außer dem Interesse an einem bestimmten Thema? Meinem Eindruck nach ist die Gemeinschaftsbildung für viele Teilnehmenden ein sehr wichtiger – und manchmal der wichtigste – Faktor, auch wenn sie dies nicht ausdrücklich erkennen. Verliert damit die Veranstaltung ihren Bildungscharakter? Ganz im Gegenteil. Diese emotionale Bindungsarbeit – ohne die individuellen Anliegen der Teilnehmenden aus den Augen zu verlieren – und die Rolle von Emotionen in der Demokratie sollen als zentrale Themen der politischen Bildung explizit genannt werden, so auch die Meinung vieler Fachkräfte bzw. Wissenschaftler\*innen in diesem Forschungsfeld (vgl. dazu das Themenheft zu Emotionen und Politik der Zeitschrift *Aus Politik und Zeitgeschichte* 32–33/2013).

Der Umgang mit Emotionen ist aus meiner Sicht eigentlich kein neues Merkmal der politischen Erwachsenenbildung, obwohl die Gefahr besteht, die Bedeutung dieses Merkmals wegen seiner Allgegenwart und Selbstverständlichkeit zu vergessen. →

Ein weiteres wichtiges Thema betrifft die Nachfrage nach den Veranstaltungen der politischen Erwachsenenbildung. Laut einem Positionspapier, das vom Vorstand des AdB im Juni 2018 beschlossen wurde, nahm im Schnitt „nur rund 1 Prozent aller Berechtigten pro Jahr“ (AdB 2018) ihren Anspruch auf Bildungsurlaub seit seiner gesetzlichen Regelung wahr. In Gesprächen mit Seminarleiter\*innen habe ich nach ihren persönlichen Empfindungen zu diesem Thema gefragt und dabei interessante Eindrücke bekommen. Die Nachfrage nach Seminaren und anderen Veranstaltungen scheint keiner einheitlichen Tendenz zu folgen: Während das Interesse an Bildungsurlaub in einigen Einrichtungen steigt, passiert in anderen das Gegenteil. Das ist wahrscheinlich (abgesehen von unbeherrschbaren Umständen) ein Zeichen der Vielfalt dieser Bildungslandschaft auch im Sinne von Strategien des Zugangs zu Teilnehmenden und Zielgruppen. Hierbei stellt sich die Frage: Wie sollen politische Erwachsenenbildner\*innen bzw. ihre Einrichtungen die Aufgabe angehen, ihre Angebote für verschiedene Zielgruppen niederschwelliger zu machen?

Eine konkrete Herausforderung in diesem Bereich ist die Sprache in Bildungsveranstaltungen. Es handelt sich nicht nur um die allgemeine deutsche Sprache, wobei es zu Schwierigkeiten für Nichtmuttersprachler\*innen kommen kann, sondern auch um die Fachsprache von Politik und Politikwissenschaft. Nach Wahrnehmung einiger Teilnehmenden, ist die Fachsprache der Politikexperten oft fremd und überkompliziert. Allerdings entspricht – wie oben erwähnt – diese Art und Weise der Wissensvermittlung den Erwartungen anderer Teilnehmenden. Anders gesagt sind die Expertenbeiträge ein legitimierender Faktor für einen Teil des Publikums und sie wirken gleichzeitig abschreckend für eine andere Gruppe. Hier taucht wieder die Frage zum Selbstverständnis der politischen Erwachsenenbildung auf: Wieviel Gewicht soll auf die Qualifizierungsaufgabe gelegt werden? Ein Gleichgewicht zwischen Qualifizierung und Emanzipation ist nicht unmöglich, aber trotzdem schwer zu finden. Dies hat auch Auswirkungen auf das Selbstverständnis jeder Einrichtung und damit auf ihr Bild nach außen.

Es bleibt jedenfalls eine Herausforderung, wenig erreichte Zielgruppen zu inkludieren, ohne einer Defizitperspektive zu folgen. Die Bildungsveranstaltungen für Neuzugewanderte bieten interessante Gelegenheiten, diese Herausforderung in der Praxis zu beobachten. Mein Interesse an Seminaren und Kursen für diese Zielgruppe entstand aus der Frage, ob die Vermittlung von Grundwissen über Politik und Gesellschaft in Deutschland als politische

Grundbildung verstanden werden könnte. Um dieser Frage nachzugehen, habe ich an drei verschiedenen Kursen bzw. Seminaren für Neuzugewanderte teilgenommen: einem Orientierungskurs an einer Berliner Volkshochschule<sup>1</sup>, einem eintägigen Seminar der *Berliner Landeszentrale für politische Bildung* und einem mehrtägigen Seminar des *Netzwerks Integration durch Qualifizierung* in der Heimvolkshochschule *Mariaspring e. V.* Aus dieser Erfahrung konnte ich unterschiedliche Ansätze identifizieren und feststellen, dass die Ansätze, die ein Werkstatt-Modell reproduzieren, vielversprechende Beispiele für die Weiterentwicklung einer politischen Grundbildung sind.

Es war ein großer Unterschied zwischen dem Orientierungskurs und den anderen Seminaren erkennbar. Beim Orientierungskurs handelte es sich vor allem um Inhalts- und Wertevermittlung mit wenig Zeit und Raum für Austausch unter den Teilnehmenden. Bei den Seminaren standen wiederum die Bindungsarbeit und die Mitgestaltungsmöglichkeiten im Vordergrund. Diese Ansätze haben sich ganz deutlich in unterschiedlicher Weise auf die Motivation und die persönliche Entfaltung der Teilnehmenden ausgewirkt. Das Werkstatt-Modell scheint einen positiven Kreislauf zu schaffen, indem ihre Sonderbedingungen die Teilnehmenden auch emotional unterstützen und dabei ihr Interesse an politischen Fragen erhöhen, weil sie sich als Akteur\*innen selbst wahrnehmen und wahrgenommen werden. Das ist nach meiner Ansicht ein Beispiel dafür, dass Grundbildung kein einziges Format übernehmen muss und über eine Defizitperspektive hinaus gedacht werden kann. Die Besonderheiten der politischen Erwach-

## **Braucht politische Bildung spezifische Begegnungsorte, um die Idee einer politischen Werkstatt als kollektiver Bildungsprozess weiterzutragen?**

senenbildung sollten nicht aus den Augen verloren werden bei dem Versuch, politische Grundbildung zu definieren und weiterzuentwickeln.

<sup>1</sup> Der Orientierungskurs ist Teil des Integrationkurses des Bundes nach § 43 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) und dient gemäß § 43 Abs. 3 S. 1 AufenthG „der Vermittlung von Kenntnissen der Rechtsordnung, der Kultur und der Geschichte in Deutschland“.

Wie können dann die Grundlagen politischer Erwachsenenbildung für die Gestaltung von Ansätzen politischer Grundbildung zu Nutze gemacht werden? Bei der Auseinandersetzung mit dieser Frage kam ich erst einmal zu dem Schluss, dass politische Grundbildung etwas anderes als politische Bildung in der Grundbildung oder Grundbildung in der politischen Bildung bedeuten soll. Es bedarf der Entwicklung eines Sonderarrangements, das möglichst eine Verschmelzung von kompensatorischen und emanzipatorischen Ansätzen vermeidet. Hiermit meine ich nicht, dass emanzipatorische Ansätze keinen Platz in der Grundbildung finden, oder dass sich politische Bildung nicht mit der Tatsache befassen muss, dass soziale und politische Teilhabe bestimmte Grundkenntnisse erfordert. Ich nehme vielmehr Bezug auf zwei Schlusspunkte: die Notwendigkeit, die spezifische Logik der politischen Bildung beizubehalten, und die Möglichkeit, diese Logik auf neue Umgebungen und Umstände auszudehnen.

Zum ersten Punkt finde ich *Annette Wallentins* Kurzfassung von der Idee einer politischen Grundbildung besonders erleuchtend: eine Bildung, „die einen umfassenden Querschnitt der Einwohnerschaft einbezieht und die Debatte um demokratische Werte als Schwerpunkt hat“ (Wallentin 2016, S. 52). Um diese Idee in der Praxis zu verwirklichen, ist es meiner Meinung nach unerlässlich, dass politische Erwachsenenbildung ihren Werkstattcharakter beibehält und dass sich andere Fachgemeinschaften von dieser Logik inspirieren lassen. Natürlich ist die Möglichkeit nicht zu unterschätzen, dass Konflikte mit der kompensatorischen Logik der Grundbildung auftreten. Dabei sind Richtlinien eines strategischen Dialogs zu durchdenken – z. B. durch die Annäherung der außerschulischen politischen Bildung an die Kompetenzdebatte (vgl. Becker 2017).

Zum zweiten Punkt stellt sich die Frage: Braucht politische Bildung spezifische Begegnungsorte, um die Idee einer politischen Werkstatt als kollektiver Bildungsprozess weiterzutragen? Bildungsstätten sind ausgezeichnet in der Lage, diese Aufgabe zu erfüllen, und sind insofern unverzichtbare Schätze der politischen Bildungslandschaft. Genau deswegen soll die Profession der politischen Erwachsenenbildung sich darum bemühen, dass sich die Grundlagen dieses besonderen Bildungsarrangements nicht auf Bildungsstätten begrenzen. Eine große Menge von anderen Lern- und Begegnungsorten (auch in digitalen Umgebungen) lassen sich als politische Werkstatt verstehen. Dabei ist der Dialog von Fachkräften der politischen Bildungsarbeit und aus anderen Bereichen sehr gewinnbringend.

Dieser Forschungsaufenthalt war für mich als „Außen-seiterin“ eine hervorragende Gelegenheit, eine lebendige und inspirierende Fachgemeinschaft kennenzulernen, die einen wesentlichen Beitrag zur Resilienz der deutschen Demokratie leistet. **AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 1/2019**

### Zur Autorin



**Bruna Romano Pretzel** studierte Rechtswissenschaften an der Universität São Paulo (Brasilien) und war als Lehrkraft und Forscherin in São Paulo in der juristischen Bildung tätig. Seit ihrem Forschungsaufenthalt als Bundeskanzler-Stipendiatin der Alexander-von-Humboldt-Stiftung interessiert sie sich für politische Bildung in Deutschland und den deutsch-brasilianischen Dialog in diesem Bereich.

pretzel.bruna@gmail.com

### Literatur

**Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (2018):** Politische Bildung braucht Freiräume. Für eine Stärkung des Anspruchs auf Bildungsfreiheit in Deutschland; [www.adb.de/stellungnahmen](http://www.adb.de/stellungnahmen)

**Becker, Helle (2017):** Der einseitigen Ausdeutung entreißen. Zur fehlenden Kompetenzdebatte in der außerschulischen politischen Bildung. In: Achour, Sabine / Gill, Thomas (Hrsg.): Was politische Bildung alles sein kann. Einführung in die politische Bildung. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, S. 127–137

**Brokmeier, Boris / Ciupke, Paul (2010):** Außerschulische politische Bildung zwischen Deskriptoren und Niveaustufen. Zur aktuellen Debatte um den Deutschen Qualifikationsrahmen. In: Außerschulische Bildung 2/2010, S. 135–139

**Ciupke, Paul (2009):** Studien zur Geschichte des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten. In: Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (Hrsg.): Werkstatt der Demokratie. 50 Jahre Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten. Essen: Klartext

**Wallentin, Annette (2016):** Niedrigschwellige politische Bildung. Erfahrungen in der Bildungsarbeit mit Migrantinnen und Migranten in sozial benachteiligten Lebenslagen. In: Außerschulische Bildung 1/2016, S. 49–52

# Learning citizenship

## Methodische Impulse für politische Bildung im öffentlichen Raum

**Das Internationale Bildungszentrum dock europe hat es sich zur Aufgabe gemacht, Lernprozesse zu initiieren und zu begleiten, die auf Diversität als Ressource setzen und die Verwirklichung gleicher gesellschaftlicher Zugänge und Rechte im Fokus haben. Übergeordnetes Ziel der Seminare und Projekte ist es, sich Wissen anzueignen, für die eigenen Interessen einzusetzen und mit anderen Menschen solidarisch zu vernetzen, unabhängig von Herkunft und Aufenthaltsstatus. Dafür braucht es Räume und Settings, die von den Teilnehmenden aus- und mitgestaltet werden, in denen sich unterschiedliche Erfahrungen und Überzeugungen widerspiegeln.** von Urte Bliesemann

„Wer zu lange unter einem Baum hockt, dem machen die Vögel auf den Kopf.“ Dieses Sprichwort aus dem Sudan visualisiert die mangelnde Bereitschaft, sich zu bewegen und den gewohnten Platz zu verlassen. Übertragen auf Formate politischer Bildungsarbeit im öffentlichen Raum könnte etwas mehr Bewegung nicht schaden. Angesichts von Veränderungen im öffentlichen Raum (Stichwort: Privatisierung, Ökonomisierung, soziale Kontrolle und Verdrängung) sehen wir uns gefordert, Formate zu entwickeln und umzusetzen, die die Auseinandersetzung um die (Wieder-)Aneignung des öffentlichen Raums zugänglich und attraktiv machen und die Menschen motivieren, selbst aktiv zu werden.

Als internationales Bildungszentrum inmitten von Hamburg, eine von vielen „Städten des Ankommens“ (Arrival Cities; Saunders 2013) haben wir uns bewusst für den Ort im unübersehbaren Projekt *flux* ([www.flux-eg.org](http://www.flux-eg.org)) in einer ehemaligen denkmalgeschützten Kaserne entschieden, da er modellhaft steht für Selbstorganisation, Teilhabe und Beteiligung. Die Genossenschaft *flux* gründete sich als Ergebnis stadtpolitischer Auseinandersetzungen um verknappte Räume für Jugendliche und Erwachsene, Bildung, Kultur und Handwerk. Im Bildungszentrum, in den von hier ausgehenden Projekten, aber auch in Synergie mit ande-

ren Lern- und Begegnungsorten im Haus sowie im Netzwerk wird gemeinsam Wissen produziert und auf die Straße, in den öffentlichen Raum getragen.

Entscheidend für die Ausrichtung der politischen Bildung des *Internationalen Bildungszentrums dock europe* sind die Kontexte Migration und die Stadt als Ort „verdichteter Unterschiedlichkeit“ (Lefebvre zitiert nach Vrenegor 2014, S. 105), als Ort der vielfältigen kulturellen Praktiken, Aushandlungen und sozialen Positionen.

Mit unserer Bildungsarbeit versuchen wir jenseits von ethnizierenden oder kulturalisierenden Paradigmen einen Beitrag zu leisten zu einer „Stadtbürgerschaft“ (*urban citizenship*; vgl. Hess/Lebuhn, Henrik 2014), die allen Bewohner\*innen, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus, ihrer Nationalität oder der Dauer ihrer Anwesenheit, das gleiche „Recht auf Stadt“, auf lokale Teilhabe sichert.

### Raus aus der Komfortzone! – Inklusive Lernsettings für diverse und mehrsprachige Zielgruppen in der Stadt des Ankommens

Unsere Projekte und Seminare richten sich immer an Jugendliche und Erwachsene mit und ohne Fluchterfahrung, da das gemeinsame Gestalten der städtischen Rea-

lität im Vordergrund steht. Wenn Diskriminierungs- oder Fluchterfahrungen es notwendig machen, bieten wir in bestimmten Projektphasen oder Workshops einen geschützten gruppenspezifischen Rahmen an (z. B. für junge Frauen, Black/People of Color). Darüber hinaus wenden wir uns an Multiplikator\*innen aus politischer, formaler und non-formaler Bildung.

Nicht nur für neu Ankommende gehört die Erschließung der Stadt als Ort der eigenen demokratischen Wirksamkeit zur Grundvoraussetzung der Wahrnehmung der „Stadtbürgerschaft“, des „Städtischen Handelns“. Demokratie beruht auf einer lebendigen öffentlichen Debatte. Jedoch werden die Stimmen von jungen Menschen vielfach nicht gehört und klassische Formen der Beteiligung werden oft nicht wahrgenommen. Gleichzeitig sind (junge) Menschen – auch in prekarierten Kontexten – in informellen Gruppen unabhängig von Verbänden und Parteien politisch interessiert und aktiv. Unsere Projekte im Rahmen der „Schule für städtisches Handeln“<sup>1</sup> zielen auf Teilhabe an öffentlichen Debatten durch Sichtbarkeit und Aushandlung im öffentlichen Raum sowie die Selbstermächtigung, die eigenen Interessen zu artikulieren. Ausgangspunkt ist die These, dass Sichtbarkeit von politischen Subjekten im öffentlichen Raum im Sinne von Partizipation und Mitgestaltung neben Diskursen auch auf die Prä-



Demokratie lernen in Bewegung: „Mapping“-Workshop Foto: Ulf Treger

senz von „politischen Körpern“ (vgl. Sheper-Hughes/Locke 1987) und deren Bewegung zielt. Von der Emotion und Reflexion zur Aktion braucht es Werkzeuge, die diese Prozesse der Selbstorganisation unterstützen.

<sup>1</sup> Kooperationsprojekt von dock europe e. V. zusammen mit metroZones (www.metrozones.info), 2015–2016 gefördert durch die Bundeszentrale für politische Bildung/bpb.

Es geht um einen Beitrag zu einer gemeinsamen städtischen demokratischen Identität, die Diversität und Vielsprachigkeit als Voraussetzung annimmt. Dabei soll unsere Bildungsarbeit nicht nur Ankommensprozesse begleiten, sondern gesellschaftlichen Polarisierungen und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entgegenwirken. Auch für die Bildungsarbeiter\*innen bedeuten die „neuen“ Herausforderungen das Verlassen der eigenen Komfortzone und die Weiterbildung in Methoden und Haltungen.

Die drei folgenden Praxisbeispiele beschreiben, wie politische Bildungsformate Prozesse der Selbstorganisation und Teilhabe methodisch unterstützen können. Partizipation und Teilhabe im öffentlichen Raum brauchen Beweggründe, die die Menschen ermutigen, für ihre Bedarfe und die anderer einzustehen, die motivieren, sich zu engagieren.

### Städtisches Handeln I Demokratie lernen in Bewegung

„Move your ass, and your mind will follow.“ (Roos 2018, S. 17)

dock europe organisierte in den Jahren 2015 und 2016 gemeinsam mit dem Netzwerk kritischer Stadtforscher\*innen aus Berlin und Hamburg metroZones die „Schule für städtisches Handeln“. Das Projekt verknüpfte ethnographische Methoden der Stadtforschung mit partizipatorischen Lernformaten und förderte die kritische Auseinandersetzung mit der neuen oder auch bekannten Umgebung jenseits der scheinbar „normalen“ Alltagskulisse. Welche Bilder haben wir von der Stadt? Wie orientiere ich mich? Wer entscheidet darüber, wie Stadt aussieht und wer wo wohnen kann? Welchen Einfluss hat der Stadtteil, in dem ich lebe, auf meine Zukunft? Wie können wir teilhaben und mitbestimmen?

Ein praktisches Beispiel: „Mapping“ – ein Workshop, der im Rahmen eines deutsch-französisch-marokkanischen Seminars zum Thema „Platz der Jugend in unseren Gesellschaften“ stattfand. Ziel des Workshops war eine subjektive Kartierung der Präsenz von jungen Menschen in unterschiedlichen urbanen Kontexten. Für das Mapping suchten die Teilnehmenden unmittelbar benachbarte Stadtteile auf und kartierten Orte von und für junge Menschen sowie Spuren informeller Nutzungen von Jugendlichen. Darüber hinaus waren die Teilnehmenden aufgefordert, auf das Fehlen von Infrastrukturen zu achten und im Gegenzug Vorschläge und Wünsche für Räume von und für Jugendliche zu formulieren. →

Im Anschluss an die Rundgänge wurden die dokumentierten Orte, die sichtbaren Nutzungsspuren wie auch die Wunschproduktion in einem kollektiven Prozess besprochen und auf eine gemeinsame Karte im Format DIN A0 aufgetragen. Die Beschriftungen verfassten die Teilnehmenden durchgehend dreisprachig in Französisch, Arabisch und Deutsch, den anwesenden Sprachen.

Die Methode der kollaborativen Kartierung ermöglicht eine Form der Visualisierung der Bewegungen und Wahrnehmungen im städtischen Raum, die für die Erstellung kein besonderes Vorwissen erfordert und deren Aussagen sich für Betrachter\*innen leicht erschließen lassen. Da die Teilnehmenden ohne Ortskenntnisse waren und zudem aus verschiedenen kulturellen Kontexten stammten, war ein offener und diverser Blick auf die besuchten Terrains möglich, unbeeinflusst von Nutzungsgewohnheiten und dem Hintergrundwissen, das Bewohner\*innen des Stadtteils auszeichnet.

### Städtisches Handeln II: Sichtbar werden – performative Strategien in der urbanen Jugendbildung

*„For politics to take place, the body must appear.“*  
(Butler 2011)

*„Der Star – das sind die Menschen!“* (Penta 2007)

Mit der Einbindung sogenannter performativer und neuer kommunikativer Strategien können die Aneignung städtischer Räume erprobt und Möglichkeiten der Gestaltung und Intervention identifiziert werden. Die eigenen Forderungen und (politischen) Positionen lassen sich nicht nur durch Sprache ausdrücken, Themen können auch durch mehrdimensionale Ausdrucksformen vermittelt werden.

Ein praktisches Beispiel: *„Performing the neighborhood“*. Workshopreihe zu kreativen Methoden des sich Begegnens. Modul: *Soundlandschaft Hamburg*. Ziel war es, durch die Erforschung der Stadt und ihrer Klanglandschaft, andere Formen der Begegnung im öffentlichen Raum herzustellen. Zum einen widmeten sich die Teilnehmenden Fragen der Raumeinnahme: Wie beeinflussen Klänge unser Zusammenleben im öffentlichen Raum? Sind Interventionen möglich, die dazu führen, den öffentlichen Raum nicht nur als einen Ort des Durchgangs wahrzunehmen, sondern als einen Raum des Zusammenseins?

Zum zweiten wurde erforscht, wie unterschiedliche Nachbarschaften Hamburgs klingen und ob die Klangland-

schaft, die dort aufgenommen wurde, mit den Vorurteilen/Ideen, die man von diesen Vierteln hat, übereinstimmen. Was höre ich wo, was höre ich nicht und was sind die Gründe dafür? Was muss sich ändern, damit ich bestimmte Klänge und Geräusche höre? Demokratische Beteiligung heißt hier, das, was nicht sofort sichtbar bzw. hörbar ist, kenntlich zu machen und zur Debatte zu stellen. Die Idee ist, verborgene Mechanismen, die die Gesellschaft und den städtischen Raum – hier durch Geräusche – bestimmen, aufzudecken und die Kontexte zu analysieren.

Die Teilnehmenden erhielten Werkzeuge zur technischen Aneignung der Soundlandschaft, sodass sie mit Aufnahmegeräten etc. die Klänge der Viertel aufnehmen konnten. In der zweiten Phase des Workshops wurden in einem gemeinschaftlichen Prozess die Klänge analysiert und dramaturgisch arrangiert.

Dabei wurde darauf geachtet, die Vorstellungen über die entstehenden Tracks unabhängig von dem jeweiligen Kenntnisstand zum Thema Musikproduktion möglichst von allen Teilnehmenden gleichermaßen einzubeziehen. Die inhaltliche Frage, um die es ging und die anhand der erarbeiteten Stücke verhandelt werden sollte, war dabei keine Geringere als: Wie soll die Gesellschaft, in und mit der wir leben, eigentlich klingen?

### Städtisches Handeln III – „Deine Stimme zählt“ – Organizing Tools

*„Menschen bekommen keine Chancen oder Freiheit oder Gleichheit oder Würde aus einem Akt der Nächstenliebe heraus; sie müssen dafür kämpfen, diese Dinge dem Establishment abringen.“* (Saul Alinsky, zitiert nach Huber 2010, S. 32)

Mit der Workshopreihe *„Deine Stimme zählt – Organizing Tools“* verfolgen wir drei miteinander verknüpfte Ziele: Thematisierung von sozialer Ausgrenzung und Diskriminierung, die vielstimmige Partizipation und (Selbst-)Organisierung von jungen Menschen an öffentlichen Debatten und den respektvollen und solidarischen Austausch zwischen verschiedenen informellen Gruppen junger Menschen. Hier kommen Formate mit folgenden Inhalten zum Einsatz: Beteiligungsansatz des *Community Organizing*, Moderation in mehrsprachigen Gruppen und Methoden der Sprachanimation, Umgang mit schwierigen Situationen in Gruppen und Veranstaltungen.

Ein praktisches Beispiel: *„Frei Sprechen – Sicheres Auftreten in der politischen Bildungsarbeit“* (Seminar-) *Öffentlichkeit*. In diesem Workshop kamen Teilnehmenden

de mit und ohne Migrationshintergrund zusammen, die sich für ein diversitätsbewusstes und diskriminierungssensibles Zusammenleben einsetzen und Projekte zur politischen Bildung u. a. gemeinsam mit Geflüchteten organisieren (möchten). Vorrangiges Ziel war es hier, Strategien zum Abbau von Sprechhemmungen kennenzulernen und auszuprobieren. Eingesetzt wurden aktivierende und partizipative Methoden wie kollektive Textproduktionen, Memorisierungstechniken zur Unterstützung der freien Rede, Umgang mit Mehrsprachigkeit. Die Teilnehmenden tauschten sich über ihre Sprech(angst)erfahrungen aus, machten erste Versuche mit dem verstärkten Sprechen durch ein Mikrofon und lernten Methoden kennen, um politische Inhalte und Meinungen ohne Skript vorzubereiten und frei vor Publikum zu präsentieren. Auch Aspekte des individuellen und kollektiven Textens und der kollektiven Moderation beispielsweise zur Vorbereitung von Meinungsäußerungen auf Veranstaltungen, in selbst entwickelten Projekten oder auch auf einer Kundgebung wurden praktisch geprobt – sowohl im geschützten Raum als auch „draußen“, sei es im Hinterhof, einem Park oder öffentlichen Platz.

Aus diesem Workshop hervorgegangen sind Teilnehmende, die der eigenen Stärke trauen, sich vor anderen – ob verstärkt durch ein Mikro oder auch ohne – äußern. Das gemeinsame Aushandeln von Inhalten und deren

---

## Nicht nur für neu Ankommende gehört die Erschließung der Stadt als Ort der eigenen demokratischen Wirksamkeit zur Grundvoraussetzung der Wahrnehmung der „Stadtbürgerschaft“, des „Städtischen Handelns“.

sprachliche Umsetzung, der Ideenaustausch und das gegenseitige Feedback wirken nach. Als Multiplikator\*innen geben sie ihre Praxis und ihr Wissen weiter und machen wiederum anderen Mut, das Wort zu ergreifen und sich für ein demokratisches Miteinander auf allen Ebenen einzusetzen.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 1/2019

### Zur Autorin



**Urte Bliesemann** ist Bildungsreferentin im Internationalen Bildungszentrum dock europe e. V. in Hamburg und tätig in der Fachgruppe Flucht und Migration im Programm politische Jugendbildung des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten.

urte.bliesemann@dock-europe.net



### Literatur

**Barz, Petra / Huffs Schmid, Anne / Wildner, Kathrin (Hrsg.) (2017):**

metroZones – Schule für städtisches Handeln: Schoolbook. Hamburg: Sprung Verlag; <https://schoolbook.metrozones.info> (Zugriff: 08.01.2019)

**Butler, Judith (2011):** Bodies in Alliance and the Politics of the Street; <http://eipcp.net/transversal/1011/butler/en> (Zugriff: 08.01.2019)

**Hess, Sabine / Lebuhn, Henrik (2014):** Politiken der Bürgerschaft. Zur Forschungsdebatte um Migration, Stadt und citizenship. In: *sub|urban. zeitschrift für kritische stadtforschung*, 2(3), S. 11–34

**Huber, Stefan (2010):** Community Organizing in Deutschland: Eine „neue“ Möglichkeit zur Vitalisierung Lokaler Demokratie? Potsdam: Universitätsverlag

**Penta, Leo (2007):** Community Organizing. Menschen verändern ihre Stadt. Hamburg: Edition Körber-Stiftung

**Roos, Theo (2018):** Philosophische Vitamine. Die Kunst des guten Lebens. Köln: Verlag Kiepenheuer & Witsch

**Saunders, Douglas (2013):** Die neue Völkerwanderung – Arrival City. München: Pantheon Verlag

**Sheper-Hughes, Nancy / Locke, Margret M. (1987):** The Mindful Body: A Prolegomenon to Future Work in Medical Anthropology; <http://anthropology.msu.edu/anp204-us14/files/2012/06/The-Mindful-Body.pdf> (Zugriff: 08.01.2019)

**Wildner, Kathrin / Berger, Hilke Marit (2018):** Das Prinzip des öffentlichen Raums. In: bpb (Hrsg.): Dossier Stadt und Gesellschaft; [www.bpb.de/politik/innenpolitik/stadt-und-gesellschaft/216873/prinzip-des-oeffentlichen-raums?p=all](http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/stadt-und-gesellschaft/216873/prinzip-des-oeffentlichen-raums?p=all) (Zugriff: 03.12.2018)

**Vrengor, Nicole (2014):** Die Stadt von den Rändern gedacht. Drei Jahre Recht-auf-Stadt-Bewegung in Hamburg – ein Zwischenstopp. In: Gestring, Norbert / Ruhne Renate / Wehrheim, Norbert (Hrsg.): Stadt und soziale Bewegungen. Wiesbaden: Springer VS, S. 99–109

# Demokratie – das sind wir alle. Sind wir das noch?

Wie wir das Grundgesetz mit Leben füllen können

**Am 27. und 28. November 2018 fand die Fachtagung des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten (AdB) zur Vorbereitung und Eröffnung des AdB-Jahresthemas 2019 „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Wertorientierungen des Grundgesetzes und gesellschaftlicher Wandel“ im Bildungshaus Zeppelin & Steinberg e. V. in Goslar statt. Der folgende Beitrag beruht auf dem Vortrag, den die Autorin während der Tagung gehalten hat. von Ellen Ueberschär**

Sie kennen den berühmten Sketch von *Loriot*, „Herren im Bad“, in dem ein Großindustrieller namens *Müller-Lüdenschaid* einem Akademiker, *Dr. Kloebner*, in einer Hotel-Badewanne begegnet:

*Müller-Lüdenschaid*: „Herr Doktor Kloebner? Hören Sie? Wenn Sie nicht sofort auftauchen, verlasse ich die Wanne. Die Luft anhalten kann jeder.“

*Kloebner*: „Was sagen Sie nun?“

*Müller-Lüdenschaid*: „Sie langweilen mich.“

*Kloebner*: „Aber ich kann länger als Sie.“

*Müller-Lüdenschaid*: „Es gibt Wichtigeres im Leben.“

*Kloebner*: „Was denn?“

*Müller-Lüdenschaid*: „Ehrlichkeit, Toleranz ...“

*Kloebner*: „Ja ...“

*Müller-Lüdenschaid*: „Mut, Anstand ...“

*Kloebner*: „Ja ... Ja ...“

*Müller-Lüdenschaid*: „Hilfsbereitschaft ...“

*Kloebner*: „Ja ...“

*Müller-Lüdenschaid*: „Tüchtigkeit, Zähigkeit ...“

*Kloebner*: „Ja ...“

*Müller-Lüdenschaid*: „Sauberkeit ...“

*Kloebner*: „Aber ich kann länger als Sie.“

Dieser Sketch ist sicher der deutscheste aller *Loriot*'schen Sketche, der wie kein anderer etwas einfängt, woran es in der momentanen innenpolitischen Situation offenbar zu mangeln scheint, was aber in Wahrheit eine der Voraussetzungen ist, dem Grundgesetz Leben einzuhauchen: das alltägliche Einüben von Werten, die ein friedliches Zusammenleben von Unternehmern und Wissenschaftlern, wie hier in der Badewanne, aber auch von Zuwanderern und Einheimischen, von Älteren und Jungen erst möglich machen.

*Loriot*'s Sketch freilich weist auf eine andere historische Situation hin: Mit der absurd-komischen Szene in der Badewanne gab *Loriot* 1978 den deutschen Zeitgenoss\*innen mit einem großen Augenzwinkern zu verstehen, dass sie sich endlich aus ihren deutschen Verspanntheiten, moralischen und politischen, lösen können. Die Demokratie ist stabil, die Gespenster der Vergangenheit, in der die Würde des Menschen nicht nur angetastet, sondern auf historisch beispiellose Weise verletzt und in den Abgrund einer unvorstellbaren Tötungsmaschinerie gezogen wurde – diese Gespenster der Vergangenheit dürfen das Miteinander in der demokratischen Badewanne nicht beeinträchtigen, ja mehr noch: Zum Leben in der Demokratie gehört nicht nur

die pflichtschuldig-triumphierende, weil moralisch auf der richtigen Seite stehende Auflistung von Grundtugenden des Zusammenlebens, vielmehr braucht es auch Humor, es braucht Lebensfreude, der es bisweilen wichtiger ist, den sportlichen Tauchwettbewerb zu gewinnen als in jeder Sekunde tugendhaftes Verhalten an den Tag zu legen.

So lustig der Sketch bis heute ist, so weit scheint er von unserer Situation am Jahresende 2018 entfernt zu sein, in der wir unseren liberalen Verfassungsstaat vor einer seiner größten Bewährungsproben seit dem Fall der Mauer und der Wiedervereinigung Deutschlands sehen.

### Demokratie in der Krise

Die Demokratie – das sind wir alle. Diese Aussage klingt zu *Loriots* Zeiten wie ein Satz von *Müller-Lüdenscheid* – irgendwie zeitlos richtig, wenig aufregend. Heute ist er nicht nur aktuell, sondern an- und aufregend, denn wir erleben die Demokratie in einer Krise, die sich in mindestens vier Dimensionen zeigt:

#### ... in einem weit verbreiteten Unsicherheitsgefühl

Die Krise der Demokratie hat eine wesentliche Ursache in einem Unsicherheitsgefühl, das sich in wachsenden Teilen der Bevölkerung zu Pessimismus verdichtet und sich aus einer vielfachen Problemwahrnehmung speist: Bürger\*innen resignieren angesichts des jahrelang erlebten Abbaus von öffentlichen Infrastrukturen, z. B. im öffentlichen Dienst bei Polizei, Behörden, in Krankenhäusern und sie machen täglich frustrierende Erfahrungen mit mangelnden Investitionen in Verkehrswege, in Schulen, in Pflegeeinrichtungen und öffentliche Gebäude. Soziale Herausforderungen wie eine gute Pflege oder bezahlbarer Wohnraum werden zu zögerlich oder zu spät angegangen.

Der Strukturwandel, hervorgerufen durch die globalisierte Ökonomie, der Arbeitsplatzverluste oder Verminderung der Lohneinkommen zur Folge hat, wird nicht oder nur unzureichend gesteuert.

Auf die großen Krisen – die Klimakatastrophe oder das Artensterben – finden die Regierungen keine adäquaten Antworten, während die Zeit davonläuft.

All diese Problemwahrnehmungen verdichten sich zu der Erfahrung eines Leistungsversagens des Staates, die verunsichernd wirkt.

#### ... in den Globalisierungserfahrungen

Die Erfahrungen, die mit Globalisierung und Europäisierung einhergehen, erleben viele Menschen nicht nur in Deutschland als einen Kontrollverlust des demokratischen

Staates, der sich in der Öffnung der Grenzen manifestiert. Dabei sind Grenzen nicht nur in territorialer Dimension zu verstehen, sondern symbolisieren den Staat als Schutzgehäuse, der seinen Angehörigen Schutz durch Ordnung, als Wohlfahrtsstaat soziale Sicherheit und als demokratischer

## Die Erfahrungen, die mit Globalisierung und Europäisierung einhergehen, erleben viele Menschen nicht nur in Deutschland als einen Kontrollverlust des demokratischen Staates, der sich in der Öffnung der Grenzen manifestiert.

Verfassungsstaat Freiheit und politische Selbstbestimmung garantiert. Die Europäische Union kompensiert das enttäuschte Sicherheitsversprechen nicht, sondern wird noch als weiterer Krisenfaktor wahrgenommen.

#### ... in der Wahrnehmung einer Repräsentationslücke

Einige Teile der Wählerschaft haben sich mit ihren Anliegen in der Politik nicht mehr gehört und vertreten gefühlt, was zu einem wachsenden Legitimationsverlust der Demokratie geführt hat. Hier verfangen populistische Thesen, in denen das „wahre“ Volk einer abgehobenen Elite entgegensteht, die niemanden anderes als sich selbst repräsentiert.

#### ... im Erstarken neuer und alter Feinde der Demokratie

Die Unsicherheit in der Bürgerschaft wird von den Feinden der Demokratie von innen wie von außen gezielt geschürt: Rationalität und die Ausrichtung an Wahrheit werden explizit in Frage gestellt durch Desinformation und bewusste Falschmeldungen. Der weite Raum digitaler Kommunikation wird zielgerichtet genutzt, um demokratische Willens- und Entscheidungsbildung zu manipulieren. Dies geschieht durch Akteure von außen, angeführt von Putins Trollfabriken und seinem Staatsfunk „Russia Today“ als Mittel der Verunsicherung weiter Teile der europäischen Bevölkerung, aber auch durch Akteure von innen, die mit Verschwörungstheorien und gewissenlosem Populismus eigene Echokammern etablieren, die die →

Bürger\*innen von der Demokratie entfremden und vor allem wegführen von dem basalen Satz: Die Demokratie – das sind wir alle.

Was heißt das nun für die politische Bildung, zumal in strukturschwachen Regionen? In Berlin-Mitte, wo ich tagtäglich arbeite, ist diese Krise allenfalls am Schreibtisch nachzulesen. In der Realität ist das Haus der *Heinrich-Böll-Stiftung* in Berlin mit fast täglichen Veranstaltungen zu unseren Themen Demokratie, Menschenrechte, Klimaschutz, Kultur und internationale Beziehungen bestens gefüllt. Sensible Demokrat\*innen, die keinen verunsicherten Eindruck machen, informieren sich, diskutieren miteinander und profitieren vom Angebot politischer Bildung.

Zugleich befindet sich unser Bildungshaus im alten Ost-Berlin, was den Blick auf die Region Ostdeutschland schärft, denn seit den rechtsextremen Ausschreitungen in sächsischen Kleinstädten wie Freital, Meißen, Heidenau und jüngst Chemnitz, ist der Eindruck entstanden, die politische Bildung habe um den Osten und insbesondere um Sachsen bisher einen Bogen gemacht und nun sei dort die Situation besonders dramatisch. Wahlerfolge für rechtsautoritäre und rechtspopulistische Parteien und hohe Zustimmungsraten für ähnliche Gruppierungen, Gewalt gegen Migranten, organisierter Rechtsextremismus seien auf eine mangelnde Wirksamkeit oder gar auf die Abwesenheit politischer Bildungsarbeit zurückzuführen.

Die Gleichsetzung von Strukturschwäche und dem Territorium der seit fast 30 Jahren nicht mehr existenten DDR greift aber zu kurz: Nicht jede strukturschwache Region liegt im Osten und nicht jede Region im Osten Deutschlands ist strukturschwach.

Wenn es um politische Bildungsarbeit geht, dann muss es um die ländlichen, kleinstädtischen Räume gehen, in denen die akademisch gebildeten und künstlerisch kreativen Milieus nicht in der Mehrheit, jedenfalls nicht prägend für die demokratische Kultur sind.

Es geht um Räume, in denen Bürgermeister\*innen – mancherorts ehrenamtlich – sich täglich mühen, die Infrastrukturen im Ort aufrechtzuerhalten, kulturelle Räume zu schaffen und dem Strukturwandel mit den vorhandenen Mitteln verträglich zu gestalten. Es geht um Gegenden, in denen Menschen so reden, „wie ihnen der Schnabel gewachsen ist“, wo man sich irgendwie umeinander kümmert und beklagt, dass früher alles besser war. Und natürlich – und hier fängt das Thema der politischen Bildungsarbeit an – geht es auch um Regionen, in denen rechte Ideologen die Meinungsführerschaft im Ort errun-

gen, das politische Mikroklima vergiftet und – für welches politische Thema auch immer – stets eine einzige Antwort parat haben: Die Migranten sind schuld.

Nachweislich besteht ein Zusammenhang zwischen einem in Richtung rechtspopulistische oder rechtsautoritäre Parteien tendierenden Wahlverhalten einerseits und wirtschaftlicher Strukturschwäche, starker Abwanderung und hoher Arbeitslosenquote andererseits. Das heißt aber nicht, dass dieser Zusammenhang zwangsläufig ist: Arbeitslosigkeit oder das Gefühl wirtschaftlicher Benachteiligung sind kein Grund für ein bestimmtes Wahlverhalten. Gleichwohl fördert das Erleben einer schwachen Leistung des Staates in der Bildung (die Schulen sind weit entfernt), in der Infrastruktur (es fährt der Schulbus und wenn der nicht fährt, findet ÖPNV nicht statt), in der Kultur (an The-

---

## **Im besten Fall ergänzen sich demokratische Institutionen vor Ort und eine lebendige Zivilgesellschaft mit Bürgerinitiativen, Vereinen und Kirchengemeinden. Vertrauen in die Demokratie und ihre Institutionen stellt sich über glaubwürdige, engagierte Personen her.**

atern und kulturellen Einrichtungen wird gespart) nicht das Vertrauen in die Demokratie, sondern ganz im Gegenteil – die Strukturschwäche öffentlicher Institutionen lässt das Vertrauen in die Demokratie und ihre Repräsentanten erodieren.

Zur wirtschaftlichen Strukturschwäche tritt das Gefühl des geokulturellen Abgehängtseins – da existiert eine globale Bildungselite, zu der man nicht gehört und die offensichtlich den Mühen der Ebene entfliehen kann und die die eigene Familie, die nicht polyglott und bestausgebildet ist, hinter sich lässt. In Sachsen, Thüringen, Brandenburg und Mecklenburg wissen die Menschen – genau wie ihre polnischen Nachbarn – wie es sich anfühlt, wenn die jungen, klugen Leute abwandern und allenfalls am Wochenende vorbeischaun, aber das kommunale Leben nicht aktiv mitgestalten.

### Demokratie – das sind wir alle?

Nach den Chemnitzer Ereignissen am 26. August 2018, an dem die sächsische Großstadt nach dem Mord an einem jungen Mann zu einem Symbol für öffentlichen Rechtsextremismus wurde, verbreitete sich der hashtag #wirsindmehr. Er gilt für Deutschland im Großen und Ganzen, aber für manche strukturschwachen Orte und Gegenden trifft er nicht zu – die Zivilgesellschaft, die sich in Großstädten wie Berlin mit engagierten Großdemos zu Wort meldet, ist dort zu schwach.

Aber: Vorhanden ist sie auch dort und das ist ein Erfolg politischer Bildungsarbeit, die bei politisch wachen Menschen ansetzte, die sich auf kommunaler Ebene engagieren wollten. Förderprogramme der 1990er und 2000er Jahre haben die Entwicklung und Vertiefung einer demokratischen Zivilgesellschaft gefördert, aber oft zu sporadisch und zu projektbezogen. Gerade dort, wo die Kräfte begrenzt sind, ist die Notwendigkeit der permanenten Beantragung von Fördermitteln für die politische Bildungsarbeit bei gleichzeitiger Arbeit mit den gerade bewilligten ein nicht zu unterschätzendes Hindernis für eine starke und wirkungsvolle Zivilgesellschaft, die Vertrauen in demokratische Strukturen stärkt.

Im besten Fall ergänzen sich demokratische Institutionen vor Ort und eine lebendige Zivilgesellschaft mit Bür-



Dr. Ellen Ueberschär bei ihrem Vortrag während der AdB-Fachtagung „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Wertorientierung des Grundgesetzes und gesellschaftlicher Wandel“ Foto: AdB

gerinitiativen, Vereinen und Kirchgemeinden. Vertrauen in die Demokratie und ihre Institutionen stellt sich über glaubwürdige, engagierte Personen her.

Zuallererst ist der Auftrag politischer Bildung, dem Gefühl entgegenzuwirken, dass sich Politik aus konkreten

Orten und alltäglichen Lebensräumen zurückgezogen hat, dass ganze Regionen „politisch verlassen“ sind. Genau in dieses Gefühl der Verlassenheit stoßen politische Anbieter, Krisengewinnler, die aus Angstdiskursen und xenophoben Narrativen politisches Kapital schlagen, die dem Satz „Demokratie – das sind wir alle“, die Legitimation entziehen wollen.

Aber wie kann politische Bildungsarbeit in dieser Situation wirksam sein? Eines steht fest: Politische Bildungsarbeit ist kein Erste-Hilfe-Kasten und kein Selbstzweck.

Wenn die Infrastrukturen der Teilhabe nicht funktionieren, die Schulen schlecht ausgestattet sind und das W-LAN nicht schnell genug funktioniert, die Polizei nicht oder zu spät erscheint, Steuern hinterzogen werden, wenn Kommunen Fahrverbote verhängen müssen, weil die Dinosaurier der Automobilindustrie nicht ausreichend zur Verantwortung gezogen werden, dann hilft politische Bildung leider nicht.

Politische Bildung ist auch nicht mit einer einzigen „nationalen Anstrengung“ erledigt, eher ähnelt sie dem Fahrradfahren: Politische Bildung muss ständig in die Pedale treten, sonst kippt das Vehikel, sprich die Gesellschaft, zur einen oder anderen Seite.

### Drei Grundsätze sind wichtig

Politische Bildung gelingt nicht ohne *Wissen*. Wenn der sächsische Ministerpräsident im Jahr 2018 Gemeinschaftskunde an den Schulen verstärken will, dann ist das nach fast 30 Jahren freistaatlicher Regierungstätigkeit seiner politischen Partei eine wichtige Erkenntnis, aber zu spät und nicht ausreichend. Wissensvermittlung kennt viele kreative Formen und darin sind Vereine, Initiativen und Stiftungen gut. Gemeinsam mit den Landesstiftungen hat die *Heinrich-Böll-Stiftung* z. B. ein Planspiel entwickelt, das sich dem Konfliktpotenzial des *Zusammenlebens* widmet, so auch der Titel. Es ist für Berufsschüler\*innen entwickelt worden und findet über Multiplikator\*innen, u. a. aus dem Netzwerk „Demokratische Schule“ Verbreitung. Ein Spiel weckt Emotionen, die ein positives Lerngefühl verstärken und Vorurteile gegenüber Integration und ihren Herausforderungen abbauen helfen.

Politische Bildung braucht Werte und *Haltung*. Bisweilen wird das Überwältigungsverbot des *Beutelsbacher Konsenses* – der professionsethischen Grundlage politischer Bildungsarbeit – als Neutralitätsgebot ausgelegt. Das aber ist ein Missverständnis. Das Gegenteil ist richtig: Eine klare Haltung von Lehrenden und Trainer\*innen in und außerhalb von Schulen ist die Voraussetzung für den →

individuellen Bildungserfolg. In einer freiheitlichen Gesellschaft werden Werte, also das, was im Zusammenleben gilt und was nicht gilt, ausgehandelt. Haltung entwickeln Menschen in der Begegnung und Auseinandersetzung mit anderen. Der strukturschwächste Raum in dieser Hinsicht sind die sozialen Medien, in denen keine persönliche Begegnung stattfindet. Politische Bildung allein kann das nicht beheben, aber ihre Akteure müssen in den digitalen Welten mitmischen – im Sinne einer „aufsuchenden Bildungsarbeit“.

## Politische Bildungsprozesse brauchen Zeit, engagierte Bildner\*innen und nicht nachlassende politische Aufmerksamkeit, die dauerhaft verlässliche Ressourcen bereitstellt.

Politische Bildung stärkt die *Urteilkraft* und befähigt zum Handeln. Urteilkraft bildet sich nur heraus, wenn Menschen nicht als unkritische Analphabeten durch das Internet und besonders die sozialen Medien irren, deren Algorithmen, das hat sich inzwischen herumgesprochen, eher dem Hass und der Hetze die oberen Plätze einräumen. Urteilsfähigkeit bildet sich heraus im Dialog auf Augenhöhe. Das ist in der Fläche des Landes eine Herausforderung, aber gerade in strukturschwachen Regionen brauchen Menschen ein *Empowerment*, das sie zu unabhängigen Urteilen befähigt.

Hier spielt das in der politischen Bildungsarbeit bisher unterbelichtete Thema Emotionen hinein: Emotionalität ist in der Bildungsdebatte verpönt, gleichwohl geht es nicht ohne sie: „Emotionen strukturieren Zugangswege und Ausgangspunkte der Welterschließung“, sagt die Bildungsforscherin *Anja Besand*. Für politische Bildung bedeutet das: Die Grunderzählung der Demokratie muss glaubwürdig und emotional ergreifend weitergegeben werden – Lust auf Demokratie, Lust auf Mitmachen und Lust auf Gestaltung der Zukunft zu erzeugen: mit digitalen und künstlerischen Mitteln – denken Sie jetzt an die Lust am Tauchen des Herrn *Dr. Kloebner*. Das macht politische Bildungsarbeit anziehend und attraktiv, wo ansonsten Krisennarrative verbreitet werden und zu politischer Destruktivität führen. Wichtig ist dabei auch, präzise und verständlich zu sprechen und den bisweilen eingeschliffenen „Jargon“ zu ver-

meiden. Der „öffentlichen Ohnmacht“, die Populisten und andere wenig konstruktive Kräfte der Bevölkerung einreden wollen, müssen Erfahrungen der Selbstwirksamkeit entgegengesetzt werden – das beginnt im kleinen Engagement für die Berufsschulklasse und findet seine republikanischen Formen darin, selbst für Funktionen und Ämter zu kandidieren. Positive Emotionen stellen sich über glaubwürdige Brückenpersonen her, die Träger und Einrichtungen politischer Bildung mit den Zielgruppen verbinden – auch hier ist die gute Bezahlung und die gesellschaftliche Wertschätzung von politischen Bildner\*innen ein nicht unwesentlicher Erfolgsfaktor und in strukturschwachen Räumen kommt ihm eine Schlüsselfunktion zu für die Bildung von Urteilkraft und Befähigung zum Handeln.

All das wirkt nicht sofort und nicht über Nacht und nicht jede politische Bildungsaktivität hat überhaupt Erfolg. Politische Bildungsprozesse brauchen Zeit, engagierte Bildner\*innen und nicht nachlassende politische Aufmerksamkeit, die dauerhaft verlässliche Ressourcen bereitstellt. Nur dann kann eine Demokratie erhalten bleiben, die sich alle zu eigen machen und in der dann auch gelacht werden darf: Demokratie – das sind wir alle.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 1/2019

### Zur Autorin



**Dr. Ellen Ueberschär** ist seit Juli 2017 (gemeinsam mit Barbara Unmüßig) Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung. Dort ist sie verantwortlich für die Inlandsarbeit der Stiftung sowie für Außen- und Sicherheitspolitik, Europa und Nordamerika, für das Studienwerk, die „Grüne Akademie“ sowie das Archiv „Grünes Gedächtnis“. Von 2006 bis 2017 war sie Generalsekretärin des Deutschen Evangelischen Kirchentages.

info@boell.de

Foto: Stephan Röhl

# „You've got to fight for your right“

## Von der Bedeutung des Grundgesetzes als Stoff für die politische Bildung und für die Maßnahmen der bpb

**Das Jahresthema des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten im Jahr 2019 lautet „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Wertorientierungen des Grundgesetzes und gesellschaftlicher Wandel“. In den vier Ausgaben der „Außerschulischen Bildung“ in 2019 werden Beiträge aufgenommen, in denen theoretische und praktische Zugänge zum Jahresthema vorgestellt werden. In diesem Beitrag stellen die Autorinnen die Zugänge und Aktivitäten der Bundeszentrale für politische Bildung / bpb zum Grundgesetzjubiläum vor.** von Nina Schillings und Josephine Evens

Am 3. Oktober 2018 stehen 50 Menschen auf 50 Metern Bühne vor dem Brandenburger Tor. Sie rezitieren das deutsche Grundgesetz – einzeln, choris, in Gruppen. „Sie“, das sind Menschen unterschiedlichster Milieus, Altersgruppen, sozialer und ethnischer Herkunft. Das, was die polnische Regisseurin *Martha Górnicka* mit ihrer Inszenierung „Grundgesetz“<sup>1</sup> beabsichtigt, sei ein „Stresstest“, erklärt Dramaturg *Aljoscha Begrich*, „um zu sagen, für wen steht eigentlich dieser Text und was bedeuten diese Sätze für bestimmte Leute.“<sup>2</sup>

Das deutsche Grundgesetz 70 Jahre nach seiner Entstehung einem solchem Stresstest zu unterziehen, also künstlerisch zu erproben, ob es seinem Anspruch einer für alle Menschen in Deutschland geltende Grundordnung unter

aktuellen und zukünftigen politischen und sozialen Herausforderungen gerecht werden kann, das scheint nicht abwegig. Populismus, Migration, Digitalisierung, Klimawandel, zunehmende soziale Ungleichheiten – kann ein Text, dessen Urheber von diesen Herausforderungen noch wenig wussten, heute für die Mehrheitsgesellschaft noch konsensfähiges Fundament für das Zusammenleben und Schutz der Demokratie gegen Gefährdungen sein? Und wie wichtig ist es auf dieser Basis als Stoff und Referenzpunkt politischer Bildung?

Das, was *Górnicka* mit künstlerischen Mitteln als Frage formuliert, streben unter Anstrengung der öffentlichen Debatte – und bisweilen auch des Bundesverfassungsgerichts – auch regelmäßig Wissenschaftler\*innen, Politiker\*innen und Interessensvertreter\*innen aus der Zivilgesellschaft an, die insbesondere mit Blick auf den gesellschaftlichen und sozialen Wandel und damit einhergehenden Herausforderungen die Aktualität und Belastungsfähigkeit des Grundgesetzes kritisch hinterfragen oder anzweifeln. Aus dem Text des Grundgesetzes lässt sich darum das Ergebnis von gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen mit Blick auf seine über 60 Änderungen und Reformen herauslesen. →

1 Die Inszenierung zum Tag der Deutschen Einheit unter Leitung des Maxim Gorki Theaters Berlin wurde unter anderem durch Förderung der bpb ermöglicht; <https://gorki.de/de/grundgesetz> (Zugriff auf diesen und alle weiteren in diesem Beitrag genannten Links: 10.01.2019)

2 Zitiert nach: „Irritation am Brandenburger Tor“ Aljoscha Begrich im Gespräch mit Timo Grampes. Deutschlandfunk-Beitrag vom 02.10.2018; [www.deutschlandfunkkultur.de/grundgesetz-ein-chorischer-stresstest-irritation-am.2156.de.html?dram:article\\_id=429601](http://www.deutschlandfunkkultur.de/grundgesetz-ein-chorischer-stresstest-irritation-am.2156.de.html?dram:article_id=429601)



Aufführung des Stückes „Grundgesetz“ von MARTA GÓRNICKA zum Tag der Deutschen Einheit am Brandenburger Tor 2018 Foto: Ute Langkafel, MAIFOTO

Woran sich Politik und Gesellschaft kontinuierlich abarbeiten, das muss doch auch über seine juristische Bedeutung hinaus ein ergiebiger Stoff und von unumstrittener Relevanz für die politische Bildung sein? Ist es. Und ein Grund für die *Bundeszentrale für politische Bildung/bpb*, dem Grundgesetz 70 Jahre nach seiner Entstehung in diversen Formaten Aufmerksamkeit zu schenken. Herunterbrechen lässt sich die Bedeutung des Grundgesetzes für die politische Bildung auf drei zentrale Thesen:

*1) Leitplanke für den gesellschaftlichen und politischen Diskurs: Das Grundgesetz als „kleinster gemeinsamer Nenner“*

Kontroversität ist eine der viel beschworenen goldenen Regeln der politischen Bildung. Im Sinne des *Beutelsbacher Konsenses* ist politische Bildung keine Propaganda oder Indoktrination und längst über die Aufgabe einer staatsbürgerlichen Erziehungsinstanz hinausgewachsen. Politische Bildung setzt sich vielmehr zum Ziel, kontrovers diskutierte Themen in Politik und Gesellschaft auch kontrovers darzustellen und die Informationen und widerstreitenden Perspektiven flächendeckend und zielgruppengerecht aufbereitet zur Verfügung zu stellen, um eine fundierte eigene Meinungsbildung zu ermöglichen.

Es ist keine messerscharfe Analyse nötig, um festzustellen, dass die Grenzen dieser Kontroversität, konkreter des Sag- und Diskutierbaren in der demokratischen Gesellschaft, zunehmend herausgefordert, angegriffen

und überschritten werden. Dies betrifft nicht nur die politische Bildung und ihr angegliederte Diskurse, sondern ebenso politische Debatten, die öffentliche Meinungsbildung, (Soziale) Medien und das gesellschaftliche Klima als solches. Politische Bildner\*innen treibt daher die Frage um, wie damit umzugehen ist. Denn: Die Verpflichtung zur Überparteilichkeit und Kontroversität heißt nicht normative Neutralität. Wo Menschenrechte missachtet, andere durch Aussagen und Taten eingeschränkt und diskriminiert werden und die Rechtsstaatlichkeit angegriffen wird, stehen politische Bilder\*innen in der Pflicht, dies entsprechend einzuordnen und den legitimen, vielfältigen Diskurs von menschenfeindlicher Agitation abzugrenzen. Dabei müssen sie in der Reflexion der eigenen Arbeit oft auf Gratwanderung gehen und sehen sich Vorwürfen der Meinungsmache für einen bestenfalls vage definierten „politischen Mainstream“ ausgesetzt.

Das Grundgesetz, insbesondere die in ihm verankerten Grundrechte, bildet nicht weniger als den „common ground“ für den Diskurs.<sup>3</sup> Durch das Grundgesetz wird

<sup>3</sup> Dies bedeutet nicht, dass fundierte Kritik am Grundgesetz selbst nicht legitim wäre. Im Gegenteil bilden, wie in Punkt 2 beschrieben, Änderungsdebatten und -prozesse rund um das Grundgesetz gesellschaftlichen Wandel ab und sind darum essentiell für den kontroversen Diskurs. Somit ist als Leitlinie die freiheitlich-demokratische Grundordnung genau genommen der präzisere Referenzrahmen, diese leitet sich jedoch als Kernsubstanz des geltenden Verfassungsrechts unmittelbar aus dem Grundgesetz ab (vgl. hierzu Pohl 2015).

unabhängig von politischer Gesinnung und Weltanschauung ein zeitloser Referenzrahmen der demokratisch gelebten Kontroversität gesetzt. Es spiegelt die konkrete und realpolitische Anwendung von *Immanuel Kants* kategorischem Imperativ, der zur Leitplanke gesellschaftlicher und politischer Debatten wird. Wo Diskussionen keinem unausgesprochenen normativem Konsens mehr folgen, Provokationen en vogue sind und Menschenfeindlichkeit als Meinungsvielfalt deklariert wird, da wird die Verfassung zum wirkmächtigen kleinsten gemeinsamen Nenner. Sie markiert in klaren Worten die Grenze des Diskutierbaren.

Aufgabe der politischen Bildung ist es, das aktivierende Potenzial des Grundgesetzes gegen system- und demokratiezersetzende Kräfte zu katalysieren. Dabei wird das Grundgesetz zum Instrument politischer Bildung: Denn wie lehrt man den Umgang mit Meinungsvielfalt und Auseinandersetzung mit kontroversen Standpunkten besser, als ihr „Regelbuch“ unter die Leute zu bringen? Dabei genügt es der bpb nicht, dass sie jährlich rund eine halbe Millionen Ausgaben des gedruckten Grundgesetzes kostenlos ausgibt. Bedarfsorientiert werden auch Formate stetig weiterentwickelt, die einen zielgruppengerechten Zugang zum Verfassungstext ermöglichen und seine Implikationen für das alltägliche Zusammenleben nahebringen, wie etwa die Lehrmaterialien in der Arbeitsmappe „Grundgesetz für Einsteiger und Fortgeschrittene“ inklusiver weiterführender Online-Materialien wie Infografiken und Erklärfilmen (vgl. [## \*2\) Streitbar: Das Grundgesetz als Motivation für gesellschaftliche Aushandlungsprozesse\*](http://www.bpb.de/lernen/themen-im-unterricht/215246/grundgesetz; Die Themenblätter „Grundgesetz für Einsteiger“ werden aktuell überarbeitet und aktualisiert.</a>)</p></div><div data-bbox=)

Das Grundgesetz bildet einen „common ground“ – jedoch ist nicht nur sein einender Charakter von Wert. Gleichzeitig bietet es viel Stoff zur politischen Debatte. Das Grundgesetz hilft, gesellschaftliche Entwicklungen zu verstehen. Das Lesen des Grundgesetzes lohnt sich als historische Quelle und als aktuelle Lektüre. Sein Wortlaut sowie die Genese seiner Ergänzungen und Einlassungen sind ergiebiger Stoff politischer Bildung, um mehr darüber zu erfahren, wie sich unsere Gesellschaft in den letzten 70 Jahren gewandelt hat. Welche Antworten gibt es auf aktuelle gesellschaftspolitische Herausforderungen – und welche gab es in der Vergangenheit? Anlässlich des Jahrestages ist es außerdem motivierend, den Text mit aktuellem Blick und aus verschiedenen Perspektiven zu interpretieren und

dafür auch rechtswissenschaftliche Expertise im Rahmen von Formaten der politischen Bildung heranzuziehen.

Die Ausgestaltung des Grundgesetzes ist nicht statisch. Es wird für gesellschaftliche Aushandlungsprozesse herangezogen, es motiviert zu einer demokratische Streitkultur.

## **Wo Menschenrechte missachtet, andere durch Aussagen und Taten eingeschränkt und diskriminiert werden und die Rechtsstaatlichkeit angegriffen wird, stehen politische Bilder\*innen in der Pflicht, dies entsprechend einzuordnen und den legitimen, vielfältigen Diskurs von menschenfeindlicher Agitation abzugrenzen.**

Die bpb lädt im Rahmen von Fachtagen, Veranstaltungen, geschützten Räumen und Dialogformaten dazu ein, sich über gesellschaftliche Konfliktlagen zu verständigen. Denn Lesarten des Grundgesetzes spiegeln bisweilen in politischen Diskursen das gesamte Meinungsspektrum wider: die Debatten um ein gesellschaftliches „Wir“, um das Einwanderungsland Deutschland, um Fragen der Repräsentation und Responsivität in demokratischen Institutionen und Verfahren oder etwa Debatten um wirtschafts- und sozialpolitische Fragen. Das Grundgesetz kann als revolutionäre Schrift gelesen werden. Es regt an, über utopische Gesellschaftsentwürfe nachzudenken: Wer ist das Volk? Schützt das Grundgesetz nicht auch vor Diskriminierungen aufgrund des sozialen Status? Was sagt das Grundgesetz zur globalen Verflochtenheit unserer Gesellschaft und Wirtschaft? Was verstehen wir eigentlich unter einem Sozialstaat?

Der Text des Grundgesetzes lädt ein, ihn als Blaupause auf aktuelle Diskurse und gesellschaftliche Realitäten zu legen und zu prüfen, auf welcher Grundlage Kritik geübt wird und welche (vermeintlichen) Ableitungen aus dem Grundgesetztext auf den Prüfstand zu stellen sind: Die Gleichberechtigung von Männern und Frauen klingt im Grundgesetz nach einem Fakt, Realität ist sie nicht. Die soziale Marktwirtschaft wird dem Grundgesetz ent-→

nommen, dort festgeschrieben ist sie jedoch nicht. Die freie Religionsausübung ist durch das Grundgesetz geschützt, dennoch sind Beamt\*innen der religiösen Neutralität im Staatsdienst verpflichtet. Spielt es heute auch vor dem Hintergrund der Debatten um einen „kulturellen



Foto: Ulf Dahl

Kolonialismus“ Ostdeutschlands eine Rolle, dass es damals keine gesamtgesellschaftliche Diskussion über eine neue, gemeinsame Verfassung gab? Und: Welche Anknüpfungspunkte bieten die Rechtswissenschaften für die politische Bildung? Die Perspektiven von Staats- und Verfassungsrechtler\*innen mit Blick auf sozialpolitische und wirtschaftspolitische Fragestellungen sind in der politischen Bildung noch unterrepräsentiert: Die Expertise Recht kann lohnenswerte Einblicke einbringen und mitunter neue Denkanstöße für Umgang und Analyse von autoritären Bewegungen in Deutschland und Europa bieten. **4**

### 3) „Das Grundgesetz ist Pop“ – und manchmal auch Gangster-Rap

Komplexe Themen zielgruppengerecht aufzubereiten, die Relevanz sperriger Themen für das Alltägliche aufzuzeigen – das ist Teil des Auftrags der bpb. „70 Jahre Grundgesetz“ erscheint vielleicht zunächst als ein solch sperriges Thema, insbesondere für bildungs- und politikferne Zielgruppen. Hier lohnt sich ein frischer, losgelöster Blick:

Die Texte und Wortlaute insbesondere der Grundrechte, sind in Bezug auf Inhalt und Sprache geradezu kongenialer Stoff: Sie bringen mächtig viel Pathos mit und sind

**4** Die bpb begleitet die Initiative für das Vorhaben „Forum Recht“, das als Institution das Recht als politische, gesellschaftliche und kulturelle Kraft in Deutschland und Europa stärken, Kenntnisse vermitteln und rechtsstaatliches Bewusstsein schaffen möchte.

zugleich karg und bescheiden. Sie sind nicht nur inhaltlich hochaktuell, sondern auch sprachlich modern, sie erfüllen ihre Absicht der einfachen Verständlichkeit dank klarer Formulierungen. „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ – das passt auch auf einen Jutebeutel ganz gut.

Den Pop-Charakter des Grundgesetzes beweist seine Vermarktungsfähigkeit: Aktuell verkauft sich das Grundgesetz als schick gestaltetes Magazin hervorragend an den Kiosken, TV-Satiriker *Jan Böhmermann* dreht ein Musikvideo zur ironischen Grundgesetz-Ode „RECHT KOMMT“

## Der Text des Grundgesetzes lädt ein, ihn als Blaupause auf aktuelle Diskurse und gesellschaftliche Realitäten zu legen und zu prüfen, auf welcher Grundlage Kritik geübt wird und welche (vermeintlichen) Ableitungen aus dem Grundgesetztext auf den Prüfstand zu stellen sind.

im *Museum König*. Auch dem in These 2 genannten Konfliktpotenzial des Grundgesetzes wird popkulturell Genüge getan: Ob nun provokante Ergüsse mit Bezug zum Grundgesetz von Gangster-Rappern wie *Bushido* oder *Kollegah* und *Farid Bang* als konstruktive Auseinandersetzung eingestuft werden können, sei dahingestellt. Als Anknüpfungspunkt an eine Diskussion mit der Zielgruppe kann ein/e politische\*r Bildner\*in sie aber gut nutzen – und zum Beispiel darauf verweisen, dass *Bushido* „Fick das Grundgesetz“ auch nur dank des Artikels 5 zur Wahrung der künstlerischen Freiheit sagen darf. **5**

Dass bei der jungen Zielgruppe beliebte Stars das Grundgesetz selbst oder seine zentralen Begrifflichkeiten Anlass genug finden, sich kritisch, lobend, oder fragend damit auseinanderzusetzen, macht sich auch die bpb zu-nutze: Eine große Kampagne zum Thema „Würde“ ist für 2019 in Planung: Ein Kampagnenvideo soll im Vorfeld des

**5** Vgl. „Wieso Gangsterrapper sich so oft am Grundgesetz abarbeiten“, BR24-Beitrag vom 09.01.2019; [www.br.de/nachrichten/kultur/wieso-gangsterrapper-sich-so-oft-am-grundgesetz-abarbeiten](http://www.br.de/nachrichten/kultur/wieso-gangsterrapper-sich-so-oft-am-grundgesetz-abarbeiten), REXdhev

Jubiläums auf das Grundgesetz und seine Inhalte aufmerksam machen. Die Möglichkeit, den Würde-Begriff selbst zu erleben und persönlich zu machen bietet ein immersives Theaterstück, das von einer groß angelegten Web-video-Reihe begleitet wird. Social-Media-Influencer\*innen verbreiten den Kampagnenhashtag über das Internet und erzählen persönlich und anekdotenhaft von ihrem Verständnis von Würde. Alle Angebote laufen auf einer Seite zusammen und werden dort von Begleitmaterialien und Hintergrundinformationen ergänzt.

Wer es dann etwas genauer wissen will, muss dafür kein Buch aufschlagen. Die App zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beinhaltet die aktuelle Fassung und liefert dazu viele Hintergrundinformationen und ein Wissens-Quiz mit kuriosen Anekdoten und Details. Etwas weniger spezifisch kommt der Messenger Dienst „Deine tägliche Dosis Politik“ daher ([www.bpb.de/dialog/257145/deine-taegliche-dosis-politik](http://www.bpb.de/dialog/257145/deine-taegliche-dosis-politik)). Einmal auf WhatsApp, Telegram oder Insta aktiviert, bekommen Nutzer\*innen täglich in der Früh kurze Erklärtex te zu Begriffen aus Politik und Geschichte, Hinweise auf interessante bpb-Angebote und Hintergrundinfos zu aktuellen Themen und Debatten zugeschickt. Für 2019 ist ein Grundrechte Spezial in Planung.

### Fazit

Im Grundgesetz steckt viel Musik für die politische Bildung. Den 70 Jahre alten Text (neu) zu lesen, zu vermitteln und zu erzählen lohnt sich, wie aktuelle künstlerische, popkulturelle und publizistische Projekte zeigen. Aber auch zahlreiche Akteure, die Träger der politischen Bildung und Landeszentralen für politische Bildung tragen Wert und Inhalt des Grundgesetzes jeden Tag in die Fläche und leben es in allen Teilen der Bundesrepublik. **6** Wichtig ist der bpb, Relevanz und Bedeutung des GG zu verdeutlichen und seine Inklusivität statt Exklusivität zu wahren. Wir sollten es als „Instrument“ für unsere Demokratie weiterentwickeln und zu nutzen wissen (vgl. Möllers 2009). 2019 möchte die bpb mit ihren Maßnahmen daher nicht nur Wert und Bedeutung des Grundgesetzes hochhalten – sondern sich anlässlich dessen neuen Fragen und Perspektiven öffnen.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 1/2019

**6** Ausgewählte Formate der aufsuchenden politischen Bildungsarbeit der Landeszentralen für politische Bildung werden 2019 in der Schriftenreihe der BpB unter dem Titel „Demokratie ganz nah – 16 Ideen für ein gelebtes Grundgesetz“ vorgestellt und im Rahmen einer Festveranstaltung im Schloss Bellevue mit dem Bundespräsidenten gewürdigt.

### Zu den Autorinnen



**Nina Schillings** ist Referentin im Fachbereich Veranstaltungen der Bundeszentrale für politische Bildung. Die Politikwissenschaftlerin konzipiert dort vor allem Formate mit und für Jugendliche und junge Erwachsene. Internationale Vernetzung, Partizipation und innovative Methoden liegen ihr am Herzen, ebenso wie die Themenbereiche Erinnerungskulturen, Geschichtsrezeption und historisch-politische Bildung.

[nina.schillings@bpb.de](mailto:nina.schillings@bpb.de)

Foto: Privat



**Josephine Evens** ist Referentin im Fachbereich Grundsatz der Bundeszentrale für politische Bildung. Die Historikerin befasst sich dort u. a. mit grundsätzlichen Fragen politischer Bildung und der Analyse gesellschaftlicher Wandlungsprozesse in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

[josephine.evens@bpb.de](mailto:josephine.evens@bpb.de)

Foto: Ulf Dahl

### Literatur

**Möllers, Christoph (2009):** Vom Altern einer Verfassung: 60 Jahre Grundgesetz – Essay. In: ApuZ 18–19/2009; [www.bpb.de/apuz/32019/vom-altern-einer-verfassung-60-jahre-grundgesetz-essay](http://www.bpb.de/apuz/32019/vom-altern-einer-verfassung-60-jahre-grundgesetz-essay)

**Pohl, Kerstin (2015):** Wie weit geht das Kontroversitätsgebot für die politische Bildung? In: bpb (Hrsg.): Dossier „Politische Bildung“; [www.bpb.de/gesellschaft/bildung/politische-bildung/193225/kontroversitaet?p=all](http://www.bpb.de/gesellschaft/bildung/politische-bildung/193225/kontroversitaet?p=all)

# Rezensionen

## Sabine Achour / Thomas Gill (Hrsg.): Was politische Bildung alles sein kann. Einführung in die politische Bildung



Schwalbach/Ts. 2017  
Wochenschau Verlag, 238 Seiten

**VON KLAUS WALDMANN** In diesem handlichen Band sind Beiträge aus Ringvorlesungen versammelt, die von der Berliner Landeszentrale für politische Bildung und der Freien Universität Berlin veranstaltet worden sind. Beansprucht wird, orientiert an aktuellen Entwicklungen und Ansätzen, einen Einblick in die politische Bildung zu geben. Die insgesamt 18 Autor\*innen nehmen in ihren Beiträgen überwiegend eine allgemeine und grundlagenorientierte Perspektive auf die politische Bildung ein. Besonders zu würdigen ist, dass in den verschiedenen Artikeln Ansätze und Debatten der außerschulischen Bildung berücksichtigt werden. Auf einige der Beiträge wird in dieser Rezension näher eingegangen.

In ihrer Einleitung schließen Sabine Achour und Thomas Gill an die These an, dass sich die Welt in einem „rapiden Wandel“ befindet, der alle Bereiche der Gesellschaft und Politik erfasst. Schlagwortartig nennen sie „Globalisierung, Migration, antidemokratische und menschenrechtsfeindliche politische Bewegungen und Parteien, Digitalisierung, Zunahme sozialer Ungleichheit und artikulierte Ansprüche auf mehr politische Teilnahme“ (S. 8). Aus diesen Entwicklungen resultiere ein „erheblicher politischer Orientierungsbedarf“ (ebd.), den sie als Herausforderung

für die politische Bildung verstehen. Die Beiträge des Sammelbandes sind in vier Abschnitte strukturiert: a) „Was das Zusammenleben in pluralen Gesellschaften herausfordert“, b) „Welche Grundlagen politische Bildung diskutiert“, c) „Wo politische Bildung stattfindet“ und d) „Wie politische Bildung auf internationale Perspektiven reagiert“.

Im ersten Abschnitt beschäftigt sich Sabine Achour im Kontext der Begriffe Exklusion, Inklusion und Integration mit muslimischen Mitbürger\*innen als Zielgruppe politischer Bildung. Sie argumentiert ausgehend von einem weiten Begriff von Inklusion der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) und im Kontext der aktuellen Islamdebatte für eine inklusive politische Bildung, die gesellschaftliche Integrationsbarrieren sichtbar macht und sich für einen Abbau von Disparitäten engagiert. Thomas Gill geht von der These aus, dass das „menschenrechtliche Konzept der Inklusion (...) die politische Bildung zu einem Perspektivenwechsel“ (S. 34) zwingt, mit weitreichenden Folgen für ihr Selbstverständnis und ihren Auftrag. Er interpretiert die UN-BRK als eine Präzisierung der Menschenrechte und unterstreicht ihre Relevanz in Hinblick auf die Anerkennung gesellschaftlicher Vielfalt. Inklusion als Menschenrecht betrachtet er als grundlegende Orientierung für politische Bildung.

Menschenrechtsbildung wird von Sandra Reitz als Querschnittsthema konzipiert. Perspektive sei die Entwicklung einer Kultur der Menschenrechte. Dabei variiert sie ihren Ansatz als Bildung über Menschenrechte, Bildung durch Menschenrechte und Bildung für Menschenrechte. Auffällig ist, dass – wie schon in den Beiträgen von Achour und Gill – der Katalog der Menschenrechte ohne weitere Reflexion der Kontexte zur zentralen Orientierung politischer Bildung wird.

Im zweiten Abschnitt des Bandes geht Sibylle Reinhardt der Frage nach: „Wie politisch darf eine Lehrkraft sein?“ Sie nimmt die Debatte um den Beutelsbacher Konsens auf und spricht von der „Illusion der Neutralität“ (S. 107), denn politische Bildung müsse sich auf die Werteordnung des Grundgesetzes beziehen, ohne jedoch zu Indoktrination und Aktionismus zu werden. Mit der Frage der Kompetenzorientierung beschäftigen sich Peter Massing (positiv würdigend für die schulische politische Bildung) und Helle Becker, die für eine Wiederaufnahme der Kompetenzdebatte in der außerschulischen politischen Bildung plädiert.

Im dritten und vierten Abschnitt finden sich Beiträge zur Kooperation von schulischer und außerschulischer politischer Bildung, zur historisch-politischen Bildung, zur Digitalisierung als neuer Herausforderung für die politische Jugendbildung, zum globalen Lernen, zur Demokratiebildung jenseits des Nationalstaats, zur europapolitischen Bildung sowie zur außerschulischen politischen Jugendbildung als Profession.

Dieser lesenswerte Band enthält einige äußerst anregende Beiträge, die einen reflektierenden Überblick über verschiedene Konzepte der politischen Bildung geben und wichtige Impulse für die weitere Debatte enthalten. Politische Bildung wird als ein Praxisfeld gezeichnet, das sich weiter in spezialisierte Ansätze ausdifferenziert hat. Jedoch werden die Überschriften der neuen Ansätze oft nicht systematisch begründet oder in Bezug zu bisherigen Ansätzen reflektiert. Aus diesen Überlegungen ergibt sich, dass dieser Band m. E. – entgegen seinem Untertitel – als Einführung in die politische Bildung nicht geeignet ist. Zwar ermöglicht er einen Einblick in eine bunte Welt politischer Bildung, doch bleibt die Aufgabe einer grundlegenden Orientierung weitgehend den Leser\*innen überlassen.

## Rames Abdelhamid: Die Unübersichtlichkeit der Demokratie.

Ein Dilemma spätmoderner Politik



Bielefeld 2017  
transcript Verlag, 356 Seiten

**VON NORBERT TILLMANN** Dieselskandal, Klimawandel, Groko, Brexit, Digitalisierung, Glyphosat, Migration, Rechts extremismus, Amokfahrten, Seehofer, Nahles, Merkel, Braunkohle, § 219a und Hackerangriffe sind nur einige Themen, die zusammengenommen schwindelerregend sind. Zahlreiche Phänomene sind in der spätmodernen De-

mokratie allgegenwärtig spürbar wie die Komplexität, Beschleunigung und Verdichtung des Lebens. Dabei diagnostiziert Rames Abdelhamid ein Ausufern des Politischen. Die gesellschaftlich-politischen Geschehnisse seien nicht mehr auf Parteien, Parlament und Politiker beschränkt, sondern greifen in das alltägliche Leben über. Abdelhamid beginnt im Rahmen seiner hier vorliegenden Dissertation mit den grundlegenden theoretischen Begriffsklärungen zu Information, Kommunikation, politisches System, Öffentlichkeit und Massenmedien. Durchgehende Merkmale dieser Kategorien seien die Ausuferung der Themen in die Alltagswelt, das Übergreifen hochkomplexer Themen in den Bereich der öffentlichen politischen Kommunikation, die bislang z. B. im Bereich der Wissenschaft oder der Administration verankert waren.

Diese Begriffsbestimmungen führt der Autor zu seinen zentralen Kategorien der Unübersichtlichkeit mit den Wesensmerkmalen Komplexität und Kontingenz. Komplexität sei durch ein Zuviel und ein Zuwenig an Informationen in einer zunehmend differenzierten Gesellschaft gekennzeichnet. Dabei versteht der Autor Komplikation nicht nur als Problem, sondern auch als Potenzial für Vielfalt. Dennoch reicht Komplexität nach Abdelhamid zur Beschreibung der Unübersichtlichkeit in spätmodernen Demokratien nicht aus. Unübersichtlichkeit und Komplexität verwendet er nicht synonym. Hinzu kommt die Kontingenz. Diese Kategorie umfasst das Spektrum des Möglichen, des Andersmöglichen, als das Andere, Wählbare, ggf. Uneindeutige, Unabsehbare. Aber auch Kontingenz ist für den Autor nicht nur problematisch. Dessen Ambivalenz benötige eine Gesellschaft, um eine offene Entwicklung zu ermöglichen. Unübersichtlichkeit entsteht einerseits aus Komplexität und andererseits aus der Kontingenz. Beide Aspekte verursachen und ermöglichen Unübersichtlichkeit. Seine Schlussfolgerung: „Wenn im Prozess der Beobachtung Komplexität und Kontingenz wahrgenommen werden, entsteht (...) Unübersichtlichkeit, die dann zum demokratischen Dilemma beitragen kann.“ (S. 47)

Die Quellen der Unübersichtlichkeit sieht er in den Formen und Folgen funktionaler Differenzierungen und in den Folgen multiplen Wandels und multipler Kommunikation, in Ungleichzeitigkeiten von Entwicklungen wie zwischen Wirtschaft und Politik, in neuen Informations- und Beobachtungsgrundlagen durch das Internet sowie in der Globalisierung. Seine grundlegende These lautet, dass Komplexität und Kontingenz einerseits Quellen der Unübersichtlichkeit, andererseits aber auch Voraussetzung einer demokratisch verfassten Wissensgesellschaft sind. →

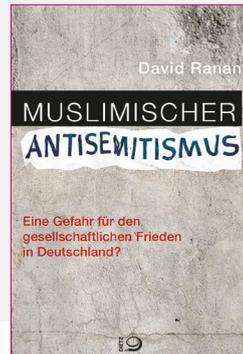
Die spätmodernen Demokratien seien durch den Zusammenhang von Unübersichtlichkeit und politischer Öffentlichkeit allerdings bedroht, da man sich – z. B. angesichts von Fake News und Bots – nicht mehr auf eine aufgeklärte Öffentlichkeit verlassen könne. Nach Abdelhamid ist Demokratie per se unübersichtlich, aber sie sei offenbar auch die Staatsform, die am besten geeignet ist, ihre Eigenkomplexität zu entwickeln. Es sei eine Fähigkeit der Demokratie Kontingenzen und Komplexitäten zuzulassen und zu entwickeln. Demokratie benötige die offene Entwicklung.

Das demokratische Dilemma besteht nach Abdelhamid darin, dass die Individuen nicht mehr in der Lage sind, vernünftige Entscheidungen zu treffen. Sie seien überfordert. Wissen und Bildung seien keine Garanten mehr für kompetente Entscheidungen. Er spricht von einem Zuviel an Möglichkeit – einer Kontingenzüberforderung. Die Stärken der Demokratie schlugen in Schwächen um. Er sieht die Gefahr, dass sich die Bürger\*innen von der Politik abwenden. Perspektivisch sieht Abdelhamid, dass Komplexitäten und Kontingenzen eher zunehmen. Diese seien für die künftige, offene spätmoderne Demokratie notwendig. Es gäbe kein Zurück in die Übersichtlichkeit.

Abdelhamid plädiert für Kommunikationsräume, in denen anwesende Individuen miteinander sprechen und sich dabei abgekoppelt vom Alltagshandeln gemeinsam Kompetenzen aneignen. Nur über eine digital- und internetgesteuerte Kommunikation ließe sich Demokratie nicht begründen. Er schlägt eine konzentrierte Themenerörterung als Sinnerlebnis vor – möglichst in einer inklusiven Kommunikation unter Anwesenden.

Fazit: Dem Autor gelingt eine spannende, anspruchsvolle wissenschaftliche Debatte ohne den Bezug zu alltagsweltlichen Phänomenen zu verlieren. Die von ihm erörterte Unübersichtlichkeit, Komplexität und Kontingenz vor dem Hintergrund demokratischer Dilemmata sind ein starker Auftrag für die politische Jugend- und Erwachsenenbildung.

## David Ranan: **Muslimischer Antisemitismus**. Eine Gefahr für den gesellschaftlichen Frieden in Deutschland?



Bonn 2018  
J.H.W. Dietz Verlag, 224 Seiten

**VON SINA AYLIN ŞİMŞEK** Noch ein Buch über muslimischen Antisemitismus?! Die Bandbreite an Veröffentlichungen rund um Antisemitismus ist eines von vielen Anzeichen für den eigentümlichen Umgang mit diesem Thema in Deutschland. David Ranans Buch ist ein weiterer Beitrag zu einer emotional und kontrovers geführten gesellschaftlichen Debatte über Aktualität und Ausformungen von antisemitischen Einstellungen. Ranan geht der Frage nach, ob in Deutschland eine neue Form des Antisemitismus grassiert, die vor allem unter Muslim\*innen und in der muslimischen Welt prävalent ist und Menschen und Gesellschaft bedroht.

Der Ansatzpunkt für Ranans Überlegungen ist die Disproportionalität bei der medialen Behandlung antisemitischer Anekdoten und die daraus resultierende Angst, die in der Gesellschaft geschürt wird. Er setzt sich kritisch mit von Interessengruppen und Lobbyorganisationen finanzierten Studien und deren Ergebnissen auseinander. Dabei nimmt er besonders die dabei verwendete Methodik unter die Lupe und diskutiert bspw., inwiefern in diesen Studien effiziente Indikatoren für Antisemitismus Verwendung fanden. Kritik übt der Autor vor allem an zivilgesellschaftlichen Lobbyorganisationen, deren Forschungen und Berichte keine wissenschaftliche Objektivität aufwiesen, sondern vielmehr interessengeleitete und vom Auftraggeber abhängige Propaganda darstellten und das Aufrechterhalten einer politisierten Thematik in den Medien begünstigten. Ranans Empfehlung ist ein gesunder Vorbehalt bei der Bewertung von Umfrageberichten und Studienergeb-

nissen und eine differenzierte Sicht auf die Berichterstattung, wenn es um solch emotionale Themen wie Antisemitismus geht.

Ranan zufolge sind die vielen Definitionen von Antisemitismus eng verbunden mit einerseits der wiederkehrenden Begriffsdiffusion zwischen „Jude“, „Zionist“ und „Israeli“ und andererseits mit dem Palästina-Konflikt. Mit der für Ranan treffendsten Definition von Antisemitismus, wonach der Begriff „Jude“ als Phantasma mit angedichteten Eigenschaften gilt und Antisemitismus daher eine auf falschen Tatsachen beruhende Feindseligkeit darstellt, macht es der Autor sich allerdings etwas zu einfach.

Wenn also wissenschaftliche Studien nicht verlässlich und Definitionen nicht hilfreich sind, dann hilft nur eines: sich selbst ein Bild über den diskutierten Antisemitismus zu machen. Die (empirische) Grundlage für Ranans Buch bilden mehr als 70 Interviews mit in Deutschland und England lebenden Muslim\*innen, in denen er Gespräche über Jüdinnen\*Juden, Antisemitismus und Israel führte. Ranan legt bei seinen Interviewpartner\*innen großen Wert auf ein hohes Bildungsniveau, beinahe alle haben Abitur, studieren oder haben einen akademischen Grad. Er wollte, dass seine Gesprächspartner\*innen in der Lage sind, ihre Argumentationen und Gedanken sachlich zu erklären. So erhoffte er sich Erkenntnisse über die Denkweisen, die Meinungen oder eventuelle Vorurteile über Jüdinnen\*Juden zu gewinnen, Narrative kennenzulernen und etwas über die Emotionen und Rationalisierungsstrategien seiner Interviewpartner\*innen zu erfahren. Das Ergebnis dieser Interviews ist ein irritierendes Potpourri aus abenteuerlichen Verschwörungstheorien und kruden Stereotypen, die keinesfalls beruhigend sind. Für Ranan ist dies allerdings kein Grund in den Tenor panischer Meinungen einzustimmen, die den Islam als Quelle für den heutigen Antisemitismus identifizieren wollen. In den Verschwörungstheorien und Vorurteilen der interviewten Personen erkennt der Autor direkte, teils persönliche Bezüge zum Territorialkonflikt Palästina/Israel. Allerdings bedeutet dies für ihn keine direkte Gefahr für den gesellschaftlichen Frieden in Deutschland. In den Interviews ging es um relevante Werte, Mythen und Emotionen von Muslim\*innen über Jüdinnen\*Juden. Die gesammelten Interviewaussagen sind zwar – wie der Autor selbst unterstreicht – schockierend und muten befremdlich und teils sogar etwas lächerlich an. Es ist dabei nicht die Intention des Autors, die Gefahren, die bspw. vom Antisemitismus des radikalen politischen Islam ausgehen, zu marginalisieren. Resümierend erkennt er jedoch weder in seinen eigenen Ergebnissen,

noch in den vermeintlich neuen gesellschaftlichen Entwicklungen, die andere Studienergebnisse attestieren, eine Gefahr für den gesellschaftlichen Frieden in Deutschland.

David Ranan ist ein gut gegliedertes, aufschlussreich argumentiertes und eloquentes Buch gelungen, das zwar polemisch ist, jedoch auch versucht, die Emotionalität und Irrationalität aus der gesellschaftlichen Debatte zu nehmen. Dazu gehört ein gesunder Argwohn vor Daten, deren Produzenten teils Meinungsforschungsinstitute teils Interessensgruppen sind, denn diese Daten unterfüttern den öffentlichen Diskurs und vermögen es, die öffentliche Meinung in eine bestimmte Richtung zu lenken. Darüber hinaus, so betont Ranan, können Studienresultate zu einem negativen Stigma derjenigen Personengruppe führen, die beobachtet und studiert wurde. Ranan beabsichtigt mit seinem Buch keineswegs eine Relativierung antisemitischer Einstellungen unter jungen Muslim\*innen, sondern enthüllt in geradezu erschütternder Detailliertheit, dass hier ein nicht unerhebliches Problem zu bestehen scheint. Dies verdeutlicht einmal mehr, dass Antisemitismus und antimuslimischer Rassismus zusammengedacht werden müssen, anstatt durch eine Hierarchisierung von Ungleichheiten marginalisierte Gruppen gegeneinander auszuspielen (vgl. Ozan Keskinkılıç / Armin Langer in „Fremdgemacht & Reorientiert“ 2018, S. 12). Dies sind Herausforderungen, denen in erster Linie von Schule, Jugendhilfe und den Moscheengemeinden aber auch von der Gesellschaft begegnet werden sollte. Politische Bildung könnte hier eine Antwort auf die Frage sein, die zu selten gestellt wird: Welche Instrumente besitzt die Gesellschaft, um diese Dichotomie aus gegenseitigen Vorurteilen aufzulösen?

## Niko Switek (Hrsg.): Politik in Fernsehserien. Analysen und Fallstudien zu House of Cards



Bielefeld 2018  
transcript Verlag, 402 Seiten

VON JOHANNES SCHILLO Politik schürt Emotionen, instrumentalisiert sie und lässt sich gelegentlich, so etwa der Vorwurf an US-Präsident Trump, von ihnen leiten. Die Medien tragen natürlich ihr Teil dazu bei, dem politischen Betrieb Fleisch und Blut, Gemüt und Gefühl zu verleihen – ein Aspekt, der auch eine wichtige Rolle in der Medienanalyse spielt, die der Politikwissenschaftler Niko Switek vorgelegt hat. Sie ist dem neuen Format der aufwändigen, meist in mehreren Staffeln produzierten Politserien gewidmet, die in der TV-Unterhaltung, ausgehend von den US-Vorbildern, auch in Europa bis hin nach Afrika oder China an Bedeutung gewonnen haben.

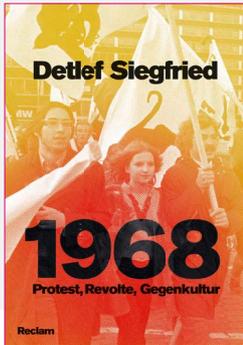
Untersucht werden in dem Sammelband, der zusätzlich einen weit ausholenden Theorieteil und knappe Überlegungen zum Einsatz in der Bildungsarbeit enthält, die prominente US-Serie „House of Cards“, andere Beispiele aus Europa („Borgen“ aus Dänemark, „Yes, Prime Minister“ aus Großbritannien oder „Marseille“ aus Frankreich), aber auch die chinesische Antikorruptionsserie „Im Namen des Volkes“. Emotionalität ist für eine solche mediale Aufbereitung des Politischen, die die Sachfragen dann zugunsten des Persönlichen in den Hintergrund rückt, ein zentrales Element: Sie macht die Politik menschlich. Den gelungeneren Produktionen attestiert der Politikwissenschaftler Manfred Mai, „dass sie den Politikbetrieb anschaulicher und realistischer vermitteln als jede politikwissenschaftliche Analyse“ (S. 92), während sein Kollege Henrik Schillinger im Anschluss an Hannah Arendt im Politischen selber tragische Elemente ausmacht und daher die Serien der Gattung Tragödie zuordnet. Diese erlaube, wie die drama-

tische Tradition seit der antiken Polis zeige, die „Identifikation des Zuschauers mit dem Protagonisten“ (S. 66), also die Einfühlung ins Schicksal des Helden, was dann ja zu der berühmten Katharsis führen soll.

Die populären TV-Formate setzen vor allem aufs moralische Gefühl, das Personal der Politik wird dem Publikum im Koordinatensystem von Gut und Böse präsentiert. Ein Prototyp ist die vom englischen Tory-Politiker und Bestsellerautor Michael Dobbs Ende der 1980er Jahre konzipierte Politfabel „House of Cards“, die dann ein Vierteljahrhundert später in den USA mit den dort üblichen Versatzstücken für eine langatmige Erfolgsserie recycelt wurde. Der geistige Gehalt erschöpft sich im Stammtisch-Kalauer von der Politik als schmutzigem Geschäft. Der Washingtoner Politikbetrieb, so eine Analyse in dem Sammelband, erscheine als „Treffpunkt für Menschen ohne Moral“ (S. 265). Dazu werde „nicht auf das politische, sondern auf das persönliche Handeln“ (S. 259) fokussiert. Dass diese „Ver-sinnbildlichung eines Sozialdarwinismus (...) jegliche moralische Pointe“ (S. 257 f.) verweigere, ist jedoch ein Fehlschluss. Gerade so kommt die entscheidende Leistung der Serie zustande: Sie schärft allein den moralischen Sinn der Zuschauer. Bei Switek werden dazu auch empirische Analysen beigebracht. Sie lassen erkennen, wie das von der Serie gezeichnete „Bild einer machthungrigen politischen Elite“ (S. 265) das auf den Punkt bringt, was Trump als Wahlkampfagitator betrieb. Hochinteressant ist in dem Band auch der Vergleich mit einer chinesischen Serie, die das US-Vorbild geschickt für den heimischen Antikorruptionismus adaptiert.

Ob die Serien wirklich Aufklärung bieten und politische Zusammenhänge verständlich machen, ob durch ihren Einsatz in der Bildungsarbeit „die Urteilskompetenz steigt“ (S. 387), bleibt auch nach dieser neuen Analyse zweifelhaft. Nicht zu bezweifeln ist aber, dass audiovisuelle Medien, wie Switek schreibt, „eindringlicher und direkter“ (S. 13) wirken können und dass das „Politainment“ der TV-Serien sein Massenpublikum hat, also schon zur Bewusstseinsbildung auf breiter Front führt. Daher muss sich politische Bildung in einer Mediengesellschaft gerade auch mit solchen Vermittlungsformen auseinandersetzen, die das Menschlich-Allzumenschliche in den Vordergrund rücken.

## Detlef Siegfried: 1968. Protest, Revolte, Gegenkultur



Ditzingen 2018  
Reclam-Verlag, 299 Seiten

VON PAUL CIUPKE Wieder einmal feiert die Chiffre bzw. der Ereignisort 1968 einen runden Geburtstag, nun ist es 50 Jahre her und entsprechend purzeln munter die neuen Veröffentlichungen ins Regal. Einer der besten Kenner der 1960er und 1970er Jahre, der Kopenhagener Historiker Detlef Siegfried, hat nun eine kompakte Geschichte dieses symbolischen und so sehr politisch aufgeladenen Datums geschrieben. Er betont dabei drei Perspektiven: die kulturelle Seite, den internationalen Bezugsrahmen und schließlich den weiten zeitlichen Kontext. Daher spricht Siegfried auch von den langen 1960er Jahren, die bereits 1958 beginnen und etwa 1973 mit der ersten handfesten Wirtschaftskrise enden. Es geht also nicht um das Datum, sondern um eine gesellschaftliche Verwandlungsphase und -zone, die nachträglich mit dem Jahr 1968 identifiziert wird.

„Selten ist in Deutschland eine politischere Jugend aufgewachsen als in der Bundesrepublik der 1970er Jahre“, stellt Siegfried in seinem Fazit fest. Es war eben vor allem eine Jugendrevolte, die sich in vielen kulturellen, international angespornten Gegenbewegungen zu den erstarrten normativen Dogmen und national beschränkten, oft nur unbewusst geteilten Lebensweltentwürfen und wenig durchlüfteten Deutungshorizonten der Nachkriegsjahre formierte und in kurzer Zeit die deutsche Gesellschaft, aber auch viele andere in Europa in ungeahnter Weise liberalisierte. Dass dies in außerordentlich vielfältigen Praxisformen, Initiativen und gewissermaßen auch als permanente Suchbewegung vollzogen wurde, macht die Studie mehr als deutlich. Es handelt sich hier um Geschichtsschreibung von unten und von der Seite, Siegfried untersucht die Phänomene in ihrer ganzen Breite und bietet keine Heroengeschichte der Altvorderen des SDS.

Diejenigen, die man vielleicht als die 68er-Protagonisten ansehen will, waren dabei oft gar nicht die Treiber, sondern selbst Getriebene. Die mit dem wirtschaftlichen Aufschwung der Nachkriegsjahrzehnte einhergehenden gesellschaftlichen Öffnungsprozesse verschafften den politischen Akteuren entscheidende Resonanz- und Spielräume. Ohne die vielen materiellen Verbesserungen, die technischen und medialen Innovationen, etwa die der Unterhaltungselektronik, wären auch keine neuen Aufstiegskanäle und Autonomieräume möglich gewesen.

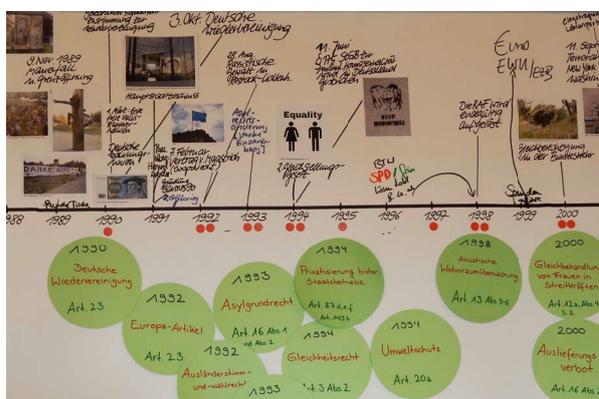
Auch die in den 1960er Jahren teilweise noch vorsichtigen Reformen im deutschen Bildungswesen waren ein wichtiger Katalysator. Dass die Protestbewegungen Bildungsbewegungen waren, betont auch Detlef Siegfried. Mehr noch als viele Studierende waren vor allem auch die Oberschüler\*innen vom Protestvirus affiziert. Er spricht explizit auch von Lesebewegung und, nach einem Buchtitel von Nina Verheyen, von Diskussionslust. Neue Texte wurden entdeckt, alte wieder ausgegraben und es gehörte zum alternativen Habitus, einen gewissen elitären Sprachstil zu pflegen. Obwohl immer wieder von dem großen Einfluss der Jugendopposition und der wiederentdeckten kritischen Theorien für das Feld der Bildung die Rede ist, fehlt es allerdings bis heute an größeren, empirisch unterfütterten Untersuchungen. Das gilt besonders für die außerschulische politische Jugend- und Erwachsenenbildung. Man weiß, dass die ab den 1950er Jahren stetig wachsende Zahl an Seminaren für Teilnehmende aus den Schulen (manchmal auch Primaner-Seminare genannt) einen wichtigen Faktor der Formierung einer zivilen Gesellschaft und kritischer Teilhabe darstellten, auch dass die internationalen Jugendbegegnungen viele Biografien nachhaltig prägten. Dass der Autor diese Dimensionen aber nur kurz anreißt, soll ihm nicht vorgeworfen werden.

Siegfried bevorzugt einen gut lesbaren erzählenden Stil, der das große Ganze anhand vieler kleiner Begebenheiten und Beobachtungen facettenreich zusammensetzt. So thematisiert er natürlich die Fragen der sexuellen Revolution, die Suche nach einem alternativen Leben, das Interesse an Reisen und der Welt, die widersprüchlichen Haltungen zu den USA, die Suche nach neuen Lebensformen, die Popkultur und die ästhetischen Gegenwelten, den Underground, die Anknüpfungsversuche an verlorene oder randständig gewordene Traditionen und die Gewalt. Im Mittelpunkt stehen aber die Transformationen von Jugendwelten und Jugendkulturen. Wer eine verständliche schlüssige Zusammenfassung und Deutung der 1960er Jahre sucht, der/die greife zu dieser Studie.

# AdB Aktuell

## Die Würde des Menschen ist unantastbar. Wertorientierungen des Grundgesetzes und gesellschaftlicher Wandel

Bericht von der AdB-Fachtagung zum Jahresthema 2019 und von der AdB-Mitgliederversammlung 2018



Das Grundgesetz und der gesellschaftliche Wandel Foto: AdB

Am 27. und 28. November 2018 fand im Bildungshaus Zeppelin & Steinberg e. V. in Goslar die diesjährige Fachtagung des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten e. V. (AdB) zum Thema „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Wertorientierungen des Grundgesetzes und gesellschaftlicher Wandel“ statt. Mehr als 60 Teilnehmende folgten der Einladung nach Goslar.

Der AdB-Vorsitzende Ulrich Ballhausen eröffnete die Tagung und stellte das Tagungsthema in den Kontext gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen wie Globalisierung, Digitalisierung und Rechtspopulismus. Daraus würden sich Spannungsverhältnisse zu den Wertorientierungen des Grundgesetzes entwickeln, die in der politischen Bildung aufgegriffen und bearbeitet werden müssten. Er hob hervor, wie wichtig es sei, die Grundrechte zu verteidigen, zu ihrer Sicherung und Weiterentwicklung sowie zu ihrer Vermittlung beizutragen. Diesem Auftrag wollen sich der AdB und seine Mitgliedereinrichtungen im Jahr 2019 besonders widmen. Dafür haben sie das Jahresthema – gleichlautend zum Tagungstitel – als Orientierung und Rahmen gewählt.

Unterstützt durch das online-Tool kahoot.it starteten Tabea Janson und Lea Jaenicke aus der AdB-Geschäftsstelle mit einem Fragequiz zum Grundgesetz in den Themen-

schwerpunkt der Tagung. Den Faden dieser ersten Auseinandersetzung nahm Professor Dr. Christoph Gusy, Inhaber des Lehrstuhls für öffentliches Recht, Staatslehre und Verfassungsgeschichte an der Universität Bielefeld, mit seinem Vortrag auf. Unter dem Titel „In guter Verfassung? Das Grundgesetz und die Dynamik des gesellschaftlichen Wandels“ explizierte er acht Thesen zur Rolle des Grundgesetzes, zum Verhältnis dieses Regelwerkes zu EU-Recht und den Landesverfassungen und zu den Verfassungsdebatten der letzten Jahrzehnte.

Dass die Bundesrepublik im Zentrum Europas eine historisch einzigartig lange Epoche von 70 Jahren Frieden, Demokratie und Menschenrechten durchleben konnte, ist – so der Referent – auch ein Verdienst ihrer Verfassung. Das Grundgesetz legitimierte sich anfangs am ehesten aus seiner politischen Alternativlosigkeit. Es gibt Leitlinien und Grenzen vor, lässt aber auch Änderungen zu, die durch gesellschaftliche Wandlungsprozesse nötig werden. Die Bevölkerung hat das Grundgesetz damals nicht beschlossen, aber sie hat nachträglich durch die Beteiligung an zahlreichen Wahlen, die Mitgliedschaft in demokratischen Parteien, durch gesellschaftliche Unterstützungsorganisationen und die Übernahme von Wahl- und Ehrenämtern zugestimmt. Zentrale Themen der Verfassungsdiskussionen waren u. a. Sicherung und Ausbau der Demokratie, „alte“ oder „neue“ Sicherheitsarchitektur, Umbau des Föderalismus, europäische Einigung, Ausbau der Grund- und Menschenrechte, insbesondere die Menschenwürde.

Die Bundesrepublik und ihr Recht sind „offener“ und internationaler, sozialer und ökologischer, transparenter und zivilgesellschaftlicher geworden – auch durch die Europäisierung und Globalisierung. Wenn aber die Menschen den Wert der europäischen Einigung nicht mehr einsehen, so der Referent, gefährdet dies nicht nur die Legitimation der Europäischen Gemeinschaft, sondern auch diejenige der Verfassungen seiner Mitgliedstaaten. Es sei wichtig, die berechtigten Sorgen der Menschen ernst zu nehmen,



Frank Feuerschütz, Jugendbildungsreferent in der Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e. V., stellte im Workshop „Die Würde des Menschen ist unantastbar – auch im Netz?“ die Bewahrung der Freiheitsrechte als große Herausforderung des 21. Jahrhunderts in den Fokus, die sich sowohl in den klassischen als auch in den digitalen Medien stellt. Was geschieht mit unseren Grundrechten, wenn sich die Künstliche Intelligenz (KI) immer weiterentwickelt und Entscheidungen über immer mehr Bereiche in unserem Leben trifft? Was passiert, wenn KI selbstständig lernt und Einfluss darauf haben wird, wie wir in Zukunft arbeiten und leben werden? In diesem Workshop wurde diskutiert, wie diese Konsequenzen aussehen und welcher Auftrag sich daraus für die politische Bildung ergibt.

Im Workshop „Wer spielt hier mit den Grundrechten unserer Demokratie? Kreative Zugänge zum Grundgesetz“ machten die Referentinnen Claudia Carla und Claudia Kühhirt von der Evangelischen Akademie der Nordkirche mit den Teilnehmenden den Praxistest: Kann man sich mit Lust und Interesse mit den Grundrechten beschäftigen und ihre Bedeutung für das eigene Leben und das Miteinander erkennen? Dafür stellten sie das Spiel „GG20 – Spiel mit den Grundrechten unserer Demokratie“ zur Verfügung sowie die Ausstellung mit den Illustrationen zum Grundgesetz. Deutlich wurde: Die Grundrechte sind „der Rede wert“! Die Referentinnen berichteten von ihren positiven Erfahrungen in der Bildungsarbeit und von den verschiedenen Einsatzmöglichkeiten.



Teilnehmende während der Fachtagung Foto: AdB

Mit dem Blick nach vorn, den Herausforderungen und Aufgaben insbesondere der politischen Bildung, beschäftigte sich Dr. Ellen Ueberschär, seit Juli 2017 im Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung, in ihrem Vortrag. Er ist in diesem Heft abgedruckt (ab S. 54).

Den Abschluss der Tagung bildeten Statements aus drei Perspektiven: Linda Blöchl, Referentin und Landeskoordinatorin von „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ in der Außenstelle Bremerhaven der Landeszentrale für politische Bildung Bremen, gab den Teilnehmenden ein Feedback zu ihrem Erleben während der Tagung: Der konstruktive Austausch und die Diskussionsfreudigkeit stimmen hoffnungsvoll und geben vielfältige Anregungen. Wichtig sei es aus ihrer Sicht, generationsübergreifend zu arbeiten und in der Fläche zu wirken. Auch ein kleines Engagement könne zu Veränderungen führen.

Auch Roland Wylezol, Leiter der Bildungsstätte Alte Feuerwache e. V., Jugendbildungsstätte Kaubstraße, versicherte, verschiedene Anregungen mit in den Arbeitsalltag nehmen zu können. Er verwies auf die Notwendigkeit, gerade auch die Menschen in die Veranstaltungen politischer Bildung einzubeziehen, die von Ausgrenzung und Diskriminierung betroffen seien, um die Wertorientierungen, die mit dem Grundgesetz verbunden sind, praxisnah in den Alltag der Bildungsarbeit zu integrieren.

Ina Bielenberg, Geschäftsführerin des AdB, war es wichtig, noch einmal auf die enge, dynamische Wechselbeziehung zwischen dem Grundgesetz und den gesellschaftlichen Entwicklungen hinzuweisen. Das Grundgesetz stellt den Rechtsrahmen für die Demokratie, ist darüber hinaus aber auch ein mit Werten verbundenes Regelwerk für das demokratische Zusammenleben. Die Frage, welche Werte die politische Bildung vermittelt oder vermitteln sollte, ist wohl so alt wie die Profession selbst. Ihr Ziel ist es, Menschen die Kompetenz zu vermitteln, politisch urteilen und handeln zu können, Urteils- und Handlungsfähigkeit sind dabei immer wertgebunden. Aufgabe der politischen Bildung muss es daher sein, die mit dem Grundgesetz verbundenen Wertvorstellungen wieder stark zu machen, den Wert der liberalen und offenen Demokratie in den Mittelpunkt zu rücken und eine neue Lust am Mitmachen zu wecken, das nicht auf Egoismus und Abgrenzung basiert.

Während der Mitgliederversammlung, die unmittelbar nach der Fachtagung am 28. und 29. November 2018 stattfand, wurde eine Stellungnahme zum Jahresthema 2019 verabschiedet:

## AdB-Stellungnahme zum Jahresthema 2019 Die Würde des Menschen ist unantastbar. Wertorientierungen des Grundgesetzes und gesellschaftlicher Wandel

Seit 70 bzw. 30 Jahren bildet das Grundgesetz die Basis für die demokratische Verfasstheit Deutschlands. Als Provisorium gedacht, hat es sich längst zum grundlegenden Regelwerk entwickelt. Bislang ist es über 60-mal verändert worden. Viele Veränderungen spiegeln tiefgreifende gesellschaftliche und politische Entwicklungen wider wie z. B. die Einführung der Bundeswehr, die Notstandsgesetze, die Einschränkung des Asylrechts, die Wiedervereinigung, die Föderalismusreform oder die Weiterentwicklung des EU-Rechtsrahmens.

Die unteilbaren Grund- und Menschenrechte in den ersten 19 Artikeln stellen zusammen mit Artikel 20 das Fundament und das zentrale Anliegen des Grundgesetzes dar. Sie sollten Bezugspunkt allen politischen Handelns, die damit verbundenen Werte grundlegend für das demokratische Zusammenleben sein. Es stellen sich aktuell jedoch die Fragen, wie verbindend diese Werte noch sind und was getan werden muss, um die Tragfähigkeit dieser Grundlage angesichts tiefgreifender Veränderungen zu erhalten. Politisch Verantwortliche, die Träger und Einrichtungen der politischen Bildung und insbesondere alle Bürger\*innen stehen vor der großen Aufgabe, die Grundwerte des Grundgesetzes zu stärken, weiterzuentwickeln und im Alltag aller Menschen zu verankern.

### Wandlungsprozesse und gesellschaftliche Herausforderungen

Im Alltag kommt es immer wieder zu Situationen, in denen Menschen- bzw. Grundrechte in Widerspruch zu einander oder zu gesellschaftlichen Entwicklungen stehen, beispielsweise das Recht auf Meinungsfreiheit und der Schutz vor Diskriminierung. Daraus ergeben sich Spannungsverhältnisse, die Abwägungsprozesse und den Einsatz rechtsstaatlicher Mittel erfordern. Aktuell geht es wesentlich um folgende Spannungsverhältnisse:

#### *Das Spannungsverhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit*

Die Freiheit der Bürger\*innen ist konstitutiv für demokratisch verfasste Staaten. Gleichzeitig haben die staatlichen Institutionen die Aufgabe, die Bürger\*innen

zu schützen. Dieser Auftrag und das legitime Verlangen nach Sicherheit dürfen nicht dazu führen, dass Grundrechte mit einem Versprechen von mehr Sicherheit ausgehöhlt werden.

#### *Das Spannungsverhältnis zwischen Staatsbürgerschaft und der Vorstellung eines homogenen Volkes*

Im Grundgesetz ist Deutschsein mit dem Besitz der Staatsbürgerschaft verbunden. Wir erleben aktuell aber eine Rückkehr zu längst überholt geglaubten Vorstellungen eines homogen gedachten Volkes und eines entsprechenden „Volkswillens“, die Menschen auf der Basis von Statuszuschreibungen bewusst ausschließen.

Auf der europäischen Ebene und auch weltweit ist eine neue Hinwendung zu Nationalismus und Eigeninteresse auch auf Kosten anderer Staaten und/oder gesellschaftlicher Gruppen zu beobachten sowie eine Abkehr von Werten wie Solidarität, Verständigung und Kooperation.

#### *Das Spannungsverhältnis zwischen Rechtsstaatlichkeit und dem vermeintlichen „Volkswillen“*

Im Namen des „gesunden Menschenverstandes“ oder des „Volkswillens“ werden Politiker\*innen, staatliche Institutionen und Gerichte angefeindet. Ihnen wird das Recht abgesprochen, den „wirklichen“ Willen des Volkes zu vertreten bzw. diesem zuwider zu handeln. Mit dieser Begründung wurden z. B. in Polen, Ungarn oder der Türkei der Rechtsstaat umgebaut, die Unabhängigkeit der Justiz stark eingeschränkt, wurden die Grundrechte beschnitten und der Rechtsfrieden gefährdet. Die Hauptgefahr scheint der Demokratie aktuell dadurch zu drohen, dass sie von innen umgeformt und eingeschränkt wird.

#### *Das Spannungsverhältnis zwischen den Werthaltungen des Grundgesetzes und dem gelebten Alltag*

Die Unantastbarkeit der Würde des Menschen, das Recht auf freie Entfaltung, das Verbot von Benach-

teilung oder die Religionsfreiheit sind Grundrechte, die wie alle anderen Grundrechte für jeden Staatsbürger bzw. jede Staatsbürgerin gelten. Sie stecken einen normativen Rahmen ab, der mit Werten wie Gleichberechtigung, Minderheitenschutz oder Gerechtigkeit verbunden ist. Im täglichen Miteinander, aber auch auf institutioneller und struktureller Ebene lässt sich jedoch oft genug Gegenteiliges erleben: Diskriminierung und Ausgrenzung von Menschen anderer Herkunft, Religion, sexueller Orientierung oder anderen Geschlechts.

### *Das Spannungsverhältnis zwischen Digitalisierung und demokratischer Meinungsbildung*

Der digitale Raum ist ein politischer Raum und der politische Raum ein digitaler Raum. Durch Digitalisierung und Medialisierung vollziehen sich grundlegende Veränderungen im Bereich von Öffentlichkeit und Kommunikation. Die Digitalisierung birgt große Chancen für die Beteiligung und Mitbestimmung als Element einer digitalen Zivilgesellschaft. Sie setzt voraus, dass im Zuge der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse alle Menschen Zugang zu digitalen Medien haben, wobei Zugang sowohl die technische Seite meint als auch den Erwerb der entsprechenden Kompetenzen. Gleichzeitig besteht die Notwendigkeit, Regeln für das Miteinander im digitalen Zeitalter zu entwickeln, um Manipulationen vorzubeugen und der Destabilisierung von Demokratie entgegenzuwirken.

### **Herausforderungen für Politik, politische Bildung und Bürger\*innen**

Vor dem Hintergrund der genannten Spannungsverhältnisse ergeben sich Aufgaben, die die Verantwortli-

chen in allen politischen Bereichen, die Träger und Einrichtungen der politischen Bildung und nicht zuletzt alle Bürger\*innen in besonderer Weise herausfordern.

Politisch Verantwortliche sind aufgerufen, ihre Handlungsmaximen konsequent an den Grund- und Menschenrechten auszurichten und parteipolitische Handlungslogiken dem unterzuordnen. Der Gefahr der Aushöhlung der Demokratie von innen heraus sind Strategien entgegenzusetzen, die demokratische Institutionen, Gerichte und zivilgesellschaftliche Akteure schützen und stärken und die Demokratie als Staats-, Gesellschafts- und Lebensform nachhaltig fördern.

Aufgabe der Politik, der Zivilgesellschaft und der politischen Bildung ist es, die Grundrechte zu verteidigen, zu ihrer Sicherung und Weiterentwicklung sowie zu ihrer Vermittlung beizutragen. Die mit dem Grundgesetz verbundenen Wertorientierungen müssen auch in den Alltag der Menschen eingebunden und mit Leben gefüllt werden. Die Träger politischer Bildung leisten ihren Beitrag durch die Vermittlung von Kompetenzen für das demokratische Miteinander. Dazu gehört es zu lernen, Konflikte auszuhalten und Kompromisse eingehen zu können. Demokratielernen ist auch das Einüben einer positiven Streitkultur.

Politische Bildung ist grundlegend für die Gestaltung eines so verstandenen demokratischen Miteinanders. Sie muss gefördert und allen Menschen zugänglich gemacht werden. Den normativen Rahmen dafür bietet das Grundgesetz.

**Beschlossen von der Mitgliederversammlung des AdB am 28.11.2018, Goslar**

Mit dieser Stellungnahme und der Fachtagung zum Jahresthema 2019 wurde das Startsignal für die Aktivitäten der Mitgliedseinrichtungen zum Jahresthema im Jahr 2019 gegeben. Auf der Homepage des AdB werden Informationen zum Jahresthema 2019 fortlaufend zusammengetragen und werden die Aktivitäten der Mitgliedseinrichtungen in einem Veranstaltungskalender dokumentiert ([www.adb.de/jahresthema-2019](http://www.adb.de/jahresthema-2019)). In der „Außerschulischen Bildung“ wird in jeder Ausgabe ein Beitrag zum Jahresthema aufgenommen.

Während der Mitgliederversammlung konnten zwei neue Mitglieder in den AdB aufgenommen werden: Die

*Jugendbegegnungsstätte am Tower* in Oberschließheim ist eine seit 2010 bestehende Einrichtung der überregionalen Bildung. Die Arbeitsschwerpunkte liegen in der kulturellen und politischen Bildung sowie im internationalen Austausch. Das *Heinz-Kühn-Bildungswerk*, die zweite Einrichtung, ist eine staatlich anerkannte Weiterbildungseinrichtung in Nordrhein-Westfalen mit Standorten in Köln und in Dortmund. Die Schwerpunkte des Bildungswerks liegen in der politischen Erwachsenenbildung. Der AdB freut sich auf die Zusammenarbeit mit seinen neuen Mitgliedern.

Die Mitglieder verabschiedeten in Goslar zudem die Arbeitsplanung des AdB für das Jahr 2019 zur Umsetzung



Informationsstand zum AdB-Projekt „anders statt artig“ während der Mitgliederversammlung Foto: AdB

der bundeszentralen Fachaufgaben, zur Durchführung der Fachkommissionen und Arbeitsgruppen sowie der Aufgaben im europäischen und internationalen Bereich. Vor dem Hintergrund zahlreicher Veränderungen im politischen Raum, aber auch auf der fachlichen (Internationa-

lisierung, Medienbildung, verändertes Verständnis politischer Bildung etc.) und strukturellen Ebene (Entstehung neuer Träger, neue Förderprogramme etc.) sowie angesichts dessen, dass der AdB 2019 sein 60-jähriges Jubiläum feiert, hat der Vorstand einen Diskussionsprozess angestoßen, um zu klären, welche Ziele sich der AdB setzen will und wie er seine Sichtbarkeit und Präsenz auf allen Ebenen erhöhen kann. Dafür wurden während der Mitgliederversammlung zu folgenden Schwerpunkten gearbeitet: Verbesserung und Erhöhung der Wahrnehmung des AdB; Rolle des AdB im Fachdiskurs; stärkere Wahrnehmung als politischer Akteur und/oder Interessenvertretung; Gewinnung neuer Mitglieder, Auseinandersetzung mit dem eigenen Selbstverständnis; stärkere Vernetzung; Internationale Öffnung; Professionalisierung des Arbeitsfeldes. Die Ergebnisse dieser Diskussionsrunden werden im AdB-Vorstand ausgewertet und in den weiteren Verbands-Dialog eingespeist.

## Politische Jugendbildung und Teilhabechancen in der Migrationsgesellschaft gestalten

Broschüre und Diskussionspapier im Projekt „Empowered by Democracy“ erschienen

### Bundesausschuss politische Bildung (Hrsg.): Politische Jugendbildung und Teilhabechancen in der Migrationsgesellschaft gestalten



Wuppertal 2018  
Foto: Mirjam Setzer

dern der Gemeinsamen Initiative der Träger Politischer Jugendbildung (GEMINI) im Bundesausschuss politische Bildung (bap e. V.) durchführt, wurde eine Broschüre sowie ein Diskussionspapier veröffentlicht, in denen unter der Leitfrage „Wie wollen wir in dieser Gesellschaft zusammenleben?“ Erfahrungen aus dem Projekt sichtbar gemacht und gute Beispiele vorgestellt werden. Ziel ist es, die politische Bildungsarbeit insbesondere in der Arbeit für und mit jungen Geflüchteten weiter zu qualifizieren. Das Projekt wird aus Mitteln des Bundesprogrammes „Demokratie leben!“ des BMFSFJ und der bpb gefördert.

Das Themenfeld Flucht und Migration dominiert gesellschaftliche und politische Diskurse in Deutschland und Europa mit weitreichenden Folgen für Parteienlandschaften und die politische Kultur. Hierbei geraten häufig die Erlebnisse und Geschichten von geflüchteten Menschen aus dem Blick. Flucht und Einwanderung bringen nicht nur für die Aufnahmegesellschaft, sondern auch für die neu Angekommenen viele Herausforderungen mit sich. Die Mehrheit der geflüchteten Menschen ist unter 25 Jahre und auf der Suche nach einer selbstbestimmten, friedlichen Zukunft. Als in Deutschland lebende Menschen haben →

Im Rahmen des Projekts „Empowered by Democracy“, das der AdB seit 2017 im Verbund mit vier weiteren Mitglie-

sie ein Recht auf Teilhabe an der demokratischen Gesellschaft, auch wenn ihre Möglichkeiten durch asyl- und aufenthaltsrechtliche Bestimmungen de facto eingeschränkt werden.

Die Broschüre mit dem Titel „Politische Jugendbildung und Teilhabechancen in der Migrationsgesellschaft gestalten“ wirft einige Schlaglichter auf die Ziele, Themen und Formate des Projekts. Sie gibt einen praxisnahen Einblick in die vielfältigen Erfahrungen in der politischen Bildungsarbeit mit jungen Geflüchteten und lässt Teilnehmer\*innen und Bildungspraktiker\*innen zu Wort kommen.

In dem Debattenbeitrag „Was kann politische Bildung zum Empowerment geflüchteter Jugendlicher beitragen?“ werden Erfahrungen aus dem Projekt gebündelt und reflektiert. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie Empowerment-Ansätze für die politische Bildungsarbeit und hier insbesondere für die Arbeit mit jungen Geflüchteten fruchtbar sein können. Die Erfahrungen der projektbeteiligten Bildungspraktiker\*innen machen deutlich, dass der

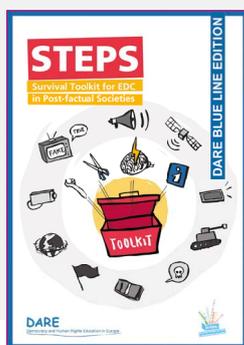
Empowerment-Ansatz eine erfolgversprechende Herangehensweise zur Stärkung der Handlungsfähigkeit junger Geflüchteter sein kann. Auch wenn ein Empowerment zu demokratischer Teilhabe von jungen Geflüchteten aufgrund ihrer begrenzten Rechte und unsicheren Lebenssituationen Einschränkungen unterliegt, besteht Grund zu vorsichtigem Optimismus: Es gibt Handlungsspielräume – denn demokratische Teilhabe erschöpft sich nicht im Wahlakt. Zudem ist der Empowerment-Ansatz für eine politische Jugendbildung attraktiv, die die Verwirklichung gleicher demokratischer Teilhabechancen für alle Jugendlichen in der Migrationsgesellschaft unter dem Leitgedanken der Inklusion in den Blick nimmt. Er hilft, die Wissensbestände der politischen Bildung unter diesem Blickwinkel zu sortieren, um den aktuellen Anforderungen der Migrationsgesellschaft auf der Höhe der Zeit zu begegnen.

Download der Broschüre und des Diskussionspapiers:  
<https://empowered-by-democracy.de>

## DARE – Democracy and Human Rights Education in Europe

Neue Publikation über die Konsequenzen von Populismus, alternativen Fakten und Radikalisierung für die politische Jugendbildung

### DARE (Hrsg.): STEPS Survival Toolkit for EDC in Post-factual Societies



Berlin 2018

Im Oktober 2018 hat das Netzwerk DARE – Democracy and Human Rights Education in Europe eine neue Publikation mit dem Titel „STEPS – Survival Toolkit for EDC in Post-

factual Societies“ veröffentlicht. Die Broschüre der Reihe DARE BLUE LINES bildet den Abschluss des gleichnamigen vom AdB koordinierten Erasmus+ Projekts, das sich während der vergangenen zweieinhalb Jahre den Fragen gewidmet hat, wie politische Jugendbildung und Menschenrechtsbildung in postfaktischen Zeiten gestaltet und wie die pädagogische Arbeit der Träger und Einrichtungen unterstützt werden kann.

Die 150 Seiten starke Publikation enthält die Erfahrungen des Projekts und stellt in 14 Fallstudien zahlreiche Analysen dar, welche Konsequenzen Rechtspopulismus, alternative Fakten und Radikalisierung im Feld der Jugendarbeit und Jugendpolitik in Europa haben. Es wird reflektiert, welche Wirkungen diese Entwicklungen auf die pädagogische Arbeit und die Praxis der politischen Jugendbildung und Menschenrechtsbildung haben. Eine Reihe politischer Empfehlungen stellt diese Entwicklungen ins Verhältnis zur globalen Politik, wobei ein enger Zusammenhang mit dem Aufstieg autoritärer Herrschaft und antiliberaler Bewegung

gen gesehen wird. Experten aus Jugendbildungsarbeit und Bildungs- bzw. Jugendforschung wurden dazu eingeladen, ihre Überlegungen zur Entwicklung von demokratischer Resilienz darzulegen. Darüber hinaus stellt die Broschüre verschiedene Bildungskonzepte und Methoden in diesem Themenfeld vor.

Die Broschüre steht als PDF-Dokument auf den Seiten von DARE sowie Print-Version zur Verfügung. Als weiteres

Ergebnis des Projekts STEPS wurde zudem ein Positionspapier erarbeitet. Aufbauend auf einer Situationsanalyse werden darin die im Projekt erarbeiteten Politikempfehlungen zusammenfasst.

Quelle, Download der Publikation und der Politikempfehlung:  
<http://dare-network.eu>

## Politische Bildung und Radikalisierungsprävention

### Fortbildungen zur Sensibilisierung politischer Bildner\*innen



Foto: Lea Jaenicke

Wann werden auf dem Boden von Religion und Religiosität Angelegenheiten verhandelt, die eine Frage von Zugehörigkeit berühren? Wie wirken sich Fremdzuschreibungen und Diskriminierungserfahrungen auf die Identitätsbildung Heranwachsender aus und welche Rolle spielen sie in möglichen Radikalisierungsprozessen? Mit Fragen wie diesen führte Götz Nordbruch von ufuq e. V. die Teilnehmenden durch die Fortbildung des AdB-Fachreferats „Religiös begründeter Extremismus“ am 18. Oktober 2018 in der Berliner Stadtmission. Ziel war es, einerseits für extremistische Tendenzen zu sensibilisieren, andererseits aber auch jenseits der oft aufgeregten öffentlichen Debatten um „Parallelgesellschaften“ oder über eine Islamisierung Deutschlands ein Gefühl für die unterschiedlichen Ausdrucksformen von Religiosität und die religiösen Interessen von Jugendlichen zu entwickeln. Anhand von Beispielen aus Social-Media-Beiträgen, Kommentaren, Songtexten und Videoclips wurden Diskriminierungserfahrungen von Jugendlichen in den Blick genommen und ihre Bedeutung im Hinblick auf mögliche Radikalisierungsprozesse unter-

sucht. Dabei gelang es dem Referenten, Reaktionsverläufe in den Haltungen junger Menschen entlang gesellschaftlicher Ereignisse und Verhandlungen nachzuzeichnen und so auch die Stellen aufzuzeigen, wo religiöse Extremisten in ihrer Anwerbung ansetzen. Bei der Sensibilisierung für die Attraktivitätsmomente salafistischer Ansprache wurde deutlich, dass es oft in erster Linie gesellschaftsrelevante oder auch aktuelle, politische Themen sind, die die Jugendlichen umtreiben und auf die Extremisten ihr Religions- und Glaubensverständnis als sowohl einfache wie auch sinn- und identitätsstiftende Antwort setzen.

Häufig werden Fragen von Zugehörigkeit und Identität sowie gesellschaftliche Probleme auf dem Gebiet von Religiosität verhandelt. Mit dieser neu erarbeiteten Perspektive waren die Teilnehmenden im Anschluss gefragt, anhand von weiterem Filmmaterial selbst Einschätzungen abzugeben, wann sie bestimmte Äußerungen oder Haltungen als problematisch empfinden und wann und warum nicht. Die unterschiedlichen Beurteilungen wurden in der Gruppe diskutiert. Die Teilnehmenden tauschten sich darüber aus, wo sie Anknüpfungspunkte für die politische Bildung sehen.

In einer weiteren Fortbildung zum Thema „Phänomenübergreifende Radikalisierungsprävention“ ging es um einen phänomenoffenen und -übergreifenden Ansatz in der Präventionsarbeit. Sie fand am 12. Dezember 2018 statt. Als Referentinnen konnten Marie Jäger und Anna Groß von cultures interactive e. V. ([www.cultures-interactive.de/de](http://www.cultures-interactive.de/de)) gewonnen werden.

Bereits in der Vorstellungsrunde wurde das Thema methodisch eröffnet: Die Teilnehmenden wurden aufgefordert, sich in Zweierteams miteinander bekannt zu machen und die jeweils andere Person der Gruppe anschließend

anhand von vier Aussagen vorzustellen, von denen drei wahr und eine falsch war. Die Gruppe musste erraten, welche Aussage die Nichtzutreffende war. Die Methode machte den Teilnehmenden deutlich, dass alle Klischees und Wertesysteme in ihren Köpfen haben, anhand derer sie andere einschätzen und beurteilen. Mithilfe einer weiteren Methode wurde die eigene Positionierung gegenüber gesellschaftlichen Fragestellungen sowie dem eigenen Mediennutzungsverhalten abgefragt.

Nach diesem „Warmup“ ging es an die eigentliche Themenstellung: Was ist ein phänomenübergreifender Ansatz und wann und warum macht dieser Sinn? Die Referentinnen verdeutlichten dies anhand ihres eigenen Projekts „PHÄNO\_Cultures“.

Neben anderen Settings arbeiten sie bundesweit vor allem in Schulprojekttagen mit Schüler\*innengruppen. Die politischen Haltungen, Interessen oder Hintergründe der jungen Teilnehmenden sind ihnen vorher nicht bekannt. Auch gibt es nicht die *eine* Gruppe. Sie sind meist heterogen zusammengesetzt. In einem Klassenverband können sowohl rechtsextreme wie auch islamistische Haltungen auftreten. Der phänomenübergreifende Ansatz hilft ihnen dabei, Stigmatisierungen im vornherein aus dem Weg zu gehen und Diffamierungen von Zielgruppen und Sozial-

räumen im Vorfeld zu vermeiden. Darüber hinaus lohnt es sich, einen Blick auf die Gemeinsamkeiten zu werfen, die beide Ideologiekonzepte aufweisen: die Überidentifikation mit dem eigenen Kollektiv, die Haltung, der Einzelne habe sich dem Kollektiv unterzuordnen und die daraus folgende Ablehnung und Zurückweisung individueller Freiheits- und demokratischer Mitbestimmungsrechte, die Ablehnung des Gleichwertigkeitsprinzips, rigide Geschlechter- und Sexualitätsauffassung, die Befürwortung von Gewalt sowie verschwörungstheoretische und antisemitische Weltdeutungen. Beide Extremismen liefern für das jeweils andere Ideologiekonzept Begründung und Rechtfertigung, sie bedingen sich und nutzen sich dadurch letztlich gegenseitig.

Nach dem Input der Referentinnen waren die Teilnehmenden selbst gefragt. In Kleingruppen wurden mitgebrachte Videoclips analysiert. Aufgabe war es, Plot und Botschaft der Filme kurz vorzustellen und zu beschreiben, was das Ansehen der Clips bei den Teilnehmenden ausgelöst hat und welche Bedeutung sie dem für ihren Arbeitskontext geben. Die Referentinnen stellten zudem Formate und Methoden vor, die sie für eine phänomenoffene Präventionsarbeit einsetzen.

## Aus den Mitgliedseinrichtungen

Am 19. November 2018 wurde die neue ständige Ausstellung des *Anne Frank Zentrums* „Alles über Anne“ eröffnet. Mit einem Rahmenprogramm aus Gesprächen, Filmvorführungen, Lesungen und einem Zeitzeugengespräch mit Eva Schloss, der Stiefschwester von Anne Frank, wurde die Eröffnung mit zahlreichen Gästen gefeiert. Die Ausstellung über das Leben Anne Franks und Antisemitismus in Geschichte und Gegenwart ist weitestgehend inklusiv gestaltet.

Im Mai 2019 begeht die *Begegnungsstätte Schloss Gollwitz* ihr 10-jähriges Jubiläum. Sie lädt ein zu einem Jubiläumsfest am 10. Mai 2019 in der Festscheune der benachbarten Pension Havelradstätte. Die Feier ist eingebettet in

die Projektpräsentation „Clips for Europe“ im Rahmen der gleichzeitig stattfindenden internationalen Jugendbegegnung mit Teilnehmenden aus Israel, Frankreich, Dänemark, Russland und Deutschland.

Das *ABC Bildungs- und Tagungszentrum e. V.* besteht in diesem Jahr 40 Jahre. Um dieses Jubiläum zu feiern, lädt die Bildungsstätte Freund\*innen, Kolleg\*innen, Kooperationspartner\*innen, Nachbar\*innen sowie Unterstützer\*innen vom 2. bis 4. August 2019 zu Live-Musik und Tanz, Performances und Filmvorführungen, Workshops und leckerem Essen ein.

# Berichte, Hinweise, Nachrichten

## Personalien

**DR. PHIL. DR. H.C. BARTHOLD C. WITTE**, Ministerialdirektor a. D., ist am 1. November 2018 im Alter von 90 Jahren verstorben. Der liberale Intellektuelle war von 1965 bis 1970 im Vorstand des AdB tätig und in den Jahren 1970/71 Mit-Herausgeber der Fachzeitschrift „Außerschulische Bildung“.

Im Herbst 2018 wurde **INA BIELENBERG**, Geschäftsführerin des AdB, vom Bundesjugendministerium (BMFSFJ) in den Beirat der Jugendstrategie „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ berufen.

**NIKLAS FISCHER**, seit sechs Jahren Geschäftsführer der Georg-von-Vollmar-Akademie e. V. in Kochel am See, hat die Bildungsstätte Ende 2018 verlassen. Er ist an die Ludwig-Maximilians-Universität in München, Lehrstuhl für die Didaktik der Geschichte & Public History, gewechselt. Seine Nachfolgerin ist **RUTH MALZKORN**, bisherige stellvertretende Geschäftsführerin der Akademie.

**INKA THUNECKE**, bisherige Geschäftsführerin der Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg e. V., hat die Einrichtung Ende 2018 verlassen.

Der bisherige Geschäftsführer der Franken-Akademie Schloß Schney in Lichtenfels, **KLAUS HAMANN**, wurde in den Ruhestand verabschiedet. Eine neue Geschäftsführung wurde noch nicht benannt.

**HOLGER LÜCK**, bisheriger Verwaltungsleiter, hat die Geschäftsführung des Vereins für Jugend- und Kulturarbeit im Kreis Segeberg e. V. – JugendAkademie Segeberg übernommen und folgt damit **MARTIN KAROLCZAK** nach, der bereits im Sommer 2018 eine andere Aufgabe übernommen hat. **ALI EVDEDURMAZ** ist weiterhin Leiter der Jugendakademie.

**JANINA BAUKE** (Ring Deutscher Pfadfinderinnenverbände) und **STEFAN BRAUNEIS** (Jusos) wurden zu den neuen Vorsitzenden des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismuserbeit e. V. (IDA) gewählt. Sie lösen den bisherigen Vorsitzenden **JUSTUS MOOR** (Jusos) ab. Als stellvertretende Vorsitzende wurden **LISA-MARIE DAVIES** (SJD – Die Falken), **YVONNE EVERHARTZ** (BDKJ), **CHRISTIN RIEDEL** (DGB-Jugend) und **ALEXANDER STROHMAYER** (Deutsche Sportjugend) gewählt.

**ANDREA HOFFMEIER**, bisherige Bundesgeschäftsführerin der Katholischen Erwachsenenbildung Deutschland – Bundesarbeitsgemeinschaft e. V. (KEB Deutschland), hat die KEB Ende 2018 verlassen und zum Jahresbeginn 2019 die Position der Direktorin der Thomas-Morus-Akademie (TMA) in Bensberg übernommen. Sie folgt damit auf **DR. WOLFGANG ISENBERG**, der im Oktober nach 37 Dienstjahren in den Ruhestand gegangen ist. Neue Bundesgeschäftsführerin der KEB Deutschland wird **ANDREA HEIM**.

Bei ihrer Herbsttagung am 9. und 10. November 2018 in Berlin haben die Mitglieder der Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung (BKJ) Professorin **DR. SUSANNE KEUCHEL** zur neuen Vorsitzenden des Dachverbands gewählt. Professor **DR. GERD TAUBE** wurde nach neun Jahren an der Spitze feierlich verabschiedet.

Anfang Januar 2019 hat die Politikwissenschaftlerin **CEMILE GIOUSOUF** die Leitung der Fachabteilung der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb übernommen. Zuletzt war sie Mitarbeiterin der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen und dort zuständig für Präventionsarbeit gegen politischen und religiösen Extremismus. Ihr Aufgabenfeld umfasst die Koordinierung und Steuerung der inhaltlichen Arbeit und der Planungsprozesse in den unterschiedlichen Fachbereichen der bpb. Sie übernimmt ebenso die Vertretung des Präsidenten der bpb.

**KLAUS FARIN**, Gründer des Archivs der Jugendkulturen in Berlin-Kreuzberg und dessen ehrenamtlicher Leiter bis 2011, hat im Januar 2019 das „Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland“ für seine „Verdienste um die Kinder- und Jugendkultur im deutschsprachigen Raum“ erhalten.

Die Gesellschafterversammlung der Europäischen Akademie Otzenhausen (EAO) hat **STÉPHANIE BRUEL** zur weiteren Geschäftsführerin berufen. Die 42-jährige Französin bildet seit Jahresbeginn mit **MARCO WÖLFLINGER**, der seit 2014 für den kaufmännischen Bereich zuständig ist, die Doppelspitze der Akademie. Sie wird für den gesamten Bildungsbereich in der Fortbildungs- und Begegnungsstätte verantwortlich sein.

Am 29. Januar hat **BUNDESJUGENDMINISTERIN DR. FRANZISKA GIFFEY** die Mitglieder des Bundesjugendkuratoriums (BJK) berufen: **DORIS BENEKE**, Diakonie Deutschland; **TOM BRAUN**, Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung e. V.; **PROF. DR. KARIN BÖLLERT**, Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ); **MARIE-LUISE DREBER**, Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland (IJAB) e. V.; **OGGI ENDERLEIN**, Initiative für Große Kinder e. V.; **NORBERT HOCKE**, ehemals Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft; **PROF. DR. NADIA KUTSCHER**, Universität Köln; **CORNELIA LANGE**, Hessisches Ministerium für Soziales und Integration; **UWE LÜBKING**, Deutscher Städte- und Gemeindebund; **LISI MAIER**, Deutscher Bundesjugendring; **PROF. DR. JÖRG MAYWALD**, Deutsche Liga für das Kind in Familie und Gesellschaft e. V.; **KOFI OHENE-DOKYI**, Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) e. V.; **REINER PRÖLSS**, Stadt Nürnberg; **NORA SCHMIDT**, Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V. und **PROF. DR. WOLFGANG SCHRÖER**, Universität Hildesheim.

## Aus Profession und Politik

### Eintreten für Solidarität, Demokratie und Menschlichkeit – Zivilgesellschaftliche Akteure positionieren sich für die Bewahrung der Menschenwürde und die Stärkung der Demokratie

Angesichts aktueller gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen haben sich in den letzten Monaten viele zivilgesellschaftliche Organisationen zu Wort gemeldet und sich für die Stärkung der Demokratie eingesetzt. Der *Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V.* (AdB) und seine Mitgliedseinrichtungen reihen sich mit der Stellungnahme „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Wertorientierungen des Grundgesetzes und gesellschaftlicher Wandel“, die sie auf der Mitgliederversammlung im November 2018 verabschiedet haben, in diesen Reigen ein. Im Mittelpunkt stehen dabei die in den ersten Artikeln festgelegten Grundrechte sowie die damit verbundenen Wertorientierungen, die den normativen Rahmen allen politischen Handelns bilden sollten ([www.adb.de/stellungnahme/die-wuerde-des-menschen-ist-unantastbar](http://www.adb.de/stellungnahme/die-wuerde-des-menschen-ist-unantastbar)).

Im Folgenden werden einige Positionen und Stellungnahmen benannt, mit denen sich Träger und Organisatio-

nen gegen eine Spaltung der Gesellschaft zur Wehr setzen, dem zunehmenden Druck der vermeintlichen „Hüter der Neutralität“ etwas entgegensetzen, und das Engagement und wertorientierte Handeln politischer Bildner\*innen stärken.

„Unsere Gesellschaft hat politische Bildung dringend nötig. Wir befinden uns in einer gesellschaftlichen Situation, die besondere Herausforderungen für politische Bildung aufwirft.“ – so der *Deutsche Bundesjugendring* (DBJR) in seiner Position „Werkstätten der Demokratie – politische Bildung von Jugendverbänden und Jugendringen stärken und schützen“, die während der DBJR-Vollversammlung am 26./27. Oktober 2018 in Dresden einstimmig beschlossen wurde. Der DBJR setzt sich mit dem Positionspapier für Pluralität und Werteorientierung ein und definiert sie als Grundlage für Jugendverbände und ihre Zusammenschlüsse. Jugendbildung und Jugendpolitik in Jugendver-

bänden folgen den Interessen und Themen junger Menschen und bilden ihre Pluralität ab. Sie machen deutlich, dass ein politisches Neutralitätsgebot in die gewollte Pluralität der Jugendhilfe eingreift und mit den Grundlagen der freien Jugendhilfe bricht ([www.dbjr.de/artikel/politische-bildung-staerken-und-schuetzen](http://www.dbjr.de/artikel/politische-bildung-staerken-und-schuetzen)).

Die Mitgliederversammlung von *IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e. V.* hat am 6. Dezember 2018 ein Positionspapier zum Thema „Internationale Jugendarbeit für Vielfalt und Demokratie – Standortbestimmung angesichts menschenfeindlicher und extremistischer Strömungen“ verabschiedet. Die Mitglieder von IJAB beobachten mit Sorge politische Strömungen, die zum Ziel haben, ausschließlich rein nationale Sichtweisen zur Grundlage von politischen Entscheidungen zu machen und menschenfeindliche und extremistische Haltungen zu fördern. Mit solchen Haltungen ist IJAB nicht einverstanden und stellt dem ein gemeinsames Verständnis Internationaler Jugendarbeit und ihrer Ziele entgegen und macht sich das Verständnis von Menschenrechten, wie sie in der Menschenrechtscharta der UN, des Europarats sowie in Verfassungen vieler Länder und dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland niedergelegt sind, zu eigen. Auf diesen Grundlagen versteht sich Internationale Jugendarbeit und jugendpolitische Zusammenarbeit auch als Beitrag zur Entwicklung einer starken Zivilgesellschaft und zur Förderung eines demokratischen Gemeinwesens sowie einer gerechten und solidarischen Welt ([www.ijab.de/fileadmin/user\\_upload/documents/PDFs/IJAB\\_Stellungnahmen/IJAB\\_Positionspapier\\_MV\\_06122018\\_FINAL.pdf](http://www.ijab.de/fileadmin/user_upload/documents/PDFs/IJAB_Stellungnahmen/IJAB_Positionspapier_MV_06122018_FINAL.pdf)).

Die *Deutsche Vereinigung für Politische Bildung e. V.* (DVPB) hat zusammen mit der *Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung* (GPJE) und der *DVPW-Sektion „Politikwissenschaft und Politische Bildung“* eine Stellungnahme zur AfD-Meldeplattform „Neutrale Schulen“ veröffentlicht. U. a. heißt es dort: „Um Schülerinnen und Schüler über solche der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zuwiderlaufende Haltungen aufzuklären, ihnen demokratische Werte zu vermitteln und ihre politische Urteilsfähigkeit, Widerstandskraft und Zivilcourage gerade im Umgang mit aktuellen antidemokratischen Tendenzen in der Gesellschaft zu stärken, brauchen wir mehr Unterrichtszeit für politische Bildung

an Schulen sowie entsprechend qualifizierte Fachlehrkräfte. Erforderlich ist zudem eine nachhaltig verbesserte Ausstattung der Institutionen und Träger außerschulischer politischer Bildung in Deutschland. Darüber hinaus bedarf es gut ausgestatteter Professuren für politische Bildung, welche die Gelingensbedingungen demokratischer politischer Bildung erforschen, konzeptionell begründen und die Lehrkräfte auf ihre anspruchsvolle Aufgabe vorbereiten.“ ([http://dvpb.de/wp-content/uploads/2018/10/Stellungnahme-GPJE\\_DVPB\\_DVPW-Sektion.pdf](http://dvpb.de/wp-content/uploads/2018/10/Stellungnahme-GPJE_DVPB_DVPW-Sektion.pdf))

Die *Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland e. V.* (AKSB) hat auf ihrer Mitgliederversammlung eine Erklärung veröffentlicht, in der sie sich zu Menschenwürde, Demokratie und gegen Rassismus bekennt. Unter der Überschrift „Menschenwürde und Demokratie stärken – Rassismus widersprechen. Aktuelle Herausforderungen für die politische Bildungsarbeit in katholisch-sozialer Verantwortung“ verabschiedete die AKSB-Mitgliederversammlung ihre Erklärung, mit der sie eine eindeutige Haltung einnimmt ([www.aksb.de/aktuelles/2018/menschenwuerde-und-demokratie-staerken-rassismus-widersprechen](http://www.aksb.de/aktuelles/2018/menschenwuerde-und-demokratie-staerken-rassismus-widersprechen)).

Eine Stellungnahme der *Gemeinsamen Initiative der Träger der Politischen Jugendbildung* (GEMINI) im Bundesausschuss für politische Bildung (bap) mit dem Titel „Politische Jugendbildung ist eine gesellschaftliche Daueraufgabe. Die Mittel im Arbeitsfeld Politische Bildung des Kinder und Jugendplans erhöhen“ wird konstatiert, dass angesichts der großen Herausforderungen der außerschulischen Bildungsarbeit für ein gesellschaftliches Miteinander eine substanzielle Erhöhung des Haushaltsansatzes für dieses Arbeitsfeld notwendig ist ([www.bap-politischebildung.de/wp-content/uploads/2018/10/GEMINIPositionspapier\\_2018\\_10.pdf](http://www.bap-politischebildung.de/wp-content/uploads/2018/10/GEMINIPositionspapier_2018_10.pdf)).

Auf den Seiten der *Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft* (GEW) finden sich Fragen und Antworten zu den Meldeportalen der AfD ([www.gew.de/schule/fragen-und-antworten-zu-den-denunziationsplattformen-der-afd](http://www.gew.de/schule/fragen-und-antworten-zu-den-denunziationsplattformen-der-afd)).

In diesem Zusammenhang sei auch noch einmal die 2017 veröffentlichte „Frankfurter Erklärung für eine kritische und emanzipatorische politische Bildung“ erwähnt (<http://akg-online.org/arbeitskreise/fkpb/frankfurter-erklaerung-fuer-eine-kritisch-emanzipatorische-politische-bildung>).

## JIM-Studie 2018 zur Mediennutzung von Jugendlichen erschienen

Im Rahmen der Jubiläumstagung „20 Jahre JIM-Studie“ wurde am 27. November 2018 die neuste JIM-Studie vorgestellt sowie ein Einblick in 20 Jahre Forschung gegeben. Die Studienreihe JIM (Jugend, Information, Medien) wird vom Medienpädagogischen Forschungsverbund Südwest (mpfs) seit 1998 jährlich in Zusammenarbeit mit dem Südwestrundfunk durchgeführt. Die repräsentative Studie bildet das Medienverhalten der Jugendlichen in Deutschland ab. Für die aktuelle Befragung wurden 1.200 Jugendliche zwischen zwölf und 19 Jahren im Frühsommer 2018 telefonisch befragt. Der mpfs ist eine Kooperation der Landesanstalt für Kommunikation Baden-Württemberg (LFK) und der Landeszentrale für Medien und Kommunikation Rheinland-Pfalz (LMK).

In der aktuellen Studie wird deutlich, dass der Siegeszug von Netflix & Co. bei Jugendlichen anhält: Die Hälfte der Zwölf- bis 19-Jährigen schaut regelmäßig Sendungen, Serien und Filme bei Netflix (47 %); jeder Fünfte nutzt Amazon Prime Video (22 %). Damit hat sich der Anteil regelmäßiger Netflix-Nutzer\*innen im Vergleich zum Vorjahr

fast verdoppelt (2017: 26 %). Weiterer Gewinner bei den Jugendlichen ist Spotify. Aber auch das Vertrauen in Nachrichtenangebote wurde im Rahmen der JIM-Studie untersucht. Hierbei konnten die Jugendlichen verschiedenen Nachrichtenangeboten Schulnoten in Bezug auf ihre Vertrauenswürdigkeit geben. Die Tagesschau bzw. die Tagesthemens der ARD genießen bei Jugendlichen das höchste Vertrauen: 84 % der Jugendlichen haben die Note 1 oder 2 vergeben. An zweiter Stelle folgt mit 77 % das Angebot regionaler Print-Tageszeitungen bzw. öffentlich-rechtliche Radiosender (75 %). Der tagesaktuellen Berichterstattung des ZDF (Heute bzw. Heute Journal) schenken 71 % der Befragten ihr Vertrauen. Focus online und Spiegel online bewegen sich bei dieser Beurteilung im Mittelfeld.

Alle Ausgaben der JIM-Studie von 1998 bis 2018 sind als PDF auf der Internetseite des mpfs abrufbar.

Quelle: Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest vom 28.11.2018; [www.mpfs.de](http://www.mpfs.de); [www.mpfs.de/studien/jim-studie/2018](http://www.mpfs.de/studien/jim-studie/2018)

## Rat der Jugendminister hat die neue EU-Jugendstrategie verabschiedet

Der Jugendministerrat der Europäischen Union (EU) nahm auf seiner Sitzung am 26. November 2018 eine Entschließung zur neuen EU-Jugendstrategie an. Dem Motto „Von der Vision bis zur Umsetzung“ folgend, tauschten sich die anwesenden Entscheider\*innen in einer sogenannten Orientierungsaussprache auch zu ihren jeweiligen Vorstellungen aus, wie die EU-Jugendstrategie konkret umgesetzt werden kann. Für den Zeitraum 2019–2027 regelt die Strategie die Eckpunkte für die zukünftige Zusammenarbeit der EU-Mitgliedsstaaten in der europäischen Jugendpolitik. Die wichtigsten Aktionsbereiche der neuen Jugendstrategie sind: mehr Partizipation junger Menschen, Ausbau europäischer Beziehungen sowie die europaweite Stärkung von Jugendarbeit. Die neue Ausrichtung der jugendpolitischen Zusammenarbeit ist auf dem Verständnis begründet, dass junge Menschen eine zukunftsrelevant gestaltende Rolle für die EU und ihre Mitgliedstaaten haben. Gleichzeitig wird gesehen, dass sie in der heutigen Zeit Anforderungen und teils komplexe Unsicherheiten – wie hohe Arbeitslosigkeit trotz guter Bildung, Digitali-

sierung, Fake News und antidemokratischen Tendenzen – gegenüberstehen, mit denen sie umgehen müssen. Die neue EU-Jugendstrategie soll deshalb die Jugend und die Jugendpolitik darin unterstützen, diese Herausforderungen positiv zu gestalten. Für die nächsten neun Jahre definiert die Entschließung des Rates Ziele, Arbeitsprinzipien, Schwerpunkte, Aktionsbereiche und Maßnahmen der europäischen jugendpolitischen Zusammenarbeit.

Während des EU-Vorsitzes Deutschlands im Jahr 2020 soll eine europäische Agenda zur Jugendarbeit beschlossen, Jugend und Demokratie thematisch behandelt und ein dritter Europäischer Kongress für Jugendarbeit stattfinden. Auf nationaler Ebene soll die Umsetzung der europäischen jugendpolitischen Zusammenarbeit im Rahmen der Jugendstrategie der Bundesregierung realisiert werden.

Quelle und weitere Informationen zur EU-Jugendstrategie: [www.jugendhilfeportal.de/eu-jugendstrategie](http://www.jugendhilfeportal.de/eu-jugendstrategie) und JUGEND für Europa

Beschluss der Europäischen Jugendstrategie: <http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-14080-2018-INIT/en/pdf>

---

## Populismusbarometer: Deutschlands Mitte wird populistischer

Ist der Populismus in Deutschland eine vorübergehende Erscheinung oder Ausdruck grundlegender gesellschaftlicher Veränderungen? Ein Jahr nach der Bundestagswahl zeigt eine von Dr. Robert Vehrkamp und Prof. Dr. Wolfgang Merkel verfasste Untersuchung: Populistische Einstellungen nehmen zu – vor allem in der politischen Mitte. Mit Gerechtigkeitsthemen könnten die etablierten Parteien diesem Trend entgegenwirken.

Für die aktuelle Erhebung und als Grundlage für die Publikation „Populismusbarometer 2018. Populistische Einstellungen bei Wählern und Nichtwählern in Deutschland 2018“ hat das Meinungsforschungsinstitut infratest dimap in zwei Wellen im Mai und August 2018 jeweils rund 3.400 Wahlberechtigte zu ihren Einstellungen befragt. Im Rahmen des Gemeinschaftsprojekts „Demokratie-Monitor“ haben das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und die Bertelsmann Stiftung die Umfrageergebnisse analysiert.

Die Wählerschaft in Deutschland ist zunehmend populistisch eingestellt. Knapp jeder dritte Wahlberechtigte (30,4 %) in Deutschland unterstützt laut der Erhebung alle abgefragten populistischen Positionen. Das ist etwas mehr als im Vorjahr (29,2 %). Gleichzeitig ist die Gruppe der eindeutig nicht populistischen Wähler auf 32,8 % gesunken (2017 waren es 36,9 %). Dabei gilt: Je höher der Bildungsgrad und das Einkommen, desto weniger verbreitet sind populistische Einstellungen. Die größten Verschiebungen verzeichnet die Studie in der politischen Mitte: Hier neh-

men die populistischen Einstellungen am stärksten zu und die nicht-populistischen am stärksten ab.

Dass populistische Einstellungen vermehrt Zulauf erhalten, erklärt sich zu einem großen Teil aus den Umbrüchen in der politischen Mitte. Während sich an den politischen Rändern im Vergleich zu 2017 kaum Veränderungen zeigen, offenbart die Studie in der Mitte die größten Verschiebungen: Jeder achte Wahlberechtigte ist derzeit populistisch eingestellt und verortet sich gleichzeitig in der politischen Mitte. Im Vorjahr war es noch etwa jeder neunte Wahlberechtigte. Gleichzeitig ist in der Mitte die Gruppe der „Nicht-Populisten“ von 13 auf 10,3 % gesunken.

Wie stark die politischen Ränder vom Populismus profitieren, zeigt sich vor allem am Beispiel der AfD. Mit zunehmendem Populismus steigt in der Mitte die Wahrscheinlichkeit, AfD zu wählen, deutlich stärker als im eher rechten Spektrum. Damit übernimmt der Populismus der AfD in der politischen Mitte eine ähnliche Mobilisierungsfunktion wie ihre ideologisch rechte Positionierung im Spektrum rechter Wähler\*innen. Trotz der Zunahme populistischer Einstellungen gilt weiterhin: Knapp 70 % der Deutschen sind gar nicht oder nicht explizit populistisch eingestellt. Hinzu kommt: 71 % würden „auf keinen Fall“ die AfD wählen.

Quelle, Download und weitere Informationen: [www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2018/oktober/deutschlands-mitte-wird-populistischer](http://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2018/oktober/deutschlands-mitte-wird-populistischer)

---

## Jahrbuch der gesellschaftspolitischen Jugendbildung 2018

Die Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung (et) hat im Dezember 2018 ihr Jahrbuch 2018 veröffentlicht. Es trägt den Titel „Diversity rules! – Politische Jugendbildung in der Migrationsgesellschaft“ und wurde von Ole Jantschek und Hanna Lorenzen herausgegeben. Diversity bestimmt unsere Gesellschaft – und das nicht erst seit gestern. Die Frage, wie wir in unserer vielfältigen Gesellschaft zusammenleben wollen, stellt sich angesichts wachsender Polarisierungen rund um die Themen Migration und Integration immer wieder neu. Politische Jugendbildung muss für Diversität, aber auch für Diskrimi-

nierungen sensibel sein und jungen Menschen unabhängig von Herkunft, Alter, Gender, sexueller Orientierung, Religion, Weltanschauungen eine gleichberechtigte Teilhabe ermöglichen. Vor diesem Hintergrund hat die et 2018 das neue Fokusthema für die gesellschaftspolitische Jugendbildung „Zusammenleben in einer Gesellschaft der Diversität“ eingeführt. Es macht die vielfältigen Aktivitäten – auch in diesem Jahrbuch – sichtbar. Es kann zum Selbstkostenpreis über die Geschäftsstelle der et bezogen werden.

Bestellung: [besel@politische-jugendbildung-et.de](mailto:besel@politische-jugendbildung-et.de)

## Neue Lehrbuchreihe für das Studium der Erwachsenen- und Weiterbildung

Hochschullehrende der Erwachsenenbildung haben eine Lehrbuchreihe zur Unterstützung von Studierenden und Lehrenden an Hochschulen entwickelt. In der zwölf Bände umfassenden Buchreihe „Erwachsenen- und Weiterbildung. Befunde – Diskurse – Transfer“ wird konzeptuelles, empirisches und theoretisches Grundlagenwissen für die Arbeit in diesem Feld gesammelt und für die Lehre an Hochschulen oder das Selbststudium didaktisch aufbereitet. Ausgehend von den Anforderungen, die das Tätigkeitsfeld Erwachsenen- und Weiterbildung stellt, werden u. a. Themen wie Lehren, Lernen, Programmentwicklung, Leitung, Beratung und Medien in Lehr-Lernprozessen behandelt. In jedem Lehrbuch finden sich Impulse zum Wei-

terdenken, Recherchieren, Diskutieren, Reflektieren und Hinterfragen.

Die Buchreihe wird durch ein unabhängiges Gremium herausgegeben und vom Deutschen Institut für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen e. V. (DIE) redaktionell betreut. Sie ist über den Buchhandel erhältlich. Die Mitglieder des Herausbergremiums (u. a. Anke Grotlüschen, Bernd Käpplinger, Henning Pätzold, Josef Schrader) begleiten kritisch beratend die Entstehung jedes Bandes und sichern so eine hohe fachliche Qualität.

Quelle und weitere Informationen: [www.die-bonn.de/id/36914](http://www.die-bonn.de/id/36914)

## UNESCO-Weltbildungsbericht 2019 mit dem Schwerpunkt Flucht und Migration

Der UNESCO-Weltbildungsbericht 2019 untersucht jährlich die Fortschritte der Umsetzung des Globalen Nachhaltigkeitsziels 4, das beinhaltet, dass bis zum Jahr 2030 allen Menschen eine hochwertige Bildung zukommt und ihnen die Möglichkeit zum lebenslangen Lernen gegeben wird. Der aktuelle Weltbildungsbericht hat den Schwerpunkt Flucht und Migration. Er wurde im November 2018 vorgestellt. Deutlich wurde: Bildung ist der Kernfaktor bei der Bewältigung der Folgen von Flucht und Migration. Trotz aller unbewältigter Herausforderungen und Probleme wird im Bericht konstatiert, dass Geflüchtete in Deutschland bessere Bildungschancen haben als in den meisten Ländern weltweit. Im Bericht werden die vielfältigen Maßnahmen positiv hervorgehoben, die in Deutschland für die Integration Neuzugewanderter umgesetzt werden: Sprachförderung, Ehrenamtliches Engagement, Förderengagement in der Kita. Kritisiert wird, dass das Lernen zu meist außerhalb von Regelklassen (30 % der UMF) erfolgt.

Das Autorenteam des UNESCO-Weltbildungsberichts fordert (1) den Schutz des Rechts auf Bildung von Migranten und Geflüchteten zu gewährleisten; (2) die Einbindung von Migranten und Geflüchteten in nationale Bildungssysteme zu sichern, (3) die Bildungsbedürfnisse von Migranten und Geflüchteten zu verstehen und einzuplanen, (4) Migration und Flucht im Unterricht zu thematisieren, um Vorurteile abzubauen, (5) Lehrkräfte von Migranten und Geflüchteten auf Diversität vorzubereiten, (6) das Potenzial von Migranten und Geflüchteten zu nutzen, (7) Bildung von Migranten und Geflüchteten in der humanitären und Entwicklungshilfe zu unterstützen.

Quelle und weitere Informationen: [www.bmz.de/20181120-1](http://www.bmz.de/20181120-1)

Download der Kurzfassung: [www.unesco.de/bildung/bildungsagenda-2030/unesco-weltbildungsbericht/unesco-weltbildungsbericht-2019-zu-flucht-1](http://www.unesco.de/bildung/bildungsagenda-2030/unesco-weltbildungsbericht/unesco-weltbildungsbericht-2019-zu-flucht-1)

---

## „Die Glorreichen 17“ – Kampagne zur Bekanntmachung der UN-Nachhaltigkeitsziele

Die Bundesregierung hat die Kampagne „Die Glorreichen 17“ zur Bekanntmachung der 17 UN-Nachhaltigkeitsziele gestartet. Die Kampagne soll mit außergewöhnlichen Figuren neugierig auf Nachhaltigkeit machen und zum Mitmachen anregen. So wirbt z. B. eine animierte Friedens-Taube für Frieden und Gerechtigkeit. Die Kampagne richtet sich insbesondere an junge Menschen zwischen 18 und 30 Jahren.

Im Jahr 2015 hat die Staatengemeinschaft die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung verabschiedet und die 17 UN-Nachhaltigkeitsziele formuliert. Dabei geht es um Ziele wie ein menschenwürdiges Leben für alle, nachhaltige Wirtschaft, nachhaltigen Konsum und den Schutz der Umwelt. Das Bundespresseamt plant, die Kampagne

in 2019 auszudehnen und zu verstetigen, um langfristig über die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen zu informieren. Dafür haben sich auch die internationalen Experten in ihrem Peer Review 2018 zur Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie ausgesprochen, der der Bundeskanzlerin im Sommer 2018 übergeben wurde.

Quelle: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung vom 03.12.2018; [www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/die-glorreichen-17-kommen--1555956](http://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/die-glorreichen-17-kommen--1555956)

Weitere Informationen zur globalen Nachhaltigkeitsstrategie: [www.bundesregierung.de/breg-de/themen/nachhaltigkeitspolitik/nachhaltigkeitsziele-verstaendlich-erklart-232174](http://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/nachhaltigkeitspolitik/nachhaltigkeitsziele-verstaendlich-erklart-232174)

---

## Datenreport 2018 – Sozialbericht für Deutschland erschienen

Mitte November 2018 wurde in Berlin der „Datenreport 2018 – ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland“ vorgestellt. Fachleute aus amtlicher Statistik und Sozialforschung haben darin Zahlen und Fakten zu wichtigen Lebensbereichen zusammengestellt. Der Themenschwerpunkt zur Vorstellung des Reports „Kinder“ wurde passend zum internationalen Tag der Kinderrechte am 20. November gesetzt. Der Datenreport wird von der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb in Kooperation mit dem Statistischen Bundesamt (Destatis), dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und dem Sozio-ökonomischen Panel (SOEP) am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) herausgegeben.

Im Datenreport wird deutlich, dass in Deutschland immer weniger Kinder leben: 2017 lebten nach Ergebnissen des Mikrozensus 13,4 Millionen Personen unter 18 Jahren in deutschen Privathaushalten. Dies entspricht einem Anteil von 16% an der Bevölkerung. In den vergangenen 20 Jahren ist die Zahl der Kinder bundesweit um 14% gesunken: 1997 waren es noch 15,7 Millionen. Damals hatten sie einen Anteil von 19% an der Gesamtbevölkerung ausgemacht. Die derzeitige und zukünftige Lebenssituation der Kinder wird immer noch entscheidend durch ihre soziale Herkunft geprägt. So steigen die Chancen von Kindern auf hohe Bildungsabschlüsse, wenn die Eltern selbst einen hohen Bildungsstand haben. Kinder aus Elternhäu-

sern mit niedrigerem sozioökonomischem Status haben zudem schlechtere Chancen, gesund aufzuwachsen. Das subjektive Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen in den Schulen variiert stark nach Schulform. Trotz guter Wirtschaftslage stagniert der Anteil der armutsgefährdeten Kinder. Kinder und Jugendliche in Haushalten mit alleinerziehenden Müttern oder Vätern sind dabei am stärksten von Armut gefährdet. Die gesundheitliche Situation von Kindern hat sich in den vergangenen Jahren aber verbessert, auch wenn hier der sozioökonomische Status ebenfalls starken Einfluss hat, ebenso wie bei den Bildungschancen, die in Deutschland stark vom Bildungsstand der Eltern abhängt.

Im Jahr 2017 waren im Durchschnitt waren 15,2% aller Menschen unter 18 Jahren von Armut bedroht. Mit Kinderarmut ist aber nicht ausschließlich materielle Armut gemeint. Ein wesentlicher Aspekt ist die Frage nach kultureller, sozialer, aber auch politischer Teilhabe, die für in Armut lebende und von Armut gefährdete Kinder und Jugendliche besonders erschwert wird. Armut wirkt in alle Bereiche des Lebens, sie beeinflusst Bildungs- und Lebenschancen stark.

Quelle: Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 14.11.2018; [www.destatis.de](http://www.destatis.de)

Download des Datenreports: [www.destatis.de/datenreport](http://www.destatis.de/datenreport); [www.bpb.de/datenreport2018](http://www.bpb.de/datenreport2018)

## Ausstellung „Die Macht der Gefühle. Deutschland 19 | 19“

Die Ausstellung „Die Macht der Gefühle. Deutschland 19 | 19“ wurde von der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (EVZ) und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur herausgegeben. In der Ausstellung werden die Kontinuitäten und Brüche in den Gefühlswelten veranschaulicht, deren Konjunkturen die Politik und Gesellschaft in den vergangenen 100 Jahren prägten und deren neuerliche Intensität uns heute herausfordert. Dazu nimmt die Ausstellung heutige Erscheinungsformen von 20 Gefühlen zum Ausgangspunkt und zeigt deren historische Entwicklung im 20. Jahrhundert in Deutschland auf. Die Ausstellungstexte wurden von den Historikerinnen Ute und Bettina Frevert erarbeitet. Ab Mitte März 2019 steht sie in mehreren Tausend Exemplaren als Poster-Set von 22 Plakaten im Format DIN A1 zur Verfügung. Anlass für das gemeinsame Ausstellungsvorhaben der beiden Stiftungen

sind die zahlreichen Jahrestage, die 2019 dazu anregen, sich mit der Geschichte von Demokratie und Diktatur in Deutschland auseinanderzusetzen: 100 Jahre Gründung der Weimarer Republik, 90 Jahre Weltwirtschaftskrise, 80 Jahre deutscher Überfall auf Polen und Beginn des Zweiten Weltkriegs, 75 Jahre 20. Juli und Landung der Alliierten in der Normandie, 70 Jahre doppelte deutsche Staatsgründung, der Regierungswechsel in Bonn vor 50 Jahren, 30 Jahre Friedliche Revolution und 15 Jahre EU-Osterweiterung. Diese Jahrestage bilden wichtige Bezugspunkte, ohne dabei im Mittelpunkt der Schau zu stehen.

Die Schutzgebühr für die Ausstellung beträgt 30 Euro.

Quelle, Bestellung und weitere Informationen: [www.machtdergefuehle.de](http://www.machtdergefuehle.de)

## Perspectives on Youth: Jugendliche in einer digitalisierten Welt

Die vierte Ausgabe der Europäischen Zeitschrift „Perspectives on Youth“ ist Ende November 2018 erschienen. Schwerpunkt der Ausgabe sind „Junge Menschen in einer digitalisierten Welt“. Sie knüpft an die Inhalte des Symposiums zur Jugendbeteiligung in einer digitalisierten Welt an, das im Rahmen der Partnerschaft zwischen der Europäischen Kommission und dem Europarat im Jugendbereich organisiert wurde.

Die Partizipation von Jugendlichen in der digitalisierten Welt ist heutzutage ein Thema, das in der Öffentlichkeit von großem Interesse ist. Die Autor\*innen dieser Publikation wollen neue Perspektiven und vielfältige Visionen zu den Schlüsselfragen aufzeigen, wie junge Menschen mit allen Möglichkeiten umgehen, die der digitale Raum bie-

tet, und wie sie diesen Raum nicht nur für sich selbst, sondern auch für die Demokratisierung der Gesellschaften, in denen sie leben, nutzen können. Sie möchten auf diese Weise die Kenntnisse zu diesem Thema stärken und veranschaulichen, inwiefern die Digitalisierung der heutigen europäischen Gesellschaften zum einen große Chancen birgt und zum anderen bedeutende Herausforderungen mit sich bringt. Die Reihe bietet ein Forum für Information, Diskussion, Reflexion und Dialog zur europäischen Entwicklung in den Bereichen Jugendpolitik, Jugendforschung und Jugendarbeit.

Quelle und weitere Informationen: [www.ijab.de](http://www.ijab.de)

## Das Projekt GRETA geht in die zweite Runde

Das Projekt GRETA hatte es sich seit Ende 2014 zur Aufgabe gemacht, Grundlagen für eine Anerkennung von Kompetenzen Lehrender in der Erwachsenen- und Weiterbildung zu entwickeln. Ziel war es, auf wissenschaftlicher Basis Strukturen für eine Anerkennung dieser Kompetenzen vorzubereiten und Möglichkeiten für eine Förderung der Professionalitätsentwicklung zu schaffen. Das BMBF-geförderte Projekt wurde am Deutschen Institut für Erwachsenenbildung (DIE) bearbeitet. Das Projekt ist Ende 2018 ausgelaufen. Bis dahin wurden wesentliche Grundlagen erarbeitet, die zur Entwicklung eines Anerkennungsverfahrens für die Kompetenzen Lehrender in der Erwachsenen- und Weiterbildung beitragen. Hierzu zählen ein Kompetenzstrukturmodell (GRETA-Kompetenzrad), ein Instrument zur Bilanzierung von Kompetenzen Lehrender durch Gutachter (PortfolioPlus), Verfahrensbeschreibungen für Begutachtungsprozesse, eine Handreichung für Gutachter (Gutachter-Manual), Verfahrensbeschreibungen für das Mapping von Fortbildungen auf das Kompetenz-

modell sowie eine Darstellungsmöglichkeit für die kompetenzorientierte Ausgestaltung von Fortbildungen.

Die Projektphase für eine Pilotierung im Anschluss an die erste Projektphase ab Dezember 2018 für die Dauer von drei Jahren ist seitens des BMBF bewilligt worden, um Erfahrungen zum Aufwand und Nutzen unterschiedlicher Einsatzvarianten sowie zu Umsetzungsbedingungen zu sammeln. Dabei soll die Erprobung der GRETA-Produkte, -Instrumente und -Strukturen unter möglichst „alltäglichen“ Arbeitsbedingungen der Praxis erfolgen.

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten ist Teil des GRETA-Konsortiums, das den Prozess begleitet, die Perspektiven der Einrichtungen der Erwachsenenbildung/Weiterbildung einbringt und die Ergebnisse des Projekts in die Einrichtungen zurückspiegelt.

Quelle und weitere Informationen: [www.die-bonn.de/institut/forschung/professionalitaet/greta.aspx](http://www.die-bonn.de/institut/forschung/professionalitaet/greta.aspx)

## Ausschreibungen und Wettbewerbe

### Aktion Mensch: Neue Förderkonditionen und vereinfachte Förderstruktur

Die Förderung der Aktion Mensch startet mit besseren Konditionen und einer vereinfachten Struktur in das Jahr 2019. Damit soll neuen Projektpartnern der Einstieg in die Förderung erleichtert werden. Der verbesserte Online-Förderfinder hilft bei der Suche nach dem geeigneten Programm.

Künftig werden die Förderprogramme der Aktion Mensch in fünf Lebensbereiche unterteilt: Arbeit (z. B. Inklusionsbetriebe), Bildung und Persönlichkeitsstärkung (z. B. Bildungsprojekte oder lokale Netzwerke), Barrierefreiheit und Mobilität (z. B. barrierefreie Websites oder bauliche Maßnahmen), Freizeit (z. B. inklusive Sport- oder Theaterangebote), Wohnen (z. B. barrierefreie Wohnangebote). Während die Zielgruppen bestehen bleiben (Menschen mit Behinderung, Kinder und Jugendliche sowie Menschen in besonderen sozialen Schwierigkeiten), hat

die Aktion Mensch ihre Richtlinien für die Förderung deutlich vereinfacht und ihre Förderkonditionen verbessert: Die maximale Fördersumme wurde von bisher 300.000 Euro auf 350.000 Euro erhöht. Bei Projekten und Anschubfinanzierungen gibt es ab sofort einen Zuschuss von 90 %. Bisher waren maximal 70 % möglich. Der Eigenanteil liegt somit nur noch bei 10 %. Der verbesserte Online-Förderfinder der Aktion Mensch hilft Interessierten Schritt für Schritt auf der Suche nach dem passenden Förderangebot. Im Förderfinder werden unter anderem der Lebensbereich, die Zielgruppe oder die Fördersumme abgefragt, um den individuellen Förderbedarf optimal einordnen zu können.

Quelle und weitere Informationen: [www.aktion-mensch.de/foerderung](http://www.aktion-mensch.de/foerderung)

## Bildungsinitiativen für nachhaltige Entwicklung gesucht

2019 zeichnen das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und die Deutsche UNESCO-Kommission (DUK) bereits zum vierten Mal Initiativen aus, die Bildung für nachhaltige Entwicklung erfolgreich umsetzen. Bis zum 30. April 2019 können sich Netzwerke, Lernorte und Kommunen, die Bildung für nachhaltige Entwicklung ins Zentrum ihrer Arbeit stellen, bewerben. Die Auszeichnung richtet sich an Kitas, allgemein- und berufsbildende Schulen, Unternehmen und Betriebe, Vereine und Universitäten, Netzwerke, Lernregionen und Bildungslandschaften mit innovativen und langfristigen Konzepten für mehr Nachhaltigkeit in ihrer Bildungsarbeit.

Ausgezeichnete Bildungsinitiativen werden als offizieller Beitrag zum Weltaktionsprogramm Bildung für nachhaltige Entwicklung auf der Internetseite [www.bne-portal.de/akteure](http://www.bne-portal.de/akteure) dargestellt. Sie erhalten das Logo des Weltaktionsprogramms zur Verwendung für ihre Arbeit und profitieren von dem Austausch mit anderen hochwertigen Bildungsinitiativen zur nachhaltigen Entwicklung. Zusätzlich bietet das Institut Futur der Freien Universität Berlin eine Beratung zur Weiterentwicklung der Bildungsinitiativen an.

Quelle und weitere Informationen: [www.bne-portal.de/de/auszeichnungen/fragen-und-beratung#bewerbung2019](http://www.bne-portal.de/de/auszeichnungen/fragen-und-beratung#bewerbung2019)

## Erklärvideo: Erasmus+ und Strategische Partnerschaften in der Erwachsenenbildung

Wie ist das Programm Erasmus+ strukturiert? Was genau sind Strategische Partnerschaften in der Erwachsenenbildung und wie sind diese aufgebaut? Das neue Erklärvideo gibt eine Antwort auf diese Fragen und vermittelt

Interessierten das grundlegende Wissen rund um diese Projektform.

[www.na-bibb.de/presse/news/neues-erklavideo-erasmus-und-strategische-partnerschaften-in-der-erwachsenenbildung](http://www.na-bibb.de/presse/news/neues-erklavideo-erasmus-und-strategische-partnerschaften-in-der-erwachsenenbildung)

## Förderprogramm „Jugend erinnert“

Am 29. Januar 2019 haben Außenminister Heiko Maas und Familienministerin Dr. Franziska Giffey die internationalen Schwerpunkte des Programms „Jugend erinnert“ vorgestellt. Ziel ist, vor allem auch im internationalen Austausch, die Erinnerungsarbeit mit jungen Menschen zu stärken. Das Förderprogramm hat ein Volumen von insgesamt fünf Millionen Euro. Davon wird eine Million Euro durch das BMFSFJ für die Förderung von außerschulischen Gedenkstättenfahrten eingesetzt. In den nächsten zwei Jahren sollen 500 Fahrten für über 10.000 Jugendliche ermöglicht werden. Dabei sollen auch bislang weniger besuchte Gedenkstätten in den Fokus gerückt werden, z. B. Besuche in Majdanek und Treblinka in Polen, Maly Trostenez in Belarus oder Theresienstadt in Tschechien. Die Förderung erfolgt ergänzend zu den Programmen der Länder für Schulklassen und wird über Träger der Jugendhilfe or-

ganisiert. Anträge auf Förderung können an das Internationale Bildungs- und Begegnungswerk gGmbH (IBB) gerichtet werden. Das Programm richtet sich an Jugendliche im Alter von 14 bis 26 Jahren.

Darüber hinaus sollen mit dem Programm konkrete Projekte gefördert werden, sie sich mit der Geschichte der Deutschen Auslandsschulen auseinandersetzen und die Begegnung von Jugendlichen aus Deutschland, Israel und Osteuropa ermöglichen. Weitere Schwerpunkte sind die Fortbildung von jungen Lehrkräften und die Erprobung von neuen, digitalen Zugängen zu historischen Informationen.

Weitere Informationen: <https://ibb-d.de/erinnern/foerderung-gedenkstaettenfahrten>

# Veranstaltungen

---

**29. April bis 5. Mai 2019**

Werftpfuhl

## SEMIFIT on Citizenship Education

Veranstalter: DARE, Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e. V., AdB e. V.  
www.kurt-loewenstein.de

---

**4. Juni 2019**

Hamburg

## Stadt.Land.ImFluss. Politische Bildung und öffentlicher Raum

Veranstalter: Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V., dock europe e. V. Internationales Bildungszentrum, GWA St. Pauli e. V. Gemeinwesenarbeit | Kulturarbeit | Sozialarbeit  
www.adb.de/fachtagungen

---

**4. Juni 2019**

Ludwigsburg

## Fachtag „Sozial und Politisch? Überschneiden sich die Handlungsfelder der Sozialen Arbeit und der politischen Bildung?“

Veranstalter: Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V., Evangelische Hochschule Ludwigsburg  
www.adb.de/fachtagungen

---

**12. und 13. Juni 2019**

Bovenden-Eddigehausen

## Politische Erwachsenenbildung braucht Freiräume. Für eine Stärkung des Anspruchs auf Bildungsfreistellung in Deutschland

Veranstalter: Mariaspring – Ländliche Heimvolkshochschule e. V., Haus Neuland e. V., Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V., www.mariaspring.de

---

**13. bis 15. Juni 2019**

Göttingen

## XX. GPJE-Jahrestagung 2019 „Politische Bildung in internationaler Perspektive“ (International Perspectives on Civic Education)

Veranstalter: Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung (GPJE), <http://gpje.de/veranstaltungen/jahrestagungen>

---

**29. und 30. April 2019**

Weimar

**17. und 18. Juni 2019**

Bochum

**2. und 3. September 2019**

Bremen

**9. und 10. Oktober 2019**

Dachau

## Modulare Fortbildungsreihe zum Thema Radikalisierungs- prävention (Antisemitismus und Nahostkonflikt; Rassismuskritische Bildungs- und Sozialarbeit; Gender und Rollenbilder; Diversität im Team; Netzwerk- und Methodenaufbau)

Veranstalter: Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V., cultures interactive e. V.  
www.adb.de/fachtagungen

# Zeitschriftenschau

**Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zum Parlament (APuZ), Heft 46–47/2018** Schwerpunkt: Parteien

**Heft 48/2018** Schwerpunkt: Nation und Nationalismus

**Heft 49–50/2018** Schwerpunkt: Müll

**Heft 51–52/2018** Schwerpunkt: Bayern

**Heft 1–3/2019** Schwerpunkt: Ruhrgebiet

**Heft 4–5/2019** Schwerpunkt: Europa wählt

Bezug: Bundeszentrale für politische Bildung / bpb, Adenauerallee 86, 53113 Bonn; [www.bpb.de](http://www.bpb.de)

**Blätter für deutsche und internationale Politik,**

**Heft 11/2018** Schwerpunkte z. B.: Die gespaltene Mitte: Regieren am Abgrund; 70 Jahre Menschenrechte; Großbritannien vor dem Zerfall: Der Brexit als englischer Sonderweg?

**Heft 12/2018** Schwerpunkte z. B.: Wider die Angst: Migration als Bereicherung; Wo bleibt die proeuropäische Linke?; Der Kampf um die Stadt

**Heft 1/2019** Schwerpunkte z. B.: Von der Dekolonisierung der Museen zu Dekolonisierung der Politik; Entwicklungspolitik 2.0; russisch-türkisches Dilemma

Bezug: Blätter Verlagsgesellschaft mbH, Torstr. 178, 10115 Berlin; [www.blaetter.de](http://www.blaetter.de)

**Debatte. Beiträge zur Erwachsenenbildung. Budrich Journals, Heft 1/2018** Schwerpunkt: W(i)der streiten

Bezug: Verlag Barbara Budrich, Stauffenbergstr. 7, 51379 Leverkusen; <https://budrich-journals.de>

**deutsche jugend, Heft 11/2018** Schwerpunkt: Bestandsaufnahmen in der Jugendarbeit

**Heft 12/2018** Schwerpunkt: Entwicklungsoptionen der Jugendarbeit

**Heft 1/2019** Schwerpunkt: Zukunftsfähigkeit in der Jugendarbeit

Bezug: Julius Beltz GmbH & Co. KG, Beltz Juventa, Werderstraße 10, 69469 Weinheim; [www.beltz.de](http://www.beltz.de)

**Dokumente. Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog, Heft 3/2018** Schwerpunkt: Heimat – ein Begriff in der Diskussion; Heimat – un terme polémique

**Heft 4/2018** Schwerpunkt: Sonderheft: Ein Best-of der Zeitschrift für übernationale Zusammenarbeit 1945–2018

Bezug: Verlag Dokumente GmbH, Dottendorfer Str. 86, 53129 Bonn; [www.dokumente-documents.info](http://www.dokumente-documents.info)

**EB Erwachsenenbildung**, hrsg. von der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung, **Heft 4/2018** Schwerpunkt: Lernen und leben in der digitalen Welt

Bezug: Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Theaterstraße 13, 37073 Göttingen; [www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com](http://www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com)

**EDUCATION PERMANENTE EP, Schweizerische Zeitschrift für Weiterbildung, Heft 4/2018** Schwerpunkt: Motiv Sinn-suche/Envie de sens

Bezug: Schweizerischer Verband für Weiterbildung SVEB, Oerlikonstraße 38, CH-8057 Zürich; [www.alice.ch](http://www.alice.ch)

**forum erwachsenenbildung**, hrsg. von der Deutschen Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (DEAE e. V.) und vom Comenius-Institut, **Heft 4/2018** Schwerpunkt: Zivilgesellschaft braucht Streitkultur

**Heft 1/2019** Schwerpunkt: Gesellschaftliche Transformationen mitgestalten

Bezug: Waxmann Verlag, Steinfurter Str. 555, 48159 Münster; [www.waxmann.com](http://www.waxmann.com)

**Forum Jugendhilfe**, hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ, **Heft 4/2018** Schwerpunkt: Jugendpolitik/Jugendstrategie

Bezug: AGJ, Mühlendamm 3, 10178 Berlin; [www.agj.de](http://www.agj.de)

---

**GWP. Gesellschaft – Wirtschaft – Politik. Sozialwissenschaften für politische Bildung, Heft 4/2018** Schwerpunkte u. a.: Marktwirtschaft und Demokratie; Wie (un)gerecht ist die Eigentumsverteilung in Deutschland?; Rechtsextremismus in Deutschland

Bezug: Verlag Barbara Budrich, Stauffenbergstr. 7, 51379 Leverkusen; [www.budrich-verlag.de](http://www.budrich-verlag.de)

---

**Hessische Blätter für Volksbildung**, hrsg. vom Hessischen Volkshochschulverband e. V. Bielefeld, **Heft 4/2018** Schwerpunkt: 100 Jahre Volkshochschule

Bezug: [www.wbv.de/journals/zeitschriften/hessische-blaetter-fuer-volksbildung](http://www.wbv.de/journals/zeitschriften/hessische-blaetter-fuer-volksbildung)

---

**Journal für politische Bildung**, hrsg. vom Bundesausschuss für politische Bildung, **Heft 3/2018** Schwerpunkt: Wirkungen politischer Bildung

**Heft 4/2018** Schwerpunkt: 1968 und die Folgen

Bezug: Wochenschau Verlag, Eschborner Landstr. 42–50, 60489 Frankfurt am Main; [www.wochenschau-verlag.de](http://www.wochenschau-verlag.de)

---

**Kinder- und Jugendschutz in Wissenschaft und Praxis (KJug)**, hrsg. von der Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz e. V. (BAJ), **Heft 1/2019** Schwerpunkt: Werbung im Netz (erfordert Werbekompetenz)

Bezug: BAG Jugendschutz, Mühlendamm 3, 10178 Berlin; [www.kjug-zeitschrift.de](http://www.kjug-zeitschrift.de)

---

**merz. medien + erziehung – zeitschrift für medienpädagogik, Heft 6/2018** Schwerpunkt: Kinder, Medien, Rechte – Komplexe Anforderungen an Zugang, Schutz und Teilhabe im Medienalltag Heranwachsender

**Heft 1/2019** Schwerpunkt: Medien, Wohlbefinden, gelingendes Leben

Bezug: kopaed verlagsgmbh, Pfälzer-Wald-Str. 64, 81539 München; [www.kopaed.de](http://www.kopaed.de)

---

**Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte, Heft 11/2018**

Schwerpunkt: Restart Europe

**Heft 12/2018** Schwerpunkt: Unsicherheit

**Heft 1–2/2019** Schwerpunkt: Welt ohne Ordnung?

Bezug: Verlag J.H.W. Dietz, Dreizehmorgenweg 24, 53175 Berlin; <http://dietz-verlag.de>

---

**POLIS, Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für politische Bildung, Heft 4/2018** Schwerpunkt: Emotionen und politische Bildung

Bezug: Wochenschau Verlag, Eschborner Landstr. 42–50, 60489 Frankfurt am Main; [www.wochenschau-verlag.de](http://www.wochenschau-verlag.de)

---

**POLITIKUM. Analysen. Kontroversen. Bildung, Heft 4/2018**

Schwerpunkt: Identitätspolitik

Bezug: Wochenschau Verlag, Eschborner Landstr. 42–50, 60489 Frankfurt am Main; [www.wochenschau-verlag.de](http://www.wochenschau-verlag.de)

---

**weiter bilden. DIE Zeitschrift für Erwachsenenbildung, Heft 4/2018** Schwerpunkt: FAKT FAKE

Bezug: W. Bertelsmann Verlag, Auf dem Esch 4, 33619 Bielefeld; [www.wbv.de](http://www.wbv.de)

---

**Wochenschau. Politik und Wirtschaft unterrichten, Heft 6/2018** Schwerpunkte: Internationale Politik I –

Sicherheit und Frieden (Sek. I); Sozialstaat (Sek. II)

Bezug: Wochenschau Verlag, Eschborner Landstr. 42–50, 60489 Frankfurt am Main; [www.wochenschau-verlag.de](http://www.wochenschau-verlag.de)

---

**Zeitschrift für Menschenrechte, Heft 2/2018** Schwerpunkt: Menschenrechte und das Volk

Bezug: Wochenschau Verlag, Eschborner Landstr. 42–50, 60489 Frankfurt am Main; [www.wochenschau-verlag.de](http://www.wochenschau-verlag.de)

# pb-digital

## Dossier: Menschenrechte. Einfordern – Verteidigen – Garantieren

Vor 70 Jahren wurde die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ verabschiedet. Weltweit kämpfen einzelne Menschen, Organisationen und Gruppen der Zivilgesellschaft dafür, dass Menschenrechte geachtet und durchgesetzt werden. Die Heinrich-Böll-Stiftung hat aus diesem Anlass ein Online-Dossier zum Thema zusammengestellt. Es beleuchtet die Themen Recht, Wirtschaft, Flucht und Migration, LGBTI, Zivilgesellschaft und Demokratie. Es geht u. a. darum, wie Menschenrechten vor Gericht Geltung verschafft werden kann, wie Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans\*- und Inter\*-Menschen (LSBTI) weltweit um ihre Rechte kämpfen, oder auch um die Verantwortung ökonomischer Akteure.

[www.boell.de/de/menschenrechte?dimension1=civi](http://www.boell.de/de/menschenrechte?dimension1=civi)

## Neues Themenportal: Enquete-Bände erstmals digital verfügbar

Vor 20 Jahren legte die zweite Enquete-Kommission zur Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur ihren Abschlussbericht vor. Seit kurzem stehen erstmals alle 32 Enquete-Bände sowie Hintergründe zur Arbeit der Kommissionen digital zur Verfügung. Das neue Themenportal wurde bei einer Festveranstaltung mit Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble am 2. November 2018 der Öffentlichkeit vorgestellt. Es präsentiert die mit 29.000 Druckseiten umfangreichen Ergebnisse der beiden Kommissionen sowie zahlreiche Hintergrundinformationen, Zeitdokumente, Fotos sowie Audio- und Videomaterialien.

[www.enquete-online.de](http://www.enquete-online.de)

## Interaktive Webseite zur Europawahl 2019: Was tut die EU für mich?

Die interaktive Webseite „Was tut die EU für mich?“ gibt Antworten auf die Frage, wie die Bürger\*innen Europas von der EU profitieren. Ziel ist es, vor der Europawahl im Mai aufzuzeigen, wo die EU etwas bewirkt. Die mehrsprachige Webseite, die vom wissenschaftlichen Dienst des Europäischen Parlaments zusammengestellt wurde, enthält rund 1.800 leicht lesbare Kurzdarstellungen mit positiven Beispielen von EU-Initiativen. Eine schnelle und einfache Navigation ermöglicht es u. a. nach Region, Beruf oder Freizeitaktivitäten zu filtern: In der Kategorie „In meiner Region“ können Nutzer unter 1.400 Orten in allen Teilen der EU den für sie relevanten Ort auswählen. Für den Bereich „In meinem Leben“ sind 400 Kurzdarstellungen bestimmten Themen und Lebensbereichen zugeordnet worden. Was tut die EU beispielsweise für Familien, oder in den Bereichen Gesundheitsversorgung, Verbraucherentscheidungen oder soziale Rechte? Wie unterstützt sie die Menschen in ihrem Berufsleben? Die Informationen geben anhand interessanter Beispiele mit weiterführenden Links einen guten Überblick über EU-Initiativen zugunsten der Bürger\*innen

<https://what-europe-does-for-me.eu/de/home>

## Online-Atlas: „Verbrannte Orte“

Jan Schenck hat als Berufsfotograf seit fünf Jahren Orte fotografiert, an denen die Nazis 1933 Bücher verbrannt haben. Inzwischen hat er 25 Orte in Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Südhessen, Ost-Sachsen, Hamburg und in Niedersachsen besucht. Das im Online-Atlas gesammelte Hintergrundmaterial dient als Basis für Materialien der politischen Bildung und für den Geschichtsunterricht. Die Fotografien werden für Ausstellungen und Veröffentlichungen im kulturellen Bereich genutzt. Außerdem arbeitet der Fotograf mit regionalen Akteuren zusammen, um weiteres Material zu den jeweiligen Orten zu sammeln.

<http://verbrannte-orte.de>

# Jahrgangsregister **Außerschulische Bildung**

## Zeitschrift der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung

### 49. Jahrgang 2018

#### Thema im Fokus

**Arbter, Rebecca:** Stärken. Bilden. Vernetzen. „Empowered by Democracy“ zeigt, wie politische Bildungsarbeit mit Geflüchteten funktionieren kann **AB 1/2018** S. 42–43

**Beate Rosenzweig / Julian Schärdel / Marie-Therese Grebe:** Politische Bildung mit Geflüchteten. Reflexionen aus der Praxis **AB 1/2018** S. 35–37

**Berger, Tanja / Böhm, Stephanie:** 100 Jahre Frauenwahlrecht. Welchen Auftrag hat die politische Bildung? **AB 4/2018** S. 29–33

**Elm, Michael B.:** Jüdischer und demokratischer Staat oder die Quadratur des Kreises? 70 Jahre nach der Staatsgründung Israels geht die Diskussion um den Charakter des zionistischen Staates in eine neue Runde **AB 2/2018** S. 4–10

**El-Mafaalani, Aladin:** Demokratische Einwanderungsländer sind Konfliktgesellschaften. Was bedeutet die Herausforderung Integration für die politische Bildung? **AB 1/2018** S. 11–15

**Ely, Bianca / Meyer, Katinka:** Fluchtpunkte. Bewegte Lebensgeschichten zwischen Europa und Nahost. Ein Lernmaterial für Jugendliche ab 14 Jahre **AB 2/2018** S. 40–41

**Gandenberger, Gertrud:** Multikulturelles Filmfest. Ein Projekt kommunaler Willkommenskultur – eine politische Aktion mit Höhen und Tiefen **AB 1/2018** S. 38–41

**Gaube, Susanne / Lerner, Eva:** Risikowahrnehmung, Risikoverhalten und Risikokommunikation. Eine psychologische Perspektive auf den Umgang mit Risiken **AB 3/2018** S. 16–21

**Hagin, Adi:** Der Tag, an dem ich mich von einer höflichen Frau zur Wilden verwandelte **AB 2/2018** S. 42–43

**Haviv-Horiner, Anita:** Wegweiser für den Dialog. Lebensgeschichten in der deutsch-israelischen Bildungsarbeit **AB 2/2018** S. 37–39

**Lenz, Ilse:** Vom Männerstaat zur Geschlechterdemokratie? Hundert Jahre Frauenwahlrecht 1918–2018 **AB 4/2018** S. 4–11

**Lochbihler, Barbara:** Kämpferinnen für Frauenrechte gestern und heute. Antia Augspurg und Zaina Erhaim im Portrait **AB 4/2018** S. 34–36

**Mähler, Christine:** Von Schwarz-Weiß-Bildern zur Vielperspektivität. Vier Thesen zur Bedeutung des deutsch-israelischen Jugendaustausches **AB 2/2018** S. 24–30

**Männle, Ursula:** Frauen in politischer Verantwortung. Der Einfluss der Frauen in der Politik seit 1918 **AB 4/2018** S. 22–28

**Matlé, Aylin:** Auf europäische und transatlantische Lösungen setzen. Deutschlands Umgang mit wachsender Unsicherheit in den internationalen Beziehungen **AB 3/2018** S. 10–15

**Münch, Ursula:** Orientierung in Zeiten der Unsicherheit? Herausforderungen für die politische Bildung **AB 3/2018** S. 27–33

**Oberndörfer, Dieter:** Zuwanderung und politische Integration in der Staatsbürgernation. Herausforderungen für die Einwanderungsgesellschaft **AB 1/2018** S. 4–10

**Opitz, Anja:** Unsichere Sicherheiten. Politische Bildung und die Frage gesellschaftspolitischer Eigenverantwortung **AB 3/2018** S. 22–26

**Riescher, Gisela / Schlegel, Timothy:** Sicherheit und Demokratie. Zu Innerer Sicherheit und demokratischer Sicherheitspolitik in der Bundesrepublik Deutschland **AB 3/2018** S. 4–9

**Roth, Claudia:** Demokratie braucht Feminismus. Die Hälfte der Macht den Frauen! **AB 4/2018** S. 18–21

**Sauer, Birgit:** Feminismus 100 Jahre nach der Einführung des Frauenwahlrechts. Gefährdungen und Potenziale **AB 4/2018** S. 12–17

**Schapira, Esther / Hafner, Georg M.:** Der alte Antisemitismus im neuen Gewand. Kritische Auseinandersetzung mit der Wahrnehmung des Nahostkonflikts in Deutschland **AB 2/2018** S. 16–22

**Scholz, Tim / Dettendorfer, Betty / Wilpers, Marie:** The past we inherit, the future we create! Bildungs- und Begegnungsarbeit mit jungen Menschen aus Israel und Deutschland in der Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein **AB 2/2018** S. 31–36

**Sylla, Nadine / Genenger-Stricker, Marianne / Frieters-Reermann, Norbert:** Bildungsteilhabe versus Integrationsdruck. Sichtweisen von geflüchteten Jugendlichen auf Integration **AB 1/2018** S. 16–22

**Vogelgesang, Waldemar:** Postsowjetische Spätaussiedler. Zwischen Beheimatung und (Selbst-)Ausgrenzung **AB 1/2018** S. 23–30

**Wrasse, Eric:** Schizophren, realitätsfern und unglaubwürdig? Integrationspolitik und die Herausforderungen für die politische Bildung **AB 1/2018** S. 31–34

**Zuckermann, Moshe:** Konfliktachsen in der israelischen Gesellschaft. Historische und aktuelle Aspekte **AB 2/2018** S. 11–15

## Forum

**Cares, Niclas:** Der Nahostkonflikt bei Deutsch-Israelischen Jugendbegegnungen. Stand und Perspektiven in der Begegnungsarbeit

AB 2/2018 S. 45–48

**Grüning, Maria / Meyer, Philipp:** Demokratieförderung als sicherheitspolitischer Arbeitsbereich. Im Spannungsfeld zwischen Staat und Zivilgesellschaft

AB 3/2018 S. 34–39

**Klein, Wilfried:** Fördern – Kooperieren – Gestalten. Fragen an Wilfried Klein, Leiter des Fachbereichs Förderung der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb (Interview)

AB 3/2018 S. 44–46

**Pirker, Georg:** STEPS – Survival Toolkit for EDC in Post-factual Societies. Herausforderungen für die politische Jugendbildung in Europa

AB 3/2018 S. 40–42

**Scheidig, Falk:** Erwachsenenpädagogische Professionalität. Empirische Befunde und praxisorientierte Entwicklungsperspektiven

AB 1/2018 S. 48–51

**Schillo, Johannes:** Marx ist wieder da! Zur Aktualität seiner Kapitalismuskritik

AB 1/2018 S. 44–47

**Şimşek, Sina Aylin:** Jugend zwischen Demokratie und Ideologie. Radikalisierungsprävention aus Sicht der politischen Bildung

AB 4/2018 S. 47–51

**Westerwelle, Ruth E.:** „Wir hatten es uns mit mehr Liebe gedacht!“ 68 aus der Sicht der Frauen

AB 4/2018 S. 42–46

## Politische Bildung praktisch

**Carla, Claudia:** Spiel (nicht) mit den Grundrechten. Erfahrungen in der Demokratiebildung mit dem Kartenspiel „GG20“

AB 1/2018 S. 52–55

**Moket, Soraya:** Demokratie braucht jede Stimme. Politische Partizipation von Migrantinnen\* und geflüchteten Frauen stärken

AB 4/2018 S. 52–56

**Muckenfuß, Andreas:** Planspiele in der Friedensarbeit. Zivilgesellschaftliche Akteure in der Friedensarbeit brauchen einen strategischen Ansatz und Kompetenzen im Umgang mit Unsicherheiten

AB 3/2018 S. 47–52

**Ritz, Nina / Schmutz, Wolfgang:** Bedeutsames Lernen an KZ-Gedenkstätten? Ein israelisch-deutscher Bildungsaustausch im Prozess

AB 2/2018 S. 49–53

## Jahresthema im AdB

**Fischer, Niklas / Procházková, Bára:** „Von Information bis Manipulation – Die Macht der Medien“. Ein Beispiel aus der politischen Bildungspraxis an der Georg-von-Vollmar-Akademie

AB 3/2018 S. 53–57

**Gebel, Christa:** Alles auf dem Display? Herausforderungen an einen kompetenten Umgang mit (Online-)Information für Jugendliche

AB 1/2018 S. 56–59

**Lischka, Konrad / Stöcker, Christian:** Online-Intermediäre als Verstärker bei der Meinungsbildung. Wie algorithmische Prozesse den gesellschaftlichen Diskurs beeinflussen

AB 2/2018 S. 54–60

**Morische, Malte / Gerigk, Udo:** WeltWEge – Digitale Medien und Demokratiekompetenz. Schon wieder ein Medienprojekt? Ist das denn nötig?

AB 4/2018 S. 57–61

## Rezensionen

**Ahlheim, Klaus:** Kritik, Aufklärung, politische Intervention. Gesammelte Aufsätze zur Erwachsenenbildung

AB 1/2018 S. 66–67

**Allmendinger, Björn / Fähmann, Joachim / Tietze, Klaudia (Hrsg.):** Von Biedermännern und Brandstiftern. Rechtspopulismus in Betrieb und Gesellschaft

AB 3/2018 S. 59–60

**ASP – Agentur für soziale Perspektiven e. V. (Hrsg.):** Grauzonen – rechte (jugendliche) Lebenswelten in Musik und im Sport. Bildungsordner

AB 4/2018 S. 64–65

**Bertelsmann Stiftung (Hrsg.):** Smart Country Vernetzt. Intelligent. Digital.

AB 2/2018 S. 63–64

**Böttger, Gottfried / Frech, Siegfried / Thimmel, Andreas (Hrsg.):** Politische Dimensionen internationaler Begegnungen

AB 2/2018 S. 61–62

**Detjen, Joachim:** Politische Erziehung als Wissenschaftsaufgabe. Das Verhältnis der Gründergeneration der deutschen Politikwissenschaft zur politischen Bildung

AB 1/2018 S. 67–68

**Drees, Gerhard / Nierobisch, Kira (Hrsg.):** Bildung und gesellschaftliche Transformation. Analysen – Perspektiven – Aktion

AB 2/2018 S. 65–66

**Fritzche, K. Peter / Kirchschräger, Peter G. / Kirchschräger, Thomas:** Grundlagen der Menschenrechtsbildung Theoretische Überlegungen und Praxisorientierungen

AB 3/2018 S. 62–63

**Görtler, Michael / Lotz, Mathias / Partetzke, Marc / Poma Poma, Sara / Winckler, Marie (Hrsg.):** Kritische politische Bildung Standpunkte und Perspektiven **AB 3/2018** S. 64–65

**Groß, Torsten / Huth, Susanne / Jagusch, Birgit / Klein, Ansgar / Naumann, Siglinde (Hrsg.):** Engagierte Migranten Teilhabe in der Bürgergesellschaft **AB 3/2018** S. 60–61

**Guérot, Ulrike:** Warum Europa eine Republik werden muss! Eine politische Utopie **AB 1/2018** S. 64–65

**Hafenecker, Benno / Jestädt, Hannah / Klose, Lisa-Marie / Lewek, Philine:** AfD in Parlamenten. Themen, Strategien, Akteure **AB 3/2018** S. 58–59

**Hennette, Stéphanie / Piketty, Thomas / Sacriste, Guillaume / Vauchez, Antoine:** Für ein anderes Europa. Vertrag zur Demokratisierung der Eurozone **AB 1/2018** S. 63–64

**Holzer, Daniela:** Weiterbildungswiderstand. Eine kritische Theorie der Verweigerung **AB 2/2018** S. 68–69

**Hufer, Klaus-Peter / Oeftering, Tonio / Oppermann, Julia (Hrsg.):** Wo steht die außerschulische politische Jugend- und Erwachsenenbildung? **AB 4/2018** S. 62–63

**Hutter, Claus-Peter (Hrsg.):** Nachhaltigkeit von klein auf. Mit Kindern aktiv Zukunft gestalten **AB 4/2018** S. 63–64

**JFF – Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis (Hrsg.):** Medien – Pädagogik – Gesellschaft Der politische Mensch in der Medienpädagogik **AB 3/2018** S. 65–66

**Kaspar, Kai / Gräber, Lars / Riffi, Aycha (Hrsg.):** Online Hate Speech. Perspektiven auf eine neue Form des Hasses **AB 1/2018** S. 60–61

**Lang-Wojtasik, Gregor / Klemm, Ulrich (Hrsg.):** Handlexikon Globales Lernen **AB 2/2018** S. 67

**Münkler, Herfried / Straßenberger, Grit:** Politische Theorie und Ideengeschichte. Eine Einführung **AB 2/2018** S. 62–63

**Reef, Bernd:** Konstruktivismus in der Didaktik der politischen Bildung Eine Kritik **AB 3/2018** S. 63–64

**Rehberg, Karl-Siegbert / Kunz, Franziska / Schlinzig, Tino (Hrsg.):** PEGIDA. Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und „Wende“-Enttäuschung? Analysen im Überblick **AB 1/2018** S. 62–63

**Schellhammer, Barbara:** Wie lernen Erwachsene (heute)? Eine transdisziplinäre Einführung in die Erwachsenenbildung **AB 3/2018** S. 66–67

**Sowa, Aleksandra:** Digital Politics. So verändert das Netz die Demokratie. 10 Wege aus der digitalen Unmündigkeit **AB 2/2018** S. 69–70

**Theile, Elke E.:** Die deutsch-polnische Beziehungsgeschichte im Fokus der Erwachsenenbildung **AB 2/2018** S. 64–65

**Wodak, Ruth:** Politik mit der Angst. Zur Wirkung rechtspopulistischer Diskurse **AB 1/2018** S. 61–62

# Impressum

## Außerschulische Bildung

Zeitschrift der politischen  
Jugend- und Erwachsenenbildung

1/2019

### 50. Jahrgang

**Herausgeber:** Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V., vertreten durch Ulrich Ballhausen und Dr. Paul Ciupke

**Redaktion:** Dr. Friedrun Erben

**Redaktionsbeirat:** Ina Bielenberg, Gertrud Gandenberger, Wolfgang Pauls, Dr. Beate Rosenzweig, Dr. Michael Schröder, Ulrike Steimann

### Redaktions- und Bezugsanschrift:

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten  
Mühlendamm 3, 10178 Berlin  
Telefon: 030 400401-11  
E-Mail: redaktion@adb.de  
adb.de

**Gestaltung und Satz:** Berliner Süden, berlinersueden.de

**Herstellung:** Ruksaldruck GmbH + Co. KG, ruksaldruck.de

**Bildnachweis:** Copyrightthinweise siehe Fotos

## Bezugsbedingungen

gültig ab Ausgabe 1/2015

**Einzelheft:** 7 €

**1 bis 3 Abonnements:** jährlich 20 €

**ab 4 Abonnements:** jährlich 16 €

**Abonnements für Studenten, Praktikanten,**

**Referendare, Arbeitslose:** jährlich 16 €

Alle Preise zzgl. Porto. Für Ermäßigungen bitte jährlich Bescheinigung übersenden.

Die Mitglieder des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten erhalten je ein Exemplar kostenlos.

Diese Zeitschrift wird von der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen unterstützt und maßgeblich aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

Die **Außerschulische Bildung** ist eine Fachzeitschrift für politische Jugend- und Erwachsenenbildung. Sie wird vom Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) herausgegeben.

Die Fachzeitschrift Außerschulische Bildung ...

- trägt zur fachlichen und wissenschaftlichen Reflexion der Praxis politischer Jugend- und Erwachsenenbildung bei.
- stärkt die Professionalität pädagogischen Handelns.
- nimmt aktuelle und relevante Themen aus Politik und Gesellschaft in den Blick und bereitet sie für die politische Bildung auf.
- macht Beispiele der Bildungsarbeit öffentlich und ist ein Schaufenster des Arbeitsfelds.
- setzt theoretische und fachliche Diskussionen in Beziehung und macht die Diskurse in der Profession und den wissenschaftlichen Bezugsdisziplinen jeweils miteinander bekannt.
- stellt Methoden der politischen Bildung vor.
- präsentiert neue fachbezogene Publikationen und Medienprodukte und schätzt diese in ihrer Relevanz für die Bildungsarbeit ein.
- berichtet über bildungs- und jugendpolitische Entwicklungen in Bund und Ländern.
- verbreitet Nachrichten aus dem AdB und anderen Fachverbänden.

**AdB**

Arbeitskreis deutscher  
Bildungsstätten e.V.

adb.de